



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

66. Sitzung

3. Wahlperiode

---

Donnerstag, 20. September 2001, Schwerin, Schloss

---

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsidentin Kerstin Kassner

Inhalt	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses
	- Drucksache 3/2275 - ..... 4237
	Heinz Müller, SPD ..... 4237, 4238
	Dieter Markhoff, CDU ..... 4237
Mitteilungen des Präsidenten ..... 4236	Minister Dr. Gottfried Timm ..... 4238
	Gerd Böttger, PDS ..... 4238
	B e s c h l u s s ..... 4239
<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
B e s c h l u s s ..... 4236	Gesetzentwurf der Landesregierung: <b>Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes</b> (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
	- Drucksache 3/2052 - ..... 4239
<b>Nachwahl eines Schriftführers des Landtages</b> ..... 4236	<b>Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses</b>
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU:	- Drucksache 3/2276 - ..... 4239
<b>Nachwahl eines Schriftführers des Landtages</b>	B e s c h l u s s ..... 4239
- Drucksache 3/2272 - ..... 4236	
B e s c h l u s s ..... 4236, 4321	Gesetzentwurf der Landesregierung: <b>Entwurf eines Gesetzes über den Staatsver- trag vom 1./6. Juni 2001 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg- Vorpommern über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckver- bänden, Planungsverbänden nach § 205 des Baugesetzbuches und durch öffentlich- rechtliche Vereinbarungen</b> (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
Hermann Bollinger, CDU ..... 4236	- Drucksache 3/2113 - ..... 4240
Gesetzentwurf der Landesregierung: <b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Volksabstimmungsgesetzes</b> (Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	
- Drucksache 3/2051 - ..... 4237	

<b>Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses</b>		<b>Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Um- stellung von Gesetzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Euro (Euro-Umstellungsgesetz – EuroUG M-V)</b>	
– Drucksache 3/2274 – .....	4240	(Erste Lesung)	
<b>B e s c h l u s s</b> .....	4240	– Drucksache 3/2263 – .....	4286
		Ministerin Sigrid Keler .....	4286
		<b>B e s c h l u s s</b> .....	4287
<b>Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2002/2003 – HRG 2002/2003 –)</b>		<b>Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Liegenschaftsverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie des Staatlichen Hochbaus</b>	
(Erste Lesung)		(Erste Lesung)	
– Drucksache 3/2200 – .....	4240	– Drucksache 3/2264(neu) – .....	4287
<b>Unterrichtung durch die Landesregierung: Mittelfristige Finanzplanung 2001 bis 2005 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung</b>		Ministerin Sigrid Keler .....	4287
– Drucksache 3/2199 – .....	4240	Georg Nolte, CDU .....	4288
Ministerin Sigrid Keler .....	4240	Angelika Gramkow, PDS .....	4290
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff .....	4246	Rudolf Borchert, SPD .....	4290
Eckhardt Rehberg, CDU .....	4251	<b>B e s c h l u s s</b> .....	4291
Angelika Gramkow, PDS .....	4260		
Volker Schlotmann, SPD .....	4268	<b>Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Entwurf eines Gesetzes über die Unterbringung besonders rückfallgefährdeter Straftäter (Straftäter-Unterbringungsgesetz – StrUBG)</b>	
Wolfgang Riemann, CDU .....	4272	(Erste Lesung)	
Rudolf Borchert, SPD .....	4277	– Drucksache 3/2265 – .....	4292
<b>B e s c h l u s s</b> .....	4279	Herbert Helmrich, CDU .....	4292, 4300
		Siegfried Friese, SPD .....	4293
<b>Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften</b>		Dr. Arnold Schoenenburg, PDS .....	4296, 4300
(Erste Lesung)		Reinhardt Thomas, CDU .....	4301
– Drucksache 3/2219 – .....	4279	Minister Erwin Sellering .....	4304
Minister Dr. Gottfried Timm .....	4280	<b>B e s c h l u s s</b> .....	4305
Dieter Markhoff, CDU .....	4281		
Gabriele Schulz, PDS .....	4282	<b>Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (Seveso-II-Richtlinie- Umsetzungsgesetz – Sev-II-UG M-V)</b>	
Heinz Müller, SPD .....	4284	(Erste Lesung)	
<b>B e s c h l u s s</b> .....	4285	– Drucksache 3/2238 – .....	4285
		Minister Dr. Wolfgang Methling .....	4285
<b>Unterrichtung durch die Landesregierung: Osterweiterung der Europäischen Union</b>		<b>B e s c h l u s s</b> .....	4286
– Drucksache 3/2261 – .....	4305		
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff ...	4305, 4313		
Herbert Helmrich, CDU .....	4307		
Karsten Neumann, PDS .....	4310		
Hinrich Kuessner, SPD .....	4311		
<b>B e s c h l u s s</b> .....	4314		

Unterrichtung durch die Landesregierung:

**Bericht über die Situation von Gehörlosen,  
Schwerhörigen und Ertaubten in  
Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 3/2098 – .....	4314
Ministerin Dr. Martina Bunge .....	4314
Harry Glawe, CDU .....	4315
Sylvia Bretschneider, SPD .....	4316
Irene Müller, PDS .....	4318
<b>B e s c h l u s s</b> .....	4320

**Nächste Sitzung**

Freitag, 21. September 2001 .....	4320
-----------------------------------	------

**Beginn: 9.00 Uhr**

**Präsident Hinrich Kuessner:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 66. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der 66. und 67. Sitzung liegt Ihnen vor. Gibt es Ergänzungen zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung der 66. und 67. Sitzung beschlossen.

Wir haben die gute Sitte, dass wir bei runden Geburtstagen gratulieren. Die Abgeordnete Frau Staszak ist zwar nicht da, aber ich gratuliere ihr trotzdem nachträglich zum 60. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Bevor wir in die Beratungen eintreten, gestatten Sie mir noch einige Hinweise:

Der Landeswahlleiter hat nach Verlust der Mitgliedschaft der Abgeordneten Jürgen Seidel, Dr. Arthur König, Erhard Bräunig und Johann Scheringer im Landtag Mecklenburg-Vorpommern durch Verzicht nach Paragraph 46 Absatz 1 Landeswahlgesetz die Listennachfolger Lieselotte Pohn, Hermann Bollinger, Nils Albrecht und Bodo Krumbholz festgestellt. Alle haben schriftlich die Annahme der Wahl erklärt. Ich begrüße die neuen Mitglieder des Landtages in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich danke bei dieser Gelegenheit auch den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihr engagiertes Mitwirken im Landtag und für die geleistete Arbeit. Für ihren weiteren Lebensweg wünsche ich ihnen alles Gute.

Bei der Besetzung der Ausschüsse hat es Veränderungen in Bezug auf einige Vorsitze gegeben. Den Vorsitz im Finanzausschuss hat der Abgeordnete Wolfgang Riemann, den Vorsitz im Wirtschaftsausschuss der Abgeordnete Georg Nolte und den Vorsitz im Landwirtschaftsausschuss die Abgeordnete Birgit Schwebs übernommen. Ich wünsche Ihnen auch von hier aus bei der Ausübung dieser Ämter eine glückliche Hand.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Nachwahl eines Schriftführers des Landtages.

**Nachwahl eines Schriftführers des Landtages****Wahlvorschlag der Fraktion der CDU:****Nachwahl eines Schriftführers des Landtages – Drucksache 3/2272 –**

Aufgrund des Ausscheidens des Mitgliedes des Landtages Dr. Arthur König ist eine Nachwahl erforderlich. Ich erinnere an den Beschluss des Landtages in der konstituierenden Sitzung, wonach für diese Wahlperiode festgelegt wurde, jeweils drei Schriftführer und drei stellvertretende Schriftführer zu wählen. Die Fraktion der CDU hat den Abgeordneten Hermann Bollinger für dieses Amt vorgeschlagen. Herr Bollinger war bereits in der ersten und auch in der zweiten Wahlperiode Schriftführer des Landtages. Hierzu liegt Ihnen der entsprechende Wahlvorschlag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2272 vor.

Meine Damen und Herren! Nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 50 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln. Nach Artikel 32 Absatz 1 unse-

rer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 48 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem dafür zuständigen Schriftführer. Auf dem Stimmzettel ist der Name des Kandidaten aufgeführt. Ich bitte Sie, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Sie dürfen Ihren Stimmzettel nur in der Kabine ankreuzen und müssen ebenfalls noch in der Kabine den Stimmzettel in den Umschlag legen. Bevor Sie den Umschlag mit Ihrem Stimmzettel in die Abstimmurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, keine Kennzeichnung bei „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ enthält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, dass die Wahlurne leer ist.)

Ich eröffne die geheime Abstimmung zur Nachwahl eines Schriftführers des Landtages. Ich bitte die Schriftführerin zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten in der alphabetischen Reihenfolge aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Abgeordneten, die sich an der Wahl beteiligen wollten, ihre Stimme abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die geheime Abstimmung und unterbreche die Sitzung für die Auszählung für circa fünf Minuten.

**Unterbrechung: 9.22 Uhr****Wiederbeginn: 9.27 Uhr**

**Präsident Hinrich Kuessner:** Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Nachwahl eines Schriftführers des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 57 Stimmen abgegeben, davon waren 57 Stimmen gültig. Es stimmten für den Abgeordneten Hermann Bollinger 44 Abgeordnete mit „ja“, 5 Abgeordnete mit „nein“, 8 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Hermann Bollinger die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte. Ich frage Sie, Herr Bollinger, nehmen Sie die Wahl an?

**Hermann Bollinger, CDU:** Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Herr Bollinger, ich übermittele Ihnen die Glückwünsche des Hauses. Auch ich selbst wünsche Ihnen Glück und Erfolg für Ihr verantwortungsvolles Amt und für eine gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Volksabstimmungsgesetzes, auf Drucksache 3/2051, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 3/2275.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung  
des Landeswahlgesetzes und des  
Volksabstimmungsgesetzes**  
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)  
– Drucksache 3/2051 –

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Innenausschusses**  
– Drucksache 3/2275 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Müller.

**Heinz Müller**, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kernstück des Gesetzes, das uns hier in Form eines Änderungsgesetzes vorliegt, ist, dass wir eine repräsentative Wahlstatistik auch bei unseren Landtagswahlen und bei Volksabstimmungen ermöglichen und die Details hierfür regeln. Daneben werden einige weitere Punkte geregelt. In diesen Fragen waren wir uns quer durch alle Fraktionen einig, dass es sinnvoll ist, hier etwas zu tun. Probleme gab es in der Frage der Finanzierung von Wahlen. Hierzu liegt uns mittlerweile, heute morgen bei mir eingegangen, ein Schreiben des Innenministeriums vor, in dem nach meiner Meinung alle Fragen beantwortet werden. Ich bitte Sie daher um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner**: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Markhoff von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Markhoff.

**Dieter Markhoff**, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf hat im Wesentlichen Änderungen der Vorschriften über die repräsentative Wahl- und Abstimmungsstatistik zum Inhalt, die notwendig waren, weil Zweifel daran bestanden, ob die bisherige Rechtsgrundlage ausreichend präzise war. Hiergegen sind keine Einwände zu erheben. Einwände erheben wir zum wiederholten Male dagegen, dass das Konnexitätsprinzip nicht beachtet wird. Es entwickelt sich inzwischen zum System dieser Landesregierung, Regelungen zu Lasten der Kommunen dieses Landes zu treffen, ohne eine Aussage zu den Folgekosten zu treffen.

Paragraph 55 des Gesetzentwurfes regelt die Verpflichtung des Landes, den Ämtern, amtsfreien Gemeinden und Landkreisen die Kosten für die Durchführung der Landtagswahl zu erstatten. Bisher bekamen die Kommunen hierfür einen festen, nach Bevölkerungszahl abgestuften Betrag. Neu ist, dass nunmehr ein landeseinheitlicher fester Betrag pro Wahlberechtigten gezahlt werden soll. Da die Bevölkerungszahl pro Kommune deutlich höher ist als die Zahl der Wahlberechtigten, werden die Kommunen

unseres Erachtens unter dem Strich in Zukunft weniger Geld für die Durchführung der Landtagswahl erhalten als bisher.

Man kann natürlich darüber diskutieren, ob die bisherige Kostenerstattung nach Gemeindegruppen – bis 25.000, bis 100.000 oder über 100.000 Einwohner – sinnvoll war. Meines Erachtens wären dann aber Änderungen nur innerhalb des Systems zum Beispiel durch Zahlung eines festen Betrages je Einwohner oder durch Neueinteilung der Gemeindegruppengrößen angebracht gewesen. Durch das beabsichtigte neue System Erstattung pro Wahlberechtigten spart unseres Erachtens das Land zu Lasten der Kommunen. Meine Damen und Herren, hier führt die Erfüllung einer schon bestehenden Aufgabe durch die Kommunen durch Veränderung eines Standards zur einer finanziellen Mehrbelastung der Kommunen. Diese Kosten sind nach dem Konnexitätsprinzip zu erstatten.

Meine Damen und Herren, eine weitere Änderung des Paragraphen 55 führt ebenfalls zu einer Mehrbelastung der Kommunen. Neu ist, dass den Kommunen bei zeitgleich durchgeführten Landtags- und Kommunalwahlen die Kosten, die die kommunale Gebietskörperschaft durch die Zusammenlegung der Wahl mit der Landtagswahl erspart hat, von dem Erstattungsbetrag des Landes abgezogen werden. Unabhängig von der Frage, ob hier das Konnexitätsprinzip berührt ist, weil hier zu Lasten der Kommunen ein neuer Standard eingeführt wird, ist eine derartige Regelung meines Erachtens nicht sinnvoll. Zum einen gibt es eine derartige Regelung bei zeitgleich durchgeführten Bundes- und Landtagswahlen nicht. Wenn der Bund das Land schon nicht für etwaige Ersparnisse in die Verantwortung zieht, ist nicht einzusehen, warum das Land dann gegenüber den Kommunen so spitz abrechnet. Zum anderen ist eine derartige Regelung ein politisches Signal in die verkehrte Richtung. Der Anreiz für Kommunen, ihre Wahlen zeitgleich mit der Landtagswahl durchzuführen und dadurch eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen, als dies erfahrungsgemäß bei allein durchgeführten Kommunalwahlen der Fall sein würde, geht verloren. Das ansonsten erwünschte Ausnutzen von Synergieeffekten und Verwaltungsvereinfachungen wird hierdurch nicht gefördert, sondern behindert.

Meine Damen und Herren, dieser Gesichtspunkt ist ausführlich auch schon bei der Debatte zur Einbringung des Gesetzentwurfes vorgetragen worden. Damals war zumindest in den Beiträgen der Abgeordneten Kreuzer, PDS, und Müller, SPD, noch davon die Rede, diese Frage in den Ausschussberatungen zu diskutieren. Davon konnte allerdings im Innenausschuss nicht die Rede sein. Auf Nachfrage konnte das Innenministerium keine nachvollziehbare Begründung für diese Gesetzesänderung vorlegen, geschweige denn zu der Frage des Konnexitätsprinzips Auskunft geben. Zwischenzeitlich, Herr Müller hat es bereits gesagt, liegt uns ein Schreiben des Innenministers zu dieser Frage vor. Aber das beschreibt gerade den Tatbestand, den ich hier versucht habe darzustellen. Eine inhaltliche Debatte war von den Fraktionen der SPD und PDS nicht erwünscht, sondern wurde wie so oft in letzter Zeit unter Hinweis auf die Eilbedürftigkeit des Gesetzes durch Abstimmung über den Gesetzentwurf beendet. Auch eine Anhörung der kommunalen Verbände zu dieser Frage wurde von den Fraktionen der SPD und PDS nicht erwogen.

Meine Damen und Herren, wir stellen hier wie auch in anderen Gesetzentwürfen der Landesregierung wieder

fest, dass das Land sich zu Lasten der Kommunen finanziell sanieren will. Dies können und wollen wir nicht unterstützen. Wir werden daher dem Gesetzentwurf unsere Zustimmung verweigern. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Minister Timm. Bitte sehr, Herr Timm.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich gar nicht vor, hier noch Stellung zu nehmen. Aber, geschätzter Herr Abgeordneter Markhoff, eine Richtigstellung: Dieser Gesetzentwurf hat mit dem Konnexitätsprinzip nun überhaupt nichts zu tun. Ich will Ihnen erläutern, um welche Kostenarten es geht. Es geht um die Versandkosten für Briefwahlunterlagen und für Wahlbenachrichtigungen bei Wahlen. Und es geht um Kosten, die bei der Zahlung von Aufwandsentschädigungen entstehen. Die entstehen ohnehin, das hat mit der Konnexität hier nichts zu tun. Da wir in Mecklenburg-Vorpommern an ein und demselben Tag Landtags- und Bundestagswahl haben, kann es sein, dass an diesem Tag auch Kommunalwahlen sind. Und wenn das der Fall ist, entstehen Kostenvorteile, Herr Markhoff, und diese sind gerecht zu verteilen. Es ist einfacher für eine Kommune, wenn sie nach einem einheitlichen Verfahren abrechnet, und zwar gegenüber dem Bund und dem Land, und nicht nach zwei verschiedenen Verfahren. Und das ist nun in diesem Gesetz geregelt. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Böttger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Böttger.

**Gerd Böttger, PDS:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mir geht es ähnlich wie Herrn Minister Timm. Ich wollte hierzu eigentlich auch nichts sagen. Aber nachdem Herr Markhoff hier geredet hat, bleibt ja nun nichts anderes übrig, weil man ein paar Dinge richtig stellen muss.

Also, Herr Markhoff, über das Konnexitätsprinzip lässt sich trefflich streiten und ich gestehe ja ein, dass wir alle gemeinsam noch weiter daran arbeiten müssen, an der Umsetzung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –

Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. –  
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es richtig.)

Allerdings, dieses Gesetz hat nun wirklich nichts damit zu tun, weil ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber ja.)

Nein! Hier geht es darum, wenn den Kommunen Kosten entstehen, bekommen sie diese Kosten erstattet. Der Unterschied besteht doch nur darin, dass Sie sozusagen eine pauschale Kostenrückerstattung fordern, wie es bisher ja auch der Fall war. Und der Minister hat gerade begründet, warum er sozusagen eine konkrete Abrechnung von den Kommunen erwartet. Die Kommunen bekommen auf alle Fälle die Kosten, die sie für die Wahlen ausgegeben haben, vom Land, wenn der Fall eintritt, zurückerstattet.

Nun muss ich noch mal eins sagen, Herr Markhoff: Die Beratungen im Innenausschuss waren meiner Meinung

nach intensiv. Dass sie Ihnen nicht genützt haben, weil wir zum Schluss Ihren Antrag abgelehnt haben, das kann ich ja verstehen. Und dann, Herr Markhoff, sage ich Ihnen noch eins: Wenn Sie eine Anhörung wollten zu diesem Gesetz, dann hätten Sie die Möglichkeit gehabt, diese Anhörung zu fordern. Sie können doch nicht von uns, von der SPD und von der PDS, die keine Fragen mehr dazu haben, weil alles klar ist, eine Anhörung fordern und Sie selbst, also die, die Fragen haben, fordern diese Anhörung nicht. Also so geht das natürlich nicht. Ich sage mal, ein bisschen ordentlicher und ein bisschen vernünftiger müssen Sie dann schon arbeiten. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich meine, wir sollten dem Gesetzentwurf zustimmen, denn wir brauchen dieses Gesetz auch, damit die Parteien im Lande und möglicherweise die Einzelbewerber die Landtagswahlen ordentlich und langfristig vorbereiten können. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat noch mal der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Müller.

**Heinz Müller, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Kollege Markhoff, wir sind ja in der Vergangenheit immer recht vernünftig und sachlich miteinander umgegangen und ich würde das gern auch weiterhin so handhaben. Aber das, was Sie hier eben vorgetragen haben, war – verzeihen Sie mir bitte die etwas harte Formulierung – an den Haaren herbeigezogener Unsinn. Denn Konnexität, darüber sind wir uns doch einig, greift dann, wenn wir den Gemeinden eine Aufgabe neu übertragen oder wenn wir ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann sind sie sich eben noch nicht einig. Es gibt kein abgestimmtes Papier der Landesregierung. –

Angelika Gramkow, PDS: Aber wir sind uns einig. – Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

Aber, lieber Herr Riemann, der Sie gar nicht dabei gewesen sind,

(Zuruf von Minister Dr. Gottfried Timm)

ich weiß, dass Sie gerne über Dinge reden, von denen Sie nichts verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Aber wir waren uns im Innenausschuss vollkommen darüber einig, dass Konnexität dann greift, wenn den Gemeinden eine Aufgabe neu übertragen wird oder wenn eine bereits vorhandene Aufgabe quantitativ und qualitativ so ausgeweitet oder verändert wird, dass zusätzliche Kosten entstehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Und beides ist hier nicht der Fall. Die Aufgabe, Wahlen durchzuführen, hatten die Gemeinden auch vorher und durch die hier getroffenen Regelungen entstehen den Gemeinden keine zusätzlichen Kosten in Form von neuen Standards oder sonst etwas, was neue Kosten produzieren würde. Von daher ist der Ruf nach dem Konnexitätsprinzip hier völlig neben der Sache.

Und noch etwas: Sie sagen und Sie leiten die große Ungerechtigkeit dieser Welt ab, dass das böse Land sich hier

auf Kosten der Gemeinden sanieren möchte – ich weiß nicht, ob das Volumen der Kosten so groß ist, dass das Land das schafft –,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

indem wir nicht mehr von der Bevölkerung ausgehen, sondern von den Wahlberechtigten. Meine Damen und Herren, denken Sie bitte einmal nach! Ich halte dieses für einen Schritt in die richtige Richtung, einen Schritt zu Gerechtigkeit, denn Kosten bei Wahlen werden nicht von Bevölkerungszahlen verursacht, sondern von Wahlberechtigten. Der Unterschied liegt einfach darin, dass Nicht-EU-Bürger und Kinder und Jugendliche unter 16 zwar Bevölkerung sind, aber nicht wahlberechtigt. Sie bekommen keine Wahlbenachrichtigung zugeschickt und für sie entstehen keine Kosten. Es ist also wesentlich gerechter, von den Wahlberechtigten auszugehen und hier die Berechnung anzusetzen,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

und nicht von der Gesamtbevölkerung. Also auch hier liegen Sie völlig falsch, mein Lieber.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und der letzte Punkt, die Kostenteilung, wenn Wahlen gemeinsam stattfinden: Also auch hier den großen Betrug des Landes sehen zu wollen, ist völlig neben der Spur. Wir haben den Tatbestand, dass wir auch heute Kommunalwahlen haben, deren Kosten die Gemeinden tragen, und wir haben heute Landtags- und Bundestagswahlen, deren Kosten den Gemeinden erstattet werden. Und wir werden zukünftig, vor allen Dingen durch die Direktwahl der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte, häufiger in der Situation sein, dass wir Wahlen auf der kommunalen und auf der Landesebene miteinander kombinieren. Dann entstehen Synergieeffekte, das wissen wir, und diese Synergieeffekte werden zwischen den beiden beteiligten Seiten, Land und Kommune, geteilt. Wer dieses als ungerecht geißelt und sagt, hier versucht der eine sich auf Kosten des anderen zu sanieren, der erzählt, entschuldigen Sie das harte Wort, Unsinn. Denn dass von Synergieeffekten beide Beteiligte profitieren sollen, ist meines Erachtens das Selbstverständlichste von der Welt. Deswegen, meine Damen und Herren, ich bleibe dabei, ich bitte Sie, diesem Gesetz zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Volksabstimmungsgesetzes auf Drucksache 3/2051. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2275, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 4 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 4 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung mit den

Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/2051 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/2051 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes, auf Drucksache 3/2052, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 3/2276.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung  
des Lebenspartnerschaftsgesetzes**  
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)  
– **Drucksache 3/2052** –

**Beschlussempfehlung und Bericht  
des Innenausschusses**  
– **Drucksache 3/2276** –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes auf Drucksache 3/2052. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 1 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 1 entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 2 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 2 entsprechend der Beschlussempfehlung mit demselben Stimmenverhältnis angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 den Paragraphen 3 einschließlich der Anlagen zu Paragraph 3 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – War das eben eine Enthaltung, Herr Thomas, oder eine Gegenstimme?

(Reinhardt Thomas, CDU: Gegenstimme.)

Danke. Damit ist in Artikel 1 der Paragraph 3 einschließlich der Anlagen zu Paragraph 3 entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Paragraphen 4 bis 8 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Paragraphen 4 bis 8 entsprechend der Beschlussempfehlung mit demselben Stimmenverhältnis angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 2 bis 4 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 2 bis 4 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 3/2276 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 3/2276 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes über den Staatsvertrag vom 1./6. Juni 2001 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckverbänden, Planungsverbänden nach § 205 des Baugesetzbuches und durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, auf Drucksache 3/2113, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 3/2274.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes über den Staatsvertrag vom 1./6. Juni 2001 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckverbänden, Planungsverbänden nach § 205 des Baugesetzbuches und durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen**  
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)  
– Drucksache 3/2113 –

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses**  
– Drucksache 3/2274 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache ebenfalls nicht vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist auch das so beschlossen.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über den Staatsvertrag vom 1./6. Juni 2001 zwischen dem Land Brandenburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die grenzüberschreitende kommunale Zusammenarbeit in Zweckverbänden, Planungsverbänden nach § 205 des Baugesetzbuches und durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen auf Drucksache 3/2113. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/2274, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Artikel 1 bis 3 sowie die Überschrift in der Fassung des Gesetzentwurfes einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen in der Fassung des Gesetzentwurfes der Landesregierung auf Drucksache 3/2113 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/2113 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen, auf Drucksache 3/2200, in Verbindung mit der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2001 bis 2005 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, auf Drucksache 3/2199.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2002/2003 – HRG 2002/2003 –)**  
(Erste Lesung)  
– Drucksache 3/2200 –

**Unterrichtung durch die Landesregierung:  
Mittelfristige Finanzplanung 2001 bis 2005 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung**  
– Drucksache 3/2199 –

Das Wort zur Begründung hat die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Ministerin.

**Ministerin Sigrid Keler:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Ab heute hält der Euro Einzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Der Haushalt 2002/03 ist nämlich nicht mehr in DM, sondern in Euro aufgestellt. Das wird uns alle zunächst etwas irritieren, aber am 1. Januar, wenn die Bürgerinnen und Bürger anfangen, in Euro zu denken und zu rechnen, werden wir uns bereits daran gewöhnt haben. Damit habe ich schon zwei wesentliche Veränderungen gegenüber den bisherigen Landeshaushalten benannt. Wir beraten heute den ersten Doppelhaushalt und wir beraten ab heute in Euro. Außerdem wurde das Gruppierungssystem bundesweit umgestellt – dem mussten wir uns anpassen – und die Erläuterungen wurden in Abstimmung mit dem Finanzausschuss etwas „eingedampft.“

Wenn ich Ihnen also jetzt die Schwerpunkte des Doppelhaushaltes erläutere, werde ich mir die Angaben in D-Mark ersparen. Allerdings werden einige Ausnahmen die Regel bestätigen. Die erste mache ich, damit Sie auf Anrieb erkennen können, dass wir an unserer Linie festhalten. Wir führen die Nettokreditaufnahme in 2002 auf 450 Millionen DM und 2003 auf 300 Millionen DM zurück. Wir senken die Kreditaufnahme wie geplant in kontinuierlichen Schritten und werden 2007/08 ohne neue Kredite auskommen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Bereits jetzt haben wir den Pro-Kopf-Schuldenstand auf den niedrigsten Wert unter den neuen Bundesländern – nach Sachsen – zurückgeführt.

In diesem Zusammenhang wurde und wird hierzulande ja gern von Kaputtsparen gesprochen. In meinen Augen ist das eine besondere Art der Realitätsverweigerung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bis wir 2007/08 ein Budget ohne Schulden vorlegen können, werden wir noch mehr als 1 Milliarde DM an zusätzlichen Krediten aufnehmen müssen. Nur unverbeserliche Schuldenmacher können solche Fakten ignorieren und von Kaputtsparen reden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

denn, meine Damen und Herren, im eigentlichen Sinne sparen wir noch gar nicht. Wir nehmen trotz aller Konsolidierung immer noch zusätzliche Kredite auf, für die wir in den Folgejahren mit zusätzlichen Zinsen belastet werden.

Wie die Neuverschuldung geht auch das Haushaltsvolumen zurück, allerdings bei weitem nicht in demselben Ausmaß. Unser Haushaltsvolumen beträgt 7.124.000.000 Euro. Es liegt damit in 2002 um 0,5 Prozent unter dem von 2001. In 2003 reduzieren wir den Gesamthaushalt noch einmal um 0,1 Prozent. In den vier Jahren dieser SPD/PDS-Regierung wird die Verschuldung des Landes bis zum Ende der Legislaturperiode um 1,4 Milliarden Euro ansteigen. So viel haben Sie, die CDU, in einem einzigen Jahr draufgesattelt, nämlich im Jahre 1994.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das hindert Sie allerdings nicht, mit falschen Behauptungen Stimmung gegen uns zu machen. In einem als „Analyse neue Länder“ bezeichneten Kampfpapier, das von der Bundes-CDU herausgegeben wurde, polemisiert Ihr Generalsekretär Laurenz Meyer: Da, wo SPD und PDS den Ton angeben, werde die Entwicklung in den neuen Ländern zum Desaster.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Wo er Recht hat, hat er Recht.)

Er will dem Publikum mit seinem Papier weismachen, Rot-Rot könne nicht mit Geld umgehen.

Herr Riemann, seien Sie mal vorsichtig!

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Wer nämlich, Herr Riemann, wie Sie eine Presseerklärung rausgibt, in der er 30 Millionen meint und 300 Millionen aufschreibt,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

das dann als Tippfehler rausgibt und dann in dieser Presseerklärung anstelle von 5 Millionen Euro, 5 Milliarden Euro aufschreibt, der muss eigentlich still sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Volker Schlotmann, SPD: Alles Kommafehler.)

Also, wer sich das Papier von Laurenz Meyer genauer ansieht und die Daten richtig liest, kommt für Mecklenburg-Vorpommern genau zum gegenteiligen Ergebnis. Nachdem sich die Pro-Kopf-Verschuldung von Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den anderen neuen

Ländern ab 1993 ständig verschlechtert hatte, wurde dieser Trend ab 1997 gestoppt. Heute liegen wir hinter Sachsen an zweiter Stelle. Einzig mögliche Schlussfolgerung: Rot-Rot kann doch mit Geld umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, wir handeln jedenfalls nicht nach der Devise „Warum denn sparen? Wir werden doch der SPD keinen konsolidierten Haushalt hinterlassen!“. Diese Devise, die für CDU und F.D.P. in der ersten Legislaturperiode maßgeblich war, war höchst unseriös und nur auf den parteipolitischen Vorteil ausgerichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Zuerst kommt bei Ihnen immer die CDU. Das Landesinteresse kommt bei Ihnen erst an zweiter oder dritter Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Wolfgang Riemann, CDU: Oh, oh, oh, Frau Keler! Da fragen Sie mal Herrn Holter, wie er mit seinen Mitteln umgeht! – Andreas Bluhm, PDS:  
Das Thema haben wir am Montag.)

Finanzpolitik muss einen langen Atem haben und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Nur so erhalten und schaffen wir uns finanzielle Spielräume. Beweis: Hätten wir die jährliche Neuverschuldung des Jahres 1996 zum Maßstab genommen und in den Folgejahren genauso viel Schulden gemacht, würden wir heute 130 Millionen Euro mehr an Zinsen zu zahlen haben. Das ist mehr, als unser Umweltministerium in 2002 zur Verfügung hat.

Der von mir schon erwähnte Herr Meyer rührt in seinem Kampfblatt die Wirtschaftsdaten kräftig durcheinander, immer mit dem Ziel nachzuweisen, dass Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich nicht vorankommen. Er lastet uns und Sachsen-Anhalt die mit Abstand niedrigste Selbständigenquote aller Länder an. Diese Behauptung ist zwar richtig, isoliert betrachtet hat sie jedoch wenig Aussagekraft und suggeriert genau das Falsche. Auf 100 Erwerbstätige kamen in Mecklenburg-Vorpommern 1991 nur 3,9 Selbständige. 1999 waren es schon 7,3 Selbständige. Das ist fast eine Verdoppelung. Daran haben alle Regierungen von 1991 bis 1999 gearbeitet. Ihr famoser Laurenz Meyer haut hier die Landes-CDU gleich mit in die Pfanne,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

denn bis 1998 trugen Sie ja vorrangig die Verantwortung. Unsere relative Entwicklung ist kaum schlechter als die in Sachsen. Verglichen mit Thüringen sind wir sogar etwas besser. Wir haben uns bei der Selbständigenquote um 87 Prozent gegenüber '91 gesteigert, Thüringen nur um 81 Prozent. Also, man muss schon die Ausgangssituation berücksichtigen, wenn man zu brauchbaren Analysen kommen will. Aber eine Analyse wollte Herr Meyer ja offensichtlich auch nicht liefern.

Ich schenke mir weitere Beispiele, denn sie führen uns nicht weiter. Nur so viel: Es wäre für uns alle zielführender, wenn wir gemeinsam seriös um die besten Lösungen für die zweifellos bestehenden Probleme in Ostdeutschland wetteifern würden. Wir sollten darauf verzichten, Statistiken bewusst falsch zu interpretieren, wie dies der Generalsekretär der CDU tut. Eins steht jedenfalls fest: In keinem der ostdeutschen Bundesländer, egal unter welcher

Regierung, kann bisher ein selbsttragender Wirtschaftsaufschwung festgestellt werden. Daran beißt die Maus keinen Faden ab. Und die Arbeitslosigkeit ist in allen neuen Ländern, egal unter welcher Regierung, viel zu hoch. Darauf komme ich später noch zurück. Und in allen neuen Ländern, egal unter welcher Regierung, gibt es einen gleichgroßen infrastrukturellen Nachholbedarf.

Wir haben also alle in etwa die gleichen Probleme. Ein besonders schwerwiegendes will ich noch ansprechen. Alle ostdeutschen Länder, ausgenommen Brandenburg durch den Berlin-Effekt, verzeichnen seit elf Jahren einen Bevölkerungsrückgang. Entgegen der öffentlichen Diskussion ist dies nicht vorrangig auf Wanderungsverluste, sondern auf Sterbeüberschüsse zurückzuführen. Dennoch sind die Wanderungsverluste für alle gleichermaßen schwerwiegend.

Wie wir unsere gleichartigen Probleme anpacken können, dafür bietet der neue Solidarpakt für die Jahre bis 2020 ein gutes Beispiel. Schon jetzt – dreieinhalb Jahre vor der neuen Förderperiode – haben wir Klarheit und Planungssicherheit. Das Ergebnis ist einstimmig zustande gekommen. Wir können alle damit sehr zufrieden sein. Mecklenburg-Vorpommern bekommt in den 15 Jahren 11,1 Milliarden Euro. Das ist weit mehr Geld, als wir noch vor einem Jahr erwarten konnten. Allerdings, um Missverständnissen vorzubeugen, ab 2005 gibt es Jahr für Jahr etwas weniger als heute und ab 2009 gehen die Transferaten deutlich zurück. Diese Transfers bedeuten Chance und Aufgabe zugleich. Wir haben die Chance, bei konzentriertem Mitteleinsatz in 20 Jahren ein modern ausgestattetes Gemeinwesen aufzubauen. Die Aufgabe besteht darin, das Geld nicht zu verkleckern oder für konsumtive Zwecke zu verbrauchen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Das Geld darf nicht versickern. Das würde uns allen nicht bekommen. Dieses Geld muss aufbaugerecht verwendet werden. Wir sind verpflichtet, jedes Jahr einen so genannten Fortschrittsbericht vorzulegen und darin nachzuweisen, was wir mit dem Geld bewirkt haben. Ab 2020 müssen wir endgültig auf eigenen Füßen stehen, denn es wird keinen weiteren Solidarpakt mehr geben. 2020 werden wir 30 Jahre – eine Generation lang – Deutsche Einheit erlebt haben. In dieser Zeit muss es uns gelingen, die teilungsbedingten Sonderlasten abzubauen und finanzwirtschaftlich ein ganz normales Bundesland zu sein wie jedes andere auch. Das bedeutet aber, dass wir unsere Haushaltsmittel auch weiterhin streng auf die investiven Ausgaben konzentrieren müssen, und genau das tun wir.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Daran, meine Damen und Herren, ändert das populistische Gezeter auf Seiten der Opposition gar nichts.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Wir halten die Investitionen auf hohem Niveau.

(Harry Glawe, CDU:  
Weniger ist immer mehr, nicht?!)

Ausgewiesen ist eine Investitionsquote von 21,7 Prozent in 2002 und von 20,8 Prozent in 2003. Ich halte von solchen Quoten nicht viel, das wissen Sie, denn meistens fehlt es an der Vergleichbarkeit von Zähler und Nenner.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aber der Oppositionsführer hantiert in Haushaltsdebatten regelmäßig damit herum. Deshalb will ich auch kurz darauf eingehen.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Er wird es heute wieder tun.)

Herr Rehberg vergleicht unsere Investitionsquoten gern mit denen anderer Länder.

(Angelika Gramkow, PDS: Er ist der Zähler, wir sind der Nenner.)

Das will ich auch tun, aber ein bisschen genauer. Ich muss nämlich zuerst darauf hinweisen, dass unsere Investitionsquote unterzeichnet ist. In allen anderen neuen Ländern wird ein erheblicher Teil der Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich als Investitionsausgabe ausgewiesen. Wir tun das bisher nicht und zahlen den Kommunen auf diese Weise einen weit höheren ungebundenen Finanzausgleich.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Würden wir die Zahlen zum Beispiel von Sachsen auf unsere Verhältnisse umrechnen, könnten wir unsere Investitionsquote auf einen Schlag auf 23 Prozent erhöhen, ohne tatsächlich etwas verändert zu haben.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Unsere Investitionsquote liegt bei dieser Betrachtung höher als die von Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Nur Sachsen erreicht in 2002 eine Quote von 26,7 Prozent. Aber eine Investitionsquote von 30 Prozent, die Sie in Ihrem Antrag „Standortoffensive“ fordern, liebe CDU, entbehrt jeder haushaltspolitischen Grundlage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nicht einmal Sachsen hat diesen Wert in 2001 und 2002 veranschlagt. Sachsen hat deutlich höhere Investitionsausgaben als wir. Das trifft zu. Das war dort nur möglich, weil Sachsen seit 1991 konsequent auf Investition gesetzt hat. Sachsen hat die konsumtiven Ausgaben und die Ausgaben an die Kommunen von Anfang an kurz gehalten. Das haben Sie in den Jahren Ihrer Regierungsverantwortung eben nicht gemacht. Sie haben die laufenden Ausgaben und damit die Nettokreditaufnahme ausgeweitet und so schon damals den Spielraum für heutige Investitionen beschnitten. Das korrigieren wir nach und nach. Sie fordern nur immer neue konsumtive Ausgaben,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

aber das Wort „Nettokreditaufnahme“ kommt bei Ihnen nicht vor.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Ministerin! –  
Eckhardt Rehberg, CDU: O Gott, o Gott!)

Und jetzt verlangen Sie eine Quote von 30 Prozent für Investitionen. Meine Damen und Herren, das passt alles nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,  
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Von dieser unseriösen Haushaltspolitik in den ersten sechs Jahren kann sich ein Land nicht so schnell erholen.

Wir steuern aber um. Im Übrigen hat auch Sachsen steigende Personalausgaben und eine sinkende Investitionsquote.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, man darf nur Vergleichbares vergleichen. Das gebietet schon die Redlichkeit. Tatsächlich sind die Kommunen ein wichtiger Investitionsträger in unserem Land.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gewesen.)

Und die Kommunen sind ebenfalls an das Gebot der aufbaugerechten Verwendung der Solidarpaktgelder gebunden. Deshalb werde ich darauf drängen, dass die Zuweisungen an die Kommunen ab 2004/2005 stärker als bisher investiv gebunden werden.

Der Doppelhaushalt steht im Zeichen folgender Schwerpunkte: Wir bündeln die Kräfte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und wir investieren in den Schulunterricht und in die Hochschulen. Beides verbessert die Gegenwart und schafft Zukunftsfähigkeit. Wir verknüpfen die eigentlichen Wirtschaftsfördermittel immer stärker mit den Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

und erhöhen so die Beschäftigungseffekte unserer Ausgaben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Oh, oh! Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Wirtschaftsförderung und Beschäftigungspolitik werden auf hohem Niveau fortgeführt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dabei setzen wir auch inhaltliche Akzente.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich nenne einige Stichworte.

Ja, das ist der neue Herr Rehberg. Sie sehen es, nicht?!

Also ich nenne einige Stichworte:

- verstärkte Förderung von Unternehmensgründungen durch Gründerzentren,
- Bereitstellung von Wagniskapital,
- Bündelung der Life-Science-Aktivitäten,
- Anbindung Mecklenburg-Vorpommerns an das internationale Flugnetz zur weiteren Verbesserung unserer Standortqualität,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Angelika Gramkow, PDS: Ah ja.)

- Anhebung der kommunalen Investitionspauschalemittel für die Kommunen und
- zusätzliche Bereitstellung von bis zu 5 Millionen Euro für die Kofinanzierung kommunaler Investitionsvorhaben. Dabei werden die KIP-Mittel ab 2002 nicht mehr so eng wie bisher zweckgebunden sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

- Es entfällt auch die Verpflichtung zur Kofinanzierung durch die Kommunen. Auch das ist ein schöner Erfolg unserer Verhandlungen zum Solidarpakt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

- Die Bundes- und EU-Mittel werden weiterhin kofinanziert. Dazu gehört auch das Programm „Stadtumbau Ost“ – ein richtiger und wichtiger Schritt gegen den Wohnungsleerstand.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Insgesamt wird bei der Wohnungsbauförderung eine strukturelle Änderung und Reduzierung der Mittel vorgenommen. Wir passen uns den Bedingungen des Wohnungsmarktes an. Bei der Städtebauförderung legen wir zusätzliche Programmvolumina auf.

Wir bieten weiterhin jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

In der Landwirtschaft werden Ausbildungsplätze zwar angeboten, aber nicht nachgefragt. Ab 2002 legen wir deshalb ein Sonderprogramm auf, das landwirtschaftliche Ausbildungsgänge für unsere Jugendlichen attraktiver machen soll.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

An den Schulen werden weitere Verbesserungen spürbar. Noch in diesem Jahr beginnen wir mit einem Mehrjahresprogramm zur Ausstattung der Schulen mit IT-Technik. Dafür wenden wir insgesamt fast 28 Millionen Euro auf. Wir halten an der rechnerisch hundertprozentigen Unterrichtsversorgung fest. Schon jetzt haben wir unsere Ziele aus der Koalitionsvereinbarung für die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern fast vollständig umgesetzt und wir werden zusätzlich die Studentafel im Primarbereich weiter verbessern.

(Beifall bei der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Wir schaffen die Regionale Schule. Damit reagieren wir nicht nur auf die demographischen Veränderungen. Die Regionale Schule bedeutet auch einen Qualitätssprung insbesondere für die Schule im ländlichen Raum.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Siegfried Friese, SPD: Bravo!)

Mit ihrer Einführung werden folgende Ziele verfolgt: Stärkung der Kernfächer Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache und informatorische Bildung, Stärkung der Naturwissenschaften, Berufsvorbereitung und Berufsfrühorientierung, Stärkung der Erziehungsfunktion der Schule. Wir führen das Abitur nach zwölf Jahren wieder ein. Für die Hochschulen wird Planungssicherheit durch die Einführung eines gesicherten Finanzkorridors geschaffen. Bei alledem werden die Ausgaben für die Kultur nicht gekürzt.

Die Kommunen werden wie bisher einen Sockel von 1,278 Milliarden Euro – das sind die bekannten 2,5 Milliarden DM – im kommunalen Finanzausgleich erhalten. Wir schlagen Ihnen mit diesem Haushaltsrechtsgesetz vor, für die Ermittlung des kommunalen Finanzausgleichs künftig ein rationales Verfahren anzuwenden, das den kommunalen Finanzausgleich für alle Beteiligten berechenbarer macht. Wir wollen Land und Kommunen gleichmäßig an den Einnahmeverbesserungen und an den Einnahmever-

schlechterungen beider Ebenen beteiligen. Nach diesem Gleichmäßigkeitsgrundsatz werden die Einnahmen der Kommunen aus dem kommunalen Finanzausgleich bis 2005 um 50 Millionen Euro steigen. Und wir wollen für die Kommunen in 2002 und 2003 die KIP-Pauschale erhöhen. Wir rechnen aufgrund dieser Veränderungen mit Verbesserungen für die Kommunen von zusammen über 100 Millionen Euro in den Jahren 2002 bis 2005.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Unser Haushalt kann sich sehr gut sehen lassen. Das zeigen schon die wenigen Hinweise. Und wer den Haushalt richtig lesen kann, wird sehen, dass sich auch die Strukturen verbessert haben. Wer darüber hinaus ein Zukunftsinvestitionsprogramm fordert, verkennt unsere finanziellen Möglichkeiten und ignoriert die volkswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten bei offenen Märkten.

Da mir die CDU nicht folgen wird, verweise ich auf Professor Rüdiger Pohl vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle/Saale. Er hat in der SVZ vom 15. August erklärt: „Kurzfristig kann man dagegen“ – gegen den Konjunkturabschwung – „erst mal gar nichts tun. Wir sollten uns jetzt vor konjunkturpolitischem Aktionismus hüten.“

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Auch Professor Rolf Peffekofen und viele andere Wissenschaftler warnen. Sie halten ein Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform zum Zwecke der Konjunktursteuerung für falsch, denn eine solche Reform finanziert sich keineswegs von selbst, wie uns manche weismachen wollen. Und selbst wenn wir eine solche Maßnahme befürworten würden, kein Länderhaushalt in der Bundesrepublik könnte sich das leisten.

Neben den kalkulierten Steuerausfällen aus der Steuerreform können die konjunkturellen Probleme noch auf unsere Einnahmen in 2002 durchschlagen. Bisher lässt sich das an unseren realen Steuereinnahmen des Jahres 2001 allerdings noch nicht festmachen. Genaueres wird sich erst aus der Novembersteuerschätzung ergeben. Dann wird sich auch schon besser erkennen lassen, inwieweit die Folgen der Terrorakte in den USA auf die Wirtschaftsentwicklung durchschlagen.

Meine Damen und Herren! Von diesen Ereignissen sind wir alle betroffen und erschüttert. Die politischen Konsequenzen und die wirtschaftlichen Auswirkungen sind noch nicht absehbar und wir müssen befürchten, dass sich daraus auch zusätzliche Folgen für die Konjunktur und demzufolge auch für die Steuereinnahmen ergeben können. Sollte das eintreffen, werden wir selbstverständlich darauf reagieren und Ihnen entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Auch die Kommunen sind von der Steuerreform und der konjunkturellen Abschwächung und den daraus resultierenden Steuermindereinnahmen betroffen. Anders als vom Städte- und Gemeindetag dargestellt kann bisher in den Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt nicht von einem Wegbrechen der Steuern gesprochen werden. Zurzeit liegen die Steuereinnahmen aller Gemeinden und Kreise in etwa auf der Linie, die in der Novembersteuerschätzung für 2001 angenommen wurde. Danach sind 27 Millionen DM Mindereinnahmen gegenüber dem Ist 2000 zu verkraften. Im ersten Halbjahr 2001 liegen die Steuereinnahmen entgegen dieser Erwartung um 0,7 Millionen DM höher als im ersten Halbjahr 2000.

So gesehen wäre eigentlich alles im Lot. Insgesamt betrachtet laufen die Steuern bei den Kommunen also sogar besser als geplant. Aber es gibt ein Problem bei der Verteilung der Steuereinnahmen auf die kreisfreien Städte einerseits und die kreisangehörigen Gemeinden andererseits. Die kreisangehörigen Gemeinden verzeichnen im ersten Halbjahr 2001 einen Zuwachs von 29,4 Millionen DM, die kreisfreien Städte hingegen müssen Mindereinnahmen von 28,7 Millionen DM hinnehmen. Das weicht in beiden Bereichen deutlich von der Steuerschätzung ab – einmal positiv und einmal negativ. Für beide Entwicklungen gibt es noch keine schlüssigen und allgemein verbindlichen Erklärungen. Für eine endgültige Beurteilung – auch durch den Städte- und Gemeindetag – ist die Datenbasis per 30. Juni noch zu schmal.

Mir ist völlig klar, dass wir noch mit erheblichen Problemen zu kämpfen haben werden. Die Arbeitslosigkeit im Land ist nach wie vor viel zu hoch, doch auch hier gibt die oberflächliche Betrachtung der Gesamtzahlen nicht die Veränderungen wieder, die sich darunter vollzogen haben. Ende August diesen Jahres hatten wir in Mecklenburg-Vorpommern 163.568 Arbeitslose. Ende August 1998 hatten wir knapp 7.000 weniger als jetzt. Damals waren aber 33.628 Personen mehr in ABM, SAM und beruflicher Weiterbildung beschäftigt als heute. Wenn die Bereiche Bau und ABM/SAM einmal ausgeklammert werden, gab es 1998 im Jahresdurchschnitt 598.700 Erwerbstätige. Im Jahr 2000 waren aber 615.700 Erwerbstätige gemeldet. Als Fazit halte ich fest: Die Struktur am ersten Arbeitsmarkt hat sich verbessert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS – Unruhe bei  
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Trotzdem, mehr als 163.000 Arbeitslose im August 2001 sind viel zu viel. Wir müssen aber alle miteinander einräumen, dass unsere Möglichkeiten sehr begrenzt sind. Das Land Mecklenburg-Vorpommern kann nicht das Superunternehmen sein, das alle Probleme des Landes in sich selbst löst.

(Harry Glawe, CDU: Das nützt  
den Menschen aber nichts im Land.)

Wer das den Bürgerinnen und Bürgern verspricht, sagt ihnen nicht die Wahrheit und bereitet schon die nächste Enttäuschung vor. Die Abfederung der Arbeitslosigkeit fordert von allen – Bund, Ländern und Kommunen – erhebliche Leistungen. Wir tun das Unsrige und wir setzen dabei auf einen langen Atem. Wahlkampf-ABM zur vorübergehenden Manipulation der Arbeitslosenstatistik wird es 2002 nicht geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Noch ein paar Punkte in unserem Landshaushalt, die mir wichtig sind: Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen dargelegt, dass der Anstieg der Zinsausgaben spürbar verlangsamt worden ist. Die SPD/PDS-Koalition hat sich darauf verständigt, die Kreditaufnahme bis 2005 auf 100 Millionen Euro abzusenken. Dadurch verlangsamt sich der Anstieg unserer Zinszahlung zusätzlich. Und ähnlich steuern wir die Personalausgaben.

Von interessierter Seite wird immer wieder behauptet, Mecklenburg-Vorpommern habe die höchsten Personalausgaben pro Kopf und die höchste Stellenzahl je 1.000 Einwohner. Ich habe dazu schon bei verschiedenen Gelegenheiten Stellung genommen. Ich will es auch hier noch

einmal tun: Das Problem der Personalausgaben hat quantitative und qualitative Aspekte. Was die quantitative Seite angeht, hat Mecklenburg-Vorpommern aufgrund seiner besonderen demographischen Struktur – unser Land hat nach wie vor die meisten Schüler – den höchsten Lehrbedarf in der Republik. Gemessen am westlichen Durchschnitt müssen wir dafür 190 Millionen Euro zusätzlich aufwenden. Für den Forstbereich hat die Landesregierung beschlossen, die Zahl der Forstarbeiter sozialverträglich zu reduzieren. Dennoch wird in diesem Bereich ein überdurchschnittlicher Stellenbestand bleiben, denn Mecklenburg-Vorpommern verfügt über staatliche Forstflächen, deren Ausmaß je Einwohner zum Beispiel das von Schleswig-Holstein weit übertrifft. Auf weitere Beispiele will ich verzichten.

Unter qualitativen Aspekten weise ich auf unsere hohe Polizeidichte hin, die von allen politisch gewollt ist. Ebenso gewollt ist die vergleichsweise gute Ausstattung der Universitäten und Fachhochschulen mit Lehr- und technischem Personal. Trotz der notwendigen Zusatzbedarfe muss die Mitarbeiterzahl im Landesdienst nach und nach an das im Westen übliche Niveau angeglichen werden. Die Tarife liegen noch bei 90 Prozent des Westniveaus. Das wird so nicht bleiben und die Versorgungsleistungen werden ebenfalls langsam, aber sicher steigen. Diesen zwangsläufigen Mehrbedarfen können wir nur durch Stellenreduzierungen begegnen und genau das tun wir. Den unvermeidlichen Stellenabbau gestalten wir sozialverträglich. Das Lehrpersonal konzept ist dafür ein gutes Beispiel. Wir wollen auch in anderen Bereichen betriebsbedingte Kündigungen vermeiden. Ich verweise im Einzelnen auf die Drucksache 3/2222 „Fortschreibung des mittel- und längerfristigen Personal konzeptes für die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern“, in der Sie die Einzelheiten finden und die auch diverse Handlungsansätze aufzeigt.

Im „Nordkurier“ werden Sie, Herr Rehberg, heute zitiert, dass wir in den Jahren 2000 bis 2005 nur 23 Stellen in der obersten Landesbehörde einsparen wollen. Ich muss sagen, es ist wieder ein Rechenfehler drin. Tatsächlich sind es 87 Stellen. Aber ich weiß, Stellenpläne lesen ist eine Kunst, und Ihre Mitarbeiter scheinen das nicht zu können.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Beifall Heidemarie Beyer, SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, das gibt es nicht! – Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie sich mal den Haushalt an!)

Insgesamt wird die Personalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht von den kontinuierlichen Schritten zur Verwaltungsreform beeinflusst werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Also nein! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Für diese Landesregierung ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, oh, oh!)

Herr Rehberg, bisher sind alle Zahlen ...

(Harry Glawe, CDU: Sie können uns ja mal einladen zum Stellenplanlesen.)

Herr Rehberg, bisher sind alle Zahlen, die Sie in Sachen Personalstellen gebracht haben, immer falsch gewesen,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist eine Arroganz von Ihnen, die Sie an den Tag legen, die ist nicht mehr zu überbieten. Das ist nicht mehr zu überbieten!)

und ich muss annehmen, es ist Absicht oder es ist Nichtkönnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eines von beiden gibt's doch nur.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist eine Arroganz, die Sie an den Tag legen, das ist nicht mehr feierlich!)

Also wer hier arrogant ist, das lassen wir doch mal prüfen.

(Siegfried Friese, SPD: Der Chef hat die Verantwortung. – Eckhardt Rehberg, CDU: Mitarbeiter beschimpfen ist das Letzte.)

Dann können Sie es nicht.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD – Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, dann sagen Sie es so!)

Ja, okay.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

Dann machen wir es so.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es zeugt von Arroganz. Das ist nicht mehr feierlich! Das ist nicht mehr feierlich!)

Herr Rehberg, nun bleiben Sie doch mal ruhig.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Was glauben Sie, wenn ich Ihre Mitarbeiter in dieser Art und Weise beschimpfen würde?!)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich bitte, die Rednerin weiterreden zu lassen.

**Ministerin Sigrid Keler:** Meine Damen und Herren! Insgesamt wird die Personalentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht von den kontinuierlichen Schritten zur Verwaltungsreform beeinflusst werden. Für diese Landesregierung ist Verwaltungsreform nicht eine einmalige allumfassende Aktion.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, oh, oh!)

Die liefert nach aller Erfahrung nicht die gewünschten nachhaltigen Ergebnisse.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ach!)

Wir betreiben Verwaltungsreform als permanenten Prozess, der unsere Verwaltungsstrukturen Stück für Stück erneuert.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU)

Ich bringe Ihnen gleich die Beispiele.

Die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung wird planmäßig vorangetrieben. Die Zusammenführung von örtlicher und überörtlicher Sozialhilfe liegt als Vorschlag auf dem Tisch.

(Harry Glawe, CDU: Jaja,  
aber mehr ist es auch noch nicht.)

Doch.

(Harry Glawe, CDU: Jaja,  
Sie kennen ja die Probleme.)

Das liegt Ihnen als Vorschlag auf dem Tisch.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Überführung der hoheitlichen Aufgaben des Landeshygieneinstitutes – und jetzt komme ich dazu – in ein Landesamt für Gesundheit bringt endlich die seit vielen Jahren überfällige Strukturbereinigung und die Trennung von defizitären, nicht hoheitlichen Aufgaben. Dass wir jetzt eine Steigerung haben, liegt an der Zunahme der hoheitlichen Aufgaben. Zurzeit ordnen wir das Liegenschafts- und Gebäudemanagement in der gesamten Landesverwaltung neu.

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Kriegt nur einen neuen Namen.)

Den Gesetzentwurf dazu werde ich Ihnen heute vorstellen.

Trotz aller objektiven Probleme kann Mecklenburg-Vorpommern mit Zuversicht nach vorn blicken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Tourismus, Dienstleistung und verarbeitendes Gewerbe erwirtschaften einen wachsenden Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Damit wird der Rückgang in der Bauwirtschaft noch nicht ausgeglichen, aber dennoch, unsere Wirtschaftsstruktur verbessert sich und damit auch unsere Chance, eine dauerhafte Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen. Daneben wollen wir Bildung, soziale Sicherheit, innere Sicherheit, Aufbau der öffentlichen Infrastruktur und der privaten Wirtschaftsstruktur, Kunst und Kultur, Sport, Kindertagesstätten und vieles mehr weiter voranbringen. Das, meine Damen und Herren, kostet viel, viel Geld.

Wir geben insgesamt weit mehr aus, als wir im Land selbst erwirtschaften. Aufgrund der Transfers stehen uns diese zusätzlichen Mittel zur Verfügung, aber wir müssen damit gut haushalten, sie dort einsetzen, wo sie die nachhaltigste Wirkung entfalten. Zusätzliche Schulden machen, das geht auf Dauer nicht, denn der Satz, den ich in einer früheren Haushaltsrede bereits zitiert habe, gilt heute mehr denn je: Von der Zukunft zu leben ist nicht zukunftsfähig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 270 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Ministerpräsident Herr Ringstorff. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu unserem Haushalt komme, will ich noch kurz einige Sätze sagen zu den Dingen, die uns in den letzten Tagen bewegt haben und mit denen wir uns auch in einer Landtagssondersitzung beschäftigt haben. Wir haben gesagt, wir fühlen uns mit betroffen von den Terroranschlägen.

Sie galten zwar jetzt den Vereinigten Staaten von Amerika, aber wir müssen damit rechnen, dass auch Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa gefährdet sein können. Und weil das so ist, begrüße ich ausdrücklich die Beschlüsse, die gestern gefasst worden sind, zur Erhöhung der inneren Sicherheit. Ich begrüße auch, dass diese Beschlüsse solide finanziert sind, dass trotz dieser Beschlüsse der Kurs der Haushaltskonsolidierung fortgesetzt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Haushaltspolitik gestaltet Zukunft und wir ebnen heute den Weg für morgen. Wir bestimmen heute, wohin die Reise führt, und wir sorgen heute dafür, dass uns nicht auf halber Strecke die Puste ausgeht. Mit diesem Entwurf zum Doppelhaushalt 2002/2003 setzen wir unsere verantwortungsbewusste, auf Konsolidierung gerichtete Finanzpolitik fort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben unser Land tief in die roten Zahlen gefahren, wir müssen es nun Stück für Stück wieder hinausziehen, und das heißt sparen, so bitter das in einzelnen Fällen auch ist. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Wolfgang Riemann, CDU: Sie müssen aber  
das Land regieren. Haben Sie das schon  
vergessen, Herr Ministerpräsident? –  
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich komme noch dazu, Herr Riemann.

Borgen macht Sorgen, wenn nicht heut' dann morgen. Schon jetzt zahlt das Land 103.000 DM Zinsen in der Stunde. Das sind circa 2,5 Millionen DM am Tag. Und mit dieser Summe könnten wir zum Beispiel 14 Kilometer Landesstraßen gründlich sanieren. Rund 900.000 Millionen DM im Jahr nur für den Schuldendienst früherer Kredite – wir wissen alle, dass wir uns damit unweigerlich die Kehle zuschnüren. Deshalb müssen wir die Neuverschuldung bremsen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Deshalb müssen wir die Nettokreditaufnahme weiter senken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Unser Ziel ist es, spätestens 2008 einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Und das ist auch notwendig. Frau Keler hat schon auf einige Entwicklungen hingewiesen, wenn ab 2009 die Einnahmen aus dem Solidarpaket deutlich sinken und wahrscheinlich auch die EU-Förderung nicht mehr in gleicher Höhe erfolgt. Wir haben um den Solidarpaket II gekämpft und wir haben uns politisch durchgesetzt. Das war ein großer Erfolg für die neuen Bundesländer, ein großer Erfolg für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei der SPD und  
einzelnen Abgeordneten der PDS)

Jetzt haben wir Planungssicherheit bis 2020 und wir haben die Chance, aber auch die Aufgabe, die Folgen der deutschen Teilung endgültig zu überwinden. In 20 Jahren müssen wir auf eigenen Beinen stehen, damit wir ohne überproportionale Hilfen vom Bund unsere Einnahmen sichern. Das, meine Damen und Herren, ist die zentrale Herausforderung nach den Vereinbarungen zum Länderfi-

nanzausgleich und zum Solidarpakt II. Sie sehen also, wir sparen nicht aus Jux und Tollerei. Ein solider Landeshaushalt ist eine wichtige Investition in unsere Zukunft und diese Investition wird sich auszahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir machen aus Sparpolitik Zukunftspolitik, wir setzen Schwerpunkte und geben an den richtigen Stellen Volldampf, damit wir weiter Fahrt gewinnen, damit es weiter vorangeht in Mecklenburg-Vorpommern.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Volldampf bringt Stillstand. – Dr. Ulrich Born, CDU: Mit Volldampf zurück!)

Und alle unsere Anstrengungen richten sich dabei auf ein Ziel – den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der Haushalt beschreitet neue Wege, denn die Koalition ist sich einig: Wir müssen unsere Anstrengungen noch verstärken, wir müssen alle Kräfte bündeln. Trotz aller Fortschritte, die wir erreicht haben, stehen immer noch viel zu viele Menschen ohne Arbeit da. Die Stellenreduzierungen vor allem im Bauhaupt- und Baunebengewerbe auf der einen Seite und neue Arbeitsplätze in der Industrie, im Dienstleistungsgewerbe, in der IuK-Branche auf der anderen Seite stehen sich gegenüber. Beides kompensiert sich nahezu und wir haben keine Senkung der Arbeitslosenquoten.

Meine Damen und Herren, das überproportionale Wachstum der Bauindustrie nach der Wende hat die wahren Strukturprobleme, hat das ganze Ausmaß der Deindustrialisierung im Osten verschleiert. Jetzt stehen so ziemlich alle Autohäuser, alle Supermärkte, alle Möbelhäuser oder alle Einkaufszentren. Und von einem Wohnungsproblem kann man nicht mehr reden. Im Gegenteil, wir haben mittlerweile circa 50.000 Leerstände. Und ich sage es hier ganz deutlich: Man kann nicht auf Dauer gegen den notwendigen Strukturwandel in der Bauindustrie gegenansubventionieren. Einige von Ihnen, meine Herren, möchten das ja, so einen gewissen Kreislauf. Noch mehr Förderung im Wohnungsbaubereich – das schafft natürlich Arbeitsplätze – und hinten reißt man dann die überflüssigen Wohnungen wieder ab. Da kann man auch von einem Kreislauf des Geldes sprechen, aber ich sage, das ist Kapitalvernichtung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze ist deshalb das wichtigste Ziel, ist die Messlatte für alles, was wir tun oder lassen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, unsere Finanzpolitik mit diesem Kernziel in Einklang zu bringen, und das haben wir gemeinsam geschafft. Die notwendigen Einsparungen sind im Konsens mit allen Ressorts erfolgt. Und das allein zeigt, dass die Zusammenarbeit in dieser Koalition klappt, dass alle bereit sind, für das Wohl unseres Landes an einem Strang zu ziehen. Dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt setzt Schwerpunkte.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und die zentralen Schwerpunkte heißen:

1. Ausbau des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern

2. Ausbau und Profilierung des Forschungs- und Technologiestandortes
3. Bildung und Ausbildung
4. Kommunale Finanzen

Zu Punkt 1: Weiterer Ausbau des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern

Wir treiben den Strukturwandel weiter zügig voran. Wir werden die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiter verbessern und das heißt vor allem auch weiterer Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Wir werden noch offensiver für den Standort Mecklenburg-Vorpommern und um neue Investoren werben, Wachstumszentren und Wachstumsbranchen werden wir weiterentwickeln. Die Konzentration der Wirtschaftsförderung auf wachstumsintensive Branchen und die stärkere Kopplung an die Schaffung von Arbeitsplätzen setzen wir fort.

Der vorliegende Haushaltsentwurf, meine Damen und Herren, schafft die Voraussetzungen dafür. Die Finanzministerin hat schon darauf hingewiesen, es werden wie bisher alle Mittel von Bund und EU, zum Beispiel für die Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Infrastruktur und der EFRE, vom Land vollständig kofinanziert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und Sie wissen auch, dass das nicht in allen Bundesländern selbstverständlich ist. Die Investitionsleistungen des Landes bleiben nach wie vor hoch und sichern den Aufholprozess unseres Landes, vor allem bei der Infrastruktur. Auch die bewährten Förderprogramme im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsförderung werden in gleicher Höhe wie im Vorjahr fortgeführt.

Meine Damen und Herren, wir sind auf dem richtigen Weg. Der Strukturwandel in unserem Land läuft erfolgreich. Es geht voran in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Beispiel ist das verarbeitende Gewerbe.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es ist in den letzten zwei Jahren zu einem Wachstumsmotor in Mecklenburg-Vorpommern geworden.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Eine Umsatzsteigerung von 11,6 Prozent hat das verarbeitende Gewerbe – ohne den Schiffbau, der immer großen Schwankungen unterliegt – im ersten Halbjahr erreicht.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Ich weiß, dass Sie das nervös macht, meine Damen und Herren,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

aber das ist eben das Schlimme, dass Sie über jeden Erfolg der Wirtschaft in unserem Land neidisch werden, weil Sie die Sonthofen-Strategie fahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Beim Auslandsumsatz war es sogar eine Steigerung um 23,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

und das nach einer Steigerung von 39,3 Prozent im Vorjahr, also von 1999 auf 2000.

Es geht voran, unser Land mausert sich erfolgreich zum Technologiestandort. Mit bereits über 70 Firmen in der Biotechnologie entwickelt sich Mecklenburg-Vorpommern zu einem wichtigen Standort in dieser Branche.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Vorwärts nimmer, rückwärts immer!)

Mittlerweile arbeiten in den IuK-Berufen fast schon so viele Menschen wie in der Landwirtschaft, zum Beispiel in den über 30 Callcentern im Land, bei den Telekommunikationsfirmen oder bei den Dienstleistern im IT-Bereich.

Damit zu Punkt 2: Ausbau und Profilierung des Forschungs- und Technologiestandortes Mecklenburg-Vorpommern

Wir unterstützen den Innovationsprozess unseres Landes mit einer offensiven Technologiepolitik. Die Technologieförderung wird auf gleicher Höhe fortgesetzt und über den Zukunftsfonds Technologieförderung werden 100 Millionen DM über fünf Jahre in zukunftsorientierte Projekte fließen. Und in diesem Zusammenhang verspreche ich mir beispielsweise auch von der geplanten Gründung der BioCon Valley GmbH mit dem Land als Mehrheitsgesellschafter einen wirksamen Impuls für die erfolgreiche Entwicklung der Biotechnologie im Land. Ziel ist es, die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft weiter zu verstärken.

Meine Damen und Herren, es geht voran in Mecklenburg-Vorpommern,

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

aber noch nicht schnell genug.

Ich weiß, dass Sie jeder Fortschritt im Land nervös macht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Bei jeder positiven Zahl werden Sie unruhig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich sage aber, vieles geht mir noch nicht schnell genug, denn die positive Entwicklung

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ja schon mal positiv. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

wird immer noch von dem Rückgang in der Bauwirtschaft überschattet. In weiteren Bereichen – der Landwirtschaft und den Werften – wird mögliches Wachstum durch Produktionsbeschränkungen beziehungsweise Quoten gebremst. Die Landesregierung bemüht sich mit aller Kraft

(Dr. Ulrich Born, CDU: Bemühen allein reicht nicht.)

zusammen mit der Bundesregierung um Lockerungen beispielsweise der Kapazitätsobergrenzen im Schiffbau.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber Sie brauchen gar nicht so zu grinsen, meine Herren,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie wollten es doch eindeutig 2001 schon abgeschafft haben.)

ich möchte darauf hinweisen, diese engen Verträge haben nicht wir gemacht.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Oh nee! Oh nee! – Dr. Ulrich Born, CDU: Wer hatte denn vollmundig erklärt, 2001 werden sie abgeschafft? Wer war denn das?)

Die Lösung unserer Arbeitsmarktprobleme lastet so auf dem restlichen Teil der Wirtschaft. Doch wir wissen, das derzeitige Wachstum allein reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken. Wir brauchen mehr neue Unternehmen. Diese können durch Existenzgründungen entstehen und da ist für Beratung und Hilfe inzwischen umfassend gesorgt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wer hat die rote Fahne einstmals getragen, 1990?)

Aber neue Unternehmen müssen auch von außen kommen. Und deshalb geht es darum, unseren Standort noch stärker und gezielter zu vermarkten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben damals gesagt, volle Zustimmung.)

Dass Mecklenburg-Vorpommern Investitionsstandorte der Spitzenklasse zu bieten hat, hat die BMW-Bewerbung gezeigt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Kurzes Gedächtnis!)

Das zeigen genauso erfolgreiche Investoren wie Citrico in Malchin,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Immer zweiter Sieger.)

Moritex oder Klausner und Egger in Wismar,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Nordex und Caterpillar in Rostock

(Dr. Ulrich Born, CDU: Transrapid in China. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

oder die britische CPI, die in Boizenburg ein Folienwerk errichtet,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Airbus in Hamburg.)

und viele andere.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ausländische Investoren haben in den vergangenen Jahren

(Dr. Ulrich Born, CDU: BMW in Sachsen.)

ihr Engagement in Mecklenburg-Vorpommern allen Unkenrufen zum Trotz deutlich verstärkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und, meine Damen und Herren, darauf müssen wir aufbauen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Investorenwerbung und Unternehmensansiedlung sind eine entscheidende Voraussetzung für neue Arbeitsplätze, sind eine wichtige Investition in die Zukunft. Ein Schwerpunkt unserer Politik für die Zukunft heißt deshalb auch offensive Vermarktung unseres Landes, seiner Chancen und Möglichkeiten weltweit. Wir müssen für uns werben, wir müssen unsere Vorteile hervorheben und wir müssen zeigen, was bei uns gut ist und was man anderswo nicht findet. Und jeder Einzelne von uns ist gefragt. Ich meine, meine Damen und Herren, wir haben allen Grund, selbstbewusst zu unserem Land zu stehen und mehr Selbstvertrauen zu zeigen, denn es gilt, die besten Boten unseres Landes sind wir selbst.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, Sie ganz bestimmt.)

Ja, Herr Born, Sie grinsen, aber ich muss Ihnen sagen, kein Verständnis hat die Wirtschaft unseres Landes und haben die Bürger unseres Landes für einen Oppositionsführer,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

der sein eigenes Land

(Dr. Ulrich Born, CDU: Schlechtredet.)

schlechtredet,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

der sich offenbar bemüht hat,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

der sich offenbar bemüht hat, wie man lesen konnte, zum Beispiel in Hamburg vor Unternehmen oder Unternehmensvertretern vor Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern zu warnen.

(Harry Glawe, CDU, und Dr. Berndt Seite, CDU: Was?!)

Schämen Sie sich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Torsten Koplín, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Ihr Scheitern können Sie wirklich nicht dem Oppositionsführer anlasten. Dafür sind Sie selbst verantwortlich. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie glauben,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wenn Sie glauben, mit dieser Verhinderungstaktik Ihre Wahlschancen verbessern zu können, dann sitzen Sie auf dem falschen Dampfer, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht mehr.)

Oberstes Ziel unserer Haushalts- und Wirtschaftspolitik ist es, die knappen Mittel so einzusetzen, dass sie möglichst viel

(Dr. Ulrich Born, CDU: Verpuffen.)

bewegen und bewirken.

(Harry Glawe, CDU: Immer im Kreis fahren. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Priorität hat dabei die Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Zukunftspolitik heißt für uns aber auch Politik für Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Harry Glawe, CDU: Sie wollten die Arbeitslosenzahlen um 20.000 senken. Wo ist das Ergebnis?)

Allen, die Arbeit suchen, werden wir deshalb auch in den kommenden Jahren

(Dr. Ulrich Born, CDU: Weiter suchen lassen.)

mit umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen unter die Arme greifen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD – Harry Glawe, CDU: Aber doch nicht so! – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, genau. Und nach dem Wahljahr fahren Sie sie wieder runter.)

Zusätzlich wurden, um kurzfristig die Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit weiter zu verstärken, 6,1 Millionen Euro zur Kofinanzierung von Strukturanpassungsmaßnahmen bereitgestellt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD – Harry Glawe, CDU: Das ist gewaltig.)

Darüber hinaus wurde ein Initiativfonds in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro eingerichtet. Unser Ziel ist es, die Menschen unseres Landes fit zu machen für den Arbeitsmarkt, und deshalb heißt der dritte Schwerpunkt dieses Haushaltes: Bildung, Ausbildung und Qualifizierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Für die uns schon bekannten Gesellschaften.)

Meine Damen und Herren, Haushaltspolitik ist Politik für die Zukunft und unsere Zukunft ist die Jugend.

(Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Christian Beckmann, CDU: Dass sie Mecklenburg-Vorpommern verlassen.)

Und deshalb setzen wir alles daran, unserer Jugend hier im Land eine Zukunft zu bieten.

Es ist ja lustig, Sie werden immer unruhiger, meine Damen und Herren, Sie werden immer unruhiger.

(Harry Glawe, CDU: Sie merken gar nicht mehr, dass die Jugendlichen unser Land verlassen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU – Dr. Christian Beckmann, CDU: Weil Sie so spaßig sind.)

Sie haben sich so an das Schlechtreden unseres Landes gewöhnt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

dass Sie jede positive Botschaft nervös macht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Reinhardt Thomas, CDU)

Es geht uns dabei um die Weiterentwicklung des Schulsystems ...

Nun fängt dahinten auch noch jemand an zu krähen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie wollen, dass die Jugend des Landes in Bayern lernt.)

Den habe ich heute noch gar nicht gehört. Es hat mich schon gewundert, Herr Thomas.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Was ist denn das für ein Niveau?!)

Es geht uns dabei um die Weiterentwicklung des Schulsystems mit dem Ziel,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die Chancengleichheit und Leistungsorientierung zu stärken

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

und zugleich der demographischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Mit diesem Haushalt werden die finanziellen Voraussetzungen für die Wiedereinführung des Abiturs nach zwölf Schuljahren geschaffen und darüber hinaus wird die Einführung der Regionalen Schule finanziert. Und das alles mit einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung! Wir haben uns politische Ziele gesetzt und diese Ziele verwirklichen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Thema Ausbildungsplätze an dieser Stelle mein nachdrücklicher Appell an die Unternehmer und Betriebe im Land, die sich angesichts der demographischen Entwicklung rechtzeitig um die Ausbildung ihrer Nachwuchskräfte kümmern sollten. Noch können sie unter etlichen Wunschkandidaten wählen, aber das wird sich ändern. Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite Dutzende um einen Ausbildungsplatz als Kfz-Mechaniker rangeln und auf der anderen Seite Branchen, die auch eine Zukunft haben, wie etwa die Landwirtschaft, händeringend nach Auszubildenden suchen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das Landwirtschaftsministerium wird deshalb eine Ausbildungsplatzinitiative starten, um das Interesse der Jugendlichen zu wecken. Und solche Initiativen, meine Damen und Herren, wären auch für andere Branchen eine Idee.

Eine wichtige Rolle bei der Gestaltung unserer Zukunft spielen unsere Hochschulen und Universitäten.

(Jörg Vierkant, CDU: Ja.)

Das neue Hochschulgesetz wird dazu beitragen, den Hochschulen bei ihrer Entwicklung und Profilierung Freiraum zu geben, mehr Freiraum. Dazu wird der Landeszuschuss für die Hochschulen mit plus 1 Prozent im kommenden Jahr und einer jährlichen Steigerung von 1,5 Prozent bis 2006 veranschlagt. Und das, meine Damen und Herren, trotz insgesamt zurückgehender Haushaltsvolumina! Das Hochschulbauprogramm wird auf gleicher Höhe fortgesetzt. Welche Auswirkungen dieses Hochschulbauprogramm hat, können Sie sich bei Besuchen an einigen Universitäten und Hochschulen sichtbar vor Augen führen. Damit wird für die Universitäten und Fachhochschulen mittelfristig Planungssicherheit geschaffen und es ist eine gute Basis, wie ich meine, für unsere Hochschulen, um ihre Position im europäischen Wettbewerb weiter zu stärken. Schon jetzt gehören sie in etlichen Bereichen zu den Besten in Deutschland.

Meine Damen und Herren, auch an diesem Haushaltsentwurf wird deutlich, dass der Landesregierung an einer kommunalfreundlichen Landespolitik gelegen ist.

(Harry Glawe, CDU: Das merkt nur keiner. –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die kommunale Finanzausstattung ist daher der vierte Schwerpunkt dieses Haushaltsentwurfes.

Es ist richtig und wichtig, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie ihren Aufgaben nachkommen können. Und deshalb halten wir unser Versprechen, deshalb bekommen die Kommunen nicht nur 2,5 Milliarden DM aus dem kommunalen Finanzausgleich wie in den Vorjahren, sie bekommen sogar noch etwas obendrauf. Die Finanzministerin hat dazu schon etwas gesagt. Außerdem haben wir in den Verhandlungen zum Solidarpakt die freiere Verfügbarkeit der IFG-Mittel erreicht, und das, meine Damen und Herren, erleichtert auch einiges.

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

Unser Anliegen ist es, die Voraussetzungen für kommunale Investitionen zu verbessern, was insbesondere den kleinen und mittleren Betrieben gerade auch in der arg gebeutelten Bauwirtschaft zugute kommt. Und hier schaffen wir zusätzliche Mittel und bauen Investitionshindernisse ab. Die Initiative des Wirtschaftsministers zur Beschleunigung kommunaler Investitionsvorhaben ist da, glaube ich, ein gutes Beispiel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Der Haushalt steht und er kann sich sehen lassen. Und mein Dank gilt an dieser Stelle ganz besonders der Finanzministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich sage hier auch deutlich, natürlich ist es Aufgabe der Opposition zu kritisieren, bessere Lösungen anzubieten. Aber Verriss in Bausch und Bogen, Polemik mit falschen Zahlen, Herr Riemann, utopische Forderungen wie eine Investitionsquote von 30 Prozent, das, meine Damen und Herren von der Opposition, bringt uns nicht weiter. Das sollten Sie sich sparen und damit würden auch Sie einen sinnvollen Sparbeitrag zu unserem Haushalt leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Frau Keler hat es auch schon anklingen lassen, an Ihrem Wahlhaushalt 1994, an der riesigen Neuverschuldung allein in diesem einen Jahr haben wir noch heute sehr schwer zu tragen. Nein, meine Damen und Herren, konstruktive Oppositionsarbeit ist das nicht, was Sie in letzter Zeit geboten haben. Angesichts der Herausforderungen, vor denen unser Land steht, verlangen die Bürger zu Recht, dass wir unsere Energie nicht in parteipolitischen Streitereien verschleifen, sondern dass wir gemeinsam

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

und parteiübergreifend für die Zukunft unseres Landes arbeiten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Harry Glawe, CDU: Jaja, Schmusekurs! –  
Zurufe von Dr. Christian Beckmann, CDU,  
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist unsere Aufgabe. Den Respekt der Bürger und das Vertrauen in die Politik gewinnen wir nur durch Taten. Und dass wir um den besten Weg ringen, ist gut und richtig. Wer aber allein aus parteitaktischem Kalkül das eigene Land schlechtredet, setzt die Zukunft aller aufs Spiel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und das ist verantwortungslos.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wer schlecht regiert, kann sich nicht herausreden, dass er schlechtgeredet wird.)

Wenn Sie, Herr Rehberg, es wirklich ernst meinen mit Ihrer Wandlung zum seriösen Spitzenkandidaten – man hat da ja so einiges in der Presse gelesen –,

(Heinz Müller, SPD: Hört, hört!)

dann sollten Sie sich endlich Ihrer Verantwortung in der Opposition stellen! Versprochen haben Sie es oft genug.

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Ja, da machen Sie sich mal keine Gedanken!)

Meine Damen und Herren, Haushaltspolitik gestaltet Zukunft. Mit diesem Haushalt sichern wir die Zukunft für uns und für unsere Kinder.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die nach Bayern gehen sollen nach Meinung unserer Finanzministerin.)

Wir wollen die Wirtschaftskraft unseres Landes weiter stärken und so Arbeit schaffen.

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Das hat doch Frau Keler gesagt.)

Wir wollen der Jugend im Land eine Zukunft geben und wir wollen, dass die Menschen gern in Mecklenburg-Vorpommern leben. Das, meine Damen und Herren von der Opposition, sind doch auch Ihre Ziele. Und der Haushalt bereitet diesen Weg vor. Wir haben sinnvolle politische Schwerpunkte gesetzt und wir sorgen dafür, dass sie finanzierbar sind. Wir haben die unausweichlichen Einsparungen an den Stellen vorgenommen, an denen sie am ehesten zu verkraften sind. Wir haben auf Luftschlösser verzichtet und uns an den Erfordernissen einer erfolgreichen Landesentwicklung orientiert.

(Harry Glawe, CDU: Ja, Sie sorgen für Stillstand, das ist alles.)

Kurz, wir legen einen verantwortungsbewussten, solide durchfinanzierten Haushaltsentwurf vor und keinen Wahlkampfetat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich bitte Sie deshalb, meine Damen und Herren, diesen Haushaltsentwurf der Landesregierung in Ihren Beratungen zustimmend aufzunehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und  
einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg. Bitte sehr, Herr Rehberg.

**Eckhardt Rehberg, CDU:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Eingangs zwei Vorbemerkungen:

Erstens, Frau Keler, es ist nicht mein Stil, auch wenn Mitarbeiter Fehler machen sollten oder falsch handeln sollten, sie zu beschimpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist Stil von Ministern dieser Landesregierung, gerade aktuell in den letzten Tagen und Wochen. Und, Frau Keler, wenn es denn so sein sollte, dass wir falsch gerechnet haben – ich komme nachher noch in der inhaltlichen Auseinandersetzung darauf zurück –, dass Sie in den nächsten vier Jahren nur 87 Stellen in der Kernverwaltung des Landes abbauen wollen, dann ist das mehr als ein Armutszeugnis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wohl wahr.)

Ich muss Ihnen aber sagen, Frau Keler – und deswegen lassen Sie sich's von Ihren Dutzenden Mitarbeitern im Finanzministerium nachrechnen –,

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Es werden immer mehr Mitarbeiter.)

ich habe nur einen für diesen Bereich, aber die Unterlage liegt aus: „Die Ministerien bleiben davon weitgehend unberührt“, und zwar von der Stellenentwicklung. Und weiter, hören Sie gut zu: „Ihr Stellenbesatz wird im Vergleich 2003 zu 2001 gerade einmal um 23 Stellen vermindert.“ Ende des Zitats.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das. –  
Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Frau Finanzministerin Keler, gehen Sie hin zu meinen Mitarbeitern und entschuldigen Sie sich für Ihre Auslassung!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Das kann sie nicht.)

Und das Zweite: Herr Ministerpräsident Ringstorff, wissen Sie, ich werde jetzt hier nicht die Art und Weise Ihres Auftritts bewerten. Nur eines verbitte ich mir von Ihnen grundsätzlich, ganz grundsätzlich: Dass Sie sich hier in aller Öffentlichkeit über meine Person, über meine Gesundheit und über sonst was auslassen. Das verbitte ich mir! Ich sage Ihnen eines: Lassen Sie die Menschen in diesem Land nächstes Jahr im Herbst entscheiden, wer die bessere Politik, wer die bessere Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern bietet, und hören Sie auf mit diesen persönlichen Diffamierungen mir gegenüber! Sie haben es heute auch wieder gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Er kann nur spalten.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, konstruktive Oppositionsarbeit – Herr Ministerpräsident Ringstorff, haben Sie in den letzten drei Jahren konstruktive Regierungsarbeit geleistet,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

für Wachstum, für Beschäftigung in diesem Land? Sie haben gesagt, die politischen Streitereien sollten aus par-

teipolitischem Kalkül, parteitaktischem Kalkül unterbleiben. Der zentrale Sündenfall Ihrer Landesregierung, Ihres politischen Handelns ist das Nein zum Transrapid, damit Sie mit der PDS ins politische Ehebett gehen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS)

Das ist der zentrale politische Sündenfall!

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Das kapiert er bis heute noch nicht.)

Und, Herr Ministerpräsident Ringstorff, Sie haben sich doch mit Ihrem Nein,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Lassen Sie sich doch mal was Neues einfallen! Das ist ja zum Piepen! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU –  
Rudolf Borchert, SPD: Soll das jetzt der konstruktive Vorschlag gewesen sein?)

Sie haben sich doch mit Ihrem Nein den Nährboden entzogen,

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Jetzt erzählt er was von Eurorapid.)

dass Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern auch interessant sind. Und glauben Sie denn nicht wirklich, dass es lächerlich ist, dass Sie Nein gesagt haben zum Transrapid in Mecklenburg-Vorpommern, und er wird hoch subventioniert zukünftig in China fahren? Und wenn dann die Pläne noch verwirklicht werden sollten in Nordrhein-Westfalen mit vier Haltepunkten – das soll ja fast genauso teuer werden wie die Strecke zwischen Hamburg und Berlin –, wissen Sie, Herr Ministerpräsident, dann haben Sie auch mehr als Lächerlichkeit draußen erzeugt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man sollte, wenn man von anderen Konstruktivität verlangt, diese selber auch einbringen.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Seit drei Jahren ist die politische Landschaft im Bund und im Land rot gefärbt. Sie, Herr Ministerpräsident Ringstorff, hatten wie Ihr Bundeskanzler Zeit – drei geschlagene Jahre –, nicht alles anders, sondern vieles besser zu machen. Mehr Arbeit, mehr Gerechtigkeit im Osten – Sie hatten Zeit für eine Politik, die auf mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, auf mehr Deregulierung, auf mehr Flexibilisierung, auf mehr Preisniveaustabilität, auf weniger Bürokratie, auf weniger Regulierungswut und auf eine schlankere Verwaltung setzt und damit – und das ist die Grundvoraussetzung – für Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit steht. Ich stelle für uns nach drei Jahren Ihrer Amtstätigkeit mit Blick auf den vorliegenden Etatentwurf und auf die nackten Tatsachen fest, die wirtschafts- und haushaltspolitische Kompetenz der rot-roten Landesregierung hat die Stufe des ökonomischen Analphabetismus endgültig und unwiderruflich erreicht.

(Heinz Müller, SPD: Ach ja!)

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Seriös ist es, dass man auch, Frau Finanzministerin, auf der Einnahmeseite – und Sie haben ja Herrn Pohl vom IWH in Halle zitiert – die Tatsachen und Fakten zugrunde legt. Und, Herr Ministerpräsident, Herr Wirtschaftsminister, messen Sie sich doch mal bitte an Ihren eigenen Statistiken! Und zwar, nehmen Sie sich – und ich hoffe, Herr Ministerpräsident, Sie haben

Ihre eigene Kabinettsvorlage gelesen – auf Seite 7 der Mittelfristigen Finanzplanung die Statistik, erstellt vom Wirtschaftsministerium, vor. Beim Wirtschaftswachstum 2000 in den Bundesländern – und hören Sie gut zu! – unter Herausrechnung der Bauwirtschaft liegen wir ganz am Ende.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Das heißt, diese Zahlenkosmetik, die Sie hier betrieben haben, der Bauwirtschaft, dem Strukturwandel die Schuld in die Schuhe zu schieben, das ist nicht sachgerecht. Ihre eigene Vorlage zur Mittelfristigen Finanzplanung beweist Ihnen das Gegenteil. Hören Sie auf, Rosstäuscherei, Zahlenspielereien und Zahlentricksereien hier durchzuführen! Gucken Sie Ihre eigenen Statistiken an, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und? Wie sieht denn die Realität aus? In 2000 lag das reale Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern bei 0,6 Prozent – Schlusslicht in Ost und West, zusammen mit Sachsen-Anhalt!

(Gesine Skrzepski, CDU: So ist es.)

Zufall? Nur wegen der parteipolitischen Farbe dieser beiden Landesregierungen? Nur Zufall, Herr Ministerpräsident?

(Zuruf von Ministerpräsident  
Dr. Harald Ringstorff)

1995 lagen wir übrigens noch 1,5 Prozent über dem Durchschnitt.

Und? Wie sieht jetzt die Zukunft aus? Fragen Sie eigentlich, wo die Ursachen liegen? Haben Sie schon einmal, nur einmal nachgerechnet, Herr Ministerpräsident, wodurch die Finanzierungssalden von rund 610 Millionen Euro von 1998 bis 2005 abgebaut worden sind und abgebaut werden sollen? Indem Sie 570 Millionen Euro an Investitionen gestrichen, gespart haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Und Investition heißt doch Zukunft für das Land. Und wer Investitionen streicht und daran spart, der verspielt die Zukunft des Landes!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zur gleichen Zeit sind die konsumtiven Ausgaben, die Personalausgaben, die Verwaltungskosten eminent angestiegen. Das heißt, Sie verfuttern die Zukunft dieses Landes, indem Sie ganz massiv an Investitionen sparen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach!)

Und jetzt suchen Sie einen Sündenbock Bauwirtschaft. Nein, Herr Ministerpräsident, ich hätte erwartet von Ihnen, dass Sie, als Sie Ja gesagt haben zu einer Subventionierung im Baubereich, wirklich damals und nicht erst heute von Gegensubventionierung gesprochen hätten.

Herr Ministerpräsident Ringstorff, Sie haben Ja gesagt zum Plattenbauprivatisierungsprogramm von Herrn Holter, einer linkssozialistischen Spielwiese, die total gescheitert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wer uns vorwirft, wir seien nicht konstruktiv, der muss sich selber fragen, was für eine konstruktive Regierungs-

arbeit er für Mecklenburg-Vorpommern betreibt – an dieser Stelle zumindest nicht.

Meine Damen und Herren! Haushaltspolitik ist nicht nur das Starren auf Soll und Haben. Es ist mehr als das sinnlose Kürzen bei Investitionen. Haushaltspolitik ist Gestaltung der Zukunft mit den Mitteln, die die Bürger zuvor erarbeitet haben. Und Haushaltspolitik ist auch immer Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Und Sie sagen, ich habe es jetzt nicht gezählt, es geht voran in Mecklenburg-Vorpommern. War es ein Dutzend Mal, waren es zwei Dutzend? Herr Ministerpräsident, ich hätte mehr Ehrlichkeit erwartet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist richtig, dass Sie beschreiben, dass man in Segmenten der Industrie, der Wirtschaft vorangekommen ist, aber hören Sie doch bitte auf, im I- und K-Bereich alle Beschäftigten beim Callcenter dazuzuzählen! Das ist doch abwegig, das wissen Sie wirklich selbst. Es ist gut, dass wir diese Arbeitsplätze haben. Aber seien wir doch ehrlich und realistisch: Das hat wirklich nichts mit Hochtechnologiearbeitsplätzen zu tun, das sind reine Dienstleistungsarbeitsplätze. Wir sind froh, dass wir sie haben, weil über die Jahre hinweg zuvor das hochmoderne Telekommunikationsnetz aufgebaut worden ist. Deswegen haben wir die Chance, dass überhaupt solche Arbeitsplätze hier entstehen konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Meine Damen und Herren! Das zieht sich durch wie ein roter Faden bei Ihnen. Es ist alles in bester Ordnung. Wir sind auf einem guten Weg. Und wer den Etat kritisiert, redet das Land schlecht. Es gibt nur zwei Meinungen, unsere und die falsche.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten  
der CDU – Volker Schlotmann, SPD: Sie  
meinen sich selbst. – Dr. Ulrich Born, CDU:  
So einfach ist die Welt.)

Was sind wirklich die Fakten?

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Die Einnahmeseite, Frau Finanzministerin, beschreiben Sie mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für Mecklenburg-Vorpommern für dieses Jahr von 1,3 Prozent. Fragen Sie Herrn Pohl, was er dazu sagt! Er sagt: Null Wachstum. Frau Keler, null Wachstum in Ostdeutschland! Und ich glaube nicht, dass sich Mecklenburg-Vorpommern drastisch darüber hinwegheben wird. Meinen Sie denn auch für die kommenden Jahre, wir leben auf einer Insel der Glückseligen? Und da nehmen Sie doch an, dass wir ein Wachstum von über 2,25 Prozent haben. Auch hier fragen Sie wieder das IWH in Halle.

Und wer schon auf der Einnahmeseite so arbeitet, wie Sie das hier tun – und lesen Sie sich noch einmal Ihre Mittelfristige Finanzplanung durch –, der muss sich doch nicht wundern, dass die Kritik von uns kommt, dass dieser Haushaltsansatz unseriös ist, dass wir förmlich darauf warten können und warten müssen, dass es einen Nachtragshaushalt gibt.

Und wenn Sie es mir nicht glauben, Frau Keler, ich zitiere auch gerne Herrn Pohl: „Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe, die der Produktion im weiteren Verlauf des Jahres vorausseilen, nehmen in der Tendenz

kaum noch zu; die Geschäftsaussichten der Unternehmen gehen sogar zurück. Den Rückgang der Bauproduktion spüren weiterhin die baunahen Bereiche in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Anzeichen für eine Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in diesem Jahr gibt es derzeit nicht. Die Wachstumsphase in der Produktion belastet den Arbeitsmarkt zusätzlich. Wegen der verzögerten Wirkung wird die Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten zunehmen. Im Jahresdurchschnitt ist deshalb nicht mehr mit einer Verringerung der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Jahr 2000 zu rechnen, sondern mit einem Anstieg.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist Ergebnis auch Ihrer Politik, Ihrer Politik hier in Schwerin. Es ist aber insbesondere das Ergebnis rot-grüner Politik in Berlin gegenüber den neuen Bundesländern. Und ich muss Ihnen sagen, Aufbau Ost als Chefsache nur mit einer Sommerreise zu verbinden, das reicht schlichtweg nicht. Das ist schlichtweg zu wenig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und das Dramatische, Herr Ministerpräsident, ist doch, auch das sollten Sie sich mal beim IWH in Halle angucken, dass seit drei Jahren die Ausrüstungsinvestitionen – das heißt, das ist die Voraussetzung, dass es im verarbeitenden Gewerbe weiter vorwärts geht im Osten – unter dem Durchschnitt des Westens liegen. Das heißt, dass wir für die Zukunft die Pflanzen, die heute gesetzt werden, sehr, sehr gut gießen müssen, damit sie überhaupt aufgehen, aber offenbar mit mehr eigener Kraft. Und wenn Sie sich heute darauf berufen, dass hier vieles im verarbeitenden Gewerbe vorangegangen ist, dann muss ich Ihnen sagen, danke schön.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner  
übernimmt den Vorsitz.)

Die Union hat in diesem Land bis 1998 eine gute Politik gemacht. Wir haben ein bisschen Pech, dass Sie einen Teil der Ernte einfahren. Nur Sie sind heute nicht in der Lage, Samen zu säen, Pflanzen zu setzen, damit es auch in der Zukunft so weitergehen kann. Das zeigen diese Zahlen deutlich.

Ich sage Ihnen noch eins, Herr Ministerpräsident: Wenn im fünften Jahr hintereinander das Wachstum im Osten unter dem des Wachstums des Westens bleibt, dann wird das Wohlstandsgefälle immer größer und der Aufholprozess verzögert sich immer mehr.

Und jetzt sagen Sie mir doch bitte einmal, Herr Ministerpräsident, ist es richtig, was Sie machen, dass Sie die Investitionen dermaßen drastisch heruntergefahren haben in den letzten Jahren? Zum Bundeshaushalt komme ich noch. Übrigens, antizyklisch muss man durchaus handeln,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

damit wirklich wir im Osten nicht ein Level behalten, wie es in den ärmsten Regionen in Europa ist, sondern wir wollen weiter vorankommen und da hat die Bundesregierung den Rahmen zu setzen.

Und erinnern Sie sich bitte ...

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist Ihre  
Wahrheit, das ist Ihre Wahrheit! –  
Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ja, ich weiß, Wahrheiten können Sie nicht ab. Das ist richtig. Das können Sie schlichtweg nicht ab. Die Wahrheiten können Sie nicht ab, aber die Wahrheiten müssen Sie anhören.

(Volker Schlotmann, SPD: Das sind Ihre konstruierten Wahrheiten.)

Nein, das sind nicht meine Wahrheiten,

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

Herr Kollege Schlotmann, sondern es ist eine Wahrheit,

(Volker Schlotmann, SPD: Ah ja.)

dass SPD und PDS,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Die CDU ist in Besitz der historischen Wahrheit.)

der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident Herr Holter ja gesagt haben, Herr Schlotmann, dass die Deutsche Bank, die Provinzial, die Allianz oder wer auch immer Beteiligungen steuerfrei veräußern können,

(Angelika Gramkow, PDS: Ach, daran war die CDU wohl nicht beteiligt, ja?!)

steuerfrei veräußern können. Und zwar haben Sie Ja gesagt dazu im Sommer.

(Volker Schlotmann, SPD: Das war die Wahrheit. – Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Die CDU hat ihre eigene historische Wahrheit. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Das heißt, sagen Sie mir einen Firmensitz großer deutscher Kapitalgesellschaften in Mecklenburg-Vorpommern! Ich kenne keinen. Aber Nein gesagt haben Sie dazu, dass die Benachteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Steuerreform weggeht. Das ist die Politik Ihrer Landesregierung – Ja zur Bevorteilung der Großen und Nein für die eigenen Unternehmen.

Der warme Händedruck, Herr Holter, hat Ihnen gereicht. Und, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, dass das Parteibuch bei Ihnen nicht an erster Stelle steht – Frau Keler, Sie sagen, es muss die Landespolitik im Vordergrund stehen –, hier hat nur das Parteibuch an erster Stelle gestanden und der warme Händedruck des Bundeskanzlers. Nicht mehr und nicht weniger!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU – Angelika Gramkow, PDS: Mensch, wenn's mal so gewesen wäre!)

Das sind die Auswirkungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie zu verantworten haben.

(Harry Glawe, CDU: Und die PDS macht mit.)

Frau Keler, finden Sie das seriös, bei den Wachstumsaussichten im nächsten Jahr Steuermehreinnahmen zu veranschlagen von 99,2 Millionen Euro und im Jahr darauf von 97,1 Millionen Euro, also beide Male runde 200 Millionen DM? Ich halte das für mehr als verwegen.

Meine Damen und Herren! Warum greift die Steuerreform nicht? Haben Sie schon einmal überlegt, Herr Kollege Schlotmann, weil Sie da sagen, das ist alles falsch, warum die Steuerreform nicht greift? Es ist eine Tatsache, dass die Schwefelsteuer auf uns zukommt mit 3 Pfennig. Es ist eine Tatsache, dass Ökosteuer und Mehrwertsteuer ab 1. Januar 2002 noch einmal 7 Pfennig bringen.

(Rudolf Borchert, SPD: Tabaksteuer.)

Es ist eine Tatsache, dass wir bei den gesetzlichen Krankenversicherungen Rekordsätzen ins Auge sehen. Und, Herr Schlotmann, ich warte noch auf Ihre Reaktion darauf, dass zum 1. Januar 2002 die Rentenbeiträge nicht sinken, sondern eher steigen werden,

(Volker Schlotmann, SPD: Das haben Sie mal gesät, haben Sie vorhin erzählt.)

obwohl sich Herr Eichel auch bei der nächsten Stufe der Ökosteuer wieder 7 Milliarden DM in die Tasche steckt.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Die Ökosteuer bringt insgesamt 40 Milliarden DM und es gibt keine Absenkung der Lohnnebenkosten. Sie haben die Menschen in Berlin und hier in Schwerin für dumm verkauft an diesem Punkt.

(Harry Glawe, CDU: Genau so! – Volker Schlotmann, SPD: Das tun Sie!)

Sie haben ihnen gesagt, Ökosteuer zur Senkung der Lohnnebenkosten: Krankenversicherung steigt, Rentenbeiträge sinken nicht und die Arbeitslosenversicherung scheint auch zu steigen im nächsten Jahr. Das ist Ihre Politik, der Griff in die Taschen von Unternehmen und Bürgern und nichts anderes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Und alles unter der zittrigen Hand des Kanzlers.)

Meine Damen und Herren! Jetzt kommt das neue Argument und, Herr Ministerpräsident, Sie gebrauchen es ja auch ständig: Das liegt an der Konjunkturlage in Amerika, es liegt an Turbulenzen in Asien, in Südamerika.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Ministerpräsident, nehmen Sie zur Kenntnis, der deutsche Export ist im ersten Halbjahr 2001 gegenüber dem ersten Halbjahr 2000 um acht Prozent gewachsen. Die Wachstumsdelle in Deutschland ist ganz allein auf die Binnenkonjunktur zurückzuführen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau so ist es.)

und dafür trägt die Bundesregierung in Berlin die Hauptverantwortung. Rot-Gün hat hier völlig falsche Akzente gesetzt – Kostenbelastung und keine Entlastung gerade und auch für die Wirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben als Parlament ein Anrecht auf seriöse Zahlen. Ich glaube, auch die Menschen in diesem Land haben ein Anrecht auf seriöse Zahlen. Und sparen, meine Damen und Herren, hieße nach meinem Verständnis doch, dass man weniger ausgibt als vorher. Aber wie sieht es die Mittelfristige Finanzplanung vor? Die Gesamtausgaben sollen im Jahr 2004 lediglich um 19,2 Millionen Euro unter dem Ansatz von 2001 liegen.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, vielleicht haben wir da ja endlich 100 Prozent Personalkosten.)

Das hat mit Sparen überhaupt nichts zu tun. Und wie sieht es denn aus, Frau Gramkow? Sie waren doch immer die Verfechterin, dass die Verwaltungskosten nicht so steigen. Wie sieht die Realität denn aus?

(Angelika Gramkow, PDS:  
Das steht im Haushalt.)

Im nächsten Jahr sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben um 19,2 Millionen Euro hoch- und die Investitionen im gleichen Atemzug um 45,1 Millionen Euro heruntergehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist Politik für die Zukunft des Landes?! Das ist Politik, die mehr Wachstum, mehr Beschäftigung bringt?!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, es müssen noch ein paar Genossen eingestellt werden.  
Das kostet was. – Angelika Gramkow, PDS:  
Mal was von Inflationsrate gehört?)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD und PDS, ich kann das hieran nicht erkennen, nicht einmal ansatzweise.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, die Inflationsrate geht auch noch mit rein. Da haben Sie Recht.)

Und die nächste Frage ist, Herr Ministerpräsident, wie vertreten Sie denn die Interessen des Landes gegenüber der Bundesregierung? Sagen Sie Ja, dass Herr Eichel in den nächsten beiden Jahren 300 Millionen Euro bei der Wirtschaftsförderung sparen möchte, 300 Millionen Euro bei den Wachstumsdaten im Osten? Sagen Sie Ja dazu, dass die Forschungs- und Entwicklungsaufgaben im nächsten Jahr um 20 Millionen Euro abgesenkt werden? Sagen Sie Ja dazu, dass die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Bundeshaushalt im nächsten Jahr nur noch 245 Millionen Euro beträgt? 1998 – im letzten Jahr der Regierung Kohl – waren es noch 685 Millionen Euro. Das heißt – ich will es in absoluten Zahlen sagen –, in vier Jahren, Herr Ministerpräsident, sind das 440 Millionen Euro weniger oder auf Hochdeutsch rund 880 Millionen DM.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist doch kein Wunder, dass die Wirtschaft im Osten stagniert, wenn der Bund, wenn Rot-Grün diese Rahmenbedingungen setzt. Herr Ministerpräsident, Sie haben hier die Chance, an diesen drei Punkten nur etwas für dieses Land zu tun und sich nicht der Parteiräson zu unterwerfen.

(Harry Glawe, CDU: Das schafft er doch nicht. –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Da ist er überfordert.)

Und Frau Keler verkauft dann noch ganz fröhlich, wenn sie ...

(Gerd Böttger, PDS: Sie haben das auch nicht hingekriegt, Herr Seite.)

Wissen Sie, wir reden nicht über das Gestern, sondern wir reden über das Heute und über die Zukunft. Wenn Sie immer nur am Gestern verhaftet bleiben, dann ist es ja gut.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS –  
Heinz Müller, SPD: Darüber schweigen wir lieber, was gestern war. Das hätten Sie gerne. –  
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir werden Sie bei Gelegenheit daran erinnern. –  
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich schaue da eher nach vorne.

Meine Damen und Herren! Mag die Wirtschaft den Bach heruntergehen, mögen die Menschen scharenweise

unser Land verlassen, Hauptsache, die Finanzierungsdefizitquote stimmt. Nur, meine Damen und Herren, mit dieser Quote bewegen Sie niemanden zum Bleiben.

Meine Damen und Herren! Ich verstehe ja die Schönrederei am Rednerpult.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Das verstehe ich sehr gut, aber nicht, wenn es in einem offiziellen Dokument so weit geht, dass man das Grundproblem dieses Landes in einer Art und Weise schönredet, wie ich es weder politisch noch moralisch für vertretbar halte.

Ich zitiere auf Seite 13 Punkt 2.4 „Bevölkerungsentwicklung“: „Das Land hat mit 23,8 v. H. den höchsten Anteil an Bürgern unter 21 Jahren im Vergleich zu allen anderen Bundesländern. Für die Attraktivität des Landes spricht die Tatsache, dass bei der Zahl der Zuzüge je 1000 Einwohner Mecklenburg-Vorpommern hinter Brandenburg an zweiter Stelle unter den ostdeutschen Ländern liegt.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Wer freut sich eigentlich außer Ihnen über diesen zweiten Platz, der zu einem Einwohnerverlust auf 1,736 Millionen Menschen bis zum Jahr 2005 führen wird? Haben Sie sich einmal die Mühe gemacht, sich zu fragen, wie die Altersstruktur der jungen Menschen ist, die in diesem Jahr das Land verlassen? Dreiviertel unter 30. Und da hilft uns Zuwanderung für die Zukunft überhaupt nichts. Sie haben als Landesregierung die völlig falschen Signale gesetzt: Erziehungsgeld gestrichen, Eigenheimförderung für junge Leute gegen null tendierend. Und, Frau Keler, Sie stellen sich dann in der Ausfallstraße des Landes hin und sagen den Menschen: Sucht euer Glück lieber außerhalb des Landes!

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren! Ich gebe eines zu, es mag sein, dass ich persönlich besonders betroffen bin, weil ich zwei Kinder im Alter zwischen 20 und 25 Jahren habe. Nur ich sage Ihnen eins voraus: Die Zeichen, die Sie setzen, mit diesem Haushalt und auch mit Ihrer Schönrederei, mit Ihrer Schönfärberei, dass Sie nicht einmal ansatzweise dieses Problem angehen, werden dazu führen, dass Sie für die strukturellen Probleme in der Zukunft, was Bevölkerungsentwicklung, demographische Entwicklung für Mecklenburg-Vorpommern betrifft, in hohem Maße eine Mitverantwortung tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Minister Till Backhaus: Was will er denn nun? Sagen Sie doch mal, was Sie wollen! Ich kann's nicht mehr hören!)

Was ich dabei will, Herr Minister Backhaus, auch wenn Sie von der Regierungsbank dazwischen rufen, ich will, dass man sich dieses ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben da oben überhaupt nichts zu sagen! –  
Minister Till Backhaus: Sie seien mal leise da hinten! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Herr Minister Backhaus, Sie haben wirklich nicht die Möglichkeit, hier vom Podium aus zu reden.

**Eckhardt Rehberg,** CDU: Also wenn Sie dazwischenrufen wollen, dann setzen Sie sich auf Ihren Abgeordnetenplatz, dann können wir gern einen Dialog führen!

Meine Damen und Herren! Wer dieses Thema so verniedlicht, so beschönigt, der muss sich fragen lassen, wie groß sein Realitätsverlust ist. Herr Ministerpräsident, mancher Politiker ist schon am Realitätsverlust gescheitert.

(Götz Kreuzer, PDS: Ja, das ist wahr.)

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vom 2. Dezember 1998 gesagt: „Die Hauptaufgabe ist jedoch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. ... Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es weder einfache Antworten, noch gibt es schnelle Lösungen. ... Jedes Programm, jede einzelne Maßnahme der neuen Landesregierung hat sich deshalb zwei Fragen zu stellen: Erstens. Wieviel Arbeitsplätze schaffen wir mit dieser Maßnahme? Und zweitens. Ist das Geld der Steuerzahler effektiv eingesetzt?“

Herr Ministerpräsident, wenn ich mir diese wohlfeilen Worte noch einmal zu Gemüte führe, dann entgegne ich Ihnen: Wenn das jemals Maßstab Ihrer Politik gewesen sein sollte, ich habe das an vielen Beispielen jetzt deutlich gemacht, dann müssten Sie vor Schamesröte so klein werden, dass Sie unter dem Teppich Fallschirm springen können.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sprachbilder sind Glückssache.)

Herr Ministerpräsident! Hören Sie auch endlich auf, die Arbeitslosenzahlen, die Beschäftigtenzahlen in diesem Land schönzureden. Die Wahrheit, die nackte Tatsache ist eine andere. Seit Regierungsantritt haben wir 25.000 Beschäftigte weniger in diesem Land. Und wenn Sie dann noch die kosmetischen Korrekturen, die zweimal gemacht worden sind – einmal Eurostatistik angleichen und einmal 630-DM-Gesetz –, raus- oder reinrechnen, verdoppelt sich in etwa diese Zahl.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Das ist die Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und da können Sie auch nicht die ABM aus dem Jahr 1998 dagegenrechnen. Ich sage Ihnen hier eins ganz klar und deutlich: Man kann zu ABM stehen, wie man will, aber Ihnen fehlt die Antwort darauf, was Sie mit der 47-jährigen allein stehenden, nicht mobilen Frau auf dem flachen Land machen und mit dem 53-jährigen Maurer, der arbeitslos geworden ist.

(Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Für diese Leute haben Sie keine Antwort, überhaupt keine Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und Sie bemühen sich auch nicht einmal ansatzweise, sich dieses Problems anzunehmen. Das Einzige, was Sie geführt haben, ist eine Drückebergerdebatte.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh!)

Und die Quittung haben Sie in der eigenen Partei gekriegt mit einem Wahlergebnis von 62 Prozent am 5. Mai in Stralsund, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, allein dieser erwähnte Bevölkerungsverlust – und deswegen muss man sich

auch aus politischen, aus rein rationalen Gründen dieses Themas annehmen – bedeutet im Jahr 2005 90 Millionen Euro weniger für Mecklenburg-Vorpommern. Wenn Sie für diese 90 Millionen Euro in 2005 auch die entsprechende Stellenzahl zusätzlich im Landesdienst abbauen würden, würden Sie es kompensiert kriegen. Aber das wird schwierig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Das wollen sie auch gar nicht.)

Und deswegen, Herr Ministerpräsident, wird die CDU-Fraktion zur nächsten Landtagssitzung einen Antrag einbringen, dass wir uns hier in einer Enquete-, in einer Zukunftskommission mit dem Thema Abwanderung befassen, denn Sie befassen sich nicht damit. Und ich bin gespannt, meine Damen und Herren von SPD und PDS, ob Sie das ablehnen können.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich sage Ihnen, wir wollen uns gemeinsam dieses zentralen Themas des Landes annehmen, denn die Regierung tut auf diesem Feld nichts, aber auch gar nichts. Und was sie bisher getan hat, ist nur das Falsche.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Mit der Schamesröte ist das so eine Sache. Wie sagten Sie doch im Zitat 1998: „Die Bauwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Stützpfeilern unseres Arbeitsmarktes. ... Die neue Landesregierung muß versuchen, ihn“ – den Strukturwandel – „abzufedern. Und aus diesem Grunde werden wir die öffentliche Investitionsquote des Landes auf einem hohen Niveau fortführen“.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Also ich muss Ihnen sagen, ich leihe Ihnen gern mal meinen Rechenschieber. Ich denke, der weist ein höheres Niveau auf als Ihr Taschenrechner, wenn er die Investitionsquoten ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So sind auch Ihre Rechenergebnisse, mit Rechenschieber.)

Nein, wissen Sie, ich meine es so, Herr Bartels.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Moderne Technik sähe anders aus.)

Nein, nein, das ist nicht der Punkt.

(Angelika Gramkow, PDS:  
Nehmen wir doch mal den Kopf.)

Hohes Niveau kann ich ganz unterschiedlich definieren, aber ein Minus in dieser Größenordnung in den Jahren, wo Sie hier politische Verantwortung tragen, das führt nicht zu einem hohen Niveau. Und ich habe heute nicht einmal mit der Investitionsquote gearbeitet. Ich werde auch sonst nur mit absoluten Zahlen arbeiten.

(Angelika Gramkow, PDS: Na dann los! –  
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Da haben Sie so Ihre Probleme, das haben wir schon mitgekriegt. 600 Millionen, die 60 sind,  
und all so was. – Heinz Müller, SPD:

Ach, was ist denn 'ne Null?! –  
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Absolut nichts.)

Und in den absoluten Zahlen haben Sie dafür gesorgt, Herr Ministerpräsident, dass die Bauwirtschaft in den letz-

ten drei Jahren 18.000 Beschäftigte verloren hat. Das sind übrigens 18.000 Familien, Herr Ministerpräsident.

(Gesine Skrzepski, CDU: Das ist traurig.)

Und Sie haben nicht Nein gesagt zu dem unsinnigen Plattenbauprivatisierungsprogramm.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. –  
Angelika Gramkow, PDS: Das  
gibt es doch wirklich nicht mehr. –  
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Sie sagen nicht Nein, dass die Städtebauförderung massiv zurückgefahren wird durch Herrn Holter. Und Sie sagen Ja dazu,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

dass die Städtebauförderung in den nächsten beiden Jahren – ich sage die Zahl noch einmal – um 5,75 Millionen Euro zurückgefahren wird, aber Sie sagen auch Ja dazu, dass ÖBS und „Jugend baut“ bei runden 23 Millionen Euro bleiben.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Städtebauförderung ist erhöht worden. Würden Sie mir bitte mal die Zahl nennen, auf die Sie sich beziehen?!)

Die Zahlen kann ich Ihnen nennen, Frau Kollegin Gramkow,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja bitte.)

dass Ihr Minister Holter solch eine chaotische Politik in seinem Haus betreibt, dass er für das nächste Jahr nur noch 2 Millionen Euro ungebundene Mittel im Städtebau hat. Das ist die Wahrheit. Gucken Sie in den Haushalt!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Angelika Gramkow, PDS: Soll ich Ihnen jetzt  
auch noch das Förderverfahren erklären?! –  
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hoffnungslos!)

Und weiter ist wahr, dass 1991 gegen Ihren großen Widerstand, gegen den Widerstand von PDS und SPD die Darlehen an die Wohnungsgesellschaften als Darlehen ausgereicht wurden und nicht als Zuschüsse. Und es war damals verabredet worden, dass diese Mittel der Bauwirtschaft, der Bauförderung wieder zufließen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. –  
Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Und wie steigen die Einnahmen?

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Im Jahr 2000 haben wir rund 46 Millionen Euro. Und die werden steigen bis zum Jahr 2002 auf satte 68,4 Millionen Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das wird einfach reingepackt in den Gesamthaushalt und als Sparstrumpf genommen. Das heißt, allein hier steigen in drei Jahren diese Einnahmen um weit über 20 Millionen Euro aus diesem Darlehen. Sie wollten das damals als Zuschüsse ausreichen. Ich habe nicht gehört, dass eine Wohnungsgesellschaft bisher Pleite gegangen ist wegen der Darlehensgebung von damals.

Meine Damen und Herren! Das ist keine Sparpolitik. Das ist überhaupt keine Sparpolitik. Das ist unseriose Haushaltspolitik. Oder die investiven Ausgaben des Landes, wenn ich jetzt mal bei den Ist-Werten bin, Frau Gramkow, werden in 2003 um dramatische 364,5 Millionen

Euro unterhalb des Ist-Wertes für 1998 sein – ein Rückgang um rund 20 Prozent. Das sind die nackten Tatsachen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

Und das ist die Gegenfinanzierung für die Absenkung der Nettokreditaufnahme. Sie sind nicht bereit und in der Lage, an irgendeiner konsumtiven Stelle etwas zurückzufahren. Nein, Sie fahren die Zukunft des Landes zurück.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie müssen  
doch die Genossen versorgen.)

Das ist die Tatsache, die sich aus diesem Haushalt ergibt. Und ich erspare es mir an dieser Stelle, auf Investitionsquoten im Vergleich mit anderen Flächenländern einzugehen. Seriöse Haushaltspolitik, Frau Keler, ist es auch nicht, dass wir jetzt die Wettbewerbshilfen seit zwei Jahren vom 6er- in den 8er-Titel umgewandelt haben und auch so die Investitionen hochdrücken.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch intelligent. Ja, Herr Rehberg, das müssen Sie zugeben, denn es sind Investitionen, die wir da finanzieren.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber wissen Sie, Intelligenz ist für mich, wenn ich Mittel zukunftsweisend einsetze.

(Angelika Gramkow, PDS: Das haben wir getan.)

Und Intelligenz ist für mich nicht, wenn ich herumtricksse. Und das ist für mich eine Herumtrickserei, ganz einfach und schlicht.

Aber wenn es um den eigenen Beritt des Staatshaus geht, dann ist Frau Keler relativ großzügig. Da gibt es im nächsten Jahr 1,6 Millionen Euro mehr und im Jahr darauf noch einmal 3,2 Millionen.

Meine Damen und Herren! Kommen wir ein Stück weit zur Gegenwart der Haushaltspolitik. Das hat aber auch etwas mit Zukunft zu tun. Kein Wort, Frau Keler, über die nackte Tatsache, dass im Holter-Ministerium kaum glaubliche 63,8 Prozent der Investitionsausgaben zum Ende August nicht abgeflossen sind.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Unglaublich! –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

64 Prozent der Investitionsausgaben sind im Ressort Bau, Arbeit und Landesentwicklung nicht abgeflossen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was machen die denn da? – Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Und Abfließen heißt ja, dass die Kommunen, dass der Betrieb

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da hat die Frau Gramkow aber auch nicht aufgepasst.)

die Rechnung gelegt hat, das heißt der Antragsteller.

(Harry Glawe, CDU:  
Hat der nur Beratungsverträge?)

Vielleicht ist das Geld gar nicht ausgereicht worden, was ich aber nicht glaube, dass die Bauunternehmen die Rechnungen nicht an die Kommunen oder sonst wen geben, denn die sind dringend auf ihr Geld angewiesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das glaube ich auch.)

Das heißt, die Krise in der Bauwirtschaft wird in dem Ministerium mit verursacht, das ja für Bauwirtschaft zuständig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Und, Herr Schlotmann, auch als Fraktionsvorsitzender der Regierungsfraktion ist es Ihre Aufgabe,

(Harry Glawe, CDU:  
Holter will im Winter bauen.)

hier als Abgeordneter hinterherzusteigen und nicht einfach zu sagen, oh, das ist doch dramatisch. Letztes Jahr waren es übrigens 44 Prozent. Übrigens, ...

(Volker Schlotmann, SPD: Das fehlt noch,  
dass ich Sie frage, was ich zu tun habe!)

Ja, dann tun Sie das mal!

(Volker Schlotmann, SPD: Das wäre  
der Härtefall. Das fehlte noch!)

Übrigens, ich gebe Ihnen noch einmal einen Arbeitsauftrag mit,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

denn Herr Holter ist kein Einzelfall in dieser Landesregierung. Er hat einen guten Mitarbeiter, und zwar heißt der Herr Methling. Herr Methling hat es geschafft, dass sich Reste aus 2000 gebildet haben in Höhe von 49,1 Millionen Euro.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?! Was haben die  
dann da für eine Kontrolle in diesem Ressort?)

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte 25,2 Millionen Euro,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Kriegt die  
Frau Gramkow das denn gar nicht mit?)

Sanierung von Gewässerverunreinigungen 3,7 Millionen Euro und Zuweisungen für Investitionen

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist so wie immer.)

bei Abwasseranlagen 29,2 Millionen Euro. Da kriege ich den Zuruf: „Das ist wie immer.“

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, Sie müssen  
mal in den Haushaltsausschuss kommen,  
dann werden Sie sehen, dass es sich  
immer um die Abgabengesetze handelt.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier wird sich hingestellt und gesagt, die Bauwirtschaft wartet auf Aufträge. Der Ministerpräsident lobt den Wirtschaftsminister für die Auskehr von 320 Millionen DM an Fördermitteln aus der Wirtschaftsförderung. Da fragen wir uns: Wo kommen die denn her, Herr Minister Ebnet? Hat Herr Eggert wirklich nur auf dem Sofa gelegen oder hat er auch noch nebenbei gearbeitet?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU – Volker Schlotmann, SPD:  
Der neue Rehberg, der neue Rehberg!)

Ja, anders kann ich das doch nicht interpretieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie tauchen mitten im Jahr 320 Millionen DM im Wirtschaftsministerium auf, die nicht ausgereicht worden sind? Wo kommt das Geld her? Die Frage muss doch gestellt werden dürfen.

(Volker Schlotmann, SPD: Was ist an Ihnen  
eigentlich neu? Erklären Sie uns das doch  
mal! Das, was Sie da betreiben, diese  
Arroganz, das ist schon wirklich!)

Wissen Sie, Herr Kollege Schlotmann, ich werde mir von niemandem den Mund verbieten lassen

(Volker Schlotmann, SPD: Das hat  
keiner getan. Deshalb sitzen wir hier.)

und deutlich machen, an welchen Punkten diese Landesregierung zum Nachteil des Landes handelt,

(Volker Schlotmann, SPD: Sie haben  
hier erst von Mitarbeitern gesprochen.  
Sie hetzen über den ehemaligen Minister.)

entweder aus politischem Kalkül oder aus Unfähigkeit. Und diese beiden Punkte, 64 Prozent nicht abgeflossene Mittel beim Holter-Ressort und rund 50 Millionen Euro Reste in 2000 bei Abwasser und Trinkwasserentsorgung, das sind Tiefbaumaßnahmen insbesondere, das ist ein Skandal sondergleichen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Volker Schlotmann, SPD: Der Skandal sind Sie! –  
Harry Glawe, CDU: Der baut doch im Winter.)

Wissen Sie, Herr Schlotmann, man kann nun wirklich darüber streiten, wer der größere Skandal ist von uns beiden. Aber das sollten wir dann wirklich unter vier Augen machen und nicht in der Öffentlichkeit.

Meine sehr verehrten ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Auf jeden Fall sind Sie der längere.)

Ja gut, ich bin aber nicht angefangen.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD: Ich bin!)

Ich bin damit nicht angefangen.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie beschimpfen den  
ehemaligen Minister. – Dr. Ulrich Born, CDU:  
Die Regierung wartet auf den Winterschlaf.)

Ich habe den doch nicht beschimpft.

(Volker Schlotmann, SPD: Ach, hören  
Sie auf! Sie haben hier gesagt, der  
hat nur auf der Couch gelegen.)

Ich habe doch nur gefragt, Herr Schlotmann, was Herr Eggert bis zum Frühjahr dieses Jahres gemacht und wie er die 320 Millionen DM verwaltet hat.

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Jetzt hält er Winterschlaf.)

Das ist doch unnormal, dass irgendwann Mitte August, nachdem ich die Frage gestellt habe in einer Kleinen Anfrage, wie hoch die Abflüsse an Investitionsmitteln sind, auf einmal gute 300 Millionen DM im Wirtschaftsministerium auftauchen, und das mitten im Jahr. Solide und seriöse Bewirtschaftung von Mitteln bedeutet, dass, wenn der Haushalt verabschiedet ist, ich dann darangehe, die Mittel auch auszureichen.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Und ich kann Ihnen zig Beispiele aus meinem Wahlkreis erzählen. Es gibt allein drei Radwege, die erst 2003 gebaut werden dürfen, weil angeblich kein Geld da ist.

(Dr. Ulrich Born, CDU, Wolfgang Riemann, CDU, und Gesine Skrzepski, CDU: So ist es. – Harry Glawe, CDU: Ja.)

Das ist die nackte Tatsache. Gehen Sie doch mal nach draußen und sitzen nicht immer nur in Ihrem Büro und fragen mal die Kommunen, wie viel Anträge auf Halde gelegen haben seit Jahren,

(Dr. Christian Beckmann, CDU: Richtig.)

und nicht nur von den Kommunen, sondern auch von Privaten!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da wird dann der Rad fahrende Wahlkampf veranstaltet. – Harry Glawe, CDU: Was haben wir denn im nächsten Jahr? Dann fährt er Straßenbahn.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Personalpolitik haben wir die Tendenz, dass nur der Bereich der Lehrer erhalten muss. Ich will gar nicht fragen, Frau Finanzministerin, was machen Sie denn mit dem Abteilungsleiter für finanzpolitische Grundsatzfragen. Heißt das Motto dann „Knapp daneben ist auch vorbei“? Oder wie erklären Sie sich, dass bei sechs Abteilungen im Innenministerium die Abteilungsleiterzahl auf acht steigen soll?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

Auf diese Erklärung warten wir und sind wir auch hoch gespannt.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Das würde mich auch mal interessieren, Herr Rehberg. – Dr. Ulrich Born, CDU: Sozi-Beschaffungsprogramm.)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kommen wir zu Ihrer Verwaltungsreform und dem langen Atem, den Sie haben müssen. Ich habe hier aus der heutigen Tageszeitung einen Artikel mit der Überschrift „Doppelter ‚Schönheitsfehler‘ bei Amtsgründung“ und ich zitiere mal, Frau Ministerin, eine Vorlage, die Sie im Jahr 1999, im September unterschrieben haben: „Für das Landes-Hygiene-Institut sieht die Mittelfristige Finanzplanung eine Verminderung des Zuschusses ... auf 5 Millionen Mark im Jahre 2003 vor.“

(Harry Glawe, CDU: Das war aber nicht ernst gemeint.)

Die Wahrheit ist eine andere.

(Harry Glawe, CDU: Ja, das war aber nicht ernst gemeint.)

Der Zuschuss muss 2,5 Millionen betragen, wenn ich das richtig lesen kann. Ich kann Ihnen nur eins sagen, Frau Ministerin, so versteht die CDU nicht Verwaltungsreform.

(Dr. Berndt Seite, CDU: Ja.)

Ich kann das doch nicht so verstehen, dass wir eine zusätzliche oberste Landesbehörde schaffen und dass die dann noch mehr Geld bekommen muss als vorher, weil ihr Aufgaben entzogen werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das ist doch aberwitzig. Wenn ihr Aufgaben entzogen werden, dann muss ich auch dafür sorgen – aber nicht erst in vier, fünf oder sechs Jahren, sondern möglichst sofort –, dass auch hier ein Ausgleich erfolgt.

(Lutz Brauer, CDU: Natürlich.)

Das heißt, Frau Finanzministerin Keler, hier ein Minus von 5 Millionen auf der einen Seite haben wollen, 2,5 Millionen auf der anderen Seite dazuzahlen müssen, dann müssten Ihnen in der Planung ja 7,5 Millionen fehlen, wenn ich richtig rechnen kann. Ich bin gespannt, welche Erklärung Sie da im Finanzausschuss haben, da bin ich hoch gespannt.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Wir verstehen jedenfalls Verwaltungsreform anders und wir werden auch in der Enquetekommission hier unsere Vorstellungen vorlegen. Zumindest verstehen wir es nicht so wie Sie, dass wir heute die aufgeblähteste Landesverwaltung in Deutschland haben mit Kosten von 1.064 Euro pro Einwohner, sondern auch in der Zukunft. Und hier strafen Ihre eigenen Statistiken Sie Lügen. Es ist nämlich Folgendes: Sie planen bis zum Jahr 2010 22 Stellen pro 1.000 Einwohner. Das ist ein höherer Personalsatz, als ihn 1994 mit 21 die alten Flächenländer hatten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja genau.)

Frau Keler, noch einmal, irgendwann hat es ein Ende, dass Sie die Investitionen zusammenstreichen können. Sie müssen sich zusätzlich darauf einrichten, dass die EU-Strukturfonds im Jahr 2006 nicht mehr so fließen werden. Der Solidarpakt Korb I, Korb II ist ausdefiniert.

(Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Fangen Sie endlich an, wirklich dort zu sparen, wo es möglich und notwendig ist, nämlich bei den Personalausgaben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. So ist es.)

und bauen Sie hier nicht immerzu potemkinsche Dörfer!

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Also, das ist doch! Entschuldigen Sie, Sie sparen doch wirklich nicht dort, wo es notwendig ist, wenn Sie nach Ihren eigenen Worten in vier Jahren, in vier Haushaltsjahren 87 Stellen bei der obersten Landesverwaltung abbauen – das kann doch nicht ansatzweise Ihr Ziel sein! –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. So ist das.)

aber auf der anderen Seite die Stellenstreichungen fast überwiegend zu 85 Prozent im Lehrerbereich erfolgen. Und jetzt haben Sie offenbar auch noch vor, den Hochschulen an den Kragen zu gehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie können Sie eigentlich guten Mutes Ja sagen zu einem Doppelhaushalt, wenn Sie in zwei substantiellen Bereichen politische Vorhaben realisieren wollen, und zwar, Sie wollen ein neues Schulgesetz auf den Tisch legen

(Angelika Gramkow, PDS: Ist schon da.)

und Sie wollen das Landeshochschulgesetz novellieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: 100 Millionen mehr.)

Das heißt, sind wir hier zur Farce verkommen, dass wir gar nicht mehr abwarten, wie Leistungsgesetze – und das sind Leistungsgesetze – letztendlich aussehen? Ich bin hoch gespannt, wie Sie in den Ausschüssen darlegen wollen, dass der Doppelhaushalt 2002/03 schon all das beinhaltet, was in den Gesetzen festgeschrieben ist. Oder planen Sie von vornherein einen Nachtragshaushalt? Die zentrale Frage beim Landeshochschulgesetz wird sein, gerade mit Blick auf die vollmundigen Ankündigungen von wem auch immer: Wie verstehen Sie wirklich Hochschulautonomie? Das wird die zentrale Frage sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Schlagzeile in der Pressemitteilung lautet „Hochschule Wismar verbittert und enttäuscht im Vertrauen zur Landesregierung über Kabinettsentwurf zum Haushaltsplan“.

(Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

Und bezogen – wie soll man auch immer sagen zu diesem Titel? – auf den Titel „Sammelansatz für Ausgaben der Hochschulen“ schreibt die Hochschule Wismar: „Diese Mittel sind der autonomen Verfügungsgewalt der Hochschulen entzogen und werden, ausgehend von den Erfahrungen der Vergangenheit und auch von der Tatsache, dass bereits die Bildung dieses Spezialfonds bar jeder Transparenz für die Hochschulen ist, wohl oder weniger willkürlich durch das Bildungsministerium ohne Transparenz der Entscheidungsfindung eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang werden in den Hochschulen Äußerungen immer lauter, die befürchten, dass bei diesen Entscheidungsfindungen das ‚Wohlerhalten‘ einer Hochschule eine größere Rolle spielen wird, als sachlich-strategische Erwägungen innerhalb der Hochschule.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe nicht im wohl verstandenen Interesse der Universitäten und Fachhochschulen, dass sich diese Befürchtungen bewahrheiten werden.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und deswegen kann ich Ihnen zu unserer Position eins sagen: Wenn Hochschulautonomie, dann Hochschulautonomie, wenn Globalhaushalt, dann Globalhaushalt – aber nicht hinten durch die Küche das Geld wieder einreiben

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

und die Hochschulen am Gängelband führen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist trotz aller Schönrederei überhaupt nicht zukunfts führend, denn ein Kapital in diesem Land sind auch unsere beiden Universitäten und unsere Fachhochschulen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Zukunftsfonds – nennen Sie die 20 Millionen, die, beginnend ab dem kommenden Jahr, ausgereicht werden sollen! Herr SELLERING hatte auch Vorpommernfonds gesagt. Davon redet er jetzt nicht mehr,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee. –  
Angelika Gramkow, PDS: Wir sind aber schon  
beim Haushalt. Darf ich darauf verweisen?)

aus gutem Grund, aus sehr gutem Grund, weil nur noch ein Viertel der Mittel, zumindest auf dem Papier, für Vorpommern vorgesehen ist

(Wolfgang Riemann, CDU: Das werden  
wir mal prüfen, Herr Minister.)

und drei Viertel eben nicht vorgesehen sind.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja. –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Jaja.)

Aber, Sarkasmus einmal beiseite, finden Sie das wirklich seriös, Frau Gramkow und Herr Kollege Schlotmann, dass hier im nächsten Jahr jede zweite Mark aus EFRE kommt und im übernächsten Jahr 40 Prozent? Das ist doch kein zusätzliches Geld, das Sie auf den Tisch legen. Das ist Geld, das Sie woanders abziehen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das  
hängt damit zusammen, dass wir die  
Druckmaschinen nicht erfunden haben. –  
Zuruf von Dr. Christian Beckmann, CDU)

Und wenn Sie ehrlich sind mit einer Politik – auf der einen Seite rufen Sie neue Schlagwörter ins Leben und dann streichen Sie im Einzelplan 06 des Wirtschaftsministeriums die Beratungskosten für Existenzgründer auf das niedrigste Niveau von 50.000 Euro. Meine Damen und Herren, lassen Sie es sein! Schreiben Sie neben die 20 Millionen gleich die Programme, wo das Geld auch eingesetzt wird, und hören Sie auf, die Menschen in diesem Land zu verdummen! Das sind keine zusätzlichen Mittel,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja eben, eben.)

das sind davon Positionen. Nicht mehr und nicht weniger! Und für Vorpommern ist es schon gar nicht gedacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass Sie Wahrheiten, nackte Tatsachen im dritten Jahr Ihrer Regierung nicht gerne hören, bloß, wenn Sie den Anspruch haben, dass Sie nicht das Symbol des Abschwungs, der Stagnation, des Griffs in die Taschen der Bürger über die Ökosteuer sein wollen, dass Sie nicht das Symbol der Arbeitslosigkeit, das Symbol der Abwanderung junger Menschen aus unserem Land sein wollen, dass Sie nicht ständig vor Rot-Grün in Berlin einknicken, wenn die Streichorgie für die neuen Bundesländer weitergeht, dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie einen Landeshaushalt vorlegen, der nicht die Linie fährt: Investitionen streichen, damit die Nettokreditaufnahme vermindern, aber konsumtive Ausgaben nicht oder nur wenig antasten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von SPD und PDS, ich hoffe, dass Sie wirklich Frau und Manns genug sind, in den Beratungen des Parlaments so vorzugehen – so verstehe ich Parlamentsarbeit seit 1991, ich kann Ihnen beim Haushalt viele Beweise vorlegen, wo die CDU-Fraktion als Regierungsfraktion auch substantielle Änderungen herbeigeführt hat –, dass dieser Haushalt, der die Zukunft des Landes nicht positiv gestalten wird, nicht so rausgeht, wie er reingekommen ist. Ich hoffe, dass wir alle unserer parlamentarischen Verantwortung gerecht werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gramkow für die PDS-Fraktion.

**Angelika Gramkow,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was wir eben erlebt haben, hören wir seit Wochen.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Länger!)

Die CDU verdammt den vorgelegten Haushaltsentwurf in Bausch und Bogen. Und da kommt es nicht darauf an – und es ist bemerkenswerterweise nicht nur Herr Riemann, so hatte ich eben das Gefühl –, mal kurz einige Milliarden in den Ring zu werfen, wo es sich doch vielleicht um Millionen handelt. Liegt es an der Schwierigkeit mit der neuen Währung? Oder vielleicht daran, die Öffentlichkeit bewusst mit unseriösen Zahlen zu verunsichern? Mit Tippfehlern allein, meine Damen und Herren, kann das jedenfalls nicht erklärt werden.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Auch nicht mit Nullen.)

Die realen Ausgangsbedingungen, Herr Rehberg – 8.154 Millionen Euro Schulden, jährlich circa 490 Millionen Euro Zinsen –, und eigene Verantwortlichkeiten dafür schon lange aus dem Blick verloren, bejammern und beklagen Sie den eingeschlagenen Kurs der Politik von SPD und PDS. Wo sind sie denn aber, Ihre so vermeintlich vorhandenen Antworten, Programme und Alternativen? Haben wir sie eben etwa gehört?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und  
einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Wolfgang Riemann, CDU: Jawohl,  
Frau Gramkow, Arbeitsteilung. –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Ach, der Herr Riemann bringt die. –  
Peter Ritter, PDS: Der kann's auch nicht besser.)

Sie haben bereits in der Presseerklärung vom 10. Juli diese Alternativen angekündigt und wir haben heute eigentlich nur uralte Plattheiten der CDU gehört:

(Gesine Skrzepski, CDU: Oh, oh, oh!)

Investitionen rauf – ...

Sie sollten gut zuhören, Frau Skrzepski.

(Gesine Skrzepski, CDU:  
8.000 arbeitslose Bauarbeiter.)

... Sie werden es schon richten –,

(Gesine Skrzepski, CDU: Jaja.)

dreigliedriges Schulsystem manifestieren und nicht Chancengleichheit entwickeln, Recht verschärfen, aktive Arbeitsmarktpolitik einschränken, ÖBS, Jugend- und Schulsozialarbeiter abschaffen, ach ja, und die Eigenheimförderung forcieren. Natürlich hätte ich jetzt fast die Senkung der Sachkosten vergessen, aber das scheint Ihnen, Herr Rehberg, entgangen zu sein, dass der Anstieg der Sachkosten zusammenhängt mit der Prozesskostenhilfe, die wir ja wohl keinem Bürger und keiner Bürgerin streitig machen wollen,

(Volker Schlotmann, SPD: Doch, die CDU ja.)

und mit der Zuordnung der alternativen Finanzierungsmittel im Bauwesen, wo ich auch nicht davon ausgehe, dass Sie diese tatsächlich in Frage stellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS  
und Volker Schlotmann, SPD)

Sie sollten vielleicht doch Ihren Mitarbeitern sagen, seriös mit den Zahlen umzugehen.

Und genau das, was Sie eben hier abgezogen haben, haben Sie bis 1998 gemacht. Und wir waren 1998 an letzter Stelle des Wirtschaftswachstums. Das sind wir heute nicht mehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS  
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Sie sollten es doch besser wissen: Der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik. Ihrer wäre ein verstaubter Gemischtwarenladen mit altertümlicher Kasse, der vom Anschreiben seiner Käuferinnen und Käufer lebt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:  
Und die Kommunen abzockt.)

Ob es Ihnen nun passt, Herr Dr. Jäger, oder nicht, und wenigstens Sie sollten es besser wissen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich weiß es.)

die Politik, die sich im Doppelhaushalt 2002/03 zeigt, ist im Interesse der Entwicklung unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger und sie ist nachhaltig und sie ist verlässlich. Dabei übersieht die PDS-Fraktion ...

(Harry Glawe, CDU: Es glaubt nur  
keiner. – Dr. Armin Jäger, CDU:  
Außer Ihnen glaubt das keiner.)

Glauben ist auch nicht Wissen, das ist wichtig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir erleiden  
es doch. Wir kriegen doch weniger Geld  
auf kommunaler Ebene, seit Jahren. –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dabei übersieht die PDS-Fraktion trotz der positiven Verhandlungsergebnisse zum Länderfinanzausgleich

(Harry Glawe, CDU: Sie sind doch in  
der Schweriner Stadtvertretung, ne?)

und zum Solidarpakt nicht die komplizierten Ausgangsbedingungen, die Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen müssen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie ist geflüchtet aus  
der Kommune. Da ist nur noch Böttger drin.)

Und hier seien einige Stichworte benannt:

- weitere Steuerausfälle könnten uns erreichen,
- wir haben keine Verbesserung bei den Arbeitslosenzahlen,
- die Belastung der Länder- und Kommunalhaushalte durch bundespolitische Gesetzgebung ist zu befürchten,
- zunehmende Versorgungslasten,
- das enge Korsett der europäischen Regelungen, ja, und
- keine Wahlgeschenke aus Berlin.

Wo sind Ihre Antworten dafür? Wo sind sie und wo sollen sie Realität werden?

Meine Damen und Herren, ja, es gibt nichts zu beschönigen. Die Arbeitslosigkeit ist unzumutbar hoch in unserem Land, das Wirtschaftswachstum stagniert fast. Was einige Branchen an Positivem einfahren, wird von anderen aufgezehrt. Menschen gehen und kommen. Im Tourismus haben wir hervorragende Zahlen, doch allein davon, das wissen wir, können wir nicht leben. Und aus all diesen Gründen braucht Mecklenburg-Vorpommern eine nachhaltige und verlässliche Politik

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

und dies sehen wir in den Ansätzen des Doppelhaushaltes.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Gramkow, das glauben Sie doch selber nicht. – Harry Glawe, CDU: Stillstand ist alles, ne?!)

Hören Sie doch wenigstens zu!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Überfordere die Herren nicht!)

Das heißt, dass wir die Maßnahmen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verstärkt haben. Und deshalb führen wir die Investitionen – und da können Sie hier beten, wie Sie wollen –,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU, und Harry Glawe, CDU – Zuruf von Dr. Berndt Seite, CDU)

trotz eines harten Konsolidierungskurses auf hohem Niveau fort.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Volker Schlotmann, SPD – Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Und es ist eine Illusion zu glauben, bei einer Drittelung der Nettokreditaufnahme in den letzten Jahren die Investitionen unangetastet lassen zu können.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD, und Gabriele Schulz, PDS)

Der, der das glaubt, ist wirklich blauäugig,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

obwohl ich blaue Augen eigentlich sehr mag.

(Peter Ritter, PDS: Oder er muss CDU-Mitglied sein.)

Ja, die Investitionen sind geringfügig zurückgegangen, aber sie sind nicht sinnlos gekürzt, sondern der Haushalt sagt klar Ja zur Reduzierung von Bauinvestitionen, Ja zu Investitionen in Bildung, Soziales und Arbeit dieses Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Wo, wo, wo?)

Und da Herr Rehberg mir ja die Zahlen schuldig geblieben ist, will ich sie mal nennen:

(Harry Glawe, CDU: Jaja.)

Im Jahr 2001 haben wir 1.587,9 Millionen Euro investiert, im Jahr 2002 werden es 1.542,9 Millionen Euro sein, das sind 45 Millionen Mark weniger als im Vorjahr, ...

(Ministerin Sigrid Keler: Euro.)

Danke, Euro.

... und im Jahr 2003 werden es 1.475,6 Millionen Euro sein, das sind nochmals 65 Millionen Euro weniger.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Und Sie hätten wenigstens sagen sollen, worauf diese Reduzierung zurückzuführen ist. Es ist im Wesentlichen eine Reduzierung von Landesbaumaßnahmen, also Verwaltungsbauten, wo Sie sich die Jahre zuvor immer hier hingestellt und gesagt haben: Was ist das eigentlich, 1 DM Landesbaumaßnahmen? Das ist gleich 1 DM Bauproduktion. Jetzt beschweren Sie sich, dass die Landes-

regierung in diesem Bereich streckt. Was ist denn hier eigentlich Sache?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Weil sie das Geld gar nicht ausgeben kann. Gucken Sie sich doch mal die Reste an!)

Nach meiner Auffassung ist Ihnen auch entgangen, dass insbesondere die Investitionseinnahmen zurückgehen, weil die Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe für regionale Wirtschaftsförderung zurückgegangen sind.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, das ist doch schlimm genug! – Zurufe von Ministerin Sigrid Keler und Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bin ja für vieles zuständig, aber dafür wirklich nicht.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Doch! Aber natürlich, der Bundeshaushalt geht auch durch den Bundesrat. – Zurufe von Ministerin Sigrid Keler und Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja, ich weiß, jetzt bin ich schon 50 Jahre verantwortlich.

(Unruhe bei den Abgeordneten – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, so schlimm ist es nicht. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU – Peter Ritter, PDS: Für den Transrapid bist du auch zuständig. Weißt du das nicht?! Frau Gramkow ist für alles zuständig.)

Aber ich will es mir nicht so einfach machen. Ja, wir haben auch schmerzliche Einschnitte bei den Landesprogrammen im Wohnungsbau zu verkraften.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Aber es gebietet doch dann auch die Ehrlichkeit – ich weiß jedoch nicht, ob ich das hier von Ihnen verlangen kann –, dass Sie betont hätten, dass die Investitionen in der Infrastruktur, vor allen Dingen im Straßenbau, sich wesentlich erhöhen in diesem Haushalt,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, mit EFRE-Mitteln, zweckentfremdet eingesetzt.)

dass die Investitionsmaßnahmen für die gewerbliche Wirtschaft hochgefahren werden und die Infrastruktur insgesamt genauso hoch veranschlagt wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Gramkow, Sie wissen das doch besser. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wer das immer besser weiß, das sind Sie.)

Und, Herr Jäger, jetzt komme ich zu Ihnen, Ihnen scheint doch tatsächlich entgangen zu sein, dass die Investitionsfähigkeit der Kommunen nun erheblich unterstützt wird durch die Ansätze des Doppelhaushaltes. Die SPD/PDS-Koalition hat nochmals die kommunale Investitionspauschale aufgestockt von 76,7 Millionen Euro, wie wir sie verankert hatten in der Koalitionsvereinbarung,

(Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb muss Herr Ebnet ja schon die Kommunen aufrufen.)

auf jetzt 87,9 Millionen Euro und im nächsten Jahr auf 83,6 Millionen Euro. Und die Finanzministerin hat darauf verwiesen, wir können die Mittel zukünftig zweckgebunden an die Kommunen ausgeben, ohne Eigenanteil.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Jaja.)

Sie haben damit die Möglichkeit, selbstständig zu entscheiden, ob sie Radwege, Straßen oder am Ende doch lieber die Schule sanieren, und ich denke, das ist ein Angebot an die Kommunen und eine Reaktion auf ihre komplizierte Lage.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und sie hätten noch eine andere Möglichkeit. Sie könnten diese kommunale Investitionspauschale als Komplementärfinanzierung für die anderen Fördermittel der Kommunen nutzen und vielleicht auch so Städtebau, Wohnungsbau und kommunale Infrastruktur

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Ist doch gar nichts drin im Pott.)

verstärkt aufgrund ihrer kommunalen Haushaltslage ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nun warten Sie erst mal das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zu diesem Thema ab! – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie mit Ihrer Kaffeesatzleserei, Herr Rehberg, hören Sie doch mal auf! – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Herr Rehberg, zumindest bei dieser Frage hatte ich immer Ihre kommunalpolitische Kompetenz im Auge, doch sie scheint Ihnen verloren gegangen zu sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der PDS und Volker Schlotmann, SPD –  
Gabriele Schulz, PDS: Das ist der neue Rehberg.)

Sie finden im Haushalt ebenfalls,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Dr. Jäger, Vorsorge dafür,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

auch die Sonderbedarfszuweisungen jährlich bis zu 5 Millionen Euro zu verstärken, und das gerade, weil nach Erkenntnissen des Landesförderinstitutes insbesondere die Komplementärfinanzierung für kommunale Infrastrukturmaßnahmen auf der Strecke geblieben ist.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, und warum?)

Ist es nun ein Angebot, 10 Millionen DM oder 5 Millionen Euro

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

pro Jahr im Doppelhaushalt mehr zur Verfügung zu stellen, oder sind das Peanuts?

(Harry Glawe, CDU: Ja, sonst waren es 30 Millionen. – Dr. Armin Jäger, CDU: Tun Sie doch endlich mal was im Finanzausgleich! Das wäre wichtig. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wandern doch unter den Teppichboden.)

Dies halten wir für erforderlich. Und trotzdem werden wir die Null bei den Investitionsförderungen im Kindertagesstättenbereich so nicht hinnehmen.

(Harry Glawe, CDU: Aber das steht im Haushalt. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Entwurf des Haushaltes, Herr Glawe! Haben Sie wieder nicht zugehört?! – Georg Nolte, CDU: Nehmen Sie es aus der Bingo-Kasse? – Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, die haben eine Spielwiese eingebaut. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, es ist schon erwähnt worden, dass wir es wieder geschafft haben, alle Maßnahmen der Gemeinschaftsinitiativen der europäischen Strukturfonds kofinanzieren.

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Schon verabredet mit Frau Keler.)

Das hat allerdings den Spielraum für eigene Landesprogramme weitgehend eingeschränkt.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aha!)

Und trotzdem, in der Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, setzen wir neben einer erhöhten Förderung im Rahmen der Infrastruktur – und ich rede zum Beispiel in den Jahren 2001 bis 2004 von einem Plus von 128 Millionen Euro – auf eine gezielte Entwicklung von Zukunftstechnologie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Dazu wird die Technologieförderung verstärkt, ...

Sie sollten vielleicht wirklich mal in den Haushalt schauen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja, haben wir gesehen.)

... die BioCon Valley GmbH unterstützt, zusätzliches Risikokapital über den Technologiefonds bereitgestellt

(Unruhe und Heiterkeit bei  
einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS:  
Er hat alles gesehen, er weiß alles.)

und dem Unternehmenshilfe- und Beteiligungsfonds in der Hand des Wirtschaftsministeriums werden nochmals 2 Millionen Euro zugeführt.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Herr Jäger! Die Kommunen werden erstmals beim Bau von Eisenbahnbrücken unterstützt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir bauen ja dauernd Eisenbahnbrücken, klar! Ja, ja, vielen Dank! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Das freut mich, ja. Ich bin stolz auf Sie. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist ja ein dummes Geschwätz.)

Aber daran erkenne ich, dass Sie die Problematik der Kommunen, die sie ereilt hat nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz des Bundes, tatsächlich nicht begriffen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –  
Dr. Armin Jäger, CDU: 80 Millionen weniger im Plan und dafür bauen Sie uns Eisenbahnbrücken. Da freut sich jeder Modellbauer an Ihnen.)

Und nicht zuletzt, und das begleitet die PDS-Fraktion sehr kritisch, entwickelt sich das Flugwesen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, Sie sind ja gegen alles, was sich schnell bewegt. Ob es nun der Transrapid ist oder ein Flugzeug. – Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU: Jetzt sind Sie auch noch gegen das Fliegen. Zurück zur Pferdekutsche!)

Aber, Herr Dr. Born,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

leider hat die Landesregierung es verabsäumt, das Existenzgründerinnenprogramm wieder aufzustocken.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja. –  
Harry Glawe, CDU: Ja, wo sonst?!)

Darüber wird zu reden sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und  
Heidemarie Beyer, SPD – Harry Glawe, CDU:  
Transrapid wollen Sie ja auch nicht.)

Meine Damen und Herren, in der Arbeitsmarktpolitik,

(Harry Glawe, CDU: Ist eine Katastrophe.)

ob es Ihnen passt oder nicht, werden neue Schwerpunkte gesetzt.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Ich weiß nicht, warum es eine Katastrophe sein soll,

(Harry Glawe, CDU: Chaotische Zustände.)

Herr Glawe, dass es eine verstärkte Entwicklung des Unternehmerteumes

(Harry Glawe, CDU: Jajaja.)

in diesen Maßnahmen geben soll:

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Da sind Sie Spezialisten für.)

2,9 Millionen Euro in diesem Jahr auf 6,8 Millionen Euro im nächsten und 7,1 Millionen Euro in 2003.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Geister  
schweben förmlich durch diesen Saal. –

Dr. Armin Jäger, CDU: ... Da können  
Sie es gleich zum Fenster rauswerfen. –  
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Sie sollten warten mit dem Brüllen, denn ich erwarte jetzt insbesondere, dass die männlichen Vertreter der CDU-Fraktion brüllen,

(Barbara Borhardt, PDS: Ach ja?)

denn wir haben noch was Schönes zu verzeichnen

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ooh! –  
Harry Glawe, CDU: Ja, genau.)

und das ist es auch wert zu erwähnen, nämlich die Erhöhung – und diese partizipiert vom größten Anteil der Umstrukturierung – der Förderung der Maßnahmen für die Entwicklung der Chancengleichheit von Männern und Frauen.

(Gesine Skrzepski, CDU: Donnerwetter! –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Wir sind stolz auf Sie.)

Hier werden wir von 4,7 Millionen Mark

(Wolfgang Riemann, CDU: Mark oder Euro? –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

auf 10,7 und 11 Millionen Mark umsteuern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mark  
oder Euro jetzt, Frau Gramkow? –  
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Vielleicht, Frau Skrzepski, ist Ihnen ja entgangen, dass insbesondere in der Arbeitsmarktpolitik bei den Frauen ein Zahn zuzulegen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und  
einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Ja, und diese Zahl nenne ich Ihnen auch noch. Es ist unabdingbar,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,  
und Gesine Skrzepski, CDU)

dass wir für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, natürlich ABM und SAM, weiter hohe finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müssen.

(Harry Glawe, CDU: Weiter  
kürzen, jaja, weiter kürzen.)

Es sind 26,2 Millionen Euro im nächsten und im übernächsten 23,5.

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Und es bleibt auch dabei,

(Harry Glawe, CDU: Das ist erbärmlich.)

dass der Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor weiterentwickelt wird. Das Jugend- und Schulsozialarbeiterprogramm läuft sehr gut,

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

die Kommunen würden gerne mehr Geld haben, insbesondere Landkreise, die nun nicht dafür bekannt sind, dass sie dieses Programm besonders lieben sollten,

(Harry Glawe, CDU:  
Jetzt kommt Nordvorpommern.)

wenn ich mir das Parteibuch der Landräte anschau. Allerdings, in Ostvorpommern haben wir das ja jetzt anders hingekriegt.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie sagen und manch anderer auch, dieses Programm ist viel zu teuer

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Rügen nicht  
vergessen! – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

und wir könnten für das Geld, was wir für eine Jugend- und Schulsozialarbeiterin oder einen Jugend- und Schulsozialarbeiter ausgeben, doch lieber dafür nutzen, drei oder vier ABM-Stellen für ein Jahr zu schaffen.

(Harry Glawe, CDU: Nee, Sie  
machen Jugendklubs in Serie zu.)

Ich sage, genau das ist Ihr Ansatz. Es geht nicht um Quantität, es geht in diesem Bereich um Qualität,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

um Arbeit, die nach Tarif gezahlt wird und die eine dauerhafte Beschäftigung möglich macht. Und dafür leistet sich dieses Land Millionen Steuergelder im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und nicht für Kurzzeitmaßnahmen, von denen wir seit 1998 heute noch die Nase voll haben.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Aber Sie haben ja auch noch andere Bereiche auf dem Kieker, Herr Rehberg hat es gesagt: die Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit, das Programm „Jugend, Arbeit, Zukunft“, „Jugend baut“ oder die Förderung von Jugendbetrieben abschaffen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nein, sie zeigen doch die ersten Erfolge. Oder ist Ihnen entgangen, dass wir in der Arbeitslosigkeit im August diesen Jahres im Vergleich zum letzten Jahr 2.200 Jugendliche mehr in Arbeit gebracht haben in diesem Land?!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und das ist ausschließlich zu verdanken der Initiative der Wirtschaft, aber auch den begleitenden Bund-Länder-Programmen.

(Gabriele Schulz, PDS: Da hatten  
die nicht die richtige Brille auf.  
Das konnten sie nicht erkennen.)

Dass wir hier die Ansätze verstärken müssen, das ist uns allen klar, und alles Krakeelen von Ihrer Seite wird uns nicht daran hindern.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten  
der CDU – Harry Glawe, CDU:  
Dann hätten Sie das doch schon gemacht.)

Meine Damen und Herren, Nachhaltigkeit – verlässliche Zahlen zeigen sich im Umweltbereich und zeigen sich auch in der Landwirtschaftspolitik. Die Entwicklung der Abfallpolitik, der Naturschutz, die Vorhaben des Klimaschutzes, die verstärkte Förderung von Verbänden, alles zeigt Nachhaltigkeit. Und letztendlich wird auch die Novelle des Landesnaturschutzgesetzes im Interesse einer ökologischen Ausrichtung von Politik in Mecklenburg-Vorpommern wirken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

In der Landwirtschaftspolitik wird gegenwärtig etwas deutlich, und hier möge mir der Landwirtschaftsminister verzeihen: Was passiert, wenn man eine Seuche hat?

(Harry Glawe, CDU: Schon gewährt.)

Wir haben mit drastischen Folgen der BSE-Seuche zu tun und einer notwendigen Neuausrichtung der Agrarpolitik. Hier haben wir erhöhte Einnahmen zu verzeichnen und, Herr Backhaus, wir setzen sie für die Förderung des ländlichen Raumes ein.

(Till Backhaus, SPD: Das ist richtig.)

So beginnt ab 2002 das LEADER-plus-Programm mit einer eindeutigen Orientierung auf die Förderung des ländlichen Raumes. Wir stärken die ökologische Funktion der Wälder und nach dem Motto „Schöner unsere Städte und Dörfer“ gibt es einen Schritt vorwärts in der Dorf-erneuerung,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das Landwirt-  
schaftssondervermögen wird geplündert.)

insbesondere bei der Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in den kleinen Gemeinden und Dörfern, aber auch bei der Entwicklung weiterer touristischer Attraktivitäten im ländlichen Raum.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Und ganz besonders freut uns, dass beginnend mit dem Ausbildungsjahr 2002 eine Ausbildungsplatzinitiative mit rund 1,3 Millionen Euro pro Jahr im Bereich der Agrarwirtschaft gestartet wird. De facto geht es um 250 notwendige betriebliche Ausbildungsplätze in der Landwirtschaft.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Herr Rehberg, ich habe auch zwei Kinder. Sie sind im Alter von 13 und 18 Jahren.

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:  
Herr Rehberg hört nicht zu.)

Und ich bin froh, dass das erklärte Ziel der SPD/PDS-Koalition, die Qualität an der Schule, in der schulischen Bildung nachhaltig zu verbessern,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

endlich, endlich einen Schritt weiterkommt. Ja, wir haben damit begonnen, das Schulsystem dieses Landes den Bedingungen anzupassen, es zu modernisieren

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das 13. Schuljahr. –  
Harry Glawe, CDU: Vor und zurück  
ist immer richtig.)

und an den Anforderungen für Kinder und Jugendliche zu orientieren. Nach den Kürzungen der 90er Jahre, den Massenentlassungen und nach jahrelanger Stagnation ist der Durchbruch nun erreicht. Und es hat sich gezeigt, dass die Bildung für unsere Kinder und die Haushaltskonsolidierung im Sinne kommender Generationen in Übereinstimmung zu bringen sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist für meine Fraktion und auch für mich persönlich ein sichtbarer Ausdruck nachhaltiger Politik und neuer politischer Sichten. Und die Dimensionen werden deutlich, wenn Sie sich die Zahlen ansehen. Wir werden in den Jahren 2003 bis 2007 insgesamt circa 75 Millionen Euro mehr ausgeben, davon allein für die Verbesserung der Stundentafeln circa 20 Millionen und für die Einführung des 12-Jahres-Abiturs – es ist ja eigentlich falsch, mit der Wiederherstellung der Möglichkeit, nach zwölf Jahren das Abitur machen zu können – 32,5 Millionen Euro. Die Schülerinnen und Schüler erhalten in den Klassenstufen 5 bis 10 18 Stunden mehr Unterricht. Damit wird sowohl die Qualität der Bildung an den Regionalschulen als auch eben die Rückkehr zum 12-Jahres-Abitur gewährleistet.

Ich freue mich, dass ein altes Ziel der PDS erreicht, nämlich die Ungleichheit der Stundentafeln zwischen Gymnasien und Realschulen zu Lasten der Realschulen endlich beseitigt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und für die Lehrerinnen und Lehrer dieses Landes bedeutet das, dass wir über 600 geplante Stelleneinsparungen nach dem Lehrpersonalkonzept nicht umsetzen werden.

(Beifall Sylvia Bretschneider, SPD)

Auch das, meine Damen und Herren, ist Beschäftigungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Und es ist eine Beschäftigungspolitik, von der nicht nur die Pädagoginnen und Pädagogen, sondern vor allen die

Schülerinnen und Schüler profitieren. Besonders wichtig erscheint mir, dass es geschafft wurde, für das Konzept der Regionalschule und für die Rückkehr zum 12-Jahres-Abitur den Finanzbedarf in der Mittelfristigen Finanzplanung zu fixieren. Damit ist der nun vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes zunächst finanziell untersetzt und gesichert. Die PDS-Fraktion verschweigt nicht, dass Wünsche natürlich noch vorhanden sind, aber der Anfang ist gemacht.

(Harry Glawe, CDU: Aha!)

Meine Damen und Herren, es gibt ein klares Ja der Landesregierung zur Entwicklung der Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dies zeigt sich insbesondere darin, dass beginnend mit dem Jahr 2000 die haushaltspolitischen Ansätze für die gesamte Hochschullandschaft insgesamt stabilisiert und auch erhöht worden sind. Wenn ich mir dann allerdings – und da geht es mir ähnlich wie Herrn Rehberg – die einzelnen Ansätze für die Universitäten und Hochschulen anschau, dann fällt mir auf, dass sie niedriger sind. Und dann fragen wir uns, wie die Aufgabenerfüllung und die zu erwartenden Tarifsteigerungen plus Ost-West-Angleichung denn mit diesen Titeln zu sichern sind. Und einen möglichen Zusammenhang zu den abgesenkten Ansätzen des Hochschulhaushaltes könnte eben dieser von Ihnen erwähnte Titel mit dem besonderen Namen

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Die Hochschulen am Gängelband.)

„Sammelansatz zur Verstärkung von Aufgaben im Hochschulbereich“ deutlich machen. Immerhin sind darin 12,2 Millionen Euro jedes Jahr geplant.

(Wolfgang Riemann, CDU: Warum geben wir es den Hochschulen nicht gleich?)

Die Erläuterung liegt nahe – und das muss ja nichts Negatives sein –,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

dass dieses Geld den vorgesehenen Globalhaushalten der Hochschulen zusätzlich zugeteilt werden kann. Die spannende Frage ist: Wo wurde dieses Geld eingesammelt und wer bekommt welchen Anteil aus der Sammelbüchse? Da habe ich doch wirklich ein Problem mit Prinzipien der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Reden Sie in der Koalition nicht miteinander? Fragen Sie doch mal! –  
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Dr. Jäger, ich komme jetzt zur kommunalen Finanzausstattung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: O Gott!)

Ich mach' das jetzt auch wirklich für Sie ein bisschen persönlich.

(Peter Ritter, PDS: Mach's einfach!)

Dass diese kommunale Finanzausstattung uns am Herzen liegt, ist allgemein bekannt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das merkt man. Das merkt man.)

Und die Landesregierung hat mit diesem Doppelhaushalt ihrer Verantwortung für die Kommunen entsprochen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Das war aber auch selbstredend.)

Der kommunale Finanzausgleich wird dabei für alle Beteiligten berechenbarer

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das stimmt.)

und vor allem auf eine verlässliche Grundlage gestellt.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und dies, meine Damen und Herren, war und ist keine Selbstverständlichkeit.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ach! Ach!)

Trotz zu erwartender Mindereinnahmen des Landes einerseits und eines geschätzten und zu begrüßenden Zuwachses von kommunalen Steuereinnahmen andererseits werden die Finanzausgleichsleistungen für die Kommunen erhöht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da war die Finanzministerin ehrlicher als Sie. Da war die Finanzministerin noch ehrlicher.)

Grund dafür, meine Damen und Herren, und das wissen wir hier alle, ist die methodische Umstellung des kommunalen Finanzausgleiches auf den so genannten Gleichmäßigkeitsgrundsatz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nur die Ausrede, dass Sie nicht erhöhen. Das glaubt Ihnen doch niemand.)

Und Sie wissen, Herr Dr. Jäger, dass dieses nicht durch die Landesregierung einfach so mal festgelegt worden ist. Es ist ein Verhandlungsergebnis, es ist ausgehandelt, akzeptiert

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und nicht ausgefeilscht. Und das ist ja wohl eine neue Qualität.

(Wolfgang Riemann, CDU: Man hatte viel Schlimmeres erwartet, Frau Gramkow. –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Ich weiß, wie die Verhandlungen gelaufen sind. –  
Dr. Ulrich Born, CDU: Jaja.)

Dieser Ansatz schafft eine neue Partnerschaft,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist eine sehr nette Form der Verhandlung. –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

schafft eine neue Partnerschaft zwischen Kommunen und Land,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist eine sehr nette Form der Verhandlung.)

zwischen Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und damit auch zwischen Landespolitik und Kommunalpolitik.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Die werden geknebelt und es wird ihnen gesagt, entweder fressst ihr das so oder nicht.)

Ich kann sehr gut verstehen, dass Sie das aufregt, denn das haben Sie tatsächlich in acht Jahren Politik dieses Landes nicht erreichen können.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –  
Beifall Karsten Neumann, PDS –

Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein. Da kriegt die Kommune ja auch mehr Geld. Wir hatten 28 Prozent Verbundsatz. Was haben Sie?)

Fakt ist, Herr Dr. Jäger, die Kommunen bekommen über die Finanzausgleichsmasse, die jetzt festgelegt worden ist,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

in den nächsten Jahren insgesamt 104,4 Millionen Euro mehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gegen was? Gegen die abgesenkten Quoten, die gegenwärtig gelten?)

Ausgleichsleistungen, meine Damen und Herren, für neue Aufgaben und auch für Aufgabenerweiterungen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

werden also nicht mehr indirekt über Kürzungen des Finanzausgleichs ausgeglichen, sondern sie werden zusätzlich gewährt. Wenn ich mir dann allerdings die Haushaltsansätze betrachte – und ich nehme es halt ernst, Herr Dr. Jäger, es gibt einen Doppelhaushalt im Entwurf und wir sind eigentlich der Auffassung, wir wollen in unserer Verantwortung als Landespolitiker daran weiterarbeiten und ihn nicht abnicken –,

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Das ist gut. Da bin ich gespannt. – Dr. Armin Jäger, CDU:  
Ich bin da sehr gespannt.)

wenn ich mir dann also die Haushaltsansätze des Doppelhaushaltes anschau, dann scheint mir, Herr Innenminister, dass Sie nicht so sehr vorhaben,

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Der ist mal wieder unterwegs.)

das Konnexitätsprinzip in Anwendung zu bringen.

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Der hört Ihnen leider nicht zu.)

Auch darüber werden wir miteinander reden müssen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Mit dem Innenminister müssen Sie nicht reden. Den interessiert das nicht.)

Ich rede aber doch so gerne mit ihm, Herr Dr. Jäger.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:  
Der glänzt durch Abwesenheit.)

Nachhaltig und verlässlich nenne ich, meine Damen und Herren, auch die Konzentration der Arbeit innerhalb der Politik der Landesregierung auf Prävention. Hier meine ich im Besonderen die Vorsorge in der Gesundheitspolitik, die stabile Förderung der Beratungs- und Betreuungsleistungen im Land, von Sucht über Aids bis hin zur Schuldnerberatung. 5,37 Millionen Euro für soziale Maßnahmen von Vereinen und Verbänden sowie 4,7 Millionen Euro für familienpolitische Maßnahmen kön-

nen sich doch wahrlich sehen lassen. Die Umsetzung der Landesgleichstellungskonzeption ist ein notwendiger und erkämpfter Schritt zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in diesem Land. Ja, es bleibt dabei, kein Krankenhausstandort wird geschlossen, was notwendige Profilierungen einschließt. Und die Haushalte für Baumaßnahmen im Pflege- und Krankenhausbereich konnten auf ein umsetzbares, machbares Maß zurückgeschraubt werden, ohne dass eine einzige Baumaßnahme nicht kommt. Wir haben endlich Haushaltsreste bereinigt.

(Harry Glawe, CDU: Pauschale Krankenhaushausförderung haben Sie vergessen.)

In den Kindertagesstätten gibt es zunehmende Kinderzahlen, auch weil wieder Babys in diesem Land geboren werden, übrigens haben wir auch Zugänge in der Tagespflege. Diese werden mehr Geld kosten,

(Harry Glawe, CDU: Ja, das ist wahr.)

als im Haushalt veranschlagt ist, aber eigentlich ist das doch was Schönes.

Zur Prävention, meine Damen und Herren, zählt die PDS-Fraktion auch die Auseinandersetzung mit Hass, Intoleranz, mit Rechtsextremismus. Und der Landtagspräsident hat doch Recht, wenn er am Dienstag ange mahnt hat, dass wir angesichts des Terrorismus der letzten Woche auch in unserem Land verstärkt darüber nachdenken müssen, etwas gegen Hass, Verblendung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz zu tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Lassen Sie uns über die Parteigrenzen hinweg über eine Umsetzung des Handlungsrahmens für Demokratie und Toleranz ernsthaft nachdenken!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eine notwendige Finanzierung des Landesprogramms zur Integration von Migrantinnen und Migranten halten wir für längst überfällig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die PDS-Fraktion mahnt hier den ernsthaften Willen an, etwas zu tun, und nicht nur verbale Äußerungen im Ernstfall.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Hier sind die Angebote, die auf dem Tisch liegen, nicht nachhaltig und verlässlich.

Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen durch Kleine Anfragen und verbale Attacken durch die CDU-Fraktion zur Sprache gekommen, möchte ich noch einen Komplex benennen, der sonst in unseren großen Haushaltsberatungen eine untergeordnete Rolle spielt. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie können noch so schreien, aber der Wille der Koalition ist es, jederzeit für eine arbeitsfähige, auf die realen Lebensbedürfnisse ausgerichtete sowie an den rechtsstaatlichen Vorgaben gebundene Justiz in diesem Land Vorsorge zu tragen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Entsprechend den Beschlüssen des XI. Parteitages.)

Ohne eine bürgernahe und zügig arbeitende Gerichtsbarkeit gibt es keinen Rechtsstaat und wäre der Rechtsfrieden akut gefährdet.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Hauptsache, das ist kein Parteitag der CDU. Dann ist es schon in Ordnung. – Wolfgang Riemann, CDU: Dazu sage ich nachher was. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich hatte also Recht, dass ich jetzt doch auf diesen Komplex eingehe.

(Harry Glawe, CDU: Sehr gut. – Dr. Ulrich Born, CDU: Es scheint sehr weit weg zu sein, das, was Sie machen.)

Sicher wachsen auch hier nicht alle Wünsche wie Bäume in den Himmel, aber wir sind im Gegensatz zur CDU

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt kommen die 40 Rechtspfleger.)

für überlegtes und sinnvolles Geldausgeben, das zu mehr Bürgernähe, Transparenz und Effizienz in der Justiz sowie auch zu deren Entlastung führt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das sind alles Sprechblasen.)

Mit uns sind Stichworte wie „Strafrecht verschärfen“, „härterer Strafvollzug“, Schlagworte wie „kurzer Prozess“ oder „Richter Gnadenlos“, so was ist mit uns nicht zu machen!

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Lachen Sie immer noch, Herr Dr. Born, wenn Sie folgendes Zitat hören?! Es ist schon mehr als üble Nachricht, wenn ich lese, was ein selbst ernannter Rechtsexperte der CDU mit Namen Thomas über die Justiz in Mecklenburg-Vorpommern schreibt. Zitat:

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nun kommt's.)

„Je mehr Straftaten einer begeht, desto größer ist der Strafabatt. Je gefährlicher der Sexualstraftäter ist, desto größer ist seine Chance, in Freigang zu kommen“ – „Rostocker Blitz“ vom 25. Juli diesen Jahres.

Natürlich sehen wir auch dringenden Handlungsbedarf bei einer wirklichen Justizreform, beginnend zum einen mit einer Reform des Rechtsmittelrechts und endend mit einem klaren dreistufigen Gerichtsaufbau. Wir brauchen ferner eine Reform der Juristenausbildung, einen flächendeckenden Täter-Opfer-Ausgleich und eine verbesserte Opferbetreuung, vernünftige Opportunitätsregelungen für Bagatelldelinquenz und so vieles mehr.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Justizminister hat sich vorsorglich verzogen, der hat geahnt, was jetzt kommt.)

Eine derartige Diffamierung der Rechtspolitik in Mecklenburg-Vorpommern brauchen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Dann müssen Sie auch die Haushaltsansätze anbringen für das, was Sie wollen.)

Gewiss – Herr Riemann, das können Sie vielleicht nicht wissen – liegt vieles von dem auf Bundesebene.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der Täter-Opfer-Ausgleich liegt nun nicht auf Bundesebene. – Dr. Ulrich Born, CDU: Und die Stellen auch nicht, die Sie bewilligen müssen.)

Aber auch dort im Bundesrat tritt die jetzige Koalition für derartige rechtspolitische Ziele und Vorstellungen ein und mit dem Doppelhaushalt 2002/03 verstärkt die Landesregierung die Ausrichtung der Justiz ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Der Justizminister glaubt das auch nicht. Deswegen ist er nicht mehr im Saal.)

Mit dem Doppelhaushalt 2002 und 2003 – Entschuldigung – setzt auch die Landesregierung im Bereich der Justiz auf Prävention.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo?)

Wir unterstützen es, dass die sozialen und rechtlichen Dienstleistungen ausgebaut werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Für Strafgefangene, ja.)

Wenn Sie in den Haushalt dieses Etats geschaut hätten, dann hätten Sie es gesehen. Die Mittel für den Täter-Opfer-Ausgleich,

(Wolfgang Riemann, CDU: Null.)

die Täterrehabilitation und die Betreuung für die freiwillige Straffälligenhilfe sowie für die Rechtsberatungshilfe sind aufgebessert worden. Und es ist gelogen, wenn Sie hier sagen, Täter-Opfer-Ausgleich ist gleich null im Haushalt von Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Auf der Täterseite ist er erhöht, auf der Opferseite ist er null.)

Wir sprechen uns ferner aus ganz prinzipiellen Erwägungen für die vorgesehene Projektförderung „Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen durch freie gemeinnützige Arbeit“ aus, wie sie in beiden Haushaltsjahren mit je 300.000 Euro vorgesehen ist, und wir begrüßen es ausdrücklich, dass deutlich mehr Mittel für Gerichtsvollzieher, für die Lehrausbildung, für mehr Referendarstellen und mehr Mittel für Bedienstete im Strafvollzug bereitgestellt worden sind. Die Justiz, meine Damen und Herren, ist auch für die SPD/PDS-Koalition nicht das fünfte Rad am Wagen.

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Doppelhaushalt hat seine Ecken und Kanten, aber seine Politik ist nachhaltig und verlässlich. Fakt ist aber auch: Nichts ist so gut, dass es nicht besser gemacht werden kann. Also überweisen wir ihn in die Landtagsausschüsse.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Ulrich Born, CDU: Ich dachte, wir könnten direkt zustimmen.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Gramkow.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass wir unparlamentarische Worte in den Reden und Zwischenrufen nicht verwenden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der Fraktion der SPD Herr Schlotmann.

(Peter Ritter, PDS: Was hat Herr Born gesagt?)

**Volker Schlotmann,** SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Doppelhaushalt 2002/03 – für die einen, wie jetzt schon mehrfach erlebt, ein Horrorszenario –

zumindest tun sie so als ob, und wir wissen natürlich auch alle, wen ich damit meine –, für die anderen eine sinnvolle, notwendige Maßnahme, und das sind wir von der Regierungskoalition. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, sind Sie sich eigentlich wirklich darüber im Klaren, was das für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet, natürlich außer der Tatsache,

(Harry Glawe, CDU: Ist ja auch eure Regierung.)

dass Sie bedauerlicherweise oder aus unserer Sicht Gott sei Dank nicht am Zustandekommen dieses Entwurfes beteiligt waren?

Die oft gestellte Frage lautet: Muss dieser strikte Sparskurs der letzten Jahre sein? Die nach wie vor richtige Antwort lautet: Ja, es gibt keine vernünftige Alternative dazu. Und diese Antwort kann und muss man immer und immer wieder geben, für die einen, weil sie es nicht verstehen, und für die anderen, weil sie wider besseres Wissen das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Denn es ist eigentlich eine Binsenweisheit: Weniger Schulden heißt im Klartext mehr Bewegungsfreiheit. Beides gleichzeitig geht nicht, zumindest nicht seriös und mit Sicherheit zu Lasten derer, die mit dem Leben müssen, was wir Politiker anrichten, wenn wir unsere Verantwortung für die Zukunft nicht ganz so ernst nehmen.

Das Fieber der extremen Neuverschuldung in Mecklenburg-Vorpommern, ausgebrochen in aller Brisanz im Jahre 1994 – übrigens, wie schon mehrfach gehört, vor den Wahlen 1994, und ein Schelm, der Böses dabei denkt –, wird seit 1998 intensiv gesenkt, wenn man so will, von über 40 Grad auf jetzt knapp 38 Grad. Das heißt allerdings, wir sind auch noch nicht ganz über den Berg, und deshalb heißt die Therapie auch weiterhin Senkung der Neuverschuldung, und zwar mittelfristig auf null,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

in konkreten Zahlen, in dieser Legislaturperiode in Verantwortung der SPD und der PDS um gut 400 Millionen Euro. Ach so, übrigens, meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben das Fieber, sprich die Verschuldung, doch verursacht. Jetzt schreiben Sie Zeter und Mordio, weil es wehtut, davon wieder runterzukommen. Ich frage mich wirklich: Ist Ihnen das eigentlich nicht langsam peinlich?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, deshalb ganz unmissverständlich: Die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung ist ohne ernsthafte Alternative und erfordert eine strenge Ausgabendisziplin und damit die kontinuierliche Absenkung der Nettokreditaufnahme.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, und Reinhard Dankert, SPD)

Und wenn Sie von der Opposition behaupten, wir sparen nur um des Sparens willen, dann, meine Damen und Herren, sind Sie wirklich bald nicht mehr ernst zu nehmen, so Leid uns das, das können Sie mir glauben, wirklich tut.

(Reinhard Dankert, SPD: Na ja.)

Meine Damen und Herren, der neue Rehberg, wir waren ja wirklich, das kann ich Ihnen so versichern, wir waren wirklich echt gespannt, was das eigentlich heißen soll.

Was wir aber in den letzten Tagen von Ihnen, lieber Kollege Rehberg, der jetzt wahrscheinlich schon Pressearbeit macht,

(Ministerin Sigrid Keler: Nee, nee.)

was wir dann von Ihnen geboten bekommen haben, hat mit neu wirklich so viel zu tun, wie ein verbeulter Gebrauchtwagen mit neu zu tun hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Das ist ungefähr so wie jetzt mit Ihrer CDU-Linie der – wie nennen Sie es? – neuen sozialen Marktwirtschaft. Auch das ist so'n alter Hut, der neu aufgewärmt worden ist, und keiner weiß so genau, am allerwenigsten in der CDU, was damit gemeint ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ähnlich wie die neue Mitte bei der SPD, ne?)

Sie glauben das nicht, Kollege Riemann, ich weiß, aber Lautstärke erhöht auch nicht den Wahrheitsgehalt Ihrer politischen Aussagen als CDU. Das müssten Sie doch eigentlich wissen.

Ein Beleg dafür ist das Märchen von der unverantwortlichen Senkung der Investitionsquote. Kollege Rehberg, wenn man Ihnen glauben würde – und davor kann ich wirklich nur jeden warnen –, dann ist Mecklenburg-Vorpommern sozusagen die Sahelzone für Investitionen. Und das ist dann Ihre Art von Wirtschaftsförderung. Tatsache ist, wir befinden uns mit der Investitionsquote auf dem Mittelplatz der neuen oder der ostdeutschen Bundesländer. Fakten sind: Wir haben Mehrausgaben bei Investitionen wie zum Beispiel bei den Wettbewerbshilfen für die Schiffswerften. Liebe CDU, lehnen Sie das ab? Wir haben Mehrausgaben bei dem Ausbildungsdarlehen nach dem BAföG. Kollegen der CDU, lehnen Sie das ab? Wir haben auch Mehrausgaben bei dem kommunalen Investitionszuschuss aus dem IFG. Liebe CDU, lehnen Sie das ab? Und wir haben weitere Mehrausgaben bei der Agrar- und Fischereiförderung.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber nur, weil es europäische Mittel gibt.)

Liebe Kollegen von der CDU, lehnen Sie das wirklich auch noch ab? Ihre Antwort wird natürlich immer lauten: Nein, lehnen wir nicht ab. Schön, das wäre dann endlich mal eine ehrliche Antwort der CDU auf wichtige politische Fragen, und zwar ohne Parteitaktik und andere Sperenzchen.

Ich möchte zwischendurch Folgendes noch anmerken aufgrund des Beitrages des Kollegen Rehberg vorhin: Der Kollege Rehberg und damit die CDU-Fraktion, Sie haben verdammt oft, eigentlich viel zu oft, von Wahrheit, Ehrlichkeit und offenen Karten gesprochen. Ich frage mich, wenn Ihnen privat jemand begegnet, der Ihnen in jedem zweiten Satz erzählt, dass er offen mit Ihnen umgeht, mit offenen Karten spielt und ehrlich ist, was Sie dann von solchen Leuten halten. Ich weiß nicht, aber ich habe da ganz bestimmte Vorstellungen von meinem Gegenüber. Das möchte ich Ihnen noch mal ins Stammbuch schreiben.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Nils Albrecht, CDU)

Allerdings, wir haben auch Bereiche mit Minderausgaben. Und das gilt für den Bereich der Wohnungsbauförderung und auch für die Hochbaumaßnahmen. Allen mehr

und keinem weniger geht eben nicht und das wissen wir alle, denke ich mir, ganz genau.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt kommt Herr Rehberg daher, der neue wohlgermerkt,

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD,  
und Sylvia Bretschneider, SPD)

und erklärt der Presse, dass auch die CDU keine Mark mehr haben wolle. Toll! Man sollte die Pressemitteilung wirklich nicht weiterlesen, dann könnte man glatt an den neuen Rehberg glauben. Liest man aber weiter – das gehört ja zu unseren Pflichten als Politiker, schade eigentlich manchmal –, doch kein neuer Rehberg. Gespart werden soll nämlich an bestimmten anderen Stellen wie zum Beispiel an der angeblichen Spielwiese von Arbeitsminister Holter,

(Beifall Nils Albrecht, CDU,  
und Wolfgang Riemann, CDU)

nämlich am öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Die haben doch gerade nach ABM und SAM geschrien.  
Das verstehe ich ja nun gar nicht.)

Denken Sie mal an die Rede von Ihrem Vorsitzenden vorhin! Na, dann sind wir ja wieder beruhigt, wenn man so agiert, Kollege Rehberg, dann sind Sie ja doch ganz der Alte.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ist angesichts von Arbeitslosigkeit Ihre Schadenfreude – lassen Sie sich das mal fragen – wirklich erlaubt? Ist das Ihre Vorstellung von Politik, dass alles, was dem politischen Gegner, sprich SPD und PDS, schadet, dann gut ist? Ist das Ihre Vorstellung von Politik, wenn es dabei dem ganzen Land, der Wirtschaft, den Einwohnern oder wem auch immer mit schadet, egal, Hauptsache, die Rehberg'sche CDU bildet sich ein, dass sie davon profitiert. So viel zur Konstruktivität der CDU, wie vorhin der Griff in die Mottenkiste mit dem Transrapid oder der Steuerreform bewiesen hat, lieber Kollege.

Meine Damen und Herren, ich glaube, nein, ich bin davon überzeugt, die CDU tut sich mit einem solchen Agieren absolut keinen Gefallen, sich selbst nicht und Mecklenburg-Vorpommern schon gar nicht. Was tun wir als Regierungskoalition gegen Arbeitslosigkeit? Einige Beispiele und Fakten aus dem vorliegenden Haushaltsentwurf:

- Gründung der BioCon Valley GmbH

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, vergessen Sie morgen bei dem Antrag der Landesregierung nicht, da auch zuzustimmen, aber natürlich nur, wenn Sie es ehrlich meinen.

- stark erhöhte Bereitstellung von Risikokapital gerade bei jungen und mittelständischen Unternehmen

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel?)

- Steigerung der Standortqualität zur Anbindung an das internationale Flugnetz ...

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD –  
Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel? Eine Linie.)

Sie haben gar keine zustande gekriegt, Kollege Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Doch, wir haben bei uns eine. Vor dieser Landesregierung!)

- weitere Hilfen für Unternehmen, die in Schwierigkeiten geraten sind, durch den Unternehmenshilfe- und Beteiligungsfonds

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

- Sicherung – und hier unterscheiden wir uns sicherlich – der Programme „Jugend, Arbeit, Zukunft“ sowie „Jugend baut“ zur Förderung von Beschäftigungsverhältnissen bei Jugendlichen

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

- Ausgabenumschichtungen für Investitionen aus Sonderbedarfszuweisungen bis zu 5 Millionen Euro jeweils in 2002 und 2003 für Kommunen, denen sonst die Mittel zur Kofinanzierung fehlen würden

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Ich weiß, als Opposition guckt man nicht nach den guten Sachen, die im Land passieren, sondern nur nach den aus Ihrer Sicht vermeintlich schlechten oder die Sie selber schlechtgeredet haben. Aber es gehört eben zur Wahrheit auch dazu, dass man diese Dinge anspricht.

(Heidemarie Beyer, SPD: Das macht aber blind.)

Und wir unterscheiden uns an einer Stelle auch, wir sind wirklich ehrlich,

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Das ist nun schon wieder verdächtig.)

wenn wir zugeben und sagen, ...

Ich habe davon nur einmal gesprochen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Na?)

gucken Sie mal in das Protokoll.

... bitter ist nämlich die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Sie verläuft nicht so, wie wir es uns – und ich hoffe, das gilt für alle hier – vorgestellt haben. Der Abbau der Arbeitslosigkeit geht nicht schnell genug voran. Aber glaubt denn wirklich jemand in diesem Hause, dass wir allein als Mecklenburg-Vorpommern das alles kompensieren können, was an Einflüssen von außen wirkt oder fast zwangsläufig passiert? Beispiele gibt es genug: Da ist der Abbau von arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen, unter anderem von uns immer richtigerweise als Wahlkampf-ABM bezeichnet, in einer Größenordnung von mehr als 30.000. Dazu kommt der Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, immer eine vehemente Forderung der CDU, auch heute wieder. Dazu komme ich dann aber noch. Oder nehmen wir noch mal die Bauwirtschaft. Die Beschäftigtenzahlen in dieser Branche sinken in allen ost-deutschen Bundesländern erheblich, in allen, unabhängig von der stärksten Regierungsfraktion oder von dem Ministerpräsidenten des jeweiligen Landes. Aus diesen Gründen also der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und der Regierungskoalition die bestehende Arbeitslosigkeit anzukreiden, das, meine Damen und Herren von der Opposition, ist einfach nur unredlich.

Und damit Sie von der CDU nicht auf dem falschen Dampfer landen, wir brauchen kein Mitleid der Opposition. Was wir brauchen, ist eine Opposition, die nicht in den anderen Bundesländern Negativwerbung für Mecklenburg-Vorpommern betreibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen keine Opposition, die in schamloser Art und Weise einen Popanz nach dem anderen aufbaut, es mit der Wahrheitsliebe nicht so ganz genau nimmt, was aber seit der unseligen Spendenveranstaltung in der Bundesrepublik kaum noch jemanden verwundert,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und die doch tatsächlich in der Hoffnung lebt – lieber Kollege Rehberg, ich hatte Sie mal für einen Realisten gehalten, bei allen Problemen mit Ihnen –, 2002 als geläuterte politische Kraft im Bund und im Land Verantwortung übernehmen zu dürfen.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ha, ha!)

Ich sage Ihnen, die Politik, die Sie betrieben haben, nennt man in der Wirtschaft – da haben Sie ja auch gute Freunde, wie wir auch –, in der Wirtschaft nennt man so was betrügerischen Bankrott.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch drei weitere Punkte ansprechen, das Thema Stellenabbau in der Landesverwaltung und Personalausgaben zum Beispiel. Den Personalkostenanteil von derzeit 27 Prozent am Gesamthaushalt zu reduzieren, das, meine Damen und Herren, ist ein kontinuierlicher und sicher sehr schmerzhafter Prozess, viel schmerzhafter für die Betroffenen als vielleicht für uns oder mit Sicherheit für uns Politiker, die hier ihre Hand bei Abstimmungen heben müssen. Dass dieser Prozess stattfinden muss, ist unstrittig. Das habe ich hier auch den Äußerungen des Oppositionsführers entnommen. Dass dieser Prozess aber sozialverträglich und möglichst ohne betriebsbedingte Kündigungen vollzogen wird, dafür stehen die Koalitionspartner.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Sie mögen das glauben oder nicht, und die Kolleginnen und Kollegen in der CDU-Fraktion, die das verstehen, die da ihre Erfahrungen haben, die schweigen sich dann lieber aus.

Dass die Personalausgaben trotzdem steigen, kann uns alle nicht ernsthaft und wirklich wundern. Neben den Steigerungen bei der Besoldung und den Vergütungen steigen Versorgungsbezüge, Unfallfürsorgeleistungen, Beihilfen und vieles andere mehr. Und hier weiß selbst die Opposition, dass diese Zahlungen einfach zu leisten sind, ohne Wenn und Aber. Aber was soll's, man kann ja trotzdem rummeckern oder rumrehbergern.

Ein weiterer Punkt ist sicher die Frage der Wohnungsbauförderung, diese ist rückläufig. Ja, und das haben wir so entschieden. Wir haben diese politische Entscheidung getroffen und zu dieser Entscheidung stehen wir.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Da können Sie rummeckern, so viel Sie wollen, denn, das mögen Sie anders sehen, wir haben gute Gründe dafür, die Sie logischerweise nicht gelten lassen, zumindest nicht öffentlich, unter vier Augen mag das möglicherweise anders aussehen. Wir haben wie in allen anderen neuen Bundesländern auch das Problem des Wohnungsleerstandes und die Problemlösung kann hier nur gemeinsam mit dem Bund erfolgen. Erste Schritte dazu sind das

Programm „Stadtumbau Ost“ sowie ein Sonderprogramm, mit dem die Bildung von Wohneigentum in Innenstädten gefördert wird.

Meine Damen und Herren, ein Wort noch zu den Kommunal финанzen. Der neue Vorsitzende des Finanzausschusses hat nach dem Absolvieren von Tipp- und Rechenfehlern in gewohnter, bekannter Zurückhaltung

(Heiterkeit bei Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

auf die Reduzierung von Leistungen an die Kommunen in Höhe von 300 Millionen Euro hingewiesen. Als Laiendarsteller, lieber Kollege, bekommen Sie mildernde Umstände, als Vorsitzender des Finanzausschusses in Zukunft nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Gut, also Ihre Äußerung können wir in der Kategorie „völliger Unsinn“ ablegen. Richtig allerdings ist, ...

(Heinz Müller, SPD: Da liegt schon viel von der CDU.)

Das ist wohl wahr.

(Dr. Gottfried Timm, SPD: Der Ordner ist bald voll, ne?)

... die kommunale Ebene erhält auch in den nächsten zwei Jahren jährlich mindestens 2,5 Milliarden DM über das FAG, unabhängig von der Absenkung der Nettokreditaufnahme. Ich kann Ihnen garantieren, wir haben eine Menge gesellschaftlicher Gruppen, die froh wären, wenn sie diese feste Summe planerisch hätten. Das kann ich Ihnen garantieren. Und wir sagen, die Kommunen in diesem Land sind so wichtig, dass sie genau diesen Anspruch haben und zu Recht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Meine Damen und Herren, die Opposition wird sich an diesem Etatentwurf abarbeiten. Ich betone, abarbeiten. Sie wird eins sicherlich nicht tun – das sind die Signale, die wir hier vernommen haben und die wir hier gleich noch mal hören werden, da bin ich mir ziemlich sicher –, sich nämlich konstruktiv und fair in den Ausschusssitzungen verhalten und agieren. Da haben wir auch keine falschen Hoffnungen. Auch der neue Rehberg wird dabei kaum zum Vorschein kommen. Aber man kann ja nie wissen, wir sind da immer Optimisten.

Zum Abschluss eine Anmerkung: Der Politik allgemein könnte es zwar nur gut tun, wenn man sich auf bestimmte Tugenden wie die vom Landtagspräsidenten thematisierte neue Nachdenklichkeit besinnt. Es fällt wahrscheinlich allen schwer. Und da nehme ich ganz bewusst keinen, auch mich selbst, nicht aus. Aber, so frage ich Sie ganz ernsthaft: Relativiert sich nicht vieles von dem, was wir hier so treiben, angesichts der dunklen und drohenden Wolken über uns allen? – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Schlotmann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der Fraktion der CDU.

**Wolfgang Riemann**, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung. Angesichts des barbarischen Terroranschlages in den USA am vergangenen Dienstag mit den vielen Tausend Toten fällt es, so glaube ich, nicht nur mir schwer, heute zum Haushalt 2002/2003 zu reden. Ich hätte mir gewünscht, dass die Debatte dazu noch um eine weitere Woche verschoben worden wäre.

Nachdenklich, meine Damen und Herren, macht mich aber, dass in Leserbriefen, aber auch in unseren eigenen Reihen hier im Parlament unterschwellig, aber auch offen der Tenor der alten antiamerikanischen Erziehung der DDR zum Ausdruck kommt, der da sagt: selber schuld, Amerika.

(Reinhard Dankert, SPD: Na! Na! Na!)

Angesichts eines unbeschreiblichen, unvergleichlichen ...

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Riemann, dass Sie sich nicht schämen!)

Ich habe das gehört, nicht nur hier im Parlament, sondern auch in Leserbriefen.

(Peter Ritter, PDS: Wer hat denn das geäußert?)

Angesichts eines unbeschreiblichen, unvergleichlichen

(Unruhe bei Abgeordneten der PDS – Glocke der Vizepräsidentin)

barbarischen Terroraktes mit unschuldigen Tausenden Toten, angesichts des ausgelösten tausendfachen Leides müssen wir dem entschlossen und einmütig entgegenreten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Keler! Ich weise es zurück, dass wir eine Auffassung vertreten, erst die CDU und dann das Land. Genau umgekehrt ist es. Unsere Vorstellungen, unsere Ideen, unsere Vorschläge zielen dahin, die Situation im Land, die Situation bei den Arbeitslosen und in anderen Bereichen zu verbessern. Frau Keler, ich hätte mir bei Ihren Äußerungen gewünscht, dass Sie dem Parlament erklären, wie viel denn außer den Abschlagszahlungen der operationellen Programme der EU im Zeitraum 2000 bis 2006 bisher beim Land eingegangen sind. Vor einer Woche, so hörte ich, waren es noch null. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie darstellen, wie viel Einnahmeverluste wir haben, wie viel Zinsausgaben wir durch Vorleistungen haben. Ich hätte mir gewünscht, Frau Keler, dass Sie angesichts der Erfolge, die wir unbestreitbar gutheißen beim Länderfinanzausgleich und beim Solidarpakt, dem Parlament darstellen, wozu Sie diese Abteilung weiterhin benötigen, die Sie in Ihrem Ministerium eingerichtet haben.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich hätte mir gewünscht, Frau Keler, wenn Sie denn über den Haushalt reden, dass Sie auch ein Wort verloren hätten zur Plan-Ist-Diskrepanz per 31.08. Und ich hätte mir gewünscht, dass Sie diesem Parlament erläutern, dass Sie seit 1996 die geplante Nettokreditaufnahme um 183,5 Millionen Euro überschritten haben. Das hätte ich mir gewünscht, dass Sie dieses heute auch begründen.

Und, Herr Ministerpräsident, Ihre Haushaltsrede erinnerte mich an die Reden Ulbrichts und Honeckers,

(Beifall Nils Albrecht, CDU)

in denen wir überholen ohne einzuholen und den BRD-Imperialismus fertig machen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und wenn man denn der gebeutelten Bauwirtschaft helfen will, dann sollte man einen Blick in die Haushaltsabflüsse werfen als Ministerpräsident, dann sollte man sich die Haushaltsreste in den Ministerien angucken und man sollte seine Richtlinienkompetenz ausüben.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und, Frau Gramkow, wenn Sie sagen, bei den Kommunalfinzen ist alles so wunderbar, warum muss dann der Herr Minister Ebnet öffentlich die Kommunen bitten, dass sie Anträge stellen? Warum muss ein Minister die Kommunen bitten, Anträge zu stellen? Ich kann es Ihnen sagen: Weil die Luft bei den Kommunen so raus ist, dass sie die Anträge nicht mehr kofinanzieren können. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heinz Müller, SPD: Bei Ihnen ist die Luft raus! – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und, Frau Gramkow, ich finde es gut, dass Sie Änderungen wollen im Hochschulbereich, im Bereich des Innenministeriums. Ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge. Ich denke, wir werden dort auch einige Bereiche finden, in denen wir Übereinstimmung finden. Und dann frage ich mich, wie Sie sich beim Koalitionspartner durchsetzen wollen.

Und, Herr Schlotmann, Sie haben ausgeführt, wir kritisieren, dass Sie um des Sparens willen sparen. Nein, Herr Schlotmann, wir kritisieren, dass Sie am falschen Ende sparen. Sie haben sich mehr mit der Opposition beschäftigt in Ihrer Rede als mit dem Haushalt. Ich sage es deutlich: Es ist nicht gut, wenn dem Land geschadet wird. Und es ist Aufgabe der Opposition, deutlich zu machen, wie die Landespolitik dem Land schadet. Das ist nicht Schlechtreden.

Meine Damen, meine Herren, zum Haushalt 2001 hatte ich hier ausgeführt, diese Landesregierung könne nur billig. Angesichts des heute hier vorgelegten Zahlenwerkes, angesichts der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung, angesichts der Haushaltsabschlüsse, angesichts des Debakels im Holter'schen Arbeitsministerium, angesichts der Unfähigkeit der Werftenpolitik kann ich heute der Landesregierung nur bestätigen: Wir können gar nicht, Note 6, sitzen geblieben!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Der vorgelegte Haushalt ist der Versuch, mit untauglichen Mitteln, mit Sprechblasen und Scheinprogrammen die Probleme des Landes unter den Teppich oder unter den Tisch zu kehren. Und der vorgelegte Haushalt ist ohne neue Ideen, ohne neue Schwerpunkte, er ist kommunalfeindlich, wirtschaftshemmend, arbeitsmarktbelastend.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ringstorff, Frau Keler, Frau Gramkow! Sie haben heute dieses Zahlenwerk schön geredet, obwohl Sie genau wissen, dass der Haushaltsentwurf 2002/2003 einfach nur den übergerollten Haushalt der vergangenen Jahre darstellt. Es sind Haushalte, mit denen Sie, Herr Ringstorff, Sie, Frau Keler, Sie, Herr Holter, und Sie, Frau Gramkow, dieses Land zum Schlusslicht der neuen Bundesländer in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gemacht haben.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu den Vorschlägen der CDU-Fraktion komme, wie dieses

Land positiv entwickelt werden kann, möchte ich noch etwas näher in das Zahlenwerk einsteigen. Da der Entwurf des Doppelhaushaltes einen übergerollten Haushalt 2001 darstellt, lade ich Sie ein, mit mir einen Blick auf das Haushaltsergebnis 2001 per 31. August zu werfen.

Neben den sich um 3,3 Prozent verschlechternden Steuereinnahmen fallen auf der Einnahmeseite die zum Zeitsoll um 7,8 Prozent geringeren Zuweisungen und Zuschüsse ins Auge. Hier manifestiert sich deutlich das Unvermögen der Landesregierung, die EU-Strukturprogramme abgestimmt und zeitnah umzusetzen. Dieses Unvermögen, meine Damen und Herren, belastet die Wirtschaft, dieses Unvermögen belastet den Arbeitsmarkt, dieses Unvermögen schlägt sich nieder in der Sozialpolitik. Aber auch auf der Ausgabenseite ist dieses Unvermögen erkennbar. Mit fast 100 Millionen DM im Zeitvergleich liegen wir unter dem Niveau des vergangenen Jahres. Das Soll wird zwar bei Personal- und Sachausgaben erreicht, bei Investitionen aber wird es um circa 65 Millionen DM unterschritten und bei Baumaßnahmen um 16 Millionen DM, und dieses trotz erheblicher Restebildung, auf die ich später noch zurückkommen werde.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, dass sich das Haushaltsergebnis, sehen Sie, meine Damen und Herren,

(Heinz Müller, SPD: Selbst das Ablesen fällt ihm schwer.)

sich das Haushaltsergebnis per 31.08. dieses Jahres genau an! Sehen Sie, wie Sie Ihrer Verantwortung für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik nachkommen!

Einen neuen Haushalt hat die Opposition naturgegeben zunächst dahin gehend zu bewerten: Wo wird gespart, wo wird zugelegt? Wie werden die Anforderungen im sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich erfüllt? Wie werden die Probleme des Landes angegangen? Gespart wird bei den öffentlichen Investitionen bis 2005 um circa 251 Millionen Euro, das heißt circa 500 Millionen DM. Gespart wird bei den Lehrerstellen, minus 4.373 weniger. Gespart wird bei den Kommunen um circa 30 Millionen Euro. Gespart wird in der Städtebauförderung, 22 Millionen Euro weniger. Gespart wird in der Wirtschaftsförderung aus GA und EFRE um fast 100 Millionen Euro. Gespart wird auch in der Arbeitsmarktpolitik, aber erst nach dem Wahljahr, um mehr als 5 Millionen Euro. Selbst beim Zukunftsfonds, der immer mit 100 Millionen DM aufgeblasen dargestellt wird – wobei man dann vornehm vergisst, dass er in fünf Jahresscheiben à 10 Millionen Euro zur Verstärkung vorhandener Titel genutzt wird –, wird gespart, indem man ihn zu 50 Prozent aus EFRE-Mitteln speist. Gespart wird an der Polizei, an Stellen, gespart wird am Treibstoff bei der Polizei, gegenüber 2001 190.000 Euro weniger, obwohl die Ökosteuer, die Schwefelsteuer zu Preisbelastungen führen, aber der Innenminister Timm hat seinen Dienstwagen, und er zwingt die Polizei zu Fußstreifen und nennt dieses dann auch noch Bürgernähe. Gespart wird bei Kultur und Theatern, indem schon jahrelang die Inflationsrate nicht berücksichtigt wird, auch nicht die Tarifsteigerungen. Gespart wird bei den Heimvolkshochschulen, minus 207,9 Millionen Euro bei der Erwachsenenbildung, und dieses, obwohl der Landtag ausdrücklich und schon seit mehr als zwei Jahren eine rechtliche Regelung für die Heimvolkshochschulen fordert. Gespart wird bei den Hochschulen, indem man ihnen die Mittel direkt entzieht und eine Budgetierung am Gängelband der Landesregie-

rung zugesteht. Da, Frau Gramkow, bin ich gespannt auf Ihre Vorschläge für diesen Bereich. Und das, meine Damen und Herren, ist Stillstand und Rückschritt in der Kultuspolitik. Herr Kauffold, Ihr Haushalt ist versetzungsgefährdet.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wo legt der Haushalt nun zu? Bei den Personalkosten in den Ministerin, bei den Ministergehältern und ihren Zulagen. Und wer, wie Sie, Herr Ringstorff, Sie, Herr Holter, und Sie, Frau Keler, nicht einmal darüber nachdenkt, wie vorbildhaft im eigenen Bereich gespart werden kann, wer für eine Inflation bei Gutachten, Sachverständigen und Werkverträgen sorgt, anstatt die Probleme der Menschen in unserem Land anzugehen, der hat versagt und gehört abgewählt.

Wo ist, Frau Keler, der Entwurf der Landesregierung, die Verwaltung des Landes zu modernisieren? Wo ist der Vorschlag der Landesregierung, ihre Organisationsstruktur zu modernisieren? Keine Zusammenlegung von Ministerien, keine angestrebte Zweistufigkeit in der Verwaltung findet sich in der Mittelfristigen Finanzplanung.

Und, meine Damen und Herren, Frau Gramkow, selbst die Koalitionsfraktionen lachen im Finanzausschuss, wenn die Landesregierung krampfhaft versucht, den Bestand der Ämter zu begründen. Wir werden hierzu im Verlauf der Beratungen seriöse Vorschläge zu einer Verschlankung der Verwaltung machen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Keler! Dass Sie von der Investitionsquote nicht viel halten, ist bekannt, aber die Wahrheit ist, dass wir bei weitem die veranschlagten Investitionsmittel nicht ausgeben. Und dieses haben Sie bisher schamhaft verschwiegen. In der Analyse von nur fünf Ministerien, das heißt von fünf Einzelplänen, dem Einzelplan 06 Wirtschaftsministerium, dem Einzelplan 08 Landwirtschaftsministerium, dem Einzelplan 13 Umweltministerium, dem Einzelplan 15 Bauministerium und dem Einzelplan 12 Staatshochbau, werden investive Reste – und, meine Damen und Herren, hier hören Sie genau zu – von etwa 250 Millionen Euro aus dem Jahr 2000 übertragen. Etwa 500 Millionen DM haben wir im vergangenen Jahr nicht ausgegeben, nicht investiert. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, das sind fast 10.000 Arbeitsplätze, die nicht erhalten oder nicht geschaffen werden. Und dafür trägt diese Landesregierung Verantwortung.

Zu den Einzelplänen.

Im Bereich des Wirtschaftsministers Ebnet sind 44 Millionen Euro Ausgaberreste in den Bereichen allgemeine Bewilligungen, in der Gemeinschaftsaufgabe, der Wirtschaftsförderung und der Verkehrsförderung nicht ausgegeben worden. Mehr als 34 Millionen Euro Einnahmereste aus den EU-Fonds wurden nicht eingenommen. Dies ist der schlampigen Bearbeitung der EU-Strukturfonds durch diese Landesregierung geschuldet.

Im Verantwortungsbereich von Minister Backhaus, im Landwirtschaftsministerium, wurden 72 Millionen Euro, also runde 140 Millionen DM, für die Förderung der Landwirtschaft nicht ausgegeben. Dieses betrifft die allgemeinen Bewilligungen, die Gemeinschaftsaufgabe, aber auch die Dorferneuerung. Einnahmereste mussten hier in Höhe von 41 Millionen Euro gebildet werden. Herr Minister, den Landwirten zum Munde zu reden, die Einnahmeverluste bei den Bauern zu beklagen reicht nicht. Man muss auch arbeiten, Herr Minister.

Im Verantwortungsbereich der Sparministerin Keler wurden beim Staatshochbau gleich 44 Millionen DM im Jahr 2000 eingespart und sind auch bis heute nicht ausgegeben worden. Zu Lasten der Hochschulbauförderung mussten 8 Millionen DM Einnahmereste gebildet werden. Das ist Bauförderung und Hochschulpolitik à la Keler.

Unser Umweltminister ist in seiner Außendarstellung prima, aber sieht man sich die Zahlen an, steht der Kaiser nackt da.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Na! Na! Na!)

78 Millionen Euro und damit 43,6 Prozent Ihres Gesamthaushaltes, Ihrer Gesamtausgaben, 43,6 Prozent Ihrer Gesamtausgaben sind im Jahr 2000 nicht abgeflossen. Und, Herr Professor Methling, im Alleenschutz 1 Million Euro nicht ausgegeben, im Küstenschutz 1,5 Millionen Euro nicht ausgegeben, in der Förderung der Wasser- und Abwasseranlagen 25 Millionen Euro nicht ausgegeben, im Bereich der GA 37,4 Millionen Euro nicht ausgegeben. Was sagen Sie den Leuten im Tiefbau, was sagen Sie den Wasser- und Abwasserverbänden, was sagen Sie den Gemeinden, warum diese Mittel im Jahr 2000 nicht abgeflossen sind? Und wenn ich dann komme zum Wasser- und Abwasserverband und sage, ich will eine Straße bauen, dann sagen die: Das haben wir nicht im Plan, wir kriegen keine Förderung. Und im Ministerium liegt das Geld und wird nicht ausgegeben.

(Minister Dr. Wolfgang Methling:  
Sie kennen alle Zusammenhänge.)

Einnahmereste gibt es in Ihrem Bereich ebenfalls bei EU-Strukturfonds von 43,5 Millionen Euro.

Und dann gucken wir uns das Haushaltsjahr an. Es könnte ja sein, dass die Reste dann zu Anfang dieses Jahres, weil sie gebunden waren an Projekte, wenigstens im ersten Halbjahr abfließen, wenn man denn schon so viele Reste bildet. Aber gucken wir uns dann das Soll an: Im ersten Halbjahr bis zum 31.08., das ist länger als ein Halbjahr, also in acht Monaten haben Sie gerade mal, hat Ihr Haus gerade mal 20 Prozent Ihrer geplanten Investitionsausgaben realisiert, ohne – denn die müssten in diesem Zahlenwerk erscheinen – die hohen, hohen gebildeten Rückstände. Und das, meine Damen und Herren, in acht Monaten Gelder des Planes nur für zwei Monate auszugeben, zu investieren, das ist wahrhaft investitionsfördernd, das bringt unser Land voran, wie unser Ministerpräsident vor wenigen Minuten hier versicherte.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wenn man Ironie nicht kann, sollte man es lassen! –  
Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Bauminister Holter war sicherlich zu beschäftigt, um Ausgaberreste von 35,6 Millionen Euro im Bereich Wohnungs- und Städtebauförderung der gebeutelten Bauwirtschaft zukommen zu lassen. Aus dem alten ESF – die Förderperiode endete 1999, meine Damen und Herren, wir sind im zweiten Drittel des Jahres 2001 – stehen noch fast 16 Millionen Euro aus. Nun muss man sich fragen, woran das liegt. Wurden von Seiten der Landesregierung die Verwendungsnachweise nicht geprüft, ordentlich zeitnah geprüft, dass die Mittel dann auch fließen können, wenn die Maßnahmen abgeschlossen sind in 1999? Woran liegt es, dass diese Mittel noch nicht eingegangen sind? Aus dem neuen ESF sind es immerhin schon 11,2 Millionen Euro, Mittel, die nicht im Haushalt zur Verfügung stehen, die nicht für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder

Existenzgründern zur Verfügung stehen. Und, Herr Holter, nicht nur Ihre Affären, sondern auch das ist ein Grund zu Ihrem Rücktritt.

Frau Keler, seriöse Haushaltspolitik zeigt sich darin, dass zeitnah und vollständig die Einnahmen realisiert werden können und die Ansätze möglichst in diesem Haushaltsjahr, wo sie bewilligt werden, auch umgesetzt und nicht Resteberge vor sich her geschoben werden und dann die Mittel, die wir geplant haben, im Haushaltsjahr nicht ausgegeben werden können.

Aber, meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, dank Minister Sellering wissen nun die Vorpommern, wem sie zu danken haben und wem nicht. Unser aller Kanzler mit Sonnenscheinterminen in Vorpommern macht Werbung für unseren Landesteil und nur die CDU-Landräte können das Geld nicht ausgeben, so der Minister für Parteipolitik im „Peene Blitz“. War da noch was, Herr Minister, mit der besonderen Strukturschwäche Vorpommerns, mit der fehlenden Infrastruktur, mit den nicht gelösten Wertfenproblemen? Wo waren die Termine des Kanzlers bei den Wertfen, bei den durch die Ökosteuer gebeutelten Bauern, bei den Wirtschaftsverantwortlichen im Uecker-Randow-Kreis? Aber der Parteiminister Sellering wird es den Vorpommern schon noch erklären, wie die richtige Sichtweise auf solche Sonnenscheinreisen sein muss. In seinem eigenen Haushalt – Frau Gramkow, Sie haben ihn so gelobt – sieht es allerdings düster aus. Keine Mittel für die Opferhilfe, der Täter-Opfer-Ausgleich befindet sich nur auf der Täterseite und für Straftäter gibt es fast 1 Million Euro Wohltaten. Der Bestand bei Gerichtsvollziehern, Frau Gramkow, bleibt gleich,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Du brauchst nicht hinzuhören, Geli. Das lohnt nicht.)

das hätten Sie sich angucken können. Forderungen können entweder gar nicht oder verspätet eingetrieben werden, auch die Gerichtsvollzieher haben nur ein begrenztes Arbeitspensum. Die Eintragung von Unternehmen verzögert sich, weil die Personaldecke zu dünn ist – Wirtschaftspolitik à la Sellering. Die PDS verkündet den Erfolg der Neueinstellung von 40 Referendaren. Frau Gramkow, Sie hätten mal etwas tiefer reinlesen sollen.

(Angelika Gramkow, PDS: Nicht den Erfolg der Neueinstellung! –  
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Im Stellenplanvermerk heißt es, dass bis zu 35 Stellen 2002 doppelt besetzt werden können. Können! Und dann muss man sich auch noch mal den Haushaltsansatz dazu angucken, Frau Gramkow. Hier haben wir eine wunderbare Verminderung um 1,3 Millionen Euro in 2002 gegenüber 2001. Wovon will der Minister diese Stellen bezahlen, wenn er das Geld nicht bekommt? Das ist Haushaltsklarheit und -wahrheit.

Und nicht nur im Einzelplan 09 werden reihenweise Steigerungen und Verminderungen nicht erklärt. Wir finden aber auch Doppelveranschlagungen und Überveranschlagungen. Und im Bereich der Telekommunikationskosten finden wir unsere, nach Aussage der Finanzministerin unseriösen Vorschläge aus dem vergangenen Jahr als Titel für das Jahr 2002.

Meine Damen und Herren, man sollte nicht nur kritisieren, man sollte auch Vorschläge machen. Und deshalb werden wir uns im Rahmen der Etatberatungen auf folgende Aspekte konzentrieren. Wir werden folgende Vor-

schläge zur Minderung der Arbeitslosigkeit, gegen die Abwanderung junger Menschen unterbreiten. Wir werden uns einsetzen für die Verbesserung der Rahmenbedingungen in diesem Land.

(Barbara Borchardt, PDS: Na, da bin ich aber gespannt. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und, meine Damen und Herren, was ist denn Schlechtes daran, Frau Gramkow,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

was ist denn Schlechtes daran, wenn ich die Kommune selber entscheiden lasse, welche Programme sie fahren will, wenn ich der Kommune eine zweckungebundene Zuweisung mache aus diesen vielen Programmen, wo die Kommunen Mitnahmeeffekte haben?

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Riemann, das war schon in unserem Wahlprogramm. Haben Sie das abgeschrieben?)

Ja, ja, ja, sehen Sie, Sie haben das nämlich schon mal im Wahlprogramm ausgesagt.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber da haben Sie es abgelehnt.)

Was ist denn Schlechtes daran,

(Barbara Borchardt, PDS: Da waren Sie noch mit in der Regierung.)

wenn man sagt, Kommune, entscheide selber, ob du einen ÖBS willst, ob du einen Schulsozialarbeiter willst, ob du „Jugend baut“ willst oder noch andere Spielweisen,

(Barbara Borchardt, PDS: Na ja, ein bisschen sollten wir mitreden, sonst können wir das Parlament abschaffen.)

entscheide selber, wie du diese Mittel verwendest? Glauben Sie mir, Frau Gramkow, wir haben uns in Koserow für einen Schulsozialarbeiter entschieden, wir haben uns auch für „Jugend baut“ entschieden,

(Barbara Borchardt, PDS: Ja. – Zuruf von Torsten Koplín, PDS)

weil wir nämlich Gelder damit gespart haben, Frau Gramkow, und weil dieser Schulsozialarbeiter den Jugendklub, die Jugendfeuerwehr und den Jugendsportverein betreut.

(Rudolf Borchert, SPD: Dann können Sie ja zustimmen.)

Und weil wir das für richtig gehalten haben, müssen wir mehr zahlen, als wenn wir einen Amtssozialarbeiter eingestellt hätten, der zu 75 Prozent gefördert wird und der dann irgendwo anonym herumsitzt. Man sollte zumindest mal darüber nachdenken, wie man Förderstrukturen ändert in dem Beritt.

(Barbara Borchardt, PDS: Das haben wir ja.)

Darüber sollte man nachdenken und ob das Geld nicht vielleicht auch den Kommunen selber gegeben werden kann. Die Nachbarkommune hat gesagt, wir wollen dieses nicht und können dieses nicht, weil wir es nicht mehr gegenfinanzieren können. Und wenn ich dann das Geld habe, dann kann ich entscheiden, wie ich es verwende. Darüber sollten wir nachdenken zum Haushalt 2002/2003, wie wir solche Programme in einen neuen Titel einstellen,

Zuschüsse an die Kommunen für investive und nichtinvestive Zwecke außerhalb des FAG.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler – Angelika Gramkow, PDS: Der ist ja revolutionärer, als ich es je gewesen bin.)

Und, meine Damen und Herren, wenn wir der Abwanderung entgegentreten wollen, dann müssen wir uns um junge Familien kümmern und dann ist es sachgerecht, auch ein Programm, ein Zuschussprogramm aufzulegen in Höhe von 10 bis 15 Millionen Euro, um der Abwanderung zu begegnen, indem junge Familien einen Zuschuss zum Bau ihres Eigenheimes bekommen.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber wenn sie ja gar keins bauen wollen, weil sie auch so bauen können?!)

Und wenn sie dann fragen: Woraus sollen wir denn das finanzieren? Da lassen wir 80, 90 Millionen IFG-Mittel bei dem Hans Eichel in Berlin auf der Kante liegen und hier laufen uns die Menschen weg.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Das kann doch nicht wahr sein!

(Angelika Gramkow, PDS: Wegen der Eigenheimförderung. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Riemann und seine Patentrezepte.)

Und deshalb ist es auch richtig, die Städtebaumittel zu verstärken.

Und, Frau Gramkow, gucken Sie rein in den Haushalt, wie viel Mittel zur Verfügung stehen. Die Gemeinde Koserow hat einen Antrag gestellt von 900.000 Euro Förderung zur Realisierung einer Baumaßnahme im Rahmen der Städtebauförderung. Mit unserem Antrag schöpfen wir die Barmittel des nächsten Jahres aus, mit unserem einzigen alleinigen Antrag. Gucken Sie rein in den Haushalt! Und deshalb wird immer wieder geschoben, geschoben, geschoben, die Kommunen gehen in Vorleistung, haben Zinsbelastungen und kriegen das Geld vielleicht 2005, vielleicht auch 2006. Und das kann doch nicht richtig sein.

Nach wie vor, Frau Gramkow, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Ist denn nun Ihr Antrag genehmigt?)

Nein, er ist gestellt für 2002 ...

(Angelika Gramkow, PDS: Aha, dann können wir das ja überprüfen.)

Das werden wir dann überprüfen. Wir sind schon als Gemeinde Koserow mit 750.000 DM in diesem Jahr in Vorleistung gegangen, weil wir die Städtebaufördermittel nicht bekommen haben. 750.000 DM!

(Barbara Borchardt, PDS: Reiche Gemeinde.)

Sicherlich ist Koserow eine Gemeinde, der es noch gut geht, das will ich hier auch mal so deutlich sagen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So was gibt's bei Rot-Rot, Herr Riemann?! So was gibt's wirklich? – Barbara Borchardt, PDS: Dafür hat Herr Riemann gesorgt.)

Gucken Sie in den ländlichen Raum um Anklam! Gucken Sie in den ländlichen Raum im Landkreis Demmin, was die Kommunen dort noch bezahlen können! Sie

können allenfalls den Blumenstrauß bezahlen für die Jubilare, sie können die Gehälter für die Amtsumlage und die Kreisumlage bezahlen sowie vielleicht noch etwas der Feuerwehr geben und dann ist es ratzepupe aus. Und dann kann man sich hier nicht herstellen und sagen, die Kommunalfinanzen in diesem Land sind in Ordnung.

Nach wie vor, meine Damen und Herren, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das habe ich auch nicht gesagt. Sie hören nach wie vor nicht zu. Bitte werfen Sie nicht mit Dreck!)

Frau Gramkow, alle loben Frau Keler, sie sei viel besser als alle Bundesländer, und Sie haben gesagt, der Haushalt ist wunderbar. Nach wie vor sind die Kommunalfinanzen nicht in Ordnung. Und nach wie vor, meine Damen und Herren, fordern wir ein Programm für die Schulsanierung, weil auch das an beständigen Standorten entsprechend der Schulentwicklungsplanung von den Kommunen nicht allein zu leisten ist.

Und, Frau Gramkow, Sie finden uns an Ihrer Seite, wenn wir gegen die Aufweichung und Konterkarierung der Modellversuche an den Hochschulen Widerstand leisten. Ja, Herr Dr. Bartels, da finden Sie uns an Ihrer Seite.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Habe ich was falsch gemacht? – Angelika Gramkow, PDS: O Gott!)

Es kann nicht sein, dass erwirtschaftete Mittel den Hochschulen abgezogen werden und dann in Form zweier Globaltitel und einer formell gebundenen Mittelverteilung der jeweilige Zuschuss nach Gnaden der Landesregierung,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sehen Sie, da sind Sie wieder nicht auf dem Sachstand, bei dem zweiten Titel, da haben Sie wieder keine Ahnung.)

nach Gnaden des Ministeriums erfolgt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist mit den Hochschulen abgesprochen.)

Und das, meine Damen und Herren, werden wir ansprechen. Und hier hoffen wir auch, dass wir da mit Ihnen auf einer Linie liegen und diese Veranschlagung beseitigen werden, denn wir wollen keine Budgetierung am Gängelband der Landesregierung.

Ansprechen werden wir auch die Kürzung bei den Studentenwerken. Wir werden es nicht zulassen, wenn Sie denn mit uns stimmen,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

dass wir hier in Mecklenburg-Vorpommern in den Hochbereich der Semesterbeiträge aufrücken. Wir werden es nicht zulassen. Die Finanzmittel sind da.

Wir werden von der Landesregierung Auskunft darüber einfordern, was nach 2004, nach Ablauf des HFBG-Programmes zur Ergänzung des Büchergrundbestandes mit den Hochschulbibliotheken wird. Was wird damit? Auch dazu hätte ich heute schon eine Aussage im Bericht der Landesregierung erwartet. Wir werden die Deckelung und damit die reale Senkung im Bereich der Theater-, der Musik- und der Kulturförderung thematisieren. Wir werden das Gutachterunwesen, das Mitarbeiterweiterbildungsunwesen und das Ausschreibungsunwesen der Landesregierung problematisieren und hier Mittel beschneiden.

(Volker Schlotmann, SPD:  
Das werden Sie versuchen.)

Wir werden uns mit der Erwachsenenbildung beschäftigen, wir werden uns mit den Heimvolkshochschulen zu beschäftigen haben.

Und, meine Damen und Herren, wir wollen, dass die Sportschulen des Landes in die Trägerschaft des Landes kommen, um diese ausgezeichneten Einrichtungen zu erhalten. Auch hier, meine Damen und Herren, sind die Kommunen überfordert.

Wir werden ansprechen, warum im Bereich der Polizei, wo Herr Innenminister so ein wunderschönes Polizeikonzept hat,

(Barbara Borchardt, PDS: Ach ja?)

nicht nur im Jahr 2000 die Treibstoff- und Schmiermittel um 190.000 Euro zurückgehen, sondern auch im Jahre 2002 nochmals um 100.000 Euro reduziert werden. Ich hatte das schon angesprochen. Diese Veranschlagung ist unseriös.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner  
übernimmt den Vorsitz.)

Und dann werden wir natürlich die Sinnhaftigkeit bestimmter Landeseinrichtungen in ihrer derzeitigen Form in Frage stellen. Zu nennen sind das Landeskatastrophenschutzamt, die Versorgungsverwaltung, die Labore, die Zuständigkeit für Reaktorsicherheit und sicherlich auch die Anzahl der Ministerien.

Und, Frau Keler und Frau Gramkow, jetzt passen Sie auf!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja, ja. –  
Angelika Gramkow, PDS: Ich sitze hier.)

Wir wollen die Verstärkungstitel im Einzelplan 11 kappen, um die Willkürlichkeit der Mittelverteilung und -vergabe und den die Landesentwicklung behindernden Einfluss des Finanzministeriums zu begrenzen.

Meine Damen und Herren, wie sieht denn die Wirklichkeit aus, wenn Ihnen ein Ministerium einen Titel verstärken will? Dann sagt das Finanzministerium natürlich, such erst mal in deinem Bereich. Wozu brauchen wir dann noch die Verstärkungstitel? Das, meine Damen und Herren, muss uns erläutert werden und deshalb sehen wir hier auch Möglichkeiten zur Finanzierung von anderen Bereichen. Unsere Änderungen, meine Damen und Herren, sind haushaltsneutral, einzelplanübergreifend zu finanzieren, das heißt, wir wollen die Schwerpunkte anders setzen, wir wollen nicht die Nettoneuverschuldung erhöhen.

(Rudolf Borchert, SPD: Aha, aha!)

Abschließend, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns gründlich beraten!

(Barbara Borchardt, PDS:  
Ob sie sich da einig sind?)

Lassen Sie sich nicht treiben durch den Druck der Landesregierung!

(Volker Schlotmann, SPD: Ist das eine Drohung? Das ist 'ne Drohung!)

Sie hätten am liebsten heute schon verabschiedet.

(Volker Schlotmann, SPD:  
Und Sie am liebsten gar nicht, ne?!)

Wir wollen Veränderungen, wir wollen wissen, was steckt hinter den Zahlen, Herr Schlotmann. Sie wollen abnicken, aber das ist nicht Aufgabe des Parlamentes.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie sind Hellseher. Sie sollten Lotto spielen!)

Und ich sage, Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Auch das hat der Bundeskanzler gesagt und wir sollten uns daran halten.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich hoffe nicht, dass das eine Drohung meines neuen Ausschussvorsitzenden gewesen ist.)

Meine Damen und Herren, ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Volker Schlotmann, SPD:

Das ist der mit dem Tippfehler. Er hat schon gedroht als Vorsitzender des Ausschusses.)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Riemann.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD-Fraktion.

**Rudolf Borchert,** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Am 10. Juli 2001 hat die Landesregierung den Haushaltsplanentwurf beschlossen und wir Abgeordnete starten heute mit der Ersten Lesung die parlamentarischen Haushaltsberatungen, die in diesem Jahr aus drei Gründen einen besonderen Stellenwert besitzen:

Erstens. Am 1. Januar 2002 – in genau 104 Tagen – beginnt ein neues Währungszeitalter auch in Deutschland. So ist der neue Haushalt ganz klar in Euro aufgestellt worden. Wir werden schon noch merken, auch heute war es ja der Fall, dass es für uns alle sicherlich gewöhnungsbedürftig ist.

Zweitens. Unser Land wird erstmals einen Doppelhaushalt bekommen. Damit schaffen wir für alle Beteiligten Planungssicherheit für die Jahre 2002 und 2003, also auch über den Wahltag hinaus, leisten somit einen wichtigen Beitrag für eine Verbesserung der Effizienz staatlichen Handelns und zumindest Ende 2002 dürfte dann das berühmte Dezemberfieber nicht mehr auftreten. Ein Doppelhaushalt ist immer ein großer Vorteil für alle Zuwendungsempfänger, insbesondere für die Kommunen.

Drittens, und das ist nicht zu vergessen, es sind die letzten Haushaltsberatungen in dieser Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf setzt die SPD/PDS-Koalition konsequent ihren Kurs der Haushaltskonsolidierung fort. Angesichts einer Gesamtverschuldung, die nach der Mittelfristigen Finanzplanung im Jahre 2002 8,384 Milliarden Euro erreichen wird, gibt es dazu keine Alternative.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Um die Handlungsfähigkeit unseres Landes im Interesse folgender Generationen nachhaltig zu verbessern, müssen wir also zwingend unsere solide und sparsame Finanzpolitik fortsetzen. Ein wichtiger Eckpunkt ist dabei die weitere Absenkung der Nettokreditaufnahme in 2002 auf 230 Millionen Euro und 2003 auf 153,4 Millionen Euro. Die Nettokreditaufnahme wird ja bereits seit 1997 kontinuierlich abgesenkt, aber die Zinsen steigen aufgrund der hohen Verschuldung Anfang der 90er Jahre dynamisch an.

In 2002 sind die Zinsausgaben mit 482,9 Millionen Euro geplant und ein Vergleich soll deutlich machen, über wel-

che Dimensionen wir hier eigentlich reden. Für das Jahr 2002 hat zum Beispiel das Landwirtschaftsministerium Ausgaben von 416,3 Millionen Euro geplant, das bedeutet, nur 66,6 Millionen Euro trennen den Etat des Landwirtschaftsministeriums von den Zinsausgaben. Konsolidierungsziel ist die Nettonullverschuldung, das heißt ein ausgeglichener Haushalt ohne Kreditaufnahme ab dem Jahre 2007, spätestens 2008.

Ein besonderer Schwerpunkt dürfte dabei vor allem der Stellenplan sein. Mit 27 Prozent Anteil am Gesamtetat sind die Personalausgaben immer noch zu hoch. Diese zu reduzieren ist ein kontinuierlicher Prozess, der nur Schritt für Schritt umsetzbar ist. Der Stellenabbau wird seit Jahren von der Landesregierung vollzogen, und zwar sozial verträglich und ohne betriebsbedingte Kündigungen. Das Ziel der Koalitionsvereinbarung, 46.000 Stellen in 2002, wird unterboten. Ende 2002 sind 44.527 Stellen geplant. Der Stellenplan wird Jahr für Jahr zurückgefahren und trotzdem steigen logischerweise die Personalausgaben, weil in diesem nicht nur die Besoldung/Vergütung der Beamten beziehungsweise Angestellten enthalten sind, sondern auch Versorgungsbezüge, Unfallfürsorgeleistungen, Beihilfen, Unterstützungen, übertarifliche Leistungen, Personalverstärkungsmittel für nicht quantifizierbare Risiken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wichtigster Eckpunkt unserer Finanzpolitik ist aber nicht das Zurückfahren der Nettokreditaufnahme. Wichtigster Eckpunkt unserer Finanzpolitik ist die Gestaltung von Politik, mit der wir in die Zukunft unseres Landes investieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Dazu gehört vor allem angesichts der viel zu hohen Arbeitslosigkeit, alle landespolitischen Möglichkeiten konsequent zu nutzen, um vorhandene Arbeitsplätze zu sichern beziehungsweise neue Arbeitsplätze zu schaffen. Leider verläuft für uns alle die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aber nicht so, wie wir uns das ursprünglich vorgestellt haben. Der Abbau der Arbeitslosigkeit geht nicht schnell genug voran. Deshalb wird der Haushaltsentwurf 2002/2003 noch stärker und zielorientierter als bisher auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgerichtet. Dazu gehören eine Reihe von beschäftigungswirksamen Maßnahmen und Ausgaben, die ich hier kurz ansprechen möchte. Es ist lediglich eine Auswahl.

Erstens. Mit 1,5 Millionen Euro in 2002 beziehungsweise knapp 1,5 Millionen Euro in 2003 wird die Investitionsleistung auf einem hohen Niveau gehalten. Unter den neuen Bundesländern nimmt Mecklenburg-Vorpommern mit seinen Investitionen nach wie vor den dritten Platz ein.

Zweitens. Wir werden alle möglichen Wirtschaftsfördermittel sowohl von der Europäischen Union als auch vom Bund kofinanzieren.

Drittens. Die allgemeine Wirtschaftsförderung wird konstant mit 26 Millionen Euro fortgeführt. Zusätzlich werden 2 Millionen Euro für einen Unternehmenshilfe- und Beteiligungsfonds eingesetzt, mit dessen Mitteln unter anderem Unternehmen in Schwierigkeiten geholfen werden kann.

Viertens. Die Anbindung an das internationale Flugnetz zur weiteren Steigerung der Standortqualität unseres Landes wird mit 1,6 Millionen Euro jährlich finanziert.

Fünftens. Die Fortführung des Zukunftsfonds ist ein ganz wesentliches Instrument. Dazu gehören die Multi-

media-Initiative Schule mit etwa 5 Millionen Euro pro Jahr, Maßnahmen der innovativen Technologieförderung wie zum Beispiel Ausgründungszentren der Biotechnologie Greifswald und Medizinische Mikrosensorik Rostock, die Gründung der BioCon Valley GmbH, das Wasserstoffprojekt Barth und vieles andere mehr. Die Jugendbetriebe mit 2,5 Millionen Euro und die Risikokapitalbereitstellung in Höhe von 2 Millionen Euro pro Jahr gehören ebenfalls dazu.

Sechstens. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird ein weiterer wichtiger Schwerpunkt unserer Beschäftigungspolitik bleiben. Mit 133 beziehungsweise 131 Millionen Euro ist hier ebenfalls eine konstante Mittelausstattung gegeben. Damit werden wichtige Programme wie „Jugend, Arbeit, Zukunft“, „Jugend baut“ und „Schul- und Jugendsozialarbeit“ verlässlich und konstant finanziert. Es ist auch sehr gut, dass es hier zukünftig einen Initiativfonds geben wird, mit dem wir dann 1,6 Millionen Euro zur Unterstützung von arbeitsmarktrelevanten Vorhaben einsetzen, die sich nicht direkt den vorhandenen Programmen zuordnen lassen.

Siebtens. Es wird im Haushaltsgesetz eine Ermächtigung geben für haushaltsneutrale Ausgabenumschichtungen zugunsten der Sonderbedarfszuweisungen bis zu jeweils 5 Millionen Euro in 2002 und 2003, dies vor allen Dingen in Fällen fehlender kommunaler Kofinanzierungsmittel, insbesondere zur Umsetzung von Investitionen mit dem Ziel der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Achtens. Die Auftragsleistungen des Landes im Tiefbau und die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur werden durch zusätzliche Mittel aus dem Zukunftsfonds und dem Beschleunigungsprogramm des Bundes in Höhe von 128 Millionen Euro in den Jahren 2001 bis 2004 stabilisiert, zum Beispiel für die A 241 und Teilabschnitte der Ortsumgehung Stralsund.

Neuntens. Es wurde heute auch schon erwähnt, wir werden 250 zusätzliche betriebliche Ausbildungsverhältnisse in der Landwirtschaft mit jeweils 1,3 Millionen Euro pro Jahr unterstützen und fördern, um damit einen Beitrag zu leisten, um dem großen Nachwuchsmangel in der Landwirtschaft entgegenzuwirken.

Mit diesen Maßnahmen – es war, wie gesagt, eine Auswahl – werden wir, und das ist uns sicherlich allen klar, keine beschäftigungspolitischen Wunder vollbringen können, aber sie sind ein ernsthafter Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entsprechend unseren landespolitischen Möglichkeiten. Hier unterscheiden wir uns ganz klar von der CDU.

Auch wenn Herr Rehberg jetzt nicht hier ist, möchte ich es noch mal ansprechen. Ich persönlich war sehr enttäuscht von seiner Rede. Ich möchte auch klar sagen, warum. Als designierter Spitzenkandidat der CDU für das Ministerpräsidentenamt und designierter Landesvorsitzender hatte ich zumindest die Erwartung, dass Herr Rehberg uns heute mal klar machen wird, wo denn die Antworten und Konzepte der CDU für die Zukunft sind. Aus meiner Sicht: Fehlanzeige. Er hat versucht, mit Analyse, mit Kritik, mit Polemik hier heute seine übliche Show abzuziehen, aber selbst konstruktive Vorschläge,

(Georg Nolte, CDU: Hat er doch gemacht, Herr Borchert, hat er doch gemacht!)

wie die CDU hier im Land etwas tun will gegen die Massenarbeitslosigkeit, absolute Fehlanzeige,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Georg Nolte, CDU: Dann waren Sie da nicht drin.)

mit einer Ausnahme, das muss man der Vollständigkeit halber sagen: Zum wiederholten Male wird die Phantomwunderwaffe Transrapid rausgeholt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD, Heinz Müller, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Oder – und da möchte ich auf Herrn Riemann eingehen – ist die Aussage von Herrn Riemann, keine neuen oder mehr Schulden zu machen, vielleicht doch nicht so ernst zu nehmen? Denn das wäre ansonsten ja die einzige Alternative, um das alles zu finanzieren, was hier heute teilweise wieder versprochen wurde.

(Georg Nolte, CDU: Herr Riemann hat gesagt, haushaltsneutrale Vorschläge. Da waren Sie aber nicht drin. – Volker Schlotmann, SPD: Der sagt viel und schreibt viel.)

Zumindest Herr Riemann hat deutlich gemacht, keine Erhöhung der Nettokreditaufnahme. Er hat aber hier heute ein Paket verkündet, das sicherlich in der Summe weit über etliche Milliarden Euro hinausgeht.

(Georg Nolte, CDU: Nee, nee, da haben Sie wohl nicht richtig zugehört.)

Aber noch mal zu Herrn Rehberg: Herr Rehberg kritisiert den Anstieg der sächlichen Verwaltungskosten. Fairerweise hätte er hier erwähnen müssen, dass in diese Ausgabengruppe sächliche Verwaltungsausgaben – immerhin in Höhe von 349 Millionen Euro – auch die Mieten und Pachten für die so genannten Investorenbauten fallen. Das heißt, die sächlichen Verwaltungsausgaben werden praktisch nicht in Gänze für Verwaltungsarbeit, sondern zum Teil auch investiv eingesetzt, und das sind immerhin über 36 Millionen Euro. Fairness ist ganz offensichtlich vom neuen/alten Rehberg nicht zu erwarten, deswegen nutze ich die Gelegenheit, um klarzustellen, wofür sächliche Verwaltungsausgaben auch eingesetzt werden, denn ich gehe mal davon aus, dass die Kompetenz durchaus bei Herrn Rehberg vorhanden ist.

Ich möchte dann, meine Damen und Herren, auf weitere Schwerpunkte unserer Politik eingehen, und zwar auf die Schulen und auf die kommunale Finanzausstattung.

Unter der Zielsetzung Qualitätssicherung und Chancengleichheit werden wir an unseren Schulen einen großen Schritt vorankommen. Der neue Lehrstellenplan wird die Einführung der Regionalen Schulen, das Abitur nach zwölf Jahren und die Verbesserung der Stundentafel im Primarbereich ermöglichen. Dazu wird dann noch in diesem Jahr begonnen, die Computerausstattung entscheidend an allen Schulen zu verbessern, deren Standorte durch die neue Schulentwicklungsplanung gesichert sind.

Meine Damen und Herren! Entgegen den abenteuerlichen Behauptungen von Herrn Riemann wird sich die kommunale Finanzausstattung nicht verschlechtern. Der kommunale Finanzausgleich wird zunächst konstant auf dem Niveau von 2001 gehalten. Dazu kommt eine Erhöhung der kommunalen Investitionspauschale gegenüber 2001 in Höhe von 5,7 Millionen Euro in 2002, in Höhe von 1,4 Millionen Euro in 2003. Außerdem haben die Regierung und die kommunalen Landesverbände ein neues

Verfahren zur Ermittlung des kommunalen Finanzausgleichs verabredet, das für alle Beteiligten transparenter und berechenbarer ist.

Nach dem neuen so genannten Gleichmäßigkeitsgrundsatz, übrigens in Sachsen mit Erfolg praktiziert, werden das Land und die Kommunen an den Veränderungen bei den Steuereinnahmen beider Ebenen künftig gleichmäßig beteiligt. Dies bedeutet für die Kommunen ab 2003 eine deutlich bessere Finanzausstattung.

Meine Damen und Herren! Kein Haushalt, erst recht kein Doppelhaushalt verlässt den Landtag so, wie er mit der Ersten Lesung ins parlamentarische Verfahren geht. Dies gilt auch angesichts der äußerst geringen finanziellen Spielräume, weil wir auf aktuelle Entwicklungen wie zum Beispiel Steuerschätzungen, bundespolitische Entscheidungen, Gerichtsurteile und so weiter entsprechend reagieren müssen. Das ist also ein ganz normaler Vorgang. Aber es gibt natürlich durchaus politische Akzente, die von den Abgeordneten gesetzt werden, einige wurden hier genannt, Kita-Investitionen, das Existenzgründerdarlehensprogramm, Musikschulen, Studentenwerke, wie auch immer. Allerdings, und das möchte ich in aller Deutlichkeit für die SPD-Fraktion sagen, gilt für uns der Grundsatz, dass Mehrbedarfe aus echten Einsparungen im jeweiligen Einzelplan finanziert werden müssen. Das gilt selbstverständlich auch für die Mehrbedarfe bei der Beratung der Stellenpläne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem 6. September 2001 ist Herr Riemann neuer Vorsitzender des Finanzausschusses. Wir haben dem bisherigen Vorsitzenden Herrn Nolte für seine Arbeit gedankt und haben an Herrn Riemann die Erwartung gerichtet, dass er wie sein Vorgänger seriös, neutral und loyal den Ausschuss leitet. Dass Herr Riemann mit dieser neuen Rolle noch große Probleme hat, zeigen allerdings seine neuesten Auslassungen. Auch sein heutiger Redebeitrag und so genannte Tipp- und Rechenfehler zu den Kommunal финанzen und zu angeblichen Streichorgien der Koalitionsfraktionen machen dann das Fass nicht nur voll, sondern lassen es überlaufen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,  
und Heinz Müller, SPD)

Was die Kürzung bei der Städtebauförderung angeht, liegt Herr Riemann ebenfalls falsch, die wird praktisch unverändert fortgesetzt. Einen erheblichen Eingriff gibt es allerdings bei der Wohnungsbauförderung. Angesichts des offensichtlichen Überangebots an saniertem Wohnraum, wenn auch lokal unterschiedlich, ist eine grundlegende Umorientierung in der Wohnungsbauförderung zwingend notwendig. Wir brauchen vor allem Mittel, um einen Strukturwandel zur Beseitigung innerstädtischer Wohnungsleerstände einzuleiten. Deshalb hat auch richtigerweise der Bund ein neues Stadtumbauprogramm Ost aufgelegt, das von unserem Land entsprechend mitfinanziert wird.

Herr Riemann kündigte vor wenigen Tagen über die Presse an, in die Haushaltsberatungen substantielle Änderungsanträge einzubringen. Wenn Herr Riemann damit die komplette Neustrukturierung des Haushaltsplanes meinen sollte, wie ich heute teilweise den Eindruck hatte, hat er auf das falsche Pferd gesetzt. Derartige Ansätze bekamen wir bereits in den Vorjahren präsentiert, deren Finanzierung jedoch nicht seriös war. Herr Riemann, bleiben Sie also auf dem Teppich, denn Sie als Finanzexperte müssten genau-

estens wissen, was unter seriöser Finanzierung zu verstehen ist. Schauen wir mal auf die Substanz Ihrer dann folgenden Deckungsangebote.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluss deutlich machen, dass wir eine riesige Herausforderung vor uns haben, und zwar in Form der Terminkette. Wir haben ein riesiges Stück Arbeit in den Fachausschüssen vor uns bis zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes im Dezember. Die Terminkette ist eng, das ist wohl so. Der Finanzausschuss hat sich darauf eingestellt, hat die aktuelle Planung bereits vorgenommen, an zehn Sitzungstagen bis zur Abstimmung der Beschlussempfehlung am 27. November alle 14 Einzelpläne zu beraten. Wir haben uns bereits Reservetermine freigehalten, denn erfahrungsgemäß reichen die im Vorfeld geplanten Termine nicht aus. Vor allem wird es in den letzten Tagen der Beratung immer enger, wenn die Liste der offenen Punkte auf dem Plan steht.

Meine Damen und Herren, ich appelliere an uns alle, auch die Anzahl der so genannten LOP in Grenzen zu halten. Es ist natürlich unbenommen, dass es offene Punkte geben muss, wenn es zwingenden Klärungsbedarf gibt, aber die Betonung liegt hier wirklich auf „zwingend“. Ich appelliere – und ich möchte das noch mal ausdrücklich betonen – an alle, auch an die CDU-Fraktion, die entsprechend als Opposition einen konstruktiven Auftrag gemäß der Verfassung unseres Landes zu leisten hat, alles zu tun, um den Haushalt noch in diesem Jahr zu verabschieden, das heißt für mich in jedem Fall noch im Dezember.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Meine Ausführungen möchte ich mit einem Zitat von Anton Tschechow, das aus dem Jahre 1893 stammt, abschließen. Es ist zwar etwas alt, aber es hat an Aktualität nichts verloren, sonst würde ich es sicherlich auch nicht anführen: „Wenn man von Bargeld lebt, kennt man die Ufer des Meeres, das man tagein, tagaus zu befahren hat. Kredit führt in dieser Beziehung in die Wüste, deren Ende nicht abzusehen ist.“ Ich wünsche uns allen eine konstruktive Beratung in den Fachausschüssen und bitte um Überweisung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Kollege.

Ich schließe damit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf der Drucksache 3/2200 sowie die Unterrichtung durch die Landesregierung auf der Drucksache 3/2199 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Landwirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur, den Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung, den Sozialausschuss, den Umweltausschuss sowie den Tourismusausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Vielen Dank. Die Gegenstimmen. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diesem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf

eines Gesetzes zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften, auf Drucksache 3/2219.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung  
datenschutzrechtlicher Vorschriften**  
(Erste Lesung)

**– Drucksache 3/2219 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Innenminister. Bitte sehr, Herr Dr. Timm, Sie haben das Wort.

**Minister Dr. Gottfried Timm:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Datenschutz ist nach den Terrorakten in den Vereinigten Staaten von Amerika plötzlich in das Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Dass unter uns Menschen gelebt haben, die diese Verbrechen planen und begehen konnten, muss uns zu einem neuen Nachdenken über den Datenschutz veranlassen.

Datenschutz darf kein Terroristenschutz sein, deshalb begrüße ich die hierzu von der Bundesregierung herbeigeführten Beschlüsse vom gestrigen Tage. Ich begrüße ebenso die ausgewogenen Äußerungen des Bundesdatenschutzbeauftragten hierzu. Ob es um den Fingerabdruck im Pass geht oder um andere konkrete Vorschläge, ich sage mit allem Nachdruck: Es geht derzeit niemandem um die Frage nach mehr oder nach weniger Demokratie. Es geht um die Kernfrage, ob die Demokratie stark genug ist, den Terrorismus zu überwinden, und zwar mit den ihr eigenen Instrumentarien. Diese Frage aber, meine Damen und Herren, ist immer konkret verantwortlich im Einzelfall zu beantworten.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung datenschutzrechtlicher Vorschriften will die Landesregierung die Umsetzung der EG-Datenschutzrichtlinie von 1995 zum Abschluss bringen. Sie will außerdem die technische Entwicklung in den letzten Jahren, insbesondere im Bereich der Onlinedienste, berücksichtigen und einige weitere bereichsspezifische Anpassungen vornehmen.

Die Umsetzung der EG-Datenschutzrichtlinie ist dringend geboten. Sie dient der Normierung von grundlegenden Regeln des Datenschutzes innerhalb der Europäischen Union. Allerdings war es unerlässlich, zunächst die Gesetzgebung des Bundes abzuwarten, um ein möglichst einheitliches abgestimmtes Datenschutzrecht, jedenfalls in den Kernfragen des Persönlichkeitsschutzes, herbeizuführen. Diese Voraussetzung ist mit dem im Mai 2001 in Kraft getretenen Bundesdatenschutzgesetz inzwischen erfüllt.

Die Novelle soll zugleich zum Anlass genommen werden, das Datenschutzgesetz an die rasante Fortentwicklung moderner Technik im Bereich der Datenverarbeitungstechniken anzupassen. Während etwa Chipkarten und Internetzugang zu den alltäglichen Selbstverständlichkeiten unter den Bürgern geworden sind, ist der notwendige Schutz der sich aus diesen modernen Datenverarbeitungstechniken ergebenden Flut von personenbezogenen Daten bislang nur unzureichend im Datenschutz berücksichtigt worden.

Schließlich enthält der Entwurf notwendige bereichsspezifische Anpassungen, so etwa für das Landespressgesetz, wo auch mit Blick auf das vorgegebene EG-Recht eine spezielle Datenschutzregelung für das Pressewesen – selbstverständlich unter Beachtung des Grundrechtes der Pressefreiheit – geschaffen werden musste. Diese not-

wendige Änderung bietet zugleich Gelegenheit, die schon vor längerer Zeit in Aussicht genommene Modifizierung des presserechtlichen Verjährungsprivilegs aufzugreifen. Es dürfte unter uns außer Zweifel stehen, dass zur Bekämpfung insbesondere des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern eine Einschränkung des ansonsten selbstverständlich zu bewahrenden Verjährungsprivilegs bei politisch motivierten Straftaten, insbesondere der Volksverhetzung, dringend angezeigt ist.

Wesentliche Änderungen, meine Damen und Herren, des Landesdatenschutzgesetzes sind folgende sechs:

Erstens. Verankerung des Grundsatzes der Datenvermeidung und Datensparsamkeit. Damit wird künftig durch das Gesetz klargestellt, dass Daten insbesondere nur dann gespeichert werden sollen, wenn dies zur Wahrnehmung der jeweiligen Aufgabe unerlässlich ist. Gleichzeitig soll das Prinzip der Datensparsamkeit bewirken, dass zeitgerechte Datenlöschungen nicht durch systembedingte Speicherungen unterlaufen werden können.

Zweitens. Einführung eines Datenschutzaudits, das heißt einer Verpflichtung zur vorrangigen Einsetzung von datenverarbeitenden Produkten, die eine freiwillige Prüfung auf Vereinbarkeit mit den datenschutzrechtlichen Vorgaben durchlaufen hat.

Drittens. Einschränkung der Verarbeitung besonders sensibler Daten, das heißt personenbezogener Daten, aus denen insbesondere die rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen hervorgehen. Ich habe hier schon einiges zu den Beschlüssen des gestrigen Bundeskabinetts gesagt.

Viertens. Ausnahmslose Verpflichtung jeder datenverarbeitenden Stelle zur Bestellung eines weisungsunabhängigen behördlichen Datenschutzbeauftragten und damit Schaffung eines Garanten für die Einhaltung des Datenschutzes innerhalb der öffentlichen Verwaltung.

Fünftens. Aufnahme so genannter mobiler Datenverarbeitungssysteme.

Sechstens. Schaffung einer materiellen Regelung zur Videoüberwachung und Videoaufzeichnung in den Behörden.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat bei den Beratungen zur Novellierung des Datenschutzgesetzes auch den Datenschutzbeauftragten eingebunden, um zum einen seine Erfahrungen, zum anderen aber auch konkret von ihm erarbeitete Vorschläge mit berücksichtigen zu können. Im Ergebnis konnten wir dabei weitestgehend Einigkeit erzielen. Geblieben ist allerdings ein wesentlicher Dissens, und zwar hinsichtlich der Frage, ob der Landesbeauftragte für den Datenschutz künftig auch die für die Datenschutzkontrolle im nicht öffentlichen Bereich zuständige Instanz in Mecklenburg-Vorpommern werden soll. Zwar befände sich dann der Datenschutz in einer Hand, das Argument des Datenschutzbeauftragten. Gegen eine bloße Übertragung der Datenschutzaufsicht im nicht öffentlichen Bereich sprechen aber gewichtige verfassungspolitische Aspekte. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz ist in erster Linie eine Kontrollinstanz des Landtages gegenüber den Behörden, wo hingegen es bei der Datenschutzkontrolle im privaten Bereich um hoheitliches Handeln mit Außenwirkung geht, also um ein Handeln, welches grundsätzlich nur der Exekutive obliegt. Ein solches Handeln kann natürlich nur dann von der Exe-

kutive wahrgenommen werden, wenn diese kontrolliert wird, in diesem Fall also durch den Datenschutzbeauftragten, keinesfalls aber durch eine nicht einmal der Rechtsaufsicht einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung unterworfenen Kontrollstelle. Vor diesem Hintergrund sollte es jedenfalls zunächst bei der bisherigen Regelung verbleiben, so unser Vorschlag, den ich Ihnen heute vorlege.

Die Frage der Kompetenzzuweisungen für die Aufsicht im nicht öffentlichen, also im privaten Bereich soll ohne den gesetzgeberischen Druck, der sich aus der Notwendigkeit der Umsetzung der EG-Datenschutzrichtlinie ergibt, eingehend untersucht und zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Meine Damen und Herren! Die Diskussion in der Wissenschaft und in der Fachpolitik geht derzeit in eine ganz andere Richtung als die, die wir hier in unserem Land in den letzten Wochen gehabt haben. Es geht letztlich darum, welche Maßstäbe für die Erhebung und für die Nutzung von Daten und Datensystemen gelten sollen, und es geht um eine Datenverwaltung und um einen Datenschutz, die diesen Maßstäben tatsächlich gerecht werden können. Dazu bedarf es insbesondere konzeptioneller Änderungen in Bund und Ländern und einer grundsätzlichen Neustrukturierung, die den Datenschutz effektiv, risikoadäquat und verständlich macht.

Zukünftiger Reformbedarf ergibt sich aus der Tatsache, meine Damen und Herren, dass der Datenschutz und auch das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form Ausfluss eines Konzeptes ist, das inzwischen überholt ist. Es ist oder es war, muss ich sagen, orientiert an einer Datei personenbezogener Daten, die von einer zentralen Stelle in einer zentralen Datenverarbeitungsanlage verarbeitet oder von dort übermittelt worden sind. Dieses Schutzkonzept ist am Paradigma der Datenvermittlung und Datenverarbeitung an zentralen staatlichen Großrechnern entwickelt worden, zwischen denen in Ausnahmefällen auch ein Datenaustausch stattfand. Angesichts der heute alltäglichen Verarbeitung personenbezogener Daten mittels einer Vielzahl von Einzelrechnern ohne durchgreifende zentrale Kontrollmöglichkeiten wird dieses Konzept auf Dauer nicht mehr ausreichen. Es ist stumpf und bedarf neuer Instrumentarien, die dem Persönlichkeitsschutz und dem Sicherheitsinteresse der Bürger in einer offenen und multimedialen Gesellschaft wirkungsvoller Rechnung zu tragen vermögen. Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir in diesem Bereich in den nächsten Jahren einen Paradigmenwechsel vor uns. Wir werden uns also alle in den nächsten Jahren sehr konkret mit den Fragen des Datenschutzes zu befassen haben. Ich bitte Sie dennoch, diese Novelle wie gewohnt zügig und gründlich in den Ausschüssen zu beraten und einer Beschlussempfehlung zuzuleiten. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Innenminister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Markhoff von der CDU-Fraktion.

(Gerd Böttger, PDS: Der muss ja alles machen auf seine alten Tage. – Unruhe und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

**Dieter Markhoff,** CDU: Ich fühle mich aber noch gar nicht so alt!

(Gerd Böttger, PDS: Sie wissen schon, wie das gemeint war. Das war eine Anerkennung.)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf hat im Wesentlichen die Umsetzung der EU-Richtlinie 95/46 zum Inhalt. Die Richtlinie stammt aus dem Jahr 1995 und verpflichtete die Mitgliedstaaten, innerhalb von drei Jahren ihre datenschutzrechtlichen Vorschriften an die Richtlinie anzupassen. Diese Frist ist inzwischen um drei Jahre überschritten.

Die von der Landesregierung hierzu vorgetragene Begründung, es sei im Interesse der Einheitlichkeit des deutschen Datenschutzrechtes geboten gewesen, auf die Verabschiedung des Regierungsentwurfes zum Bundesdatenschutzrecht zu warten, kann nicht ganz überzeugen, denn drei Jahre sind schon darüber hinaus. Zum einen ist der Regierungsentwurf bereits vor einem Jahr verabschiedet worden und zum anderen haben andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern auch ohne diese Vorgabe ihr Datenschutzrecht novellieren können. Auch das Saarland und Niedersachsen haben inzwischen die EU-Richtlinie umgesetzt. Nur wir sind wieder mal das Schlusslicht im Vergleich der Länder.

(Heinz Müller, SPD: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.)

Meine Damen und Herren, ich kann nur hoffen, dass durch die Saumseligkeit der Landesregierung nicht wieder ein immenser Zeitdruck entsteht, der eine eingehende Diskussion des Entwurfes in den Ausschüssen behindert und das Gesetzgebungsverfahren zur Formalie verkommen lässt, wie wir das in letzter Zeit häufiger erleben mussten. Hier erinnere ich nur an das Katastrophenschutzgesetz und die verspätete Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie.

Meine Damen und Herren, überrascht hat mich in dem Gesetzentwurf, dass Sie offensichtlich planen, durch die Hintertür ab 2005 den Landesbeauftragten für den Datenschutz abzuschaffen. Paragraph 30 regelt im Wesentlichen die Aufgaben des Landesbeauftragten für den Datenschutz, nämlich die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften des Datenschutzgesetzes. Gemäß Paragraph 44 Absatz 2 tritt Paragraph 30 aber ab 31.12.2004 außer Kraft. Gemäß der Begründung soll dem Landtag Gelegenheit gegeben werden, die Aufsicht über den Datenschutz anders beziehungsweise neu zu regeln. Stellung und Aufgabe des Datenschutzes sind in Artikel 37 der Verfassung des Landes garantiert. Warum sollte also der Landtag ab 2005 die Kontrolle über den Datenschutz anders regeln? Hierzu warte ich gespannt auf eine Erklärung.

Vielleicht handelt es sich hier aber auch nur um einen Formulierungsfehler, denn obwohl sich die Landesregierung so viel Zeit für diesen Gesetzentwurf genommen hat, fallen doch handwerkliche Fehler auf. Das hätte man vermeiden können. So wurde zwar die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes abgewartet, welches seit dem 23.05.2001 in Kraft ist, die Verweisungen in Paragraph 2 Absatz 5 des Gesetzentwurfes vom 08.09.2001 beziehen sich jedoch noch auf die Vorschriften des alten Bundesdatenschutzgesetzes.

In Paragraph 24 Absatz 3 wird geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine Auskunftserteilung an den Betroffenen über die zu seiner Person gespeicherten Daten unterbleibt. Gleiches regelt Paragraph 24 Absatz 6 in etwas anderer Formulierung. Hinzu kommt in Paragraph 24 Absatz 6 lediglich, dass die genannten Gründe auch hinsichtlich eines Akteneinsichtsrechts des Betroffenen gelten. Also hier ist meines Erachtens einer der Absätze überflüssig beziehungsweise zu streichen.

Sicher ist eine Novellierung des Datenschutzgesetzes nicht nur im Hinblick auf die EU-Vorgaben notwendig, sondern auch im Hinblick auf die neuen Gefahren und gewandelten Anforderungen. Aber was nutzen uns immer neue Gesetzesveränderungen, wenn die bisherigen einfachsten Regelungen missachtet werden? So war in der Presse zu lesen, dass eine Personalakte mit Daten zur Stasivergangenheit eines Juristen, der sich Anfang der 90-er Jahre erfolglos im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern beworben hatte, im August 2001 an die Staatskanzlei weitergegeben wurde. Im Landesdatenschutzgesetz ist geregelt, dass Personalakten eines Bewerbers zu löschen sind, wenn feststeht, dass dieser nicht eingestellt wird. Warum existiert dann eine derartige Personalakte aus den 90er Jahren noch im Justizministerium? Und warum werden derartige Personalakten an die Staatskanzlei weitergegeben ohne Einwilligung des Betroffenen?

Datenschutz darf nicht dazu missbraucht werden, unliebsame Fakten nicht veröffentlichen zu müssen. Gerade vor den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit müssen wir uns fragen, ob der Schutz persönlicher Daten über dem Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit steht. Hier bin ich mit dem Bundesinnenminister völlig einig: Datenschutz darf nicht dazu führen, dass Terroristen geschützt werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen. Mit der Einführung eines behördlichen Datenschutzbeauftragten wird eine Aufgabe, die die Kommunen zwar bisher schon zu erfüllen hatten, mit einem neuen Standard ausgestattet. Hier wird noch einmal die schon bei der Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie im Katastrophenschutzgesetz aufgeworfene Frage zu diskutieren sein, ob die Umsetzung von EU-Vorgaben in Landesrecht nicht auch das Konnexitätsprinzip berührt.

Meine Damen und Herren, weitere Einzelheiten sind den Ausschussberatungen vorbehalten. Wir stimmen einer Überweisung in die Ausschüsse zu. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Markhoff.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schulz von der PDS-Fraktion.

**Gabriele Schulz, PDS:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Anliegen des Artikelgesetzes hat der Innenminister soeben in seinen Erläuterungen Stellung genommen. Ich möchte mich in der heutigen Ersten Lesung nicht im Detail mit den einzelnen Bestimmungen befassen, denn es ist schließlich davon auszugehen, dass der Gesetzentwurf in seinen Einzelheiten in den Ausschüssen beraten und ein gründliches Anhörungsverfahren durchgeführt wird. Wir sind dabei auf den Rat von

Fachleuten angewiesen. Dass der Landesdatenschutzbeauftragte und Fachleute bereits in die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes einbezogen sind und die kommunalen Landesverbände auch schon eine Stellungnahme abgegeben haben, denke ich, ist selbstverständlich.

Die PDS-Fraktion geht davon aus, dass in den Ausschussbefassungen deren Auffassungen, soweit sie im Entwurf des Gesetzes bisher keine Berücksichtigung fanden, noch einmal geprüft und gründlich abgewogen werden können. Zu dieser Erkenntnis, denke ich, kommt man sehr schnell, wenn man die regelmäßigen Erklärungen der turnusmäßigen Tagungen des Bundesdatenschutzbeauftragten und der Datenschutzbeauftragten der Länder und auch die zweijährigen Berichte unseres Landesdatenschutzbeauftragten hier im Hohen Haus ansieht. Hier finden wir sehr deutliche Worte zur Notwendigkeit des Schutzes persönlicher Daten, über die allzu oft hinweggegangen worden ist und wird. Ich nenne nur solche Themen wie Lauschangriff und Videoüberwachung, Zugriff auf persönliche Daten im Bereich der Telekommunikation, Rasterfahndung, DNA-Analyse und elektronische Fußfesseln im Ermittlungsverfahren, Umgang mit persönlichen Gesundheitsdaten, Zugriff auf persönliche Daten im Ermittlungsverfahren sowie auf Dateien für erkennungsdienstliche Zwecke, Asyl-Card und Gesundheits-Card, Überprüfung der Erforderlichkeit polizeilicher Befugnisse bei Eingriffen in Rechte Betroffener, Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten, Datenschutz bei Wahlen, Datenschutzkontrollen bei der Behörde Europol.

Das sind nur einige Themen, zu denen die Datenschutzbeauftragten ihre Auffassungen, Besorgnisse und Kritiken geäußert haben. Oft allerdings mit zu wenig Resonanz. Und gerade ein zu boshafter Vorwurf an deren Adresse ist es, wenn offen oder versteckt gesagt wird, es handle sich bei den Stellungnahmen nur um Bedenkenträgererei. Nein, meine Damen und Herren, solche Vorwürfe sind, denke ich, fehl am Platze. Der Datenschutz durch unabhängige Kontrollinstanzen ist geradezu das Rückgrat für ein reales Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Daran darf aus unserer Sicht überhaupt kein Zweifel bestehen und darum geht es letztendlich auch mit der Gesetzesnovelle.

Lassen Sie mich deshalb hier vier Grundprobleme aus den Erklärungen und Stellungnahmen der Datenschutzbeauftragten benennen, die immer wieder auftauchen:

Erstens sind mit den gewachsenen technischen und kommunikativen Möglichkeiten neue, nicht unbeträchtliche Gefahren hinsichtlich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung entstanden, auf die auch unser Gesetzentwurf nur eine bestimmte vorläufige Reaktion sein kann.

Zweitens besteht ein lückenhafter Datenschutz im privaten Bereich. Die grundsätzlich weiter bestehende Trennung der Datenschutzkontrolle im privaten und öffentlichen Bereich ist gerade angesichts der Daten im Privaten mehr als fatal.

Drittens ist inzwischen eine informationelle Überherrschaft jenseits des Staates entstanden und sie entsteht weiter, die wie das Internet jedenfalls national weitgehend nicht kontrollierbar ist.

Viertens. Der Staat und die öffentlichen Verwaltungen rüsten informationell weiter auf. An dieser Stelle genügt es, dazu auf die fatalen Entwicklungen hinsichtlich der Lausch- und Spähangriffe zu verweisen.

Und es ist doch allzu bezeichnend, dass gerade angesichts der jüngsten Terroranschläge in den USA sofort wieder daran gedacht wird, den Datenschutz zu lockern. Auch hier hören wir bekannte Aussagen. Der Datenschutz müsse an den Stellen gelockert werden, so heißt es ganz harmlos, wo Datenschutz zu Terroristenschutz werde. Dies, meine Damen und Herren, ist aber aus unserer Sicht eine Denunziation, eine Verdächtigung und Diffamierung des Datenschutzes, die aus Sicht der PDS-Fraktion nicht gerechtfertigt ist.

Ich frage mich, gerade auch angesichts der Entwicklungen in den Sicherheits- und Ordnungsgesetzen, in den Gesetzen der Bundessicherheitsbehörden, angesichts der vielfachen Änderungen in der Strafprozessordnung und der Schaffung eines ganzen Rattenschwanzes von strafrechtlichen Nebengesetzen, wozu man schon wieder neue Kompetenzen braucht, die in die Bürgerrechte eingreifen. Absolute Sicherheit ist ohnehin eine Schimäre und mehr Sicherheit ist durch die dauernde Beschneidung und Aufopferung von Freiheitsrechten nicht zu haben. Denken wir doch gerade auch in diesen Stunden an das Wort des großen Amerikaners Benjamin Franklin: „Wer bereit ist, für die Sicherheit die Freiheit zu opfern, wird beides verlieren.“ Mäßigung in der Sache, Besonnenheit und Schlussfolgerungen für den Datenschutz sind aus unserer Sicht das Gebot der Stunde.

Meine Damen und Herren, für uns besteht das wohl größte Problem bei der Umsetzung der EG-Richtlinie von 1995 in der Gewährleistung einer qualitativ gleichwertigen Kontrolle der öffentlichen und privaten Stellen. Der Innenminister hat seine Sicht hier auch deutlich gemacht. Das ist für uns der entscheidende Ansatzpunkt der EG-Richtlinie im Artikel 28. Eine oder mehrere öffentliche Stellen, so heißt es im rechtsverbindlichen Text, sollen in den EU-Mitgliedstaaten beauftragt werden, die Umsetzung des Datenschutzes zu überwachen. Und wörtlich heißt es: „Diese Stellen nehmen die ihnen zugewiesenen Aufgaben in völliger Unabhängigkeit wahr.“

Man sollte meinen, dass dieser Satz, was bei juristischen Texten ja nicht immer der Fall ist, für sich allein genommen klar und schlüssig sowie eindeutig ist, dass es bei dieser kontrollierenden Stelle um die Unabhängigkeit von der Exekutive geht. Bei den öffentlichen Stellen geht das ohnehin völlig klar, da die Landesverfassung das ja so festlegt. Aber die Ausgangsprämisse von Artikel 37 der Landesverfassung ist dennoch umfassend, denn dort heißt es: „Zur Wahrung des Rechts der Bürger auf Schutz ihrer persönlichen Daten wählt der Landtag ... den Datenschutzbeauftragten“. Es wird also, genau wie in der EG-Richtlinie vorgesehen, nicht zwischen öffentlichem und privatem Bereich unterschieden. Maßstab ist kraft Verfassung die Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, nämlich, dass der Bürger sein Recht bekommt und weiter nichts. In welcher Sphäre seine persönlichen Daten rotieren, ist dabei völlig unerheblich. Der private Bereich kann doch wohl gegenüber diesem Bürgerrecht nicht immun sein und es ist ebenfalls zweifelsfrei, dass im Land agierende Private der Landesverfassung genauso unterliegen.

Nun wird allerdings die Vorschrift der EG-Richtlinie aus unserer Sicht einschränkend interpretiert. Der Innenminister hat das hier ausgeführt. Die vollständige Unabhängigkeit der Kontrollbehörde, wurde hier gesagt, bedeute Unabhängigkeit in Bezug auf den privaten Bereich im Sinne einer vom jeweiligen Privaten getrennten Behörde.

Somit könne das Innenministerium diese unabhängige Behörde sein. In der Praxis führt das dann aus unserer Sicht zur Aufspaltung der Kontrolle. Das ist die bestehende Rechtslage, die nach dem Entwurf leider weiter bestehen soll. Die unterschiedlichen Rechtspositionen sind gegenwärtig nicht anders als durch einen Kompromiss aufzulösen, wie er in den Paragraphen 30 und 44 Absatz 2 geschrieben steht.

Wir gehen davon aus, dass diese Regelung eine zeitlich notwendige Festlegung ist, dass sie aber in ihrer Bestandsfähigkeit geprüft werden muss, und vielleicht löst es dann auch Ihre Fragen, die Sie eben aufgeworfen haben, was die Arbeit nach 2004 betrifft, Herr Markhoff, auf. Unser Ziel ist es, bis zum Jahre 2004 die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Datenschutzkontrolle einheitlich in einer Hand liegt. Nach gegenwärtiger Verfassungslage kann das nur der Landesbeauftragte für den Datenschutz sein. Man mag mit der vorgesehenen Regelung aus gutem Grund hadern, aber sie macht insoweit Sinn, das Gesetz vom Eise zu bringen und Voraussetzungen, sprich Personalstellen, zu schaffen, dass die Kontrolle Privater vom Innenministerium auf den Landesbeauftragten für den Datenschutz übertragen werden kann.

Wir sind auch dafür, dass wir uns die Regelungen von Schleswig-Holstein gründlich ansehen, wo ein rechtlich unabhängiges Datenschutzzentrum mit dem Landesdatenschutzbeauftragten als Chef an der Spitze geschaffen worden ist. Auch das ist natürlich eine unabhängige Behörde, wie sie die EG-Richtlinie versteht und im Auge hat. Und, meine Damen und Herren, es gibt eine ganze Reihe von Bundesländern – meines Wissens sind es bis jetzt sechs –, die die Kontrolle der Privaten in der Regel durch Beauftragte, wie auch wir es für richtig halten, gelöst haben.

Ich will dazu auch ein paar praktische Dinge sagen. Die EG-Richtlinie unterscheidet, wie ich schon sagte, hinsichtlich der Kontrolle überhaupt nicht mehr zwischen Privaten und Öffentlichen. Eine gleichartige, völlig unabhängige Kontrolle ist der Maßstab. Mal abgesehen davon, dass das Kontrolldefizit bei den Privaten behoben werden muss, ist es doch so, dass öffentliche und private Daten vielfach gar nicht mehr zu trennen sind. Es gibt in der Sache vielfältige Vernetzungen. Denken wir doch an die vielen Fälle, in denen öffentliche Aufgaben an Private zur Erfüllung gegeben werden oder in denen Private von Öffentlichen zur Aufgabenerfüllung einbezogen werden. Wer hat denn nun den Hut auf? Im Zweifelsfall wohl beide – Innenminister und Landesbeauftragter. Muss das so sein? Und vor allem aus der Sicht des Bürgers dürfte die Konstruktion doch ein bisschen verwirrend sein. Wendet er sich an den Datenschutzbeauftragten, um etwas über seine persönlichen Daten im privaten Bereich zu erfahren, wird der das Gesuch abgeben müssen an den Innenminister. Jedenfalls kann er persönlich nicht direkt beim Privaten kontrollieren. Ein praktisches Beispiel dazu wäre folgendes: Beschweren sich Eltern darüber, dass im Schulbus ihrer Kinder mit Videokameras überwacht wird, dann wird der Datenschutzbeauftragte erst prüfen müssen, ob der Schulbus auf privaten oder öffentlichen Rädern fährt. Sind sie privat, reicht er die Bitte oder den Beschwerer an den Innenminister weiter.

Und es gibt so viele Fälle, die das Leben schreibt und bereithält, die nicht erst konstruiert werden müssen. Die Zentralisierung des Datenschutzes in einer Hand macht deshalb aus unserer Sicht Sinn und bringt Synergieeffek-

te. Wir, die PDS-Fraktion, sind jedenfalls überzeugt, dass im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landesdatenschutzes die Kontrolle aus dem Kernbereich der Exekutive herausgenommen werden sollte und in einheitliche Hände des Datenschutzbeauftragten oder eines unabhängigen Zentrums, wo sie nach unserer Auffassung sowieso gut aufgehoben wäre, gegeben werden sollte. Übrigens könnte auch ein Zentrum in Form eines Betriebes aus unserer Sicht auf kommerzieller Basis sehr gut neben der Kontrolle die privaten Aufklärungs-, Schulungs- und Beratungsaufgaben leisten. Alles in allem wird es wohl dazu spannende Beratungen in den Ausschüssen geben, mit denen wir weitere Veränderungen zum bisherigen Gesetzentwurf erreichen könnten. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Kollegin.

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

**Heinz Müller, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei meiner Vorrednerin und meinem Vorredner hatte ich ein bisschen den Eindruck, dass wir uns schon im Ausschuss in der Ersten Lesung befinden, weil wir ja doch bei beiden eine Reihe von Detailfragen angesprochen bekommen haben, die in der Tat auch aus meiner Sicht im Ausschuss geklärt werden müssen. Aber ich denke, dieses ist Aufgabe des Ausschusses.

Das Thema Datenschutz, meine Damen und Herren, wir können das auch ablesen an den Äußerungen des Bundesinnenministeriums, ist im Moment aufgrund aktueller Ereignisse wieder in die Diskussion geraten und es ist nicht das erste Mal, aber es ist sicher ein besonders tiefgehender Anlass, der manche Menschen die Frage stellen lässt, ob es nicht einen Widerspruch zwischen Datenschutzinteressen und Sicherheitsinteressen gibt.

Natürlich muss man diese Diskussion führen. Ich denke, man wird ihr gerade angesichts der derzeitigen Situation nicht ausweichen können. Ich bin aber auf der anderen Seite überzeugt, verantwortungsbewusste Politik wird immer wieder darauf verweisen müssen, dass in diesem Bundesland Datenschutz den Rang der Landesverfassung genießt. Hier ist dieses Grundprinzip festgeschrieben und ich bin überzeugt davon, dass dieses gut so ist. Es ist unsere Aufgabe als Landesparlament, die konkrete Ausgestaltung dieses Verfassungsgrundsatzes hier vorzunehmen. Wir müssen uns dabei an europäisches Recht anpassen und es ist in der Tat so, dass dieses europäische Recht seit sehr langer Zeit, seit 1995 vorliegt und eine Anpassung innerhalb von drei Jahren verlangte, dass wir aber andererseits, so bin ich überzeugt, gut daran getan haben, zunächst die bundesgesetzliche Entscheidung, die grundlegende Entscheidung abzuwarten, bevor wir an die Novellierung unseres Landesrechtes gehen.

Der Innenminister hat über die wesentlichen Inhalte des Gesetzentwurfes bereits berichtet, weswegen ich mir hier Ausführungen ersparen möchte. Ich möchte nur – der Innenminister hat ja auch darauf verwiesen –, dass wir uns nicht nur an EU-Recht anpassen, sondern dass wir uns auch an neue technische, rechtliche und politische Entwicklungen anpassen. Ich möchte nur auf die seit 1995

vollzogene Entwicklung mit einem ganz kleinen Schlaglicht hinweisen, das vielleicht dem einen oder anderen klar macht, was in der Zukunft und zum Teil schon in der Gegenwart geht und was nicht geht.

Ich habe vor nicht allzu langer Zeit bei einer Veranstaltung einen verantwortlichen Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums erlebt, der ein bisschen traurig war, dass wir die Bundestagswahlen des Jahres 2002 noch nicht per Internet durchführen können, der aber davon ausging, dass wir die Bundestagswahlen 2006 – und das wird dann auch bedeuten, unsere Landtagswahlen 2006 – per Internet von zu Hause vom Sessel aus werden machen können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das glaube ich nicht.)

Ich glaube, für viele von uns ist dieses eine Vorstellung, die noch sehr schwer in die Köpfe hineingeht. Aber ich glaube, dieses eine Beispiel macht deutlich ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das muss auch nicht sein. Das muss auch nicht sein. –  
Volker Schlotmann, SPD: Damit würde Riemann nicht klarkommen.  
Dann würde er vielleicht uns wählen.)

Da sagt der eine, das muss nicht sein, und der andere fürchtet einen Irrtum, aber die Technik wird so weit sein, dass wir all dies ausschließen. Welche Folgen das für Wahlkampf und Wahlbeteiligung und vieles andere hat, das werden wir dann sehen. Sie werden sagen, das hat nichts mit Datenschutz zu tun, nun, bei der Einhaltung des Wahlgeheimnisses schon. Aber ich glaube, dieses Beispiel macht sehr schlagend deutlich, dass wir im Augenblick, ohne dass wir es uns häufig richtig bewusst machen, vor einer technischen Entwicklung stehen, in der so viele Dinge möglich sind, die vor wenigen Jahren noch für völlig ausgeschlossen galten. Da hier natürlich auch Gefahren liegen, diese technischen Möglichkeiten zu missbrauchen, setzt genau dort das Prinzip Datenschutz ein.

Der vorliegende Entwurf, meine Damen und Herren, ist mit dem Datenschutzbeauftragten Herrn Dr. Kessel abgestimmt. Der Innenminister hat dies berichtet und wir wissen, dass es in vielen Punkten Einigkeit gab, dass es aber in einigen Punkten und einem zentralen Punkt – diesen hat Kollegin Schulz bereits genannt – keine Einigkeit gab. Ich halte es für legitim, wenn ein Datenschutzbeauftragter, der seine Aufgabe ernst nimmt, hier eine andere Position vertritt als die Landesregierung, und halte es für natürlich, dass hier zwei unterschiedliche Positionen bestehen. Vielleicht wäre es sogar schlecht, wenn immer ein solcher Schutzbeauftragter hier für den Datenschutz stromlinienförmig hinter der Exekutive stünde, sondern seine Aufgabe ist es, genau das, wofür wir ihn eingesetzt haben, zu tun, und das heißt manchmal auch, unbequem zu sein. Vielleicht sollten wir die Gelegenheit nutzen, und ich würde dies gern tun, Herrn Dr. Kessel, den ich hinten im Zuschauerraum sehe, für seine Arbeit herzlichen Dank zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich glaube, ich spreche im Namen vieler, wenn nicht gar aller in diesem Hause, wenn ich sage, dass er nach meinem Eindruck seine Aufgabe ganz ausgezeichnet erfüllt.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Wir werden also im Ausschuss die Aufgabe haben, diese strittige Frage der Kontrolle des Datenschutzes im

privaten Bereich zu entscheiden und hier zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Und vielleicht kann das die Kompromisslösung sein, wie sie die Regierung uns hier vorgelegt hat, denn das ist in der Tat angestrebt und mitnichten, lieber Kollege Markhoff, auf absehbare Zeit den Datenschutzbeauftragten abzuschaffen. Dieses ist keineswegs der Wille der Landesregierung und ganz sicher auch nicht unserer.

Also, meine Damen und Herren, wir stimmen der Überweisung in die vorgeschlagenen Ausschüsse zu und werden hier die strittigen Fragen klären. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Götz Kreuzer, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Müller.

Ich schließe damit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/2219 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Petitionsausschuss, den Rechtsausschuss sowie den Finanzausschuss zu überweisen. Wer für diesen Überweisungsvorschlag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung  
der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom  
9. Dezember 1996 zur Beherrschung  
der Gefahren bei schweren Unfällen mit  
gefährlichen Stoffen (Seveso-II-Richtlinie-  
Umsetzungsgesetz – Sev-II-UG M-V)**  
(Erste Lesung)  
– Drucksache 3/2238 –

Das Wort zur Einbringung hat der Umweltminister. Bitte sehr, Herr Dr. Methling, Sie haben das Wort.

**Minister Dr. Wolfgang Methling:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 10. Juli 1976 wurde in der Ortschaft Seveso – 30 Kilometer von Mailand entfernt – bei der Herstellung von Trichlorphenol durch Überhitzung die extrem giftige Form der Tetrachlordibenzodioxine freigesetzt. Dies war einer der größten Chemieunfälle in der Geschichte der Menschheit. Seitdem kennt die Welt diese chemische Verbindung auch als Seveso-Gift und polychlorierte Dioxine stehen symbolisch für extrem toxische Stoffe. Infolge dieses Unfalls starben in der näheren Umgebung sofort Vögel und Kleintiere. Trotzdem wurde in der Firma noch circa eine Woche weitergearbeitet. In der Folge mussten circa 220.000 Menschen ärztlich untersucht werden. Dabei wurden fast 200 Fälle von Chlorakne, eine Hauterkrankung, festgestellt. 70.000 Tiere wurden notgeschlachtet. Die Häuser von 40 Familien mussten evakuiert und abgerissen werden, die oberen Bodenschichten wurden abgetragen. Der Boden wurde deponiert. Als Wiedergutmachung und Entschädigung wurden bisher mehr als 300 Millionen DM gezahlt.

Dieser schreckliche Unfall war Anlass, den Umgang mit gefährlichen Stoffen auf europäischer Ebene zu überdenken und durch Richtlinien der Europäischen Union neu zu regeln, und daher hat diese Richtlinie auch die Kurzbezeichnung „Seveso-Richtlinie“ bekommen. Allerdings mussten wir in der letzten Woche schreckensvoll zur Kenntnis nehmen, dass auch durch menschenverachtenden Terrorismus und nicht nur als Folge von Unfällen und technischen Fehlern gefährliche Stoffe in solch großer Konzentration in die Umwelt gelangen und so massiv Menschenleben bedrohen können. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass die Seveso-II-Richtlinie oder gar der vorliegende Gesetzentwurf in der Lage sein werden, sichere Vorsorge und fehlerfreies Krisenmanagement auf Terroranschläge in Industrie- und Chemieanlagen leisten zu können. Dafür sind die Gesetze nicht ausgelegt und ich bezweifle, dass dieses überhaupt möglich ist. Trotzdem brauchen wir solche Gesetze, wie das Ihnen zur Beratung und zur Beschlussfassung vorgelegte.

Die Seveso-II-Richtlinie vom 09.12.1996 hat als Grundlage die Erkenntnis, dass zwar anlagentechnische Sicherheitsmaßnahmen gut etabliert sind, dagegen von den so genannten unsicheren Handlungen als Ursache oder infolge von Störfällen oder Beinahe-Störfällen große Gefahren ausgehen. Ich will als Beispiel nur nennen – das ist Ihnen sicherlich in Erinnerung – den Unfall in einer Fabrik für Feuerwerkskörper in Enschede in Holland. Dieses ist ein solcher Fall. Dieser Gefahr soll durch die Einführung entsprechender Organisationsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die europäische Richtlinie musste eigentlich bis zum 03.02.1999 in nationales Recht umgesetzt werden. Leider war Deutschland als Bundesstaat und waren auch die Bundesländer einschließlich Mecklenburg-Vorpommern und auch einschließlich des Umweltministeriums säumig bei der befristeten Umsetzung dieser Richtlinien. Allerdings konnten die Bundesländer, wie es in Deutschland üblich ist, erst aktiv werden, nachdem der Bund sein Verfahren abgeschlossen hatte. Dies ist durch die „Verordnung zur Umsetzung EG-rechtlicher Vorschriften betreffend die Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen“ geschehen, die mit der Verkündung im Bundesgesetzblatt am 2. Mai 2000 in Kraft getreten ist. Dort wird in einer Artikelverordnung neben der Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte vor allem die 12. Bundesimmissionsschutzverordnung – diese ist auch kurz bezeichnet als Störfallverordnung im Gespräch – neu geregelt. Auf diese Störfallverordnung wird in dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf vielfach Bezug genommen und wesentliche Regelungen sollen aus dieser Störfallverordnung übernommen werden.

Daraus ergibt sich die Frage, warum es überhaupt einer landesrechtlichen Regelung bedarf, wenn wir eine Bundesverordnung dazu haben. Dazu ist Folgendes auszuführen: Mit dem Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf soll die Seveso-II-Richtlinie dort in deutsches Recht, nämlich in Landesrecht, umgesetzt werden, wo es keine Gesetzgebungskompetenz des Bundes gibt, denn bei der Umsetzung dieser Richtlinie waren zwei Besonderheiten zu beachten:

Erstens. Nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes hat der Bund auf dem Gebiet des Störfallrechtes nur die Gesetzgebungskompetenz, soweit es sich um gewerbliche oder solche Betriebsbereiche handelt, die als wirtschaftliche Unternehmen gelten. Diese bundesrechtli-

chen Umsetzungen sind durch die genannte Bundesverordnung erfolgt. Wissenschaftliche Einrichtungen, beispielsweise Universitätslabore, sind davon nicht erfasst. Dies soll nunmehr mit dem Ihnen vorliegenden Landesgesetz geschehen, das sich inhaltlich eng an die entsprechenden bundesrechtlichen Regelungen hält.

Zweitens. Die EG-Richtlinie enthält Verpflichtungen, die nach der deutschen Rechtsordnung einerseits dem Umweltrecht, explizit Störfallrecht, andererseits dem Katastrophenschutzrecht zuzurechnen sind. Das hier zur Beratung anstehende Gesetz betrifft nur das Störfallrecht. Die erforderlichen Änderungen im Landeskatastrophenschutzgesetz haben Sie bereits auf Ihrer 58. Sitzung in Erster Lesung behandelt und werden Sie, so hofft die Landesregierung, im Oktober verabschieden können. Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Seveso-II-Richtlinie ist zunächst, dass es sich um gefährliche Stoffe im Sinne dieser Richtlinie handelt und die dort bezeichneten Mengen tatsächlich vorhanden sind beziehungsweise überschritten werden.

Ich will Sie nicht mit technischen Einzelheiten dieser Verordnung und anderen Zusammenhängen belasten, ich will nur erwähnen, dass es sich um Stoffgruppen handelt, die giftig sind, die explosionsgefährlich sind, die brandfördernd sind, leicht entzündlich oder auch als krebserzeugend eingestuft sind. Daneben werden auch konkrete chemische Stoffgruppen benannt, beispielsweise Arsenverbindungen, Organo-Blei-Verbindungen, Chlor, Brom oder Schwefeloxide, um nur eine Auswahl zu nennen.

Die relevanten Mengen sind vergleichsweise hoch, also in der Störfallverordnung festgelegt, so dass in aller Regel solche Mengen außerhalb betrieblicher Einrichtungen und damit innerhalb des Wirkungsbereiches unseres Gesetzes nicht anfallen werden. So tritt die Störfallverordnung zum Beispiel bei Chlor erst bei einer Menge von 10 Tonnen in Kraft oder bei 5.000 Tonnen Benzin. Werden diese Mengen allerdings überschritten, muss der Betreiber Maßnahmen zur Verhinderung von Störfällen und zur Begrenzung von Störfallauswirkungen treffen sowie Konzepte zur Verhinderung von Störfallauswirkungen ausarbeiten. Bei bestimmten Anlagen müssen darüber hinaus Sicherheitsberichte und interne Alarm- und Gefahrenabwehrpläne erstellt werden. Die zuständige Behörde hat die Einhaltung dieser Pflichten zu überwachen und über den Vollzug dieses Gesetzes ist in regelmäßigen Abständen dem Bundesumweltministerium zu berichten.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Verbände in der Anhörung der Landesregierung keinerlei Einwände gegen den Gesetzentwurf vorgebracht haben, insbesondere wohl aufgrund der Tatsache, dass diese Stoffe in relevanten Mengen bei den abgefragten Forschungs- und Landeseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern nicht vorhanden sind und auch ein Erreichen der Mengenschwellen in Zukunft nicht wahrscheinlich ist oder, ich will vorsichtiger sagen, wenig wahrscheinlich ist. Ein Grund, auf dieses Gesetz zu verzichten, ergibt sich daraus jedoch nicht. Die Organe der Europäischen Union haben immer klargestellt – und damit haben wir ja auch unsere Erfahrungen –, dass eine Umsetzung von EU-Richtlinien unabhängig von der praktischen Relevanz zu erfolgen hat. Ich bitte Sie deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, diesen Gesetzentwurf federführend in den Umweltausschuss zu überweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Lassen Sie mich zum Abschluss zum Ausdruck

bringen, dass dieses Gesetz, um dessen Behandlung ich Sie bitte, und weitere Regelungen zur Seveso-II-Richtlinie nur präventiven Charakter haben und niemals im Lande Mecklenburg-Vorpommern oder anderswo ihre Praxistauglichkeit beweisen müssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Umweltminister.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, eine Aussprache nicht vorzunehmen. Wenn Sie damit einverstanden sind, lasse ich jetzt über den Vorschlag des Ältestenrates abstimmen, diesen Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/2238 zur federführenden Beratung an den Umweltausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsvorschlag zu? – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist diesem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Umstellung von Gesetzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Euro, auf Drucksache 3/2263.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes zur Umstellung von Gesetzen des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Euro (Euro-Umstellungsgesetz – EuroUG M-V)**  
(Erste Lesung)  
– Drucksache 3/2263 –

Das Wort zur Begründung hat die Finanzministerin. Bitte sehr, Frau Keler.

**Ministerin Sigrid Keler:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nicht nur der Haushalt wird ab dem Jahr 2002 in Euro geführt, auch sämtliche Gesetzestexte des Landes, in denen D-Mark-Angaben enthalten sind, müssen rechtzeitig auf die neue Währung umgestellt werden. Mit dem Euro-Umstellungsgesetz kommt die Landesregierung dieser Verpflichtung nach. Insgesamt müssen 47 Gesetze geändert werden, 35 davon sind von dem Euro-Umstellungsgesetz umfasst. Die übrigen Anpassungen werden im Zusammenhang mit anderen notwendigen Gesetzesänderungen vorgenommen. Diese sind zum Teil bereits in Kraft getreten, im Gesetzgebungsverfahren oder ansonsten in Vorbereitung.

Zur Verwaltungsvereinfachung wurde der krumme amtliche Umrechnungskurs 1,95583 DM gleich 1 Euro in vielen Fällen geglättet. Dabei wurden Aufrundungen vorgenommen, wie etwa beim Landesschiedsstellengesetz – hier kommen die Mehreinnahmen den Kommunen zugute –, und auch Abrundungen, wie etwa bei den Dienstaufwandsentschädigungen für den Ministerpräsidenten und die Minister.

Meine Damen und Herren! Das Euro-Umstellungsgesetz ist ein, wenn auch kleiner Schritt auf dem Weg zu einer funktionierenden europäischen Gemeinschaftswährung. Ich bitte Sie deshalb um zügige Beratung in den Fachausschüssen und schließlich um Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Im Ältestenrat wurde ebenfalls vereinbart, eine Aussprache nicht vorzunehmen. Wenn Sie keinen Widerspruch dazu haben, würde ich vorschlagen, über die Überweisung in den Finanzausschuss abzustimmen. Wer damit einverstanden ist, dass wir diesen Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/2263 in den Finanzausschuss überweisen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Liegenschaftsverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie des Staatlichen Hochbaus, auf Drucksache 3/2264(neu).

**Gesetzentwurf der Landesregierung:  
Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung  
der Liegenschaftsverwaltung des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern sowie  
des Staatlichen Hochbaus  
(Erste Lesung)**

– **Drucksache 3/2264(neu)** –

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin. Bitte sehr, Frau Keler.

**Ministerin Sigrid Keler:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des Bau- und Liegenschaftsbereiches vor. Diese Reform ist deshalb notwendig, weil der derzeitige historisch gewachsene Zustand nicht zufrieden stellend ist. Zwei Problemkreise möchte ich hervorheben:

Erstens. Die Landesverwaltung nutzt im Umfang von circa 900.000 Quadratmetern Hauptnutzfläche etwa 3.000 Gebäude, die sich im Eigentum des Landes befinden. Die Nutzung eigenen Vermögens ist betriebswirtschaftlich ein Aufwand, der jedoch nach unserer Haushaltssystematik nirgendwo erfasst wird. Die Behörden nutzen die Flächen unentgeltlich und damit gleichsam umsonst. Bei dieser Situation kann sich nur begrenzt ein Bewusstsein für Flächennutzungskosten und damit eine Mitverantwortung für deren Entwicklung herausbilden. Eine optimale Steuerung des Flächenverbrauchs lässt sich nur dann erreichen, wenn die Behörden und Mitarbeiter ein eigenes Interesse daran haben, die von Ihnen genutzten Flächen auf das unabdingbar Notwendige zu begrenzen.

Zweitens. Die Bewirtschaftung der Landesliegenschaften erfolgt zurzeit dezentral. Das heißt, jedes Ministerium und viele nachgeordnete Dienststellen werden selbständig tätig. Das hat zur Folge, dass wir Mengenrabatte nur unzureichend in Anspruch nehmen können, und dass außerdem bei den Mitarbeitern, die Verträge abschließen, kein hinreichender Marktüberblick vorhanden ist. Punktuelle Untersuchungen haben gezeigt, dass zum Beispiel für Bewachungsdienste, Reinigungsdienste und Ähnliches zum Teil ganz unterschiedliche Verträge abgeschlossen worden sind. Eine Erhebung der Daten, beispielsweise für die bisher dezentral vergebenen Reinigungsleistungen, zeigt eine Schwankungsbreite von 11 DM bis 32 DM je Quadratmeter Hauptnutzfläche im Jahr. Allein hier besteht, verglichen mit externen Benchmarks, ein Einsparpotential in Millionenhöhe.

Die geschilderten Probleme gibt es nicht nur bei uns. Zurzeit wird bundesweit auf allen Ebenen der Verwaltung mit verschiedenen Modellen versucht, das Liegenschaftsmanagement zu verbessern. Die Landesregierung hat sich dafür entschieden, dem Parlament folgende Lösung vorzuschlagen: Wir wollen alle Grundstücke in einem Sondervermögen nach Paragraph 26 LHO zusammenfassen mit Ausnahme einiger Sonderbereiche, wie zum Beispiel dem land-, forst- und wasserwirtschaftlichen Vermögen, den Straßenflächen oder anderen Grundstücken, die sich für eine derartige zentrale Verwaltung nicht eignen. Auch die Gebäude des Landtages sollen wegen der eigenständigen Position dieses Verfassungsorgans nicht einbezogen werden. Dazu hat Ihnen die Landesregierung gestern noch einen Ergänzungsantrag unterbreitet. Die Nutzer der Grundstücke sollen dafür ein Entgelt bezahlen. Damit wird erstmals der Flächenverbrauch im Haushalt dokumentiert und auf diese Weise steuerbar. Dem Sonderbetrieb wird das Personal zugeordnet, das bisher mit Bau- und Liegenschaftsverwaltungsaufgaben befasst war, und zwar sowohl im Finanzministerium beziehungsweise der Oberfinanzdirektion und den Landesbauämtern als auch in den einzelnen Fachressorts.

Die Vorteile dieser Regelung liegen nach Auffassung der Landesregierung in folgenden Punkten: Die nutzenden Ressorts können über die Miete erstmals den Wert der Flächeninanspruchnahme genau erkennen. Reduzierung der genutzten Fläche führt zu einer Verminderung der Kosten. Daran werden die nutzenden Ressorts beteiligt, so dass sie ein eigenes Interesse an einem wirtschaftlichen Umgang mit der Fläche entwickeln. Die einheitliche Bewirtschaftung der Liegenschaften nach gleichmäßigen Grundsätzen erlaubt es, Benchmark-Systeme zu entwickeln und unwirtschaftliche Verträge beziehungsweise Betriebsabläufe zu ändern. Im Beschaffungsbereich können Mengenvorteile genutzt werden. Das hausverwaltende Personal, wie zum Beispiel Hausmeister, Hausarbeiter, Pförtner et cetera, soll im Prinzip dezentral vor Ort verbleiben. Allerdings können durch die einheitliche Leitung Arbeitsspitzen beziehungsweise Arbeitstäler ausgeglichen und dadurch insgesamt die Kosten reduziert werden. Die Zusammenführung der fachlichen und der Liegenschaftsaufgaben führt dazu, dass der jeweils für eine Liegenschaft zuständige Mitarbeiter die Immobilie als Ganzes in den Blick nimmt. Das bedeutet, dass er sich nicht mehr nur für einen Teilbereich, zum Beispiel das Bauen oder das Sanieren eines Gebäudes, interessiert, sondern auch für die Wirtschaftlichkeit der nachfolgenden Nutzung.

Dieses neue Denken erfordert naturgemäß erheblichen Umschulungs- und Qualifizierungsaufwand. Wir meinen aber, dass sich dies lohnen wird. Insgesamt erwarten wir aus der Reduzierung des Flächenverbrauchs, aus dem wirtschaftlicheren Einsatz des Personals und aus anderen Synergieeffekten dauerhafte Einsparungen in einer Größenordnung von circa 50 Millionen DM. Allerdings werden sich diese Wirkungen nur schrittweise über einen mittelfristigen Zeitraum realisieren lassen.

Zur Umsetzung der hier vorgestellten Überlegungen benötigen wir die Zustimmung des Landtages zu dem Ihnen vorlegten Gesetzentwurf. Wir beabsichtigen, die neue Einheit stufenweise einzuführen, das heißt im Jahre 2002 die Bereiche der Landesbauämter Schwerin und Neubrandenburg, im Jahr 2004 sollen dann die Landesbauämter Rostock und Greifswald folgen. Die haushaltsmäßigen

Konsequenzen werden zurzeit erarbeitet. Die Landesregierung wird noch in das laufende parlamentarische Verfahren zum Doppelhaushalt 2002/2003 auf geeignete Weise den Entwurf eines Wirtschaftsplans einspeisen, mit dem der kostenneutrale Umstieg auf das neue System haushalts-technisch abgesichert werden soll.

An dem gesamten Vorhaben ist von einigen Seiten Kritik vorgetragen worden. So haben beispielsweise einige Mitarbeiter der Verwaltung, aber auch die Personalvertretungen gefordert, zunächst detaillierte Untersuchungen über das angestrebte Endergebnis anzustellen und erst danach die Reform durchzuführen. Nach meiner Einschätzung sind dies nichts anderes als Versuche, das ganze Unternehmen auf die lange Bank zu schieben und es damit nach Möglichkeit sterben zu lassen.

(Volker Schlotmann, SPD: Damit sie wieder was zu meckern haben.)

Reformvorhaben dieser Art lassen sich niemals im Vorhinein bis in die letzte Einzelheit exakt durchplanen. Wichtig ist vielmehr, eine klare Zielsetzung zu entwickeln und die Einzelprobleme dann gemeinschaftlich bei der Umsetzung schrittweise zu lösen. Dies halte ich für möglich. Das gilt zum Beispiel auch für Besonderheiten im Bereich der Landespolizei. Hier befinden wir uns in konstruktiven Gesprächen mit der Polizeiverwaltung, um Wege zu finden, die das Gesamtziel nicht gefährden, aber gleichzeitig der Sondersituation, zum Beispiel im Bereich der Bereitschaftspolizei, Rechnung zu tragen.

Ein anderer Kritikpunkt betrifft das Thema der sozialverträglichen Umsetzung der Reformkonzepte. Wir beabsichtigen, alles zu tun, um eine für die Mitarbeiter zumutbare Lösung zu finden. Wir wollen betriebsbedingte Kündigungen nach Möglichkeit vermeiden und werden auch bei notwendigen regionalen Umsetzungen versuchen, auf die Belange der Betroffenen Rücksicht zu nehmen.

Der Forderung der Gewerkschaften nach einem unbefristeten einseitigen Kündigungsschutz können wir jedoch nicht nachkommen. Wir haben uns mit der hier vorgeschlagenen Kündigungsschutzregelung bis zum 31.12.2005 an den entsprechenden Vorgaben des Landkreisleistungsneuordnungsgesetzes orientiert. Weiter gehende Regelungen würden eine Begünstigung der Mitarbeiter im Bau- und Liegenschaftsbereich gegenüber allen anderen Landesbediensteten mit sich bringen, die ja ebenfalls keinen unbefristeten einseitigen Kündigungsschutz genießen. Man könnte im Übrigen keinem Lehrer, keinem Mitarbeiter des Landeshygieneinstituts und keinem Bediensteten in der Forstverwaltung klar machen, warum die Bau- und Liegenschaftler einen unbefristeten gesetzlichen Kündigungsschutz ohne jede Gegenleistung erhalten sollen, während zum Beispiel in den hier genannten Bereichen beträchtliche Opfer im Interesse der Erhaltung des Arbeitsplatzes erbracht worden sind.

Abschließend möchte ich um Ihre Unterstützung für dieses Vorhaben werben. Es handelt sich um einen wichtigen Baustein im Gesamtkonzept der Verwaltungsmodernisierung. Wir haben hiermit die Chance, die Liegenschaftsverwaltung gleichzeitig besser und billiger zu machen, das heißt, Einsparungen zu erzielen, ohne die Leistungen an den Bürger vermindern zu müssen. Niemand im Land hätte Verständnis dafür, wenn wir diese Gelegenheit nicht ergreifen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Finanzministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Wenn Sie damit einverstanden sind, eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion.

**Georg Nolte, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ziel dieses Gesetzes, nämlich Einsparungen zu erzielen, wird wohl von allen Beteiligten uneingeschränkt bejaht. Es ist mir allerdings unverständlich, dass das Finanzministerium, das ansonsten für seine akribische Arbeit bekannt ist, heute ein Gesetz vorlegt, das mit derartig heißer Nadel gestrickt worden ist, so dass es bei näherer Betrachtung sofort zu Widerspruch herausfordern muss.

Ich glaube selbstverständlich, dass Mecklenburg-Vorpommern sich nicht der Arbeitsrichtung anderer Bundesländer entziehen kann, ein effektives Facility Management zu organisieren. Dass andere Bundesländer hier bereits konkrete Erfahrungen haben, ist bekannt. Ich verweise hier nur auf die bereits im Jahr 2000 getroffenen Regelungen im Bundesland Nordrhein-Westfalen oder auf die bestehenden Regelungen anderer Länder. Es ist bekannt, dass durchaus unterschiedliche Wege in den einzelnen Bundesländern gegangen werden. Wenn unser Bundesland in der Vorlage des Gesetzes sich auf ein Gutachten der Mercier Management Consulting aus München stützt, das Grundsätze für die Neuordnung des Gebäudemanagements formuliert, dann wäre es zumindest zweckmäßig, dass auch im Rahmen des Parlamentes dieses Material bekannt wird, denn schließlich ist es wichtig, die Umsetzung dieser Grundsätze in dem vorliegenden Gesetz kennen zu lernen.

Ich kann in dieser Rede nur kurz auf die Probleme der Gesetzesvorlage hinweisen. Als Wichtigstes muss ich darauf verweisen, dass hier ein Schattenhaushalt entsteht, der sich nicht der Kontrolle des Parlaments entziehen darf.

(Ministerin Sigrid Keler: Paragraph 26 LHO.)

Diesbezüglich ist ein ergänzender Kontrollmechanismus durch den Landtag festzulegen, da die Regierungsvorlage dies vermissen lässt. Nach Sicht der CDU-Fraktion sind die Unbestimmtheiten in diesem Gesetz zu groß, um uneingeschränkt dieser Vorlage zustimmen zu können. Es ist zum Beispiel eine schrittweise Übernahme von Strukturen und Liegenschaften in der Zeitfolge 2002/2004 und folgende Jahre beschrieben. Allerdings fehlen hierzu weitgehende, ausführende und detaillierte Regelungen. Weiterhin ist die Übereinstimmung mit der Vorlage des Haushalts 2002/2003 nicht gegeben. Dies betrifft insbesondere den Einzelplan 12. Akzeptables Ziel dieses Gesetzes ist es, Einsparungen zu erreichen. Ich habe das bereits erwähnt. Die Kosten für den Aufbau der neuen Struktur werden allerdings nicht beschrieben. Auf einen Nenner gebracht, könnte man sagen: Wir wissen nicht, was das Ganze kostet, aber wir wollen natürlich Einsparungen erzielen.

Ich denke, hier ist besonders wichtig, wie sich die Struktur und die Aufbaukosten besonders für den Bereich der kaufmännischen Buchführung niederschlagen werden. Insofern hat das Gesetz eine gute Absicht, allerdings ist es nicht im Hauruckverfahren zu lösen, schon gar nicht

so, wie in der Vorlage beschrieben. Ich will auf einige Details eingehen:

Erstens. Eine wesentliche Kontroverse ist die Behandlung der Liegenschaften des Landtages. Allein der Fakt, dass einen Tag vor Behandlung dieser Gesetzesvorlage im Landtag – die Ministerin erwähnt dies soeben – eine Neufassung des Gesetzes bezogen auf die Regelungen im Landtag vorgelegt wird, deutet an, welches Tauziehen sich im Hintergrund bemerkbar macht.

(Angellka Gramkow, PDS: Ach! Ihnen ist es doch auch nicht aufgefallen, Herr Nolte! Geben Sie es doch zu!)

Frau Gramkow, jetzt gucken Sie noch mal die Drucksache 3/2264(neu) an!

(Angelika Gramkow, PDS: Ich kenne sie.)

Da ist der Paragraph 2 nämlich unverändert, lediglich die Begründung hat sich verändert. Das ist ja der Treppenwitz der Geschichte. Die Öffnungsklausel müsste hier korrigiert werden, so, wie das im Ältestenrat besprochen worden ist und was Bedingung für die Beratung dieses Gesetzes heute hier im Landtag war. Und wenn nicht mal das im Gesetzentwurf verankert worden ist, dann frage ich mich, was hier eigentlich passiert.

Auch bei der Nachbesserung, das heißt Ausgliederung des Landtages aus der neuen Struktur, ist nach wie vor nicht geklärt, welche Methodik und welche Stufigkeit bei der Prüfung und Genehmigung von Bauvorhaben für den Landtag zu verfolgen ist. Auch das Argument, die Dienstleistung der BBL zu nutzen, ersetzt nicht eine notwendige Novelle – ich betone das hier ganz deutlich – der gegenwärtig gültigen Regelungen bezüglich der Stufigkeit und der Prüfungskompetenz im bisherigen Recht.

Zweitens. Im Paragraphen 5 wird ausdrücklich eine gewerbliche Tätigkeit ausgeschlossen. Das Geschäftsfeld der LVVG ist aber auch gewerblich orientiert, wie jeder von uns weiß. Es besteht hier ein Widerspruch bei Berücksichtigung der Absicht, laut den Erläuterungen auf Seite 14 und 15 den LVVG-Vertrag in Teilschritten überzuleiten. Damit ist ein Graubereich der gewerblichen Betätigung nicht oder noch nicht geregelt.

Drittens. Was heißt eigentlich „Überleitung des Gesellschaftsbesorgungsvertrages der LVVG“, die in Teilschritten erfolgen soll? Diese Erläuterung zum Gesetz ist für mich unverständlich. Bleibt danach die Struktur der LVVG nach diesem Text bestehen oder nicht? Das ist eine offene Frage. Nach bisherigen Informationen sind hierüber die Entscheidungen noch nicht getroffen. Damit ist auch bezüglich der Fragen der gewerblichen Tätigkeit noch keine Klarheit geschaffen.

Viertens. Die gleichen Fragen stellen sich zum Beispiel bezüglich des Betriebes von Kantinen auch in anderen Ministerien und Behörden. Wer macht zum Beispiel Verträge mit Kantinenpächtern, wer realisiert Kontrollen, wer ist verantwortlich für steuerrechtliche Fragen und so weiter? Alles Tätigkeiten im gewerbenahen Bereich, so will ich mal vorsichtig formulieren. Nicht umsonst prüft der Landesrechnungshof gegenwärtig den Kantinenbetrieb in den Dienststellen. Insofern halte ich diese Frage für durchaus wichtig und klärungsbedürftig.

Fünftens. Eine weitere Frage ergibt sich bei der Abgrenzung laut Artikel 1 Paragraph 1. Hinsichtlich der Liegenschaften, die aus der Zuordnung zur neuen Struktur-BBL

entfallen, erhebt sich die Frage, wer die Baumaßnahmen an diesen nicht neu geregelten Liegenschaftszuständigkeiten realisiert. Besteht hier die Absicht, Bauabteilungen in den Ministerien zu gründen, zum Beispiel im Wirtschafts- oder im Landwirtschaftsministerium?

(Angellka Gramkow, PDS: Die Straßenflächen sind draußen! Die Straßenflächen sind draußen! – Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Oder: Was sind zum Beispiel Funktionsflächen bei Straßen, Frau Ministerin? Sie reden ...

Nehmen Sie doch das Wort bitte von der Abgeordnetenbank.

Sind damit vielleicht Nebenflächen gemeint? Hier deuten sich Unschärfen in der Begriffsbestimmung an.

Sechstens. Mit der Überleitung der Bauämter Schwerin und Neubrandenburg, wie geplant per 1. Januar 2002, wird zumindest der Einzelplan 12 ungültig für alle Investitionen in deren Zuständigkeit. Hier wäre es notwendig im Interesse der Transparenz, dass ein Wirtschaftsplan mit anhängendem Finanzplan erstellt wird, der alle diesbezüglichen Investitionen umfasst. Dies liegt im Doppelhaushalt nicht vor. Insofern besteht ein Widerspruch zwischen dem Gesetzentwurf und dem vorgelegten Doppelhaushalt. Diese Frage betrifft selbstverständlich auch die LVVG, denn selbst dem Doppelhaushalt fehlt sowohl der Wirtschaftsplan als auch der Finanzplan. Insofern sind die Veranschlagungen des Doppelhaushaltes auf jeden Fall zu korrigieren und mit dem Gesetz in Übereinstimmung zu bringen.

Siebtens. Es erhebt sich die Frage nach den Aufgaben der Bauabteilung im Finanzministerium. Wenn sich die Aufgabe im Finanzministerium lediglich auf die einer Aufsichtsbehörde beschränken soll, ist diese Struktur selbstverständlich angemessen umzugestalten. Sicherlich wird dann auch keine Abteilung mehr dort erforderlich sein. Vielmehr könnte eine Umgestaltung in ein Referat erfolgen, um die Verwaltung schlanker auszurichten.

Achtens. Im Gesetz ist ein schrittweiser Übergang von Kameralistik und Abrechnung nach kaufmännischen Regeln genannt. Hieraus ergibt sich selbstverständlich die Frage nach der Abgrenzung. Bei begonnenen, im Jahre 2002 noch nicht vollendeten Baumaßnahmen ergeben sich zumindest Unschärfen, die zu regeln sind. Und es ist auch unstrittig, dass bei Einführung einer kaufmännischen Buchführung zumindest eine Eröffnungsbilanz zu erarbeiten ist. Damit stellt sich selbstverständlich auch die Frage der Wertermittlung von Liegenschaften in einer größeren Schärfe, als im Gesetz bisher formuliert.

Neuntens. Der Paragraph 11 enthält Trennungsgeldregelungen, die „unbillige Belastungen“ – so das Gesetz – vermeiden sollen. Die CDU-Fraktion betrachtet diese Formulierung als zu weich. Es kann nicht sein, dass hier eine Lex BBL geschaffen wird, die Vorzugsregelungen gegenüber dem geltenden Recht schafft. Insofern ist an dieser Stelle eine Präzisierung erforderlich.

Zehntens. Wichtige strukturelle Aussagen fehlen nach unserer Ansicht im Gesetz. Der Aufbau der Struktur, besonders hinsichtlich des Zusammenwirkens bei Bundesbauaufgaben laut Paragraph 8, ist unscharf beschrieben. Wie und in welchen Schrittfolgen aus der Oberfinanzdirektion Rostock die Geschäftsleitung der neuen Struktur entstehen soll und wie die Koordinierung bei den

neuen Aufgaben unter Einbeziehung von Bundesaufgaben realisiert wird, bleibt nach dem Gesetz offen.

Insgesamt kann damit bewertend gesagt werden, dass für dieses Gesetz sicherlich eine sachliche Notwendigkeit besteht, allerdings die Umsetzung noch nicht konkret genug beschrieben worden ist. Insofern ist das Gesetzesanliegen richtig. Es ist aber nur längerfristig realisierbar mit definierten Schritten, die bisher nicht eindeutig ersichtlich sind. Für die Beratung in den Ausschüssen halte ich es für erforderlich, dass:

1. Erfahrungen anderer Bundesländer gehört werden,
2. das Gutachten, das dieser Entscheidung zugrunde liegt, bekannt gemacht wird,
3. ein Expertengespräch auf Ausschussebene realisiert wird, das die Probleme bei der Umsetzung dieses Gesetzes näher beschreibt und
4. die Bildung eines unkontrollierten Sondervermögens verhindert wird.

Als schwerwiegenden und dringend notwendigen Korrekturschritt sieht die CDU-Fraktion auch die Präzisierung von Ansätzen und Formulierungen im Haushalt an. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Gramkow von der PDS-Fraktion.

**Angelika Gramkow,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Also, Herr Nolte, Sie hätten wirklich ein nettes Wort finden können,

(Georg Nolte, CDU: Wofür?)

denn ich finde, das, was hier vorliegt, hat diese Generalkritik und das Infragestellen, was Sie hier teilweise gemacht haben, nicht verdient.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Sie wissen ganz genau, dass es sich bei der Errichtung des Sondervermögens um einen LHO-Betrieb nach Paragraph 26 handelt und wir durch den Wirtschaftsplan alle finanziellen Fragen vorgelegt bekommen. Die Finanzministerin hat darauf hingewiesen. Und wenn Sie hier unterstellen, dass man vielleicht doch hätte vorher mal prüfen sollen, ob es nicht teurer werden könnte, dann wissen wir beide doch ganz genau, dass die Finanzministerin dieses Landes sich nicht hier hinstellt und sagt, es gibt Synergieeffekte, das Ziel formuliert, 50 Millionen DM perspektivisch in den Mund nimmt. Und Sie unterstellen, wir müssen noch einmal prüfen, ob es denn nicht teurer werden kann. Das ist ein bisschen lächerlich und ich kenne Sie im Umgang eigentlich auch anders.

Als PDS-Fraktion tragen wir das Ziel des vorgelegten Gesetzentwurfes, nämlich dafür zu sorgen, dass wir im Managementbereich bei den Liegenschaften die Bewirtschaftungskosten senken und letztendlich auch den Flächenbedarf dieses Zieles ausdrücklich zu unterstützen, mit. Ich gehe davon aus, dass wir Kosten sparen und nicht zusätzlich Kosten verursachen werden. Ich bin aber auch dafür, dass wir die Entscheidungen transparent und unter Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchsetzen müssen. Insofern sollten wir vielleicht, Frau Finanzministerin, nicht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

und Personalräten unterstellen, sie wollten es verhindern. Ich glaube, dass die Kritiken, die gemacht worden sind, eher dazu dienen können, dass dieses Projekt im Interesse aller gelingen kann.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS,  
und Barbara Borchardt, PDS)

Und in dem Zusammenhang gibt es natürlich auch zwei Diskussionspunkte bei der PDS-Fraktion:

Da ist erstens die Frage – genau, Sie haben darauf hingewiesen: Ist nicht das Ausschließen betriebsbedingter Kündigungen bis zum Jahr 2005 ausreichend unter der Sicht des Gleichbehandlungsgrundsatzes? Wie gehen wir mit der Forderung der Personalräte um, eine unbegrenzte? Diese Frage steht, dieser Frage müssen wir uns in den Ausschüssen stellen. Ich denke, schauen wir uns an, welche rechtlichen Regelungen wir im Land gegenwärtig haben, dann wird sich dieses auch gemeinsam mit dem Personalrat diskutieren lassen.

In einem anderen Bereich sehen wir auch dringenden Diskussionsbedarf, und wenn Sie gestatten, Frau Ministerin, eben nicht nur bei der Bereitschaftspolizei.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich spreche hier nicht von den Grundstücken und um den Verfassungsschutz, wo er sitzt, muss ich mich auch nicht kümmern, sondern ich spreche zum Personal. Da gibt es einige Fragen, Besonderheiten bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei, die wir nur einfach mal diskutieren und worüber wir miteinander ins Gespräch kommen sollten. Was ich meine, ist, dass Hausmeister, Hausarbeiter, Handwerker und Kuriere nicht nur diese Funktion bei der Polizei ausführen, sondern auch logistische Aufgaben bei polizeilichen Lagen, das heißt, sie werden dafür eingesetzt. Das heißt zum Beispiel, beim Auf- und Abtransport der Absperrgitter, wenn die Bundesligaspiele sind, Kurierdienste, Gefangenensammelstellen, die Transporte, Herausgabe von Verpflegung, letztendlich begleiten sie auch Castortransporte. Und in diesem Zusammenhang ist die Frage, ob aus Sicherheitsgründen bestimmte Angestellte und Arbeiter nicht in den BBL übernommen werden sollten, sondern man hier darüber nachdenkt, eine bestimmte Transparenz und Verfügbarkeit in sicherheitspolitischen Fragen in der Polizei weiter zu ermöglichen.

Ich denke, das sind Diskussionspunkte, denen sollten wir uns stellen. Ich bin davon überzeugt, dass jede einzelne Frage, die Herr Nolte hier aufgeworfen hat, zu aller Zufriedenheit beantwortet werden kann und wir schnell das Sondervermögen in Gesetzesform schaffen sollten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Frau Gramkow, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Thomas?

**Angelika Gramkow,** PDS: Nein.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD-Fraktion.

**Rudolf Borchert,** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zu dem vorlie-

genden Gesetzentwurf will die Landesregierung den rechtlichen Rahmen für die Bildung des Sondervermögens „Betrieb für Bau und Liegenschaften Mecklenburg-Vorpommern“ schaffen.

Der BBL – und da haben wir wieder eine neue Abkürzung – soll zuständig gemacht werden für Baumaßnahmen des Landes, die Bereitstellung, die Unterhaltung, die Bewirtschaftung von Landesliegenschaften. Das beginnt bei der Planung und Durchführung aller Baumaßnahmen einschließlich der Bundesbaumaßnahmen, geht über die Verwaltung und Verwertung von Schlössern und Parks bis hin zur Bewirtschaftung der Landesimmobilien. Ich meine, ein ehrgeiziges Ziel, das sich namens der Landesregierung insbesondere das Finanzministerium stellt, denn der BBL bleibt eine nachgeordnete Behörde des Finanzministeriums.

Wie aus dem Vorspann zum Gesetz zu entnehmen ist, besagt ein Gutachten, dass mögliche erhebliche finanzielle Ressourcen erschlossen werden können. Und, meine Damen und Herren, ich meine, die Früchte dieser umfangreichen Modernisierung der Liegenschaftsverwaltung und des staatlichen Hochbaus werden wir in den nächsten Jahren ernten können. Einen Gewinn sehe ich in jedem Fall in der Zentralisierung aller Maßnahmen, die mit der Bewirtschaftung der Landesliegenschaften verbunden sind.

Mit diesem Gesetz soll auch geregelt werden, dass die Nutzer der Landesliegenschaften Mieter des Betriebes für Bau und Liegenschaften werden, also werden die jetzigen Hausherrn auch Mieter. Ich kann mir gut vorstellen, dass einzelne Hausherrn zunächst Probleme in der zentralen Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften sehen, weil arbeitsorganisatorische Abläufe sich verändern werden und Ungewohntes dazukommen wird. Es wird, so meine ich, gewöhnungsbedürftig sein.

Meine Damen und Herren! Ich sehe in der zentralen Bewirtschaftung der Landesliegenschaften vor allen Dingen den Vorteil, dass bei den Landesliegenschaftsnutzern das Kostenbewusstsein stärker in den Vordergrund treten wird und damit die Aufwendungen für die Unterhaltung und Nutzung gesenkt werden können.

Mit der Modernisierung der Liegenschaftsverwaltung unseres Landes werden auch Landesbedienstete ihren Arbeitsort wechseln müssen. Wir haben es heute gehört. Ich gehe aber davon aus, dass die Landesregierung, wie im allgemeinen Begründungsteil zum Gesetzentwurf dargestellt, die Bediensteten und auch die Personalvertretungen zuvor anhört und entsprechende Lösungen zur Zufriedenheit aller Beteiligten gefunden werden. Sorge macht mir, ob der Zeitrahmen ausreichend ist. Schließlich sollen bis zum 1. Januar die ersten Versetzungen von Bediensteten bereits vollzogen werden.

Meine Damen und Herren! Wie der Sondervermögensbetrieb für Bau und Liegenschaften ausgestaltet werden soll, können wir bereits im Gesetzentwurf nachlesen. Wie das Sondervermögen ausgestattet werden soll, werden wir in den parlamentarischen Beratungen erfahren, denn der dazugehörige Wirtschaftsplan ist zurzeit in Arbeit, wird aber, so, wie es die Ministerin uns heute mitgeteilt hat, noch in den Doppelhaushalt eingespeist werden, Herr Nolte.

Es bleiben darüber hinaus aber noch viele andere Fragen offen, über die wir noch zu reden haben. Auch wenn

sie heute zum Teil von der Ministerin in Ihrer Eingangsrede ja bereits beantwortet wurden – zumindest zum Teil –, sind aus meiner Sicht auf jeden Fall unter anderem noch fünf zentrale Fragen zu bereden:

Erstens. Welche weiteren Aufgaben über die im Gesetz verankerten könnten dem BBL noch übertragen werden? Ich verweise hier auf Paragraph 10.

Zweitens. Wie viel Bedienstete werden insgesamt zum 1. Januar 2002 von der Versetzung in den Betrieb für Bau und Liegenschaften betroffen sein?

Drittens. Wie wirkt sich die gesonderte Vereinbarung zwischen dem BBL und den Hochschulen als auch den Justizvollzugsanstalten zur Bewirtschaftung der Liegenschaften aus?

Viertens. Welchen Inhalt wird der Leistungskatalog für die Bewirtschaftungsleistungen haben?

Fünftens. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung mit der bereits in diesem Jahr begonnenen zentralen Bewirtschaftung der Ministerien in Schwerin gemacht?

Und das andere, was Frau Gramkow und Herr Nolte angesprochen haben, werden wir dann sicherlich im Ausschuss zu beraten haben.

Die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte unseres Landes wendet sich mit einer Stellungnahme und mit Änderungsvorschlägen zum oben genannten Gesetz an den Finanzausschuss. Diese Vorlage – und das ist mein Vorschlag, falls es nicht sowieso schon so vorgesehen ist – sollte den mitberatenden Fachausschüssen zur Verfügung gestellt werden, damit alle mit gleichem Informationsstand in die Beratungen eintreten können.

Meine Damen und Herren! Mit der vor uns liegenden Drucksache werden die Liegenschaften des Landtages nicht in den Betrieb für Bau und Liegenschaften übernommen. Ich bin der Meinung, dass dies eine gute Entscheidung ist.

(Georg Nolte, CDU: Stimmt nicht! Stimmt nicht!)

Ich bin der Meinung, dass dies eine gute Entscheidung ist, weil damit der Gewaltenteilung von Exekutive und Legislative Rechnung getragen wird.

(Georg Nolte, CDU: Die Berechnungsklausel ist so geblieben.)

Und das ist gut so. Der BBL hat damit einige 100 Quadratmeter Hauptnutzfläche weniger zu verwalten und zu bewirtschaften. Aber das nur mal so am Rande.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie dem Vorschlag zur Überweisung des Gesetzentwurfes in die Fachausschüsse zu! – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Borchert.

Ich schließe damit die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/2264(neu) zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Landwirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesent-

wicklung sowie den Umweltausschuss zu überweisen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Überweisungsvorschlag einstimmig gefolgt.

Meine Damen und Herren! Die Fraktionen der SPD und PDS haben um eine Auszeit gebeten. Ich unterbreche den Landtag für eine halbe Stunde. Gleichzeitig bitte ich die Ältestenratsmitglieder, sich im Zimmer des Ältestenrates einzufinden. Wir treffen uns wieder um 15.15 Uhr.

**Unterbrechung: 14.45 Uhr**

**Wiederbeginn: 15.53 Uhr**

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die unterbrochene Sitzung. Ich möchte bekannt geben, dass jetzt die CDU-Fraktion Beratungsbedarf signalisiert hat, so dass die Sitzung noch mal unterbrochen wird bis 16.15 Uhr.

**Unterbrechung: 15.54 Uhr**

**Wiederbeginn: 16.22 Uhr**

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Damen und Herren Abgeordneten, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU – Entwurf eines Gesetzes über die Unterbringung besonders rückfallgefährdeter Straftäter, Drucksache 3/2265.

**Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:  
Entwurf eines Gesetzes über die Unterbringung  
besonders rückfallgefährdeter Straftäter  
(Straftäter-Unterbringungsgesetz – StrUBG)  
(Erste Lesung)**

**– Drucksache 3/2265 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Helmrich von der Fraktion der CDU.

**Herbert Helmrich, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion legt einen Gesetzentwurf vor, weil allgemein angenommen wird, dass eine Gesetzeslücke geschlossen werden muss. Wir haben schwierige Gewalttäter, insbesondere auch Sexualstraftäter, bei denen meistens – auch wegen etwaiger Vortaten – zu erkennen ist, dass es wohl sinnvoll ist, bei ihnen neben einer Strafe auch eine Maßregel der Besserung oder der Sicherung anzuordnen.

(Siegfried Friese, SPD: Das erkennt das Gericht in der Hauptverhandlung.)

Dann erkennt das Gericht in der Hauptverhandlung wegen der Vortaten und wegen der Kenntnis dieses Täters die Situation so, dass sie sagt, der muss anschließend eingesperrt bleiben. Und dann wird immer wieder Haftprüfung gemacht, ob man ihn nicht doch rauslassen kann. Wenn es jemand ist, bei dem man annimmt, dass er rückfällig werden könnte oder rückfällig werden wird, dann muss er eben sitzen bleiben.

Nun gibt es eine kleine Zahl von Tätern, bei denen das Gericht bei der Hauptverhandlung dies nicht erkennt, vielleicht auch nicht erkennen kann, keine Anhaltspunkte hat, seine Gefährlichkeit zu prüfen über das schwere Verbrechen hinaus und über die einmalige Sexualstraftat. Solche Täter werden nur zu einer Strafverbüßung verurteilt und

nach der Strafverbüßung müssen sie heute entlassen werden, insbesondere natürlich, wenn sie auch während der Verbüßung der Straftat keine weiteren Straftaten begangen haben, entweder an Mithäftlingen oder bei Freigang oder sonst was.

Bei diesen Tätern, auch Sexualstraftätern, schweren Verbrechern, die dann entlassen werden müssen, gibt es Fälle, bei denen man während der Haftverbüßung erkennt durch ihr Verhalten, sie lehnen Resozialisierungsmaßnahmen ab, machen sich lustig darüber, mit mir sowieso nicht. Es gibt nicht viel Fälle davon, aber bei diesen sind viele – nicht nur hier die CDU-Fraktion – der Auffassung, dass man in diesen Fällen auch dann, wenn eine Sicherungsmaßnahme oder eine Besserungsmaßregel nicht schon gleichzeitig im ersten Urteil mitbestimmt worden ist, auch bei denen überprüfen können muss, ob die nicht doch länger sitzen und ob die nicht doch eventuell besser in Sicherungsverwahrung bleiben müssen, weil man im Laufe einer Haftzeit von drei, vier, fünf Jahren festgestellt hat, die sind gefährlicher, als der erste Richter das angenommen hat.

(Siegfried Friese, SPD: Wer stellt das fest?)

Und in dieser Situation kann man nun zwei Dinge tun: Entweder man ändert das Strafgesetz und sagt, in solchen Fällen muss der erste Strafrichter noch einmal ran, oder man sagt, die Strafvollstreckungskammer soll dann darüber entscheiden. Diese Fälle sind im Bundesrat zur gesetzlichen Regelung vorgelegt worden und wir haben hier im Landtag die Mehrheit gebeten, mit uns dafür zu stimmen,

(Annegrit Koburger, PDS:  
Und wir haben Nein gesagt.)

dass das Land in Berlin zu einem solchen Gesetzentwurf Ja sagt. Das ist abgelehnt worden.

(Beifall Annegrit Koburger, PDS)

Wir haben also im Bundesrat, im Bundestag und auch hier im Landtag bisher für eine solche Lösung keine Mehrheit gehabt.

(Annegrit Koburger, PDS: Ein Glück!)

Andere Länder, die das auch wollen, wie zum Beispiel Baden-Württemberg oder Bayern, haben dann einen zweiten Weg beschritten und gesagt: Wenn wir das Bundesgesetz nicht ändern können, gibt es dann eine Möglichkeit, es auf Landesebene zu regeln? Die Landesebene ist für Änderungen des Strafgesetzbuches nicht zuständig,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig!)

aber sie ist zuständig für Gefahrenabwehr. Und wenn ein solcher Täter eine Gefahr darstellt, dann kann das Land diese Gefahr feststellen lassen durch ein Gericht und kann sagen, dieser Gefahr müssen wir dadurch begegnen, dass Sicherungsverwahrung angeordnet wird.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Eben, eben.)

Gegen diese Fragen, die Herr Schoenenburg mit zweifelndem Kopfnicken begleitet, gibt es mehrere Gutachten, die sagen, verfassungsrechtlich ist das in Ordnung.

Wir legen jetzt hier ein Gesetz vor, wie es die Baden-Württemberger auch gemacht haben. Sie haben gesagt, dann regeln wir das im Sinne der Gefahrenabwehr. Dafür ist das Land zuständig. Und ein solches Gefahrenabwehr-

gesetz legen wir hier vor. Wir greifen also nicht in die Bundeszuständigkeit ein. Die Zielrichtung ist die gleiche, nämlich die Gefahrenabwehr von der Bevölkerung. Und deshalb bitten wir auch zu diesem Gesetz um Ihre Zustimmung.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir und der Landtag von Baden-Württemberg nicht die Einzigen sind, die diese Gesetzgebungslücke sehen. Ich darf mich berufen auf die SPD in Baden-Württemberg. Sie können die Gesetzesberatung von Baden-Württemberg nachlesen. Die SPD hat Änderungsanträge gestellt. Sie hat zu einzelnen Fragen, etwa der Zuständigkeit, welches Gericht man dann damit befasst, andere Vorstellungen gehabt. Aber die Gesetzeslücke und die Möglichkeit, das prinzipiell mit Landesrecht zu regeln, ist von der SPD zumindest in Baden-Württemberg nicht bestritten worden.

Ich glaube, wir können hier sogar den Bundeskanzler als Kronzeugen anrufen, der sich in diesem Sinne geäußert hat, dass bei derartigen Personen etwas passieren muss.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: War er nicht früher bei Ihnen im Rechtsausschuss?)

Ja, ja, da hat er das ja gelernt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber da hat er sich schlecht benommen.)

Plaudern Sie nicht aus der Schule!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehen Sie! – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Da war er noch jünger.

Ich darf Ihnen außerdem sagen, dass auch die Justizministerin Schubert aus Sachsen-Anhalt – auch SPD – nach Möglichkeiten sucht, um einen Weg zu finden. Ihr schwebt noch ein anderer Weg vor, aber auch sie sieht diese Gesetzeslücke und möchte daran etwas ändern. Und wenn mich nicht alles täuscht, bin ich auch – im Prinzip jedenfalls – mit dem Justizminister aus unserem Lande, Herr Justizminister Sellering, mit Ihnen einig. Sie haben in einer Presseerklärung im Juni

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber nur, wenn es um Presseklärungen geht.)

und jetzt wieder am letzten Sonnabend in der Zeitung auf die Frage „Stimmen Sie auch“, Herr Minister Sellering, „dem Bundeskanzler Schröder zu, der im Sommer gefordert hat, dass nicht-therapiefähige Sexualstraftäter für immer weggesperrt werden müssen?“ gesagt: „Ja, bei schwersten Sexualdelikten dürfen wir kein Risiko eingehen.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist gut so.)

Das ist das Ziel unseres Gesetzentwurfes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das war außerhalb des Parlaments.)

Und, Herr Minister, Sie haben ferner gesagt: Wir in der SPD, der Landesvorstand, wir sind alle dieser Meinung, „und wir werden auf dem Bundesparteitag im Herbst einen entsprechenden Antrag stellen“.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie sollten sich nicht scheuen, auch ehe Sie einen solchen Antrag im Bundesparteitag im Herbst bei der SPD stellen, hier mit uns diesen Gesetzentwurf zu beraten. Wir sind sogar bereit, in den Beratungen so lange zu warten, bis Sie dann die Absicherung von der Bundespartei haben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Das können wir gerne so lange liegen lassen. Aber dann, meine ich, könnten wir hier im Landtag zum Schutz der Bevölkerung beitragen, und wenn es nur wenige Fälle sind – über Sexualstraftaten in diesem Lande haben wir gehört, drei, fünf im Jahr, die eine ist verbrannt worden, wir alle kennen diese Bilder –, und wenn wir nur einen oder zwei solcher Fälle dadurch verhindern, dann haben wir hier etwas Gutes getan. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Helmrich.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Friese von der Fraktion der SPD.

**Siegfried Friese, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Helmrich, Sie sagten es bereits, wir haben uns vor vier Monaten hier an dieser Stelle damit beschäftigt und diesen Antrag abgelehnt. Weil es sich aber um ein ernstes Thema handelt und wir dieses durchaus auch als ein solches sehen, will ich auf Ihren Antrag eingehen. Ich komme allerdings, das sage ich vorweg, zu anderen Ergebnissen als zu denen, die Sie hier vorgetragen haben. Es stellt sich nämlich die Frage, was mit Ihrem Gesetzentwurf eigentlich bezweckt werden soll. Die Antworten auf diese Fragen gehen aus Ihrem Gesetzentwurf nur vordergründig hervor. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass Ihr Gesetzentwurf Fragen aufwirft, diese meiner Meinung nach aber nur unzureichend beziehungsweise nicht beantwortet.

Fangen wir mit den von Ihnen postulierten angeblichen Lücken zum Schutz der Allgemeinheit vor gefährlichen Straftätern an. Ich frage mich, ob Sie die Problem- und Gesetzeslage recht beurteilen. Sie führen aus, eine landesrechtliche Regelung zur Abwehr der von nicht psychisch Kranken drohenden Gefahren sei zulässig und geboten –

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

und jetzt zitiere ich aus Ihrem Gesetzentwurf –, „auch wenn nur wenige Fälle diese Maßnahme erfordern“. Ich stimme zu, an dieser Stelle muss man nicht über Häufigkeiten streiten, ein Fall ist bereits zu viel.

(Herbert Helmrich, CDU: Sehr schön.)

An anderer Stelle heißt es: Bei einem kleinen Teil von Rückfalltätern ließe sich mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhersehen, dass sie nach ihrer Haftentlassung erneut schwerste Straftaten begehen würden. Dann wiederum ist in Ihrem Gesetzentwurf davon die Rede, dass die Rege-

lung nur in sehr wenigen Fällen eingreifen wird. Es hat den Anschein, als drücken Sie sich vor klaren Termini oder Sie wissen nichts Genaues. Ich frage mich, wie Sie zu Ihren Erkenntnissen über diese wenigen Fälle kommen. Für die von Ihnen geschilderte Fallkonstellation liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor, keine konkreten Zahlen, nicht einmal für unser Bundesland.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Richtig. Richtig.)

Die Bundesjustizministerin hat bei den Landesjustizministern nachgefragt und wenn ich recht informiert bin, haben wir in Mecklenburg-Vorpommern keinen solchen Fall zu melden gehabt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Könnten Sie aber morgen haben. Das kann morgen eintreten.)

Herr Dr. Jäger, ich sagte bereits, dieses ist nicht die Stelle, um über Zahlen und Häufigkeiten zu reden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja eben.)

Ich will nur darauf hinweisen, wir hatten in Mecklenburg-Vorpommern einen solchen Fall bisher nicht. Mir scheint, Sie reden hier von einer eingebildeten Tätergruppe.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Frießel!)

Müsste man nicht erst einmal wissen, von welchen konkreten Phänomenen auszugehen ist, bevor man einen Gesetzentwurf einbringt? Mir geht es um klare Definitionen. Auch treten bei mir Zweifel auf, ob Sie sich im Klaren darüber sind, von welchen gefährlichen Tätern Sie überhaupt reden. Einmal heißt es in der Entwurfsbegründung, man könne die Gefährlichkeit von Straftätern darin erkennen, dass diese zum einen damit drohen, nach der Strafverbüßung neue Straftaten zu begehen,

(Herbert Helmrich, CDU: Zum Beispiel.)

und zum anderen, dass diese ankündigen, als HIV-Positive beziehungsweise Aids-Kranke weiterhin ungeschützt sexuelle Kontakte zu pflegen.

(Herbert Helmrich, CDU: Zum Beispiel.)

Drei Seiten weiter ist dann davon die Rede, dass eine von einem Strafgefangenen ausgehende Ansteckungsgefahr oder Drohung mit minderschweren Rechtsverletzungen, also Straftaten eine Unterbringung in der Sicherungsverwahrung nicht rechtfertigen. Laut Begründung Ihres Gesetzentwurfes besteht die von Ihnen ausgemachte Zielgruppe aus, ich zitiere, „zu zeitiger Freiheitsstrafe verurteilte Straftäter, bei denen durch die Verurteilung die formalen Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung vorliegen, bei denen das Gericht im Zeitpunkt des Urteils aber noch nicht den Hang des Betroffenen zu erheblichen Straftaten bzw. seine Gefährlichkeit für die Allgemeinheit erkennen konnte.“

(Herbert Helmrich, CDU:  
Genau so. Brav vorgelesen.)

Diese Rechtslage sieht aber bereits jetzt vor, dass das Gericht bei der Urteilsfestlegung neben dem Strafmaß, das zeitlich begrenzt ist, eine darauf folgende Sicherungsverwahrung anordnen kann.

(Herbert Helmrich, CDU, und  
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie unterstellen, es gäbe einen Angeklagten, der zwar die Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung aufweise, das Gericht diese jedoch nicht erkenne

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

und deshalb auch nicht anordne.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er versteht das nicht.)

Das bedeutet doch in letzter Konsequenz, entweder das erkennende Gericht hat sich bewusst über die in einem solchen Fall zu erfolgende Anordnung der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung hinweggesetzt ...

**Vizepräsidentin Renate Holznel:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Helmrich?

**Siegfried Frießel,** SPD: Nein. Ich möchte meine Ausführungen zu Ende bringen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann hätten Sie's verstanden. – Herbert Helmrich, CDU:

Das muss vorliegen zum Zeitpunkt der zweiten Entscheidung und nicht zur ersten Entscheidung.)

... oder – und das ist wohl die Konstellation, die Sie umtreibt – das Tatgericht habe die bei dem Angeklagten vorliegenden Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung nicht erkannt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben. –  
Herbert Helmrich, CDU: Nicht erkennen können.)

Bei dieser Konstellation fragt man sich dann allerdings, und das ist der Knackpunkt Ihres Antrages, wie diese Feststellung im Nachhinein möglich sein soll.

(Zuruf von Herbert Helmrich, CDU)

Die angeklagte Tat und die Persönlichkeit des Täters sind dann nämlich nicht mehr Gegenstand einer Hauptverhandlung, denn das gesetzlich geforderte Erkenntnisverfahren ist längst beendet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es ist dabei allerdings auch unklar, so Sie das nachträglich ermöglichen wollen, wie das denn gehen soll.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Verweisen Sie es an die Ausschüsse, dann werden wir sehen! – Dr. Ulrich Born, CDU:  
Fragen Sie mal den Minister!)

Sie wollen die Rechtsstaatlichkeit und das Recht des Straftäters bis zur Rechtsprechung durch die Vollstreckungskammer absenken – knastintern. Bei allem Respekt, meine Damen und Herren, davor kann ich nur warnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und einzelnen Abgeordneten der SPD –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Herr Dr. Born, seien Sie ganz beruhigt, der Justizminister wird dazu auch noch deutlich Stellung nehmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Überweisen Sie es an die Ausschüsse!)

Meine Damen und Herren, führen wir uns doch einmal vor Augen: Bei der Anordnung der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung handelt es sich um die schwerste Sanktion, die gegen einen schuldfähigen Täter nach dem

Strafgesetzbuch verhängt werden kann. Durch das Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten vom 26. Januar 1998 hat der Bundesgesetzgeber die formellen Voraussetzungen dieser Maßregel mit dem erklärten Ziel erheblich abgesenkt, dadurch den Schutz der Bevölkerung vor besonders gefährlichen Intensivtätern zu verbessern. Es ist höchst bedenklich, wenn diese erheblich eingeschränkten materiell-rechtlichen Voraussetzungen der Sicherungsverwahrung durch weitere rechtsstaatliche Einbußen beim Verfahrensrecht ergänzt werden. Jede Befugnis zur nachträglichen Anordnung der Sicherungsverwahrung unterläuft die strengen Voraussetzungen, an die die Strafprozessordnung eine Wiederaufnahme zuungunsten des Täters knüpft. Sie beraubt den Verurteilten zugleich der wichtigsten Garantien des strafprozessualen Hauptverfahrens, die da sind: mündliche und öffentliche Hauptverhandlung im Beisein eines Verteidigers unter Beteiligung von Schöffen, die Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme und das durch die Möglichkeit der Revision gesicherte Beweisanspruchsrecht.

Soweit in der Begründung des Entwurfs für die Zulässigkeit der nachträglichen Anordnung der Unterbringung in der Sicherungsverwahrung darauf abgestellt wird, dass sich im Laufe des Strafvollzugs nachträglich eine Gemeingefährlichkeit des Täters ergibt, kann auch dies keinen geeigneten Anknüpfungspunkt darstellen. Eine solche Beurteilung eines Täters während der Verbüßung einer Strafe kann entweder nur auf Straftaten während des Vollzugs oder auf solche Taten gestützt werden, die bisher unentdeckt geblieben sind. Straftaten während des Vollzugs sind nach der bisherigen praktischen Erfahrung jedoch meist vollzugsbedingt und lassen keine Rückschlüsse auf eine Gefährdung der Allgemeinheit zu. Schauen wir die Gesetzeslage an. Soweit es sich um Straftaten handelt, die bislang nicht abgeurteilt sind, kann die Sicherungsverwahrung bereits jetzt in einem Strafverfahren angeordnet werden. Der Kollege Helmrich wies darauf hin. Fälle, in denen sich eine Gemeingefährlichkeit eines Täters im Vollzug zeigt, ohne dass Straftaten vorliegen, dürften wohl kaum vorstellbar sein. Schließlich, meine Damen und Herren, wurde das gesamte Verhalten des Täters und seine Persönlichkeit vor und während der Tat im Rahmen des Strafverfahrens – jedenfalls in der Regel – von Fachmedizinerinnen und anderen Gutachtern untersucht und beurteilt.

Ich bin daher der Meinung, dass Ihre vorgesehenen Neuerungen eher kontraproduktiv wirken, als dass sie einen Schutz der Allgemeinheit begründen könnten. Allein schon Ihre Darstellung der Mentalität von Strafgefangenen ist weltfremd. Sie behaupten, dass der Gefangene die von Ihnen postulierte Gesetzeslücke kenne und daher eine rückfallvermeidende Sozial- oder Psychotherapie verweigern würde, um seine Entlassung nach dem Strafende nicht zu gefährden. Das Gegenteil ist doch wohl der Fall.

(Herbert Helmrich, CDU:  
Sie waren noch nie in Bützow.)

Ich war in Bützow und ich war vor Ihnen schon in Bützow, nämlich 1991.

Ein so rational denkender Strafgefangener wird versuchen, einen kooperativen Eindruck zu vermitteln, um seine Gefährlichkeit zu verschleiern und in den Genuss des offenen Vollzugs, der Vollzugslockerung und des

Hafturlaubs bis hin zur Aussetzung seiner Strafzeit zu gelangen. Die Gefahr einer vorgetäuschten Therapiewilligkeit erscheint mir nach den bisherigen Erfahrungen weit aus größer.

Es dürfte rechtlich auch höchst fragwürdig sein, dass eine nachträgliche Entscheidung aufgrund eines Beschlussverfahrens mit bloßer mündlicher Anhörung ohne Beweisverfahren getroffen werden kann. Dass noch nicht einmal das Tatgericht herangezogen werden soll, das die tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen für die Verurteilung erarbeitet und verhängt, kommt erschwerend hinzu.

Meine Damen und Herren, der entscheidende Schwachpunkt in dem Gesetzentwurf ist das von Ihnen vorgeschlagene Anordnungsverfahren. Antragsberechtigt soll die Justizvollzugsanstalt sein,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Klar.)

in der der Betroffene einsitzt, und zwar dann, wenn sich während des Strafvollzugs Umstände ergeben, die eine Unterbringung rechtfertigen. Wie hat man sich das vorzustellen, frage ich. Was sind das für Umstände? Wem fallen diese Umstände auf?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Der Anwaltsdirektor entscheidet das.)

Und wer klassifiziert dabei überhaupt diese Umstände als solche, die Sie hier im Blick haben? Das Ihnen vorschwebende Verfahren würde doch zwangsläufig darauf hinauslaufen, dass dies nur die mit dem Insassen in Kontakt stehenden Personen sind, also das Anstaltspersonal. Im Klartext heißt das, dass die einzelnen Vollzugsbeamten aufgrund von allgemeinen Beobachtungen diese eine nachträgliche Unterbringung rechtfertigenden Umstände erst einmal feststellen und dann auch noch als solche bewerten müssen, und das in Bezug auf den schärfsten Eingriff in unser Strafrecht überhaupt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Was  
hat das noch mit dem Rechtsstaat zu tun?!)

nämlich die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung! Das muss man sich mal vorstellen! Ich wiederhole, und, Kollege Helmrich, durchaus mit Grauen: knastintern. Da hilft es überhaupt nichts, wenn dann vor der Entscheidung über die nachträgliche Unterbringung die Gutachten von zwei Sachverständigen einzuholen sind. Was sollen diese Sachverständigen der Strafvollstreckungskammer denn im Nachhinein mitteilen? Schließlich ist nach Ihrem Entwurf an das Verhalten des Betroffenen während des Strafvollzuges anzuknüpfen. Die Sachverständigen haben doch gar keine eigenen Wahrnehmungen gemacht. Das waren doch die Vollzugsbeamten der Haftanstalt.

(Herbert Helmrich, CDU:  
Deswegen ja die Gutachten.)

Der Betroffene müsste doch erst einmal von den Sachverständigen begutachtet werden. Und was soll eigentlich passieren,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das muss  
er vorlesen und das hat ihm jemand  
geschrieben, der keine Ahnung hat.)

frage ich, wenn sich der Betroffene angesichts der ihm konkret drohenden Sicherungsverwahrung weigert, an dem Verfahren teilzunehmen?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Meine Damen und Herren, all dieses macht doch überdeutlich,

(Dr. Ulrich Born, CDU:  
Völlig an der Sache vorbei.)

wo der Haken der ganzen Problematik liegt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein, das macht nur deutlich, dass Sie es nicht verstanden haben. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Herr Born, Herr Born! Ich habe es ganz gut verstanden. – Dr. Ulrich Born, CDU: Ich habe nicht von Ihnen gesprochen. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich werde dazu auch noch was erzählen.)

nämlich in der Begutachtung und Prognose durch Rückschluss von dem Verhalten im Strafvollzug. Nach dem von Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf wären der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten haben bisher stets den Schutz der Allgemeinheit vor Sexualdelikten und anderen Straftaten hoch geschätzt und unterstützt. Dieses wird auch weiterhin so bleiben, jedoch erscheint das mit dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgeschlagene Institut einer nachträglichen Anordnung der Sicherungsverwahrung in der Art und Weise, wie Sie es hier vorschlagen, nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen. Vielmehr wird versucht, grundgesetzlich festgeschriebene Garantien generell zurückzudrängen, ohne dass dieses erforderlich wäre. Das Prinzip der Berechenbarkeit ...

(Herbert Helmrich, CDU: Der Bundeskanzler hat sich also geirrt.)

Der Bundeskanzler hat etwas ganz anderes gemeint. Er hat gesagt, Straftäter müssen gegebenenfalls zwangsläufig und lebenslänglich weggeschlossen werden. Sie wollen aber bereits tatkräftig Verurteilte durch Anstaltspersonal dann lebenslänglich wegschließen. Das ist doch ein erheblicher Unterschied. Ich verstehe nicht, wie Ihnen als Juristen dieses nicht klar wird.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn im Hauptverfahren eine solche Entscheidung, eine solche Feststellung getroffen ist, dann ergeht das Urteil und dann ist dieses korrekt, aber nicht der Weg, den Sie wählen, erst fünf Jahre wegschließen

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und dann entscheiden die Vollzugsbeamten, den schließen wir länger weg oder nicht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da gab es in Deutschland unheilvolle Traditionen.)

Daran wollen wir gar nicht erinnern. Ja, aber hin und wieder muss man daran erinnern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ein Geeiere habe ich noch nie gehört. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, das Prinzip der Berechenbarkeit des Strafvollzugs würde unterhöhlt. Der nächste Schritt wäre die Schaffung einer gesetzlichen Vorschrift, die es ermöglichen würde, eine gerichtlich verhängte Strafe nachträglich zu verlängern, wenn sich während des Strafvollzugs herausstellte, dass die Dauer der verhängten Strafe zur Einwirkung auf den Verurteilten nicht ausreicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch Quatsch!)

Wollen Sie dieses? Herr Dr. Jäger, dieses ist der Weg,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch Kokolores. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ach, Sie kümmern sich um Sachen, die Sie nicht verstehen.)

auf den Sie gelangen, wenn Sie diesen Einschnitt jetzt hier wählen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch vollkommen daneben! – Sylvia Bretschneider, SPD: Tun Sie doch nicht so, als hätten Sie die Weisheit gelöffelt! – Glocke der Vizepräsidentin – Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist doch furchtbar. Meine Güte, dieses Gemäre immer von hinten!)

Meine Damen und Herren, wir sollten, bevor wir uns auf rechtlich und tatsächlich höchst fragwürdige Gesetzentwürfe in einem Bundesland einlassen, versuchen, die derzeitige Gesetzeslage mit den gegebenen Instrumentarien auszuschöpfen. Auch wir Sozialdemokraten, ich wiederhole es an dieser Stelle, sehen die Notwendigkeit des Schutzes der Allgemeinheit vor gefährlichen Rückfalltätern. Dieser Schutz kann aber nur in einem rechtsstaatlich wirklich vertretbaren Rahmen gewährleistet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehr wahr! Sehr wahr! – Dr. Armin Jäger, CDU: Ich würde mal den Redenschreiber wechseln.)

Wenn das geltende Recht dafür nicht ausreicht,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann schließt der Bundeskanzler weg.)

dann muss man darüber reden. Aber nicht auf dem Weg, den Sie wollen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Der von der CDU vorgelegte Gesetzentwurf verbessert den Schutz, den wir gemeinsam anstreben, nicht. Die SPD-Fraktion wird deshalb diesen Antrag ablehnen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Herbert Helmrich, CDU: Na dann macht doch einen besseren Vorschlag!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Friese.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Schoenenburg von der Fraktion der PDS.

**Dr. Arnold Schoenenburg,** PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist schon so, die allermeisten sicherheitspolitischen Erwägungen und Avancen der CDU, wie wir sie in jeder Landtagssitzung serviert bekommen, sei es beispielsweise in Form bestimmter stinkender Vögel

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

oder berserkerhafter Reden gewisser CDU-Abgeordneter oder auch als Papiertiger in Form von Anträgen und Gesetzestexten, sind allenfalls geeignet, einem die gute Laune und manchmal auch den Appetit zu verderben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das mag sein. –  
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Damit dies nicht als Behauptung stehen bleibt, möchte ich den obersten Sicherheitshüter der CDU aus der Landtagssitzung vom 17. Mai diesen Jahres zitieren, wo wir uns ausgiebig mit eben selbigem Antrag auseinander setzen mussten. Jetzt kommt es einfach noch mal als Gesetz. Herr Thomas, ich zitiere: „Bei vielen gefährlichen Mehrfachstraftätern sowie bei Mördern und bei Drogendealern geht es manchmal zu wie beim Großeinkauf. Je mehr Straftaten einer begeht, desto größer ist der Strafabatt. Je gefährlicher der Straftäter ist, desto größer scheint manchmal seine Chance, zu einem Freigang zu kommen.“ Das ist Herr Thomas und er hat offensichtlich eine sehr seltsame Wahrnehmung der Wirklichkeit.

(Reinhardt Thomas, CDU: Sagen Sie mal, in welchen Ländern das passiert, damit das deutlich wird!)

Abgesehen davon, dass ich noch nicht gehört habe, dass diese gefährlichen Täter aus Großhandelskreisen kommen, muss ich aber doch sagen, dass Mecklenburg-Vorpommern weder in Gefahr ist, unter die Räuber zu fallen, noch haben wir hier Zustände wie in Chicago oder in einer Bananenrepublik oder gar in einer CDU-Zentrale.

Und knüppelhageldick haben wir es dann von diesem Herrn bereits in seiner Debatte zur Anstalt Ueckermünde im November 2000 bekommen, wo er uns zunächst sagte: „Wir benötigen eine grundsätzliche Reform des“ ...

(Herbert Helmrich, CDU: Herr Dr. Schoenenburg, zur Sache!)

Das ist alles zur Sache, weil Sie ja nur aufgewärmten kalten Kaffee hier vortragen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

und den will ich Ihnen ja hier gerade darstellen und demonstrieren.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Ja, das stimmt. Das ist peinlich, dass Sie jetzt die alten Sachen servieren.)

„Wir benötigen eine grundsätzliche Reform des Maßregelvollzuges und eine Praxis wie in Bayern. ... Es hat genug Tote und genug Vergewaltigungen gegeben,“

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

„an denen letztendlich“ – und nun hören Sie – „Politiker, Juristen, Ärzte und Psychologen mitschuldig sind. Neben Ärzten und Psychologen müssen auch die verantwortlichen Politiker zur Rechenschaft gezogen werden.“ Lieber Herr Thomas, wenn Sie schon Politiker einsperren wollen, dann fangen Sie doch mit denjenigen CDU-Politikern an, die mit fischig stinkendem Geld Politik machen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ist das jetzt alles, was Sie zur Sache zu sagen haben?)

Nein, meine Damen und Herren, in der Behandlung dieses Gesetzentwurfes muss man feststellen, dass die CDU sicherheitspolitisch – und da tut es mir Leid, dass Herr Helmrich sich auch dafür hergegeben hat – nicht redlich ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum denn das?!)

Was soll man denn zu diesem Gesetzentwurf inhaltlich überhaupt noch sagen, nachdem wir es bereits im Mai ausführlich rauf und runter debattiert haben, Standpunkte ausgetauscht haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Das stimmt doch gar nicht.)

zu keinen neuen Ergebnissen kommen können, denke ich mir? Glauben Sie denn, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie uns mit dem dauernden Vorbringen immer desselben irgendwie auf diese oder jene Weise weich kochen können? Wir werden Ihren Gesetzentwurf, das sage ich jetzt schon, in den Orkus tun.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na prima!)

Das Anliegen des Gesetzentwurfes ist bereits viermal im Bundesrat gescheitert. Viermal!

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Arnold Schoenenburg,** PDS: Nein, ich möchte jetzt erst, Herr Helmrich, ausreden und dann, bitte schön.

Es handelt sich ferner um ein Anliegen, dessen sich der Bund nicht annehmen will.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nur der Bundeskanzler, der gerade opportunistisch ist! –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Der Bundeskanzler. –  
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Nun kommen Sie uns heute mit der fast wortgetreuen Abschrift ...

Hatte ich Ihnen nicht gerade erklärt, wie der Bundeskanzler sich bewegt hat im Rechtsausschuss des Bundestages? Da ist es auch kein Wunder, dass der Bundeskanzler sich dessen annehmen will.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich.  
Aber der Justizminister sitzt doch auch hier.)

Und es war nun nicht gerade, ich will hier nicht aus der Schule plaudern, die Art, wie besonders rechtstreue Juristen sich im Rechtsausschuss des Bundestages gewöhnlich geben. Aber da war er noch jung.

Es handelt sich ferner um ein Anliegen, dessen sich der Bund nicht annehmen will. Und nun kommen Sie uns heute mit der fast – fast! – wortgetreuen Abschrift eines Gesetzes aus Baden-Württemberg.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Das ist doch nicht schlecht.)

Der kleine Unterschied freilich zum baden-württembergischen Gesetz,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

der kommt daher, dass Sie ganz offensichtlich nicht einmal richtig abschreiben können.

(Heiterkeit bei Ministerpräsident  
Dr. Harald Ringstorff)

In Ihrem Paragraphen 1 ist Ihnen die sicherheitspolitische Sicherung durchgebrannt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sonst ist es auch verdammt traurig, Herr Ministerpräsident.)

In Ihrem Eifer, das Gesetz schon mit dem ersten Absatz möglichst scharf zu machen, haben Sie durch eine kleine

Weglassung nunmehr gleich zwei Gefährlichkeitstatbestände, die sich beißen. Man kann es sich aussuchen. Und am Ende lautet der Text: Gefährlich ist ein Täter, wenn er gefährlich ist.

(Heiterkeit bei Ministerpräsident  
Dr. Harald Ringstorff)

Ja, dass die CDU hier in Mecklenburg-Vorpommern ansonsten die Südschiene bedienen will, dagegen haben wir nichts. Nur sollten Sie es dann ehrlich sagen, dass es sich hier tatsächlich, und das haben Sie ja nun getan, um ein Landesgesetz von Baden-Württemberg handelt.

(Herbert Helmrich, CDU: Das habe ich doch gesagt. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ist da was Falsches dran? Das ist doch nicht falsch.)

Habe ich ja auch gesagt.

Früher hieß es in dem Wappen der CDU Ost „Ex oriente pax“ – „Aus dem Osten kommt der Frieden“. Heute heißt die CDU-Devise Ost: „Aus dem Süden, aus Bayern und Baden-Württemberg kommt die sicherheitspolitische Musik“.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Gucken Sie sich mal die Statistiken an! – Unruhe bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Nun lesen wir in dem Entwurf, dass eine Gesetzeslücke, die zudem schrecklich schwerwiegend ist, behoben werden soll. Es heißt dort: Zur Abwehr, ich zitiere, „von nicht psychisch Kranken drohenden Gefahren“. Dazu hat Herr Friese sich schon geäußert. Ich möchte das nicht weiter tun. Wir halten ein solches Landesgesetz für ganz und gar nicht zulässig.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ach!)

Begründung, Herr Helmrich ist darauf bereits eingegangen: Strafrecht wie das Recht der Sicherungsverwahrung sind Bundeskompetenz. Und der Bund hat von dieser Kompetenz bisher ausgiebig, fast zum Erbrechen ausgiebig Gebrauch gemacht. Die Kompetenz ist damit für das Land gesperrt.

(Herbert Helmrich, CDU: Und Gefahrenabwehr? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Dazu komme ich noch.

Sicherlich, meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben extrem exzessive Täter im Auge. Aber auch diesen gegenüber ist nun einmal nicht jedes Mittel recht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt.)

Wir können es uns aus ganz elementaren humanitären Gesichtspunkten nicht leisten, und das ist unsere feste Überzeugung, ungestraft in das Zeitalter der Vorklärung zurückzufallen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

in dem die Unschädlichmachung von Verbrechen das oberste und wahrscheinlich oft die einzige Maxime des Strafens war.

(Herbert Helmrich, CDU: Wir berücksichtigen mehr die Opfer.)

Über diesen Zustand sind wir wohl inzwischen gut 200 Jahre hinaus. „Der Verbrecher hat“, lehrt Hegel, „ein Recht auf Strafe.“ Das bedeutet, so liest man es auch fast überall in der strafrechtlichen Literatur, ein Recht auf eine

rechtsstaatliche, eine bestimmte, die Tat und Persönlichkeit sowie alle Umstände wägende Strafe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Korrekt. Ja.)

Das ist doch wohl die eigentliche Quintessenz des Strafrechts. Und das gilt auch für die Sicherungsverwahrung, die berechenbar sein muss. Und das genau wollen Sie aushebeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, das stimmt nicht. Sie müssen einen Absatz weiter lesen.)

Sonst könnten wir uns die ganze Rechtssicherheit schenken. Und wie heißt es im Grundgesetz? – „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Und, meine Damen und Herren von der CDU, ob Sie es nun wahrhaben wollen oder nicht, auch der niederträchtigste und extremste Verbrecher hat eine menschliche Würde.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und mit der Losung „Wegschließen, und zwar für immer“ ist nichts getan und nichts bewegt.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Und was sagt der Justizminister?)

So entlarvt sich eher früher als später Ihre Initiative als reine Politshow.

Und gerade auch wegen der Würde des Menschen hat doch wohl das Grundgesetz die Todesstrafe verboten und hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass auch dem zu lebenslänglicher Strafe Verurteilten eine Chance bleiben muss,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

irgendwann jedenfalls die Freiheit wiederzuerlangen. Und wenn das schon in Bezug auf die beiden Höchststrafen gilt, muss das erst recht für die Sicherungsverwahrung gelten, die ja nach Ihrer Intention einerseits als polizeiliche, und zwar ganz schlicht, Gefahrenabwehr, gleichzeitig aber auch im Knast als unbefristeter Wegschluss vollstreckt werden soll.

(Herbert Helmrich, CDU: Alle zwei Jahre überprüfen, steht hier drin.)

Diese Konstruktion ist ein Systembruch. Und ich frage da mal, meine Damen und Herren von der CDU, bevor Sie anderen wieder solche Dinge zutrauen und vorwerfen: Ist das nicht schließlich ein Weg in eine andere Republik?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wollen Sie aus dem Rechtsstaat heraus?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn Sie das fragen, ja.)

Ja, die Frage stellt sich Ihnen natürlich gar nicht. Aus unserer Sicht kann der Gesetzentwurf auch die tatsächlichen Probleme nicht lösen. Das beginnt mit einer vagen Beschreibung des Kreises der Einsitzenden, der mit einem Nachschlag an Sicherungsverwahrung bedacht werden soll. Ich wette, dass Sie keine einigermaßen sichere Prognose bekommen werden, wie erheblich gefährlich der Betreffende ist. Das werden Sie nicht hinkriegen. Wer sich mit der Sache auch nur ein bisschen befasst, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie wollen den erst die zweite Tat begehen lassen.)

Na, Sie wollen auf Verdacht wegschließen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee.)

... meine Damen und Herren, weiß doch, wie problematisch Prognosen über künftiges menschliches Verhalten überhaupt sind, denn ich kann doch beispielsweise aus den Reden von Herrn Thomas und dass er sich beharrlich weigert, irgendeine Therapie oder auch allereinfachste Mores in puncto Parlamentskultur anzunehmen, noch nicht auf sein schlimmes politisches Ende schließen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Was die Sicherheit der Prognose betrifft, empfehle ich einen Artikel des Sexualforschers Professor Bremer in der Zeitschrift „Die Zeit“ vom 19.07. dieses Jahres. Er weist darauf, dass bereits jetzt eine restriktive Entlassungspraxis für gefährliche Täter besteht. „Wir haben“, so schreibt Professor Bremer, „bei der Prognose zwei große Probleme: Erstens, wir lassen die Falschen heraus. Das kommt vor,“ „aber nicht sehr oft. Zweitens, wir sperren die Falschen ein.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Einer ist zu viel.)

„Und das kommt leider sehr oft vor ...“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also sperren wir gar keinen ein.)

„Wir sperren lauter Leute ein, die es eigentlich nicht verdienen,“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also Ihre Logik ist bestechend.)

„je niedriger ich die Gefährlichkeitsschwelle setze“, so fährt Bremer fort

(Herbert Helmrich, CDU: Umkehr des Regel-Ausnahme-Rechtes. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

„desto größer wird ihre Zahl ... Wenn ich jeden Sexualtäter, der ein Delikt begangen hat, für immer wegsperre, sperre ich 90 Prozent der Täter unverdient ein, denn nur 10 Prozent von ihnen wird wieder rückfällig.“ So ist die Statistik.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist eine Toplogik.)

Ja, das ist eine Toplogik.

„Das Konzept von der absoluten Sicherheit ist absurd.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.)

„Man kann ja nie genau vorhersehen, wie ein Mensch sich verhält, zum Glück.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, deshalb kann man es auch hinterher besser beurteilen.)

Soweit die Meinung eines Experten, meine Damen und Herren von der CDU.

Sie haben auch Experten benannt. Sie haben allerdings nur zwei gefunden, das kann man ja in Ihrer Drucksache nachlesen, einen Baden-Württemberger, der sicherlich das baden-württembergische Gesetz verfasst hat,

(Herbert Helmrich, CDU: Ich habe Ihnen doch ein paar dazu genannt außer denen.)

und einen Menschen aus Bochum. Mehr haben Sie nicht gefunden. Die andere Literatur, die dagegen steht,

lassen Sie selbstverständlich weg. Die CDU spielt mit dem Schicksal von Opfern und dem Schmerz von Angehörigen und gaukelt eine absolute Sicherheit vor, die niemals erfüllt werden kann, schon gar nicht mit einem solchen Gesetz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ha, ha! – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

In Baden-Württemberg – jetzt passen Sie mal auf, worum es geht, woher der heute hier zur Debatte stehende Gesetzentwurf stammt – fragte ein Abgeordneter der Grünen den dortigen Minister, um wie viele Fälle es denn eigentlich ginge.

(Vizepräsidentin Kerstin Kassner übernimmt den Vorsitz.)

Sie hatten ja die Frage auch aufgeworfen. Antwort des Ministers: Es gibt etwa 20 Sicherheitsverwahrte in Baden-Württemberg, davon kommen möglicherweise 4 Personen in Frage. Nun, meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat 10,4 Millionen Einwohner, 4 davon gehören nach Meinung des Ministers in die nachträgliche Sicherheitsverwahrung. Rechnen Sie mal, wie viel da in Mecklenburg-Vorpommern übrig bleiben! 0,7 Personen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wie viel?)

0,7 Personen.

Dafür macht die mecklenburg-vorpommersche CDU einen Aufriss und beschäftigt den Landtag fortwährend mit diesem Thema. Wir vergeuden Geld und Zeit und menschliche Ressourcen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Dann können Sie ja nach Hause gehen, wenn Ihnen das zu unbequem ist.)

Wenn wir denn eine Prognose vernünftig zu Wege brächten, dann könnte man ja darüber reden, aber wir haben keine Prognose und wir haben keine sicheren Prognosen. Wie schon einer mal richtig sagte: Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Siegfried Frieze, SPD)

Das ist die Größenordnung des Problems, in der sich der Gesetzentwurf bewegt, meine Damen und Herren.

Noch eins: Es gibt auch einfach zu wenig ausgebildete Leute in unserem Land, die als Gutachter in den Einrichtungen in Frage kommen. Es werden schließlich kaum dafür Leute ausgebildet, weil kaum Lehrstühle für Forensik vorhanden sind. Die CDU ist daran ja nicht ganz unschuldig, was jedenfalls die Lage in den neuen Bundesländern betrifft,

(Harry Glawe, CDU: Nun ist es aber genug!)

denn Ihrer Partei, meine Damen und Herren von der CDU, verdanken wir doch ganz besonders, dass das DDR-Hochschulstudium Kriminalistik samt den an den juristischen Fakultäten angeschlossenen Bereichen für Forensik vernichtet wurde, eine Tat, die fast als barbarisch bezeichnet werden muss. Dasselbe fehlende Fachpersonal trifft übrigens in Bezug auf Gerichtsmedizin zu. Über solche sachlichen Probleme zu reden, wie wir da etwas lösen können, sind wir gern bereit.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Aber über ideologisch verbrämte, die Bevölkerung sozusagen auf die Palme bringende Themen zu reden – und etwas anderes haben Sie doch gar nicht vor – sind wir nicht bereit. Und deswegen, weil das so ist, werden wir auch nicht zustimmen, dass dieser Antrag in irgendeinen Ausschuss geht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha, zu feige für die Diskussion.)

Wie ich nachgewiesen habe, ist er auch nicht finanzrelevant, denn bei einem möglichen Einsitzenden, das wird sozusagen die Landeskasse nicht beschweren, gibt es auch keine Finanzrelevanz.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Und deswegen sind wir dafür, dass diese Überweisung des Gesetzentwurfes abgelehnt wird und die Ausschüsse sich nicht mit solchem Mumpitz und solchem Unsinn beschäftigen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Dr. Schoenenburg.

Herr Helmrich hat offensichtlich nicht mehr das Bedürfnis, seine Frage loszuwerden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Doch, doch, natürlich.)

Dann würde ich die Herren bitten, die Mikrofone zu besetzen. Herr Helmrich, Sie können Ihre Frage stellen.

**Herbert Helmrich,** CDU: Herr Dr. Schoenenburg, Sie werfen uns vor, wir kämen immer wieder mit derselben Geschichte.

(Caterina Muth, PDS: Ja.)

**Dr. Arnold Schoenenburg,** PDS: Alte Leier.

**Herbert Helmrich,** CDU: Im Frühjahr haben wir den Landtag gebeten – geben Sie mir Recht, dass das so war? –, die Landesregierung möge einem Bundesgesetz im Bundesrat zustimmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Ich habe gesagt, weil wir dort keine Mehrheit kriegen, kommen wir jetzt mit Gefahrenabwehr und einem Landesgesetz.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Das kann man nicht. Die Zielrichtung ist die gleiche. Dann sagt doch, dass Ihr das Ganze nicht wollt!

(Annegrit Koburger, PDS: Das habe ich schon ein paarmal gesagt.)

Nein, nein.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS)

Jedesmal geht es los mit Verfassungsmäßigkeit.

**Dr. Arnold Schoenenburg,** PDS: Wollten Sie mir nicht eine Frage stellen, Herr Helmrich?

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

**Herbert Helmrich,** CDU: Sind Sie mit mir einig, dass es etwas anderes ist, wenn wir um die Zustimmung zu einem Bundesgesetz bitten und wenn wir jetzt darum bitten, dass Sie einem Landesgesetz zustimmen, dass das für einen Landtag, der als Gesetzgeber tätig ist, etwas wesentlich anderes ist?

(Harry Glawe, CDU: Da muss er zustimmen.)

**Dr. Arnold Schoenenburg,** PDS: Herr Helmrich, ich kann Ihnen nur sagen, es ist schon was anderes,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber?)

wenn Sie den gleichen Antrag vom Mai heute noch mal wiederholen würden, denn dann sind es vier oder fünf Monate später. In der Sache ist es genau das Gleiche,

(Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU: Nee. – Annegrit Koburger, PDS: Natürlich.)

genau das Gleiche. Wir haben hier die gleichen Probleme zu behandeln, wir haben die gleichen Antworten zu geben, weil es immer um die Frage geht,

(Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

ob eine solche Sicherheitsverwahrung rechtsstaatlichen Gesichtspunkten entspricht

(Annegrit Koburger, PDS: Oder nicht.)

oder nicht, ob der Gesetzgeber sich darauf verstehen will, ohne ein letzten Endes begründetes Urteil Leute wegzuschließen oder nicht. Und ich sage es Ihnen noch mal: Das, was Sie hier vorhaben, ist ein Schritt aus dem Rechtsstaat heraus in eine andere Republik.

**Herbert Helmrich,** CDU: Zusatzfrage.

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Gestatten Sie noch eine Zusatzfrage, Herr Dr. Schoenenburg?

**Dr. Arnold Schoenenburg,** PDS: Immer zu! Da kann ich das noch mal wiederholen.

(Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS, und Irene Müller, PDS)

**Herbert Helmrich,** CDU: Würden Sie mir zustimmen, dass ich zu Recht auf eine Gesetzeslücke, wenn auch auf eine kleine, hingewiesen habe?

**Dr. Arnold Schoenenburg,** PDS: Also ich denke, das ist nicht zu Recht gewesen

(Dr. Ulrich Born, CDU: Was?)

und ich habe das hier auch sinngemäß dargelegt. Ich denke, Ihr Gesetzentwurf beinhaltet eine gefährliche Vermischung von Bundesrecht und sozusagen Recht, das nicht gesetzlich gefasst ist, und das wollen wir nicht.

**Herbert Helmrich,** CDU: Letzte Zusatzfrage:

(Annegrit Koburger, PDS: Erst mal warten.)

Sind Sie mit mir einig, dass es sich nicht um Phantomtäter handelt, wie hier schon behauptet worden ist, von denen wir geredet haben?

(Zuruf von Monty Schädel, PDS)

0,7 haben Sie gesagt immerhin.

**Dr. Arnold Schoenenburg,** PDS: Darf ich, Frau Präsidentin? (Zustimmung)

Ich kenne sozusagen aus der Literatur und aus Filmen einen Menschen, der 007 hieß, James Bond.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da weiß ich immer nicht, ob er Täter oder Retter ist, und den kenne ich. Aber ich kenne in Mecklenburg-Vorpom-

mern bisher keinen Täter, auf den das, was Sie hier in Ihrem Gesetzentwurf vorgelegt haben, zutreffen würde.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Und womit befasst der Justizminister sich in der Öffentlichkeit? – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und auch die Statistik kennt diesen Täter nicht, denn kein Mensch besteht aus 0,7. Wohl gibt es Menschen, die aus Sicherheitskreisen kommen und 007 heißen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, die Herren.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Thomas von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

**Reinhardt Thomas,** CDU: Frau Präsidentin!

Herr Dr. Schoenenburg, Sie haben nicht das Recht, andere Abgeordnete in diesem Hause so zu diffamieren, und Sie sind auch nicht der Mann, der Bayern und der CDU Unterricht in Rechtsstaatlichkeit geben kann und darf.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS – Annegrit Koburger, PDS: Oh doch, das sollten wir heftigst.)

Und ich glaube, das ist auch gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Niemand schließt auf Verdacht weg. In diesem Falle unser Vorschlag: Der Anstaltsleiter beantragt, das Gericht entscheidet nach Prognose von Gutachtern. Im Übrigen ist die Südschiene im Bereich Sicherheit und Wirtschaft sehr erfolgreich. Das unterscheidet sie von der Nord-schiene unter Rot-Rot zum Beispiel. Für uns ist die Würde der Opfer unantastbar

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aha!)

und nicht, was ich hier heute gehört habe, die Würde der Schwerverbrecher. Die Priorität ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, das ist interessant. Sie haben aber ein seltsames Grundgesetzverständnis. Im Grundgesetz heißt es, die Würde des Menschen ist unantastbar.)

Nein, die Würde der Opfer hat für uns Vorrang und das ist der Gedanke. Die Würde der Opfer muss Vorrang haben

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

und das unterscheidet uns. Das unterscheidet uns in der Rechtsgüterabwägung und das ist der Punkt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja gut, wenn man das mal so deutlich hört.)

genau darum geht es.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aha, mit dem Grundgesetz nehmen Sie es nicht so genau.)

Wir haben natürlich den Gesetzentwurf aus Baden-Württemberg aufgegriffen, weil wir der Meinung sind, bei diesem wichtigen Thema kann es nicht so bleiben, wie es ist. Das ist doch das Problem.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: 0,0.)

Auch 0,5 können 20 tote Kinder sein. Wenn Sie die in Kauf nehmen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, sehen Sie, Sie malen das schon wieder an die Wand! Genau das ist Ihr Problem.)

dann ist das Ihre Sache. Wir nehmen das nicht in Kauf und dieses Gesetz ist die Antwort auf einen rot-grünen Gesetzgeber, der eben alle Initiativen dazu von der Union bisher in einer unglaublichen Art und Weise abgebügelt hat. Die Ansätze haben wir ja hier auch gesehen und, Herr Friese, zu Ihren Statements ist wirklich nichts zu sagen. Wir drängen seit Jahren auch in Mecklenburg-Vorpommern auf den verbesserten Schutz vor Sexualstraftätern genauso wie auf die Stärkung der inneren Sicherheit. Was wir uns hier von Ihnen anhören müssen, das ist wirklich schon jenseits von Eden. Sie verweigern die Maßnahmen in der Verbrechensbekämpfung trotz wachsender Bedrohung der Bevölkerung durch Schwerstkriminalität

(Annegrit Koburger, PDS: Hören Sie doch auf, den Teufel an die Wand zu malen!)

und, wir hörten das heute wieder, Sie verweisen immer nur auf die gesellschaftlichen Ursachen, darauf, dass die Gesetzeslage ausreichend sei und die Menschenrechte der Täter nicht weiter eingeschränkt werden dürfen. Auch nach den Sexualmorden ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie können doch gar kein Anwachsen nachweisen. Das Gegenteil ist doch der Fall.)

Da fragen Sie mal den hessischen Justizminister,

(Annegrit Koburger, PDS: Wir sind hier in Mecklenburg-Vorpommern.)

was der für Fälle hat von seinem Vorgänger von Plottnitz, da fragen Sie mal bitte nach!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Der hat einen kriminellen Ministerpräsidenten. Das ist doch sein Problem.)

Und ich darf daran erinnern, dass wir nach den furchtbaren Sexualmorden in Belgien gehandelt haben. Aber seit dem Regierungswechsel 1998 blocken Sie alle weiteren Initiativen ab. Sie haben Zeit für neue Gesetze für gleichgeschlechtliche Partnerschaften,

(Beifall Annegrit Koburger, PDS – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Jawohl, sehr richtig.)

aber nicht für solche wichtigen Gesetze zum Schutz unserer Frauen und Kinder!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ist doch lächerlich!)

Das ist Ihre Priorität.

(Sylvia Bretschneider, SPD: War das jetzt eine diskriminierende Äußerung?)

Und wenn wir hier im Lande zurückschauen, selbst die unglaublichen Vorgänge in Ueckermünde – und da wurde doch nun der laxer Umgang mit gefährlichen Straftätern nachgewiesen –

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also in Sachsen haut jede Woche mindestens einer aus diesen Einrichtungen ab.)

haben nicht zu einer Veränderung Ihrer Grundeinstellung geführt und das ist das Problem. Das war doch eine

himmelschreiende Freigängerpraxis, die wir in Neuruppin und in Ueckermünde erlebt haben unter SPD- und PDS-Ministern. Trotz vorheriger Ausbrüche, ich darf daran erinnern, erhielten nicht therapierbare Gewaltverbrecher wieder Ausgang.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, olle Kamellen! Olle Kamellen werden nicht besser, wenn sie neu aufgewärmt werden.)

Das sind keine Kamellen, sondern das hatte Opfer zur Folge und Opfer sind für uns keine Kamellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Statt einer grundsätzlichen Reform des Maßregelvollzuges für mehr Sicherheit begnügten Sie sich mit einigen Sicherheitskorrekturen. Das war doch auch eine Vorstufe unseres Antrages, wir haben doch diese Initiativen nicht umsonst hier gestartet. Hier geht es auch um die, die aus dem Justizvollzug entlassen werden müssen und die gefährlich sind. Um diese Gruppe geht es. Die Initiativen der Union im Bundesrat – Sie deuteten sie an – zur nachträglichen Anordnung der Sicherungsverwahrung wurden abgelehnt.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Zum Glück.)

Vier Initiativen im Jahre 2000 und in diesem Jahr wurden von Ihnen abgelehnt, der letzte Antrag übrigens am 13. Juli dieses Jahres, trotz wiederholter schwerer Gewaltverbrechen.

Zwischenzeitlich hatte – und das war der einzig richtige Weg – Baden-Württemberg am 20. Februar als erstes Bundesland ein Gesetz eingeführt, das auf polizeirechtlicher Grundlage eine Unterbringung von Strafgefangenen nach der Freiheitsstrafe ermöglicht, wenn von ihnen eine erhebliche Gefahr für das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung für andere ausgeht, und ich glaube, es war gut so. Mit diesem Straftäterunterbringungsgesetz wurde für Baden-Württemberg die Gesetzeslücke geschlossen, die Sie eben bis heute nicht schließen wollen. Und auch dort gab es ja seine Zeit, gab es ja auch einige Überlegungen, bevor das kam. Der Fall der 12jährigen Elena Vanja, die am 30. November 2000 in ihrem Kinderzimmer von einem 35-Jährigen erstochen wurde, und der Fall der 6jährigen Alexandra, die am 5. Oktober 2000 in Filderstadt entführt und ermordet wurde, offenbarten eben gerade diese Sicherheitslücken. Das waren vor allem die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung und die verbesserte DNA-Analyse. Beide Straftäter waren bereits früher mit scheinbar harmlosen Delikten aufgefallen beziehungsweise trotz ihrer Gefährlichkeit wieder entlassen worden.

Fakt ist – das hat mein Kollege noch mal deutlich gesagt –, dass die jetzigen Grundlagen zur Anordnung der Sicherungsverwahrung eben nicht ausreichen, um all die gefährlichen Täter zu erfassen. Für Straftäter, die erst während der Haftzeit erhöhte Aggressivität, Gewaltbereitschaft und sexuelle Abartigkeiten offenbaren sowie Therapien ablehnen, kann die Sicherungsverwahrung nachträglich nicht angeordnet werden. Selbst wenn diese offen im Strafvollzug die nächsten Straftaten ankündigen, wenn sie entlassen werden, müssen sie nach derzeitiger Rechtslage entlassen werden. Die Anstaltsleiter wissen, was sie dort entlassen, und sie müssen es nach Rechtslage tun in der Gewissheit, dort laufen tickende Zeitbomben umher. Wenn Sie das, meine Damen und Herren, akzep-

tieren, dann ist das Ihr Problem. Wir jedenfalls können das nicht so akzeptieren. Es stimmt, das betrifft eine sehr kleine Fallgruppe. Man schätzt – es gibt kaum Schätzungen –, es sind maximal 150 Personen insgesamt in Deutschland.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber Sie haben doch gerade über all die geredet, die neue Straftaten ankündigen.)

Zahlenmäßig sind sie sehr gering, das ist richtig,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das sind doch ein paar mehr.)

aber umso gefährlicher, das haben uns doch die spektakulären Morde und Vergewaltigungen gezeigt.

Ich muss Ihnen eindeutig sagen, der Justizminister Seling sprach am 17. Mai dieses Jahres zum CDU-Antrag zur nachträglichen Anordnung der Sicherungsverwahrung von „alten Kamellen“ und davon, dass die gesetzlichen Grundlagen ausreichen. Sie reichen eben nicht aus. Und wer bei diesem Thema lax von alten Kamellen spricht, der muss sich überlegen, was er für ein Grundverständnis hat. Wir haben ein anderes.

(Dr. Ulrich Born, CDU: In der Öffentlichkeit sagt er das auch anders.)

Bezogen auf die zwar kleine – und darum geht es –, aber äußerst gefährliche Fallgruppe, sprach er von einer „möglicherweise nur eingebildeten Fallgruppe, mehr emotional als sachlich fundiert“. Das haben Sie freundlichlicherweise beschrieben, Herr Friese.

(Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Für diese Fallgruppe, Zitat: „einen sehr weitgehenden, verfassungsrechtlich äußerst zweifelhaften Eingriff“ vorzunehmen, lehnte Erwin Seling strikt ab und empfahl Ihnen, meine Damen und Herren, die Ablehnung des Antrages, was ja auch passiert ist. Das war ein Bundesratsantrag. Wir werden weiter versuchen, unsere Intentionen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger hier voranzubringen, auch wenn Sie das ins Lächerliche ziehen, in einer Art und Weise, die wirklich mehr als unerträglich ist.

Auch vor dem Hintergrund des Schutzes vor Sexualstraftätern kritisierte die Union zum Beispiel – und hier kommt Ihr Grundverständnis zu Tage – Ende Mai den rot-grünen Entwurf zur Reform des Sanktionsrechtes. Wie ein roter Faden zieht sich durch das Vorhaben die Aufweichung des Sanktionsrechtes. Neben der Schwächung von Geld- und Freiheitsstrafen plant Rot-Grün dabei die großzügige Strafaussetzung bei Erstverbüßern zur Bewährung, und das selbst bei brutalsten Vergewaltigern, Kinderschändern und Totschlägern. Wir können das nicht akzeptieren. Wenn diese Schwerverbrecher darauf hoffen können, mit Hilfe der heute Regierenden bei einer Freiheitsstrafe zum Beispiel von zwölf Jahren nach sechs Jahren entlassen zu werden, dann ist das der schwerste Schlag, den man den Opfern und deren Angehörigen überhaupt zufügen kann.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das ist doch absoluter Unsinn!)

Ihre Grundeinstellung in der gesamten Täter-Opfer-Problematik und die Weigerung, notwendige Maßnahmen zum Schutz der Bürger mitzutragen, ist angesichts der Opfer wirklich ein Trauerspiel. Auch bei der längst überfälligen Verschärfung der Gesetzeslage im Gesamtbereich der inneren Sicherheit wird doch immer wieder, ich

sage das mal so lax, auf die Sozialtherapie, Stichwort schlechte Kindheit, verwiesen und darauf, dass man eben die Freiheitsrechte der Straftäter einfach nicht weiter einschränken dürfe. Dass Sie damit aber die Rechte der Opfer einschränken, das haben Sie dabei wahrscheinlich nicht bedacht. Diese Herangehensweise entspricht weder der Realität noch dem Rechtsstaatsprinzip gemäß Artikel 20 Absatz 3 Grundgesetz, nach dem der angemessene Ausgleich zwischen den Freiheitsrechten der Straftäter und der wirksamen Verbrechensbekämpfung gewahrt werden muss, und nur darum geht es uns. Daraus folgt für uns, dass der Schutz der Opfer und der Allgemeinheit absoluten Vorrang haben muss vor den Rechten der Täter, natürlich verfassungsmäßig begründet. Aber über den Vorrang haben sich doch schon viele einen Kopf gemacht und die Neigung, diesen Vorrang auch im Maßregelvollzug nach all den Straftaten einzuräumen, ist doch selbst bei anerkannten Experten mittlerweile vorhanden. Bei Ihnen wird das wohl leider noch eine Weile dauern.

Sicherheit ist ein hohes Gut, denn ohne Sicherheit gibt es in dieser Gesellschaft doch keine Freiheit, und es wäre gut, wenn Sie mal darüber nachdenken würden. Nicht die Polizei und der Gesetzgeber bedrohen uns, Straftäter bedrohen die Sicherheit der Bürger und der Opfer und damit deren Grundrechte auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit. Es geht uns um die im Grundgesetz verankerte Pflicht des Staates, die Grundrechte der Bürger zu schützen. Dafür müssen wir gegebenenfalls die Grundrechte von Schwerestrafkriminalen einschränken. Wer diese Pflicht des Staates für die Sicherheit seiner Bürger als Bundeskanzler, Ministerpräsident oder Justizminister vernachlässigt, handelt unserer Meinung nach gegen den Mehrheitswillen der eigenen Wähler. Fragen Sie die doch mal! Herr Friese, gehen Sie doch mal in einen Kreis von Opfern! Gehen Sie doch mal in Familien und halten Sie dann dort die Rede, die Sie uns hier angeboten haben! Testen Sie das doch mal, damit Sie wenigstens mal die Meinung mitbekommen!

Unsere rechtsstaatlichen Instrumentarien müssen aufgrund neuer Bedrohungen, Terrorismus, leider eine neue organisierte Kriminalität, Schwerestrafkriminalität, Sexualstraftäter – und das ist doch ganz normal – überprüft und wenn nötig verbessert werden. Das ist doch ein ganz normaler rechtsstaatlicher Vorgang. Uns hier andere Dinge zu unterstellen, das ist doch wirklich unfassbar.

Und dann erlebten wir im Sommer nach längerem Schweigen und wiederum nach furchtbaren Sexualverbrechen die starken Kanzlerworte, Kinderschänder für immer einzusperrten. Justizminister Erwin Sellering sprang eifertig auf, vorher hat er das wohl allein nicht gepackt. Danach lehnten aber SPD, Grüne und unser Land diese Initiativen, die sie eigentlich selbst gefordert haben und wo sie den Eindruck bei der Bevölkerung vermittelt haben, dass sie das wollen, wieder ab. Auf meine Anfrage zum Abstimmungsverhalten der Landesregierung antworten Sie lapidar zu den beiden Anträgen zur Sicherungsverwahrung und DNA-Analyse: „Zu den Anträgen wurde für Nichteinbringung der Gesetzentwürfe votiert.“ Ich meine, noch nie war der Unterschied zwischen Worten und Taten so krass wie nach der Regierungsübernahme von 1998 in diesem Land.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Und am Wochenende, Herbert Helmrich sagte es schon, stand in der Presse, dass für den Justizminister

nach der Einjahresbilanz Sicherheit an erster Stelle stehe. Nachdem, was Ihre Fraktionskollegen hier gesagt haben, muss man das mehr als bezweifeln.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Frage ist, welche Definition man von Sicherheit anwendet.)

Zum Thema Sicherungsverwahrung: Wir haben eine rechtsstaatlich begründete Definition,

(Angelika Gramkow, PDS: Das war klar, dass Sie mir das sagen. Dass Sie mir das sagen, Herr Thomas, war klar.)

falls Sie das noch nicht gemerkt haben. Bei Herrn Schoenenburg habe ich davon nichts gehört. Dann muss der Täter hinter Schloss und Riegel und wenn nötig für immer und auf dem SPD-Bundesparteitag wolle man natürlich diesen Antrag einbringen. Ich frage mich nur, welchen Antrag man da einbringen will.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Diesen Eierantrag von Herrn Friese oder einen vernünftig fundierten Antrag? Ich füge hinzu, Sie wollen den Antrag populistisch einbringen, weil Sie vorher von uns alles abgelehnt haben und jetzt spüren, dass der Druck aus der Bevölkerung wächst. Man muss früher etwas tun,

(Beifall Herbert Helmrich, CDU,  
und Dr. Armin Jäger, CDU –  
Herbert Helmrich, CDU: So ist es.)

dann hätten wir einige Opfer schon verhindern können. Herr Sellering, wenn Sie das als Justizminister eines Landes in Mitteleuropa als pragmatische Justizpolitik bezeichnen, dann sollten Sie mal über Ihr Selbstverständnis nachdenken. Schlechtere Vorbilder in Sachen Glaubwürdigkeit, Wertevermittlung und Vertrauen in die Justiz und Politik können dem Bürger wohl nicht mehr vermittelt werden.

Niemand, und vor allen Dingen die Wähler in unserem Land, um die es uns geht, hat Vertrauen in Richter und Politiker, die harte Urteile und Vorgehensweisen ankündigen, dann aber die Verbrecher laufen lassen. Und damit das nicht so bleibt, haben die Baden-Württemberger eine Initiative durchgebracht am 20. Februar. Wir haben sie aufgegriffen und die von Ihnen angeführte fehlende Gesetzgebungskompetenz des Landes ist nach dem Gutachten von Professor Würtenberger ausgeräumt. Die von den Betroffenen – und es geht um die Betroffenen im kleinen Kreis – wirklich ausgehende andauernde Gefahr rechtfertigt auch nach gebotener Abwägung der Rechtsgüter diesen Eingriff in die Freiheit der Straftäter.

Wir hatten eigentlich die Bitte an Sie, unserem Gesetzentwurf zumindest als Überweisung zu folgen. Das wäre auch eine faire Chance gewesen, Ihren Worten Taten folgen zu lassen, also Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Ich glaube, das können wir uns jetzt ersparen. Ich bitte trotzdem noch mal um Überweisung und danke für Ihre Aufmerksamkeit, selbst wenn Sie es ablehnen.

Ich möchte Sie aber bitten, bei so einem ernststen Thema mal über die wirklichen Folgen nachzudenken. Ich glaube, manchmal hilft es auch, wenn man allein und in Ruhe über so etwas nachdenkt, denn das, was wir hier gehört haben, zeugt nicht davon, dass Sie wirklich in Ruhe dieses Thema langfristig und vor allen Dingen aus der Sicht der Opfer betrachtet haben. Sie haben es aus einer sehr einfachen politischen Sicht betrachtet: Wir haben das schon

immer abgelehnt und wir wollen das auch nicht und die CDU will den Überwachungsstaat. Das ist zu einfach. Damit kommen wir nicht weiter und damit nützen wir niemandem und schon gar nicht den Opfern. – Trotzdem vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Danke, Herr Thomas.

Das Wort hat der Justizminister. Bitte, Herr Sellering.

**Minister Erwin Sellering:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eines der wichtigsten Ziele guter Justizpolitik ist es, Sicherheit zu schaffen vor Straftätern, die in unseren Haftanstalten einsitzen, Sicherheit zu schaffen vor psychisch kranken Straftätern im Maßregelvollzug. Deshalb habe ich, als ich das Amt des Justizministers angetreten habe, gleichzeitig die Verantwortung für die Sicherheit im Maßregelvollzug übernommen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir haben ein neues bauliches Sicherheitskonzept entwickelt und wir haben das Lockerungssystem und die Überprüfung der Einhaltung dieses Systems durch die Aufsichtsbehörde neu vorgegeben. Durch diese Neuordnung ist Ruhe eingekehrt in den Maßregelvollzug. Ich denke, uns allen ist klar, dass es absolute Sicherheit im Maßregelvollzug nicht geben kann, aber ich sage nicht ohne Stolz, das ist eine gute Bilanz, die ich heute auf den Tag genau nach einem Jahr Amtszeit für die Sicherheit im Maßregelvollzug ziehen kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Meine Damen und Herren! Im Maßregelvollzug genauso wie auch im allgemeinen Vollzug darf man niemals sagen, jetzt ist das Problem gelöst, ab heute herrscht Sicherheit. Sicherheit ist eine Aufgabe, die ständige Wachsamkeit, ständige Überprüfung der getroffenen Maßnahmen, ständiges Nachdenken über notwendige Veränderungen erfordert. Deshalb habe ich zum Beispiel angeordnet, dass wir in unseren Haftanstalten wieder in unregelmäßigen Abständen routinemäßig Großrevisionen durchführen, die uns von Zeit zu Zeit eine aktuelle Bestandsaufnahme ermöglichen. Und ich bin sehr wachsam, wenn es darum geht zu prüfen, ob wir auf neue Entwicklungen und Erkenntnisse mit Gesetzesänderungen reagieren müssen. Deshalb habe ich zum Beispiel bereits wenige Wochen nach Amtsantritt eine Bundesratsinitiative zur Strafverschärfung bei rechtsextremistischen Straftaten vorgelegt. Und deshalb habe ich auch ganz klar Stellung bezogen zu den Äußerungen des Bundeskanzlers, dass psychisch kranke, schwerste Sexualstraftäter notfalls für immer weggesperrt werden müssen, wenn sie nicht therapierbar sind. Einen Fall Schmökel darf es nicht wieder geben.

Das ist eine schwierige und komplexe Materie, die eine sorgfältige Prüfung unserer Regelungen über die Sicherungsverwahrung verlangt, aber auch eine Auseinandersetzung mit der Frage,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dann können wir es doch in den Ausschuss geben.)

ob wir im Bereich der Begutachtung durch die Sachverständigen zu Verbesserungen kommen können durch bessere Ausbildung,

(Harry Glawe, CDU: Es wird immer Therapieresistente geben.)

Vorgabe von Standards, vor allem auch durch die klare Vorgabe, dass wir nicht bereit sind, Leib und Leben weiterer Opfer zu riskieren, wenn jemand schwerste Sexualstraftaten begangen hat, sich therapieresistent zeigt und bei vorsichtigen ersten Lockerungsschritten eklatant versagt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, und was wird dann?)

Bei diesen schwersten Sexualstraftätern – darüber müssen wir uns hier vielleicht verständigen, weil Sie das immer zusammenwerfen mit Ihrem Antrag –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee. – Wolfgang Riemann, CDU: Können wir uns dazu nicht im Ausschuss verständigen?)

geht es um solche Täter, die Vergewaltigung, Mord begangen haben, die deshalb verurteilt werden zu langen Haftstrafen und gleichzeitig zu lebenslanger Sicherungsverwahrung.

(Herbert Helmrich, CDU: Das ist eine andere Fallgruppe. Das ist nicht bei uns.)

Um diese Täter geht es. Auf diese Täter – Herr Helmrich, und ich bitte, dass Sie das begreifen, wenn Sie es nicht schon begriffen haben und nur so tun als ob –, auf diese Äußerung bezieht sich der Bundeskanzler.

(Reinhardt Thomas, CDU: Der weiß gar nicht, worauf er sich bezieht.)

Und er bezieht sich darauf, dass nach unserem System die lebenslange Sicherungsverwahrung natürlich von Zeit zu Zeit Überprüfungen vorsieht. Und es geht darum, bei diesen Überprüfungen kein Risiko einzugehen.

(Herbert Helmrich, CDU: Das ist das Regel-Ausnahme-Verhältnis. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Da muss man in der Tat darüber nachdenken, ...

Da geht es um die Frage Regel-Ausnahme-Verhältnis, was ich gesagt habe und was Sie offenbar doch verstanden haben.

(Herbert Helmrich, CDU: Das ist zusätzlich zu unserem.)

Herr Helmrich, wenn Sie das, worum es mir da geht, verstanden haben, dann bitte ich Sie erstens, unterstützen Sie mich in dieser Frage,

(Herbert Helmrich, CDU: Ja.)

und zweitens, tun Sie nicht so, als ob sich Ihr Antrag heute auf diese Fälle beziehen würde, sondern da geht es um etwas völlig anderes.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Herbert Helmrich, CDU: Das habe ich doch aber deutlich gemacht.)

Meine Damen und Herren! Ich werde auch in Zukunft alles unternehmen, um die größtmögliche Sicherheit der Bevölkerung vor verurteilten Straftätern zu gewährleisten, aber ich werde nicht jedem markigen Ruf nach mehr Härte blind folgen,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

sondern genau prüfen, was den Schutz der Bevölkerung wirklich verbessert.

Und, Herr Thomas, ich sage ganz klar auch mit Blick auf die aktuelle Debatte zur Abwehr terroristischer Angriffe: Es gibt keinen Grund, von dem Grundsatz abzuweichen, dass alle staatlichen Maßnahmen rechtsstaatlicher Überprüfung standhalten müssen. Die Regularien unserer wehrhaften Demokratie reichen zur Gefahrenabwehr aus, wir müssen sie nur konsequent anwenden.

Ich komme jetzt zu Ihrem Antrag. Die Unterbringung, also das Einsperren eines potentiellen Straftäters – darum geht es Ihnen – hat aus guten Gründen strenge Voraussetzungen. Der erste Fall: Jemand hat eine oder mehrere Straftaten begangen und diese begangenen Straftaten lassen befürchten, dass es erneut zu solchen Taten kommen wird. Dafür haben wir Regularien. Der andere Fall: Unabhängig von einer Straftat wird die Feststellung getroffen, dass durch krankhaftes Verhalten eines psychisch Kranken eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht, die anders nicht abgewendet werden kann.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Das ist etwas vereinfacht der Text des Paragraphen 11 PsychKG. Bei diesen beiden Fallgruppen muss es bleiben. Ihr Gesetzentwurf, meine Damen und Herren von der CDU, will das durchbrechen und muss deshalb abgelehnt werden.

(Beifall Siegfried Friese, SPD,  
Bodo Krumbholz, SPD, und  
Angelika Gramkow, PDS)

Das Wegsperrn eines Menschen allein deshalb, weil seine Persönlichkeit, so, wie ich sie sehe, eine Straftat befürchten lässt, kann nur an eine krankhafte Gefährlichkeit anknüpfen und das bedeutet, dass wir eine entsprechende psychische Erkrankung feststellen müssen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee.)

Wenn wir das nicht können – da unterscheiden wir uns offenbar –, ist eine Sicherungsverwahrung nur möglich, um eine Wiederholungstat zu verhindern.

(Reinhardt Thomas, CDU:  
Dann bleibt es, wie es ist.)

Voraussetzung ist also immer, dass eine Straftat begangen worden ist.

(Herbert Helmrich, CDU: Ja. –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

Deshalb muss und kann – Sie wollen ja was ganz anderes –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. –  
Wolfgang Riemann, CDU:  
Das hat er nicht verstanden.)

die Sicherungsverwahrung immer im Zusammenhang mit der Verurteilung für eine verübte Straftat erfolgen. Wenn Sie jemanden haben, der im Gefängnis eine Straftat begeht, ist das überhaupt kein Problem.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das stimmt.)

Ansonsten bleibt es bei diesem System

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein.)

und davon dürfen wir nicht abrücken. Ich halte es nicht für vertretbar, jemanden spekulativ aufgrund von Umständen wegzusperrn, die weder ein strafbares Verhalten

sind noch eine krankhafte Gefährlichkeit begründen, sondern die irgendwo spekulativ in der Mitte liegen.

(Herbert Helmrich, CDU: Aber eine Straftat ist natürlich vorausgegangen, sonst würde er ja nicht sitzen.)

Ja, aber bezieht sich da nicht drauf.

Meine Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf entspricht in der Sache zahlreichen gescheiterten Bundesratsinitiativen verschiedener Bundesländer. Mit der letzten davon haben wir uns hier im Landtag noch im Mai ausführlich beschäftigt. Meine damals vorgetragenen Argumente haben ihre Gültigkeit behalten, deshalb möchte ich darauf verweisen. Ich habe mich auf der Rednerliste extra nach hinten setzen lassen, um zu sehen, ob es noch neue Argumente gibt. Das ist nicht der Fall.

(Herbert Helmrich, CDU:  
Landesrecht! Landesrecht diesmal!)

Meine Damen und Herren, ich bitte, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/2265 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag, da er nur die Stimmen der CDU auf sich vereinigen konnte, abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird nach angemessener Zeit zur Zweiten Lesung wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

(Herbert Helmrich, CDU: Nicht mal reden im Ausschuss wollen sie drüber. –  
Reinhardt Thomas, CDU: Arbeiten ist nicht ihr Ding. Sie haben ja auch keine Anträge mehr. –  
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, muss ich mich noch einer unangenehmen Pflicht entledigen. Der Abgeordnete Schoenenburg ist leider jetzt nicht hier, aber er erhält für eine seiner Äußerungen einen Ordnungsruf.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Osterweiterung der Europäischen Union, Drucksache 3/2261.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:  
Osterweiterung der Europäischen Union  
– Drucksache 3/2261 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff. Bitte sehr.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit Entsetzen haben wir alle von den abscheulichen und feigen Terroranschlägen am vergangenen Dienstag Kenntnis nehmen müssen. Ich habe es heute schon mal gesagt, die Anschläge zielten auf die Vereinig-

ten Staaten, getroffen haben sie die gesamte zivilisierte Welt und das macht uns schonungslos deutlich, Frieden kommt nicht von allein. Er fällt uns nirgendwo in den Schoß, auch nicht in Europa. Deshalb dürfen wir nicht nachlassen, gemeinsam für den Frieden zu arbeiten.

Meine Damen und Herren! Die Osterweiterung der Europäischen Union trägt maßgeblich dazu bei, den Frieden bei uns zu sichern. Sie bringt den Völkern Europas Stabilität. In allen tagespolitischen Debatten um die Chancen und die Probleme der Erweiterung dürfen wir das, meine Damen und Herren, nie aus den Augen verlieren.

Am 13. Dezember des vergangenen Jahres hat der Landtag eine Debatte zur Osterweiterung der Europäischen Union geführt. Einstimmig hat er einen Beschluss verabschiedet, der auch einen Berichtsauftrag zum Stand der EU-Erweiterung enthielt. Dieser Bericht liegt Ihnen nunmehr vor. Es wird nicht der letzte Bericht sein. Das Thema Osterweiterung wird uns noch über längere Zeit beschäftigen. Die Ereignisse der letzten Woche haben die Bedeutung des Themas mit brutaler Gewalt klar gemacht. Die Osterweiterung ist ein Zukunftsthema, sie sichert Europa den Frieden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten  
der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren! Die Osterweiterung der Europäischen Union bringt uns in Mecklenburg-Vorpommern große Chancen. Diese Chancen wollen wir nutzen und wir werden sie nutzen. Probleme wollen wir lösen und wir werden sie lösen. Schon seit unserer Debatte im Dezember letzten Jahres hat sich viel getan, damit wir unsere Chancen nutzen und unsere Probleme lösen. Lassen Sie mich hier einige Punkte aufzählen:

Der erste und gleichzeitig der wichtigste Bereich ist die immer engere Zusammenarbeit mit den Woiwodschaften Westpommern und Pommern. Wir müssen aufeinander zugehen und voneinander lernen, um miteinander in den Grenzregionen zusammenzuwachsen. So sichern wir das friedliche Miteinander, so schaffen wir Arbeitsplätze. Die derzeit in Stettin stattfindende Präsentation des Landes Mecklenburg-Vorpommern dokumentiert unsere Zusammenarbeit. Über 50 Veranstaltungen mit Wirtschafts- und Kulturthemen sprechen, denke ich, eine deutliche Sprache.

(Unruhe bei Reinhard Dankert, SPD,  
und Barbara Borchardt, PDS)

Die von der Landesregierung gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft ausgerichtete Finanza 2001 ...

Reinhard, es redet sich schlecht, wenn hier vorne auch geredet wird. Setzt euch ein bisschen nach hinten.

Die von der Landesregierung gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft ausgerichtete Finanza 2001 ist als großes Wirtschaftsforum und als Kooperationsbörse in die Präsentation integriert. Über 100 Firmen sind aus unserem Land beteiligt. Das sind 100 Firmen, die zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, meine Damen und Herren. Im Raum Stettin sind in diesem Jahr zwei Gemeinschaftsbüros von Firmen aus unserem Land entstanden. Allein in der Baubranche haben sich im August acht Unternehmen aus dem Uecker-Randow-Kreis zu einer gemeinsamen Vertretung in Stettin zusammengeschlossen. Durch diese Firmen und ihre Betätigung in der Nachbarregion werden rund 250 Arbeitsplätze gesichert. Ich habe das Büro in der letzten Woche besucht und war

beeindruckt vom Engagement dieser Firmen. Sie sind fest entschlossen, ihre Chancen auf dem polnischen Markt zu nutzen. Diese Unternehmer, meine Damen und Herren, unternehmen jetzt etwas.

Meine Damen und Herren! Auch das im Oktober letzten Jahres gegründete deutsch-polnische Haus der Wirtschaft schreibt eine Erfolgsgeschichte. Hunderte von Projekten allein in diesem Jahr sprechen für sich. Die Landesregierung hat die Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg bei der Gründung maßgeblich unterstützt, vor allem durch die frühzeitige Zusage von Finanzmitteln. Inzwischen hat sich die Industrie- und Handelskammer Rostock angeschlossen und ich hoffe, dass vielleicht auch die Schweriner Kammer dem Beispiel der Rostocker bald folgen wird.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Sie sehen, die Unternehmen unseres Landes erkennen die Chancen, die ihnen die Osterweiterung bietet. Und in diesem Jahr ist noch mehr geschehen. Am 11. April 2001 wurde in Stettin ein deutscher Honorarkonsul ernannt. Dass das Generalkonsulat geschlossen worden ist, ist bedauerlich, aber ich denke, wir wollen nach vorn schauen, und vorn heißt für mich, gute und enge Zusammenarbeit mit dem Honorarkonsul.

Seit Anfang des Monats absolvieren 45 deutsche und 45 polnische Jugendliche in Rothenklempenow eine gemeinsame Berufsausbildung, die über dreieinhalb Jahre gehen wird. 45 deutsche und 45 polnische Auszubildende erlernen einen der Berufe Mechatroniker, Informationskaufmann oder Restaurantfachmann. Die Ausbildung beinhaltet Ausbildungsabschnitte in beiden Ländern und natürlich steht die jeweils andere Sprache auf dem Lehrplan. Wie könnte die Vorbereitung auf die Osterweiterung der Europäischen Union besser mit Leben erfüllt werden, frage ich hier.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat das Angebot für den Polnischunterricht an Schulen im vorpommerschen Raum in diesem Schuljahr weiter ausgebaut. Ich kann junge Menschen nur ermuntern: Nutzt die Möglichkeiten! Wer Englisch und Polnisch in dieser Region kann, hat beste Chancen auch über die Region hinaus in ganz Europa. Und es gibt auch bei den Grenzübergängen Fortschritte. Bei meinen Gesprächen im Rahmen des Treffens des polnischen und des deutschen Außenministers mit den Ministerpräsidenten, Marschällen und Woiwoden der grenznahen Länder im Mai ist es gelungen, hier, so hoffe ich, einen Durchbruch zu erzielen. Die Bauarbeiten am Grenzübergang Garz sollen nach den Aussagen der polnischen Seite noch in diesem Jahr beginnen.

Meine Damen und Herren, nun zu einem anderen wichtigen Punkt, zum Thema Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit. Ich denke, auch hier sind wir auf einem guten Weg. Solche Fristen müssen intelligent und flexibel sein. Sie wirken immer in beide Richtungen. Wenn wir die Chancen des polnischen Marktes nutzen wollen, muss auch die polnische Seite die Möglichkeiten auf unseren Märkten suchen können. Vertrauen wir dabei doch auf unsere Leistungsfähigkeit. Unsere Landwirtschaft und unsere Ernährungswirtschaft sind, denke ich, absolut in der Lage, sich mit ihren Produkten auf dem polnischen Markt zu behaupten. Und wer sich auf der MeLa umgeschaut hat, muss mir da, glaube ich, Recht geben.

Meine Damen und Herren! Die Grenzregion erhält ein hohes Maß an Förderung. Das hat die Landesregierung in ihrem Vorpommernbericht, denke ich, ganz klar dargestellt. Die Europäische Kommission hatte zusätzlich ein Grenzregionenprogramm angekündigt. Ich sage es hier aber deutlich, das Ergebnis aus dem Juli stellt uns ganz und gar nicht zufrieden. Das Grenzregionenprogramm ist ein Schwerpunkt im vorgelegten Bericht und wir überlegen gemeinsam mit den anderen neuen Ländern, ob es noch Möglichkeiten zur Nachbesserung gibt. Wenn es ums Geld geht, hört oft die Freundschaft auf, auch in Deutschland und in Europa, das wissen wir. Dennoch, denke ich, sollten wir nichts unversucht lassen. Die Landesregierung ist in diesem Sinne bereits an die Bundesregierung herangetreten und wir haben die Europaparlamentarier informiert. Unabhängig davon werden wir die durch das Grenzregionenprogramm aufgezeigten Möglichkeiten nutzen. Ich denke, das versteht sich von selbst.

Meine Damen und Herren! Die EU-Osterweiterung – ich sagte es schon – ist ein Zukunftsthema und die Landesregierung sorgt dafür, dass heute die Weichen für morgen richtig gestellt werden, um die Chancen und Möglichkeiten für Mecklenburg-Vorpommern zu erkennen und zu nutzen, um Arbeitsplätze zu schaffen und nicht zuletzt um ein friedliches Zusammenleben für uns und unsere Kinder zu sichern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

**Vizepräsidentin Kerstin Kassner:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Helmrich von der CDU-Fraktion.

**Herbert Helmrich,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Ministerpräsident, zu Ihrem Bericht. Als Erstes darf ich für diesen Bericht danken. Er ist eine umfassende, solide, fleißige Arbeit. Dass ich stellenweise etwas aussetzen habe, wird Sie nicht wundern. Dazu werde ich im Einzelnen aber noch kommen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber grundsätzlich ganz brauchbar.)

Durchaus, durchaus. Er hat ja immerhin auch 51 Seiten und da ist also alles Mögliche zusammengeschrieben worden.

Herr Ministerpräsident, ich möchte aber darüber hinaus als Erstes danken, dass Sie mit Ihren ersten Worten die auf uns zukommende EU-Osterweiterung in den größeren politischen Rahmen gestellt haben. Viele, auch hier im Saal, werden wahrscheinlich aus dem Kopf nicht die Länder alle aufzählen können – ich würde es sonst auch nicht können –, um die es bei der EU-Osterweiterung geht. Ich erlaube mir das: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Um diese Länder geht es. Und ich darf daran erinnern, dass die Europäische Union begann mit den Beneluxländern, die sich zu einer Zollunion zusammenschlossen, Belgien, Luxemburg und Niederlande, und dass dann die Wirtschaftsgemeinschaft – davor noch Kohle und Stahl – kam und es kamen dazu Frankreich, Italien und die Bundesrepublik.

Wir haben jetzt einen Einigungsprozess von über 40 Jahren hinter uns, ohne dass ein Schuss gefallen ist. Und wenn es gelingt, dass wir mit den von mir genannten

Ländern im Europäischen Parlament zu einem demokratischen System kommen, wo keiner ausgeschlossen ist, wo jeder mitreden kann, wo jeder angehört wird, dann wird in der Tat – davon bin ich fest überzeugt – dieses Europa ein Stabilitätsfaktor auf der Welt sein. Und wir können hoffen, dass wir dann mit den Problemen, die wir in den letzten zehn Tagen deutlicher gesehen haben – denn da gewesen sind sie ja schon –, als das vorher vielen gegenwärtig war, dass wir dann mit solchen Problemen auch besser fertig werden können.

(Beifall Hinrich Kuessner, SPD)

Danke sehr.

Zum Bericht selbst: Es wird zunächst die Position des Landes bestimmt. Erwartungen, Interessen und Forderungen von Mecklenburg-Vorpommern werden dargestellt und es wird hervorgehoben, dass wir natürlich darauf achten müssen, dass die Beitrittsländer natürlich auch den gemeinschaftlichen Besitzstand – das heißt, sie müssen alles das, was wir als derzeitige Mitglieder der EU schon an Regelungen, an Steuerregelungen, an Wirtschaftsformen haben – übernehmen müssen. Es gibt diese 43 Kriterien, nach denen alle Länder überprüft werden, ob dieser gemeinschaftliche Besitzstand bei den Kandidatenländern auch schon vorhanden ist.

Es bleiben natürlich eine Fülle von Ausgleichsdefiziten. Zum letzten, Herr Ministerpräsident, haben Sie gerade Stellung genommen, nämlich die Angleichung der Lebensverhältnisse. Wir werden ein schwieriges Gefälle, gerade bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, noch auf längere Zeit haben. Wir sehen, wie schwierig es ist und wie lange es dauert, dass wir eine Angleichung zwischen den alten und den neuen Bundesländern hinkriegen, und wir haben dort an der Grenze zu Polen ein Gefälle, wo es auch eine lange Zeit sein wird, die wir durchstehen müssen, damit wir auch dort zu einer Angleichung kommen. Und Sie haben deshalb die Übergangsfristen insbesondere für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, aber auch für die Dienstleistungsfreiheiten erwähnt.

Wir sind nicht ganz sicher, ob wirklich schon alles getan ist. Sie heben in dem Bericht selbst hervor, dass wegen der Uneinigkeit in diesem Punkte und wegen der Uneinigkeit mit den Polen über deren Vorstellungen von Übergangszeiten und Beschränkungen, etwa im Grundbesitzerwerb, einige Punkte, insbesondere die wirtschaftlichen, zur weiteren Überprüfung ausgesetzt worden sind. Ich bin also nicht ganz sicher, ob wir da schon so weit sind, dass wir sagen können, hier zeichnet sich eine Einigung ab. Ich möchte deshalb seitens der CDU-Fraktion die Landesregierung dringend bitten, in diesem Punkte nicht nachzulassen. Ich sage das auch ganz bewusst deshalb, weil mein Wahlkreis dort an der Grenze liegt. Die fahren natürlich hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht als Erstes nach Schwerin und nicht nach Gadebusch,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Gadebusch ist doch 'ne schöne Stadt. Gadebusch ist nicht zu verachten. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

sondern als Erstes fahren sie zu uns nach Pasewalk. Das heißt, die grenznahen Bereiche werden am Anfang am ehesten Druck aushalten müssen, wobei ich allerdings auch sage, wir werden wahrscheinlich relativ bald auch Vorteile haben und möglicherweise werden wir durch die Grenzöffnung in diesem Bereich einen größeren Schub

nach vorne machen als das übrige Land. Wir wollen in 25 Jahren zum Speckgürtel von Stettin gehören. Aber diese 25 Jahre müssen wir erst mal einigermaßen überstehen. Und unsere kleinen mittelständischen Firmen, die sich inzwischen gebildet haben, müssen den Ansturm überstehen und dafür müssen wir sie fit machen. Ich darf deshalb die Regierung, die im letzten Jahr sichtbar die Anstrengungen für die Grenzregion verstärkt hat, bitten, in diesen Bemühungen nicht nachzulassen.

Zwischendurch an die den Bericht verfassenden Beamten: Vielleicht kann man in einem solchen Bericht von 51 Seiten auch ein Inhaltsverzeichnis anführen. Sie haben vier Bereiche gemacht und der vierte Bereich nimmt sozusagen zwei Drittel der ganzen Arbeit ein. Wenn man das ein bisschen hätte gliedern können, wäre es leichter zu lesen.

Ich komme jetzt zu den Einzelmaßnahmen, die den größten Teil einnehmen. Ich kann sie hier nicht alle aufzählen. Der Ministerpräsident hat selbst – und damit will ich beginnen – das Grenzregionenprogramm genannt und hat auch gesagt, vielleicht können wir da ja noch einiges mehr tun. Ich meine das auch und ich komme zum Schluss noch mal darauf zurück.

Information zieht sich auch hier durch den Bericht, noch stärker aber durch die Expertise zur EU-Osterweiterung, die der Bauminister hat anfertigen lassen. Informationsbedarf für die Wirtschaft, aber auch für die Bevölkerung, weil die Grenzöffnung natürlich auch ein Stück Psychologie sein wird. Wie werden wir, wie werden die Polen darauf im Endergebnis reagieren? Und deshalb muss zum Grenzregionenprogramm nicht nur darauf geachtet werden, dass man den Firmen, der Wirtschaft hier und da helfen kann, sondern dass man Veranstaltungen, wie sie schon gemacht worden sind, ich nenne nur die Veranstaltung mit der Woiwodschaft, regionalisierte Arbeitsmarktpolitik, Jugendarbeitslosigkeit, Wissensgesellschaft, ...

(Barbara Borchardt, PDS: Feine Sachen gewesen.)

Wie bitte?

(Barbara Borchardt, PDS: Gute Sachen gewesen.)

Ja, gar nicht verkehrt. Nur eins, eine kleine Anmerkung dazu: Es treffen sich natürlich auf diesen ganzen Veranstaltungen

(Wolfgang Riemann, CDU: Immer dieselben.)

zu 90 Prozent immer dieselben und meistens nur Funktionäre.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Und wenn ich von Information der Bevölkerung spreche, meine ich, wir müssen an die Bevölkerung selbst herankommen. Nun kann ich das natürlich als Abgeordneter meines Wahlkreises leicht sagen. Aber die Regierung mit ihren viel größeren Möglichkeiten, als sie so ein kleiner Abgeordneter hat, ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, Herr Helmrich! – Wolfgang Riemann, CDU: Das wolltest du jetzt hören, nicht, Herbert?! – Zuruf von Barbara Borchardt, PDS)

Ich werde das unseren Leuten in Pasewalk sagen, dass man mich für fast so stark hält wie die Regierung.

(Peter Ritter, PDS: Sie sehen, welche Wellen der Sympathie Ihnen entgegenschlagen im Parlament! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Also, zur Information – ich komme darauf noch zurück – gehört natürlich auch ein Sprachprogramm. Hier müssen wir vor Ort etwas mehr tun, meine ich.

Ich erinnere an die Veranstaltung zum gemeinsamen Umweltschutz, an die Umweltkommission. Ganz besonders möchte ich erwähnen die Arbeit mit und durch die allgemein bildenden Schulen. Wir haben erfreulicherweise inzwischen 22 Schulpartnerschaften. Ich rege die Regierung an, das kann auch der einzelne Abgeordnete nicht machen: Kann man nicht mal einen Preis für besonders gelungene Schulpartnerschaften aussetzen, damit da noch mehr Druck dahinter steht? Das ist Information vor Ort, wenn die Menschen sich begegnen, wenn die Kinder drüben sind, die anderen Kinder hier.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das kann der Ministerpräsident überreichen. Das ist eine schöne Sache.)

Und was mir in der Hervorhebung fehlt, sind Städte- und Gemeindeparterschaften.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben eine.)

Ja, ja, ja, ja, ja, ja, ja, ja, natürlich gibt es ein paar,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

aber auch hier müssen wir meines Erachtens – Regierung, Politiker, aber eben auch die Verbände,

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

der Landkreistag, Städte- und Gemeindebund –,

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

also wenn da sozusagen von der Politik deutlich gemacht wird, für wie wichtig die Regierung das hält, das ermuntert die Leute. Und es wäre schön, wenn wir da noch mehr Pusch reinkriegten.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich sehe schon, dass wir in der Wirtschaft in dieser Beziehung langsam Bewegung reinkriegten. Vor drei Jahren haben immer noch alle weggeguckt, wenn ich darüber geredet habe, aber das Interesse steigt. Und wir haben hier einen Bereich vor uns, von dem wir sagen können, hier lohnt es sich, Politik zu machen, und hier wird es von den Menschen auch angenommen.

Ich will zur Landwirtschaft nicht viel sagen. Das, was hier steht, scheint mir richtig zu sein, aber ich würde der Regierung empfehlen, sich mal um die Bemühungen zu kümmern, die unsere Molkereien unternehmen, um in Polen Molkereien zu übernehmen oder den Molkereien beizubringen, wie man mit Milch, Käse und Käseproduktion noch besser umgeht.

(Barbara Borchardt, PDS: Aber die Käseproduktion in Polen ist doch top.)

Hier ist erwähnt, dass die Standards in Polen die unsrigen noch nicht erreichen, das ist klar,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist klar, die Landesregierung muss sich täglich um den Käse kümmern.)

aber ich weiß, dass es für die Molkereien auch wahn-sinnig schwer ist, dort Fuß zu fassen. Vielleicht könnte man da helfen.

Ich freue mich auch, dass die Firmengemeinschaftsbüros – der Ministerpräsident hat das gesagt – unterstützt werden, und ich kann nur rufen: Nur weiter so!

Ich freue mich auch, dass besonders das Haus der Wirtschaft erwähnt worden ist. Wir – gestatten Sie mir einen kleinen Erinnerungsruf, Herr Ministerpräsident – waren im Parlament schon so weit, dass wir das für wichtig hielten, und wir sind im Januar, vor einem Jahr im Hause des Ministerpräsidenten, in der Staatskanzlei gewesen. Und als wir rausgingen, waren wir noch nicht sicher, ob die Regierung tatsächlich diese 30.000 DM an Mietbeihilfe zahlen würde. Wir hatten das Gefühl, das Parlament, die Fraktionen gemeinsam mussten, gerade was das Haus der Wirtschaft anbetrifft, die Regierung sozusagen ein bisschen zum Jagen tragen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben sie überzeugt.)

Und wir freuen uns, dass unsere Hinweise auf fruchtbaren Boden gestoßen sind.

Meine Frage, Seite 26, die Aktivitäten der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Gorzów. 50 Prozent der Anteile halten die vier Länder und 50 Prozent halten die Polen. Vor anderthalb Jahren gab es einen Moment, wo unsicher war, ob Polen und die Länder weiterfinanzieren dürfen. Für die nächsten zwei Jahre sind wir wieder durch. Herr Ministerpräsident, Sie heben selbst hervor: 420 Beratungsgespräche für Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, 21 Sprechstage und Beratung von 149 Unternehmen. Ich bitte dringend, jeden Gedanken, der vielleicht auch bei den anderen Ländern aufkommen könnte, nun sei ja schon einiges passiert und man könnte vielleicht diese Gesellschaft schließen, beiseite zu schieben, dass wir das auf keinen Fall tun. Selbst wenn eines Tages die Grenzöffnung da sein wird, brauchen unsere Unternehmen immer noch Unterstützung, so dass wir also nur – ich kenne das aus eigener Anschauung, der Rechtsausschuss und Europaausschuss des Landtages ist in Gorzów gewesen, wir haben uns das dort alles angeguckt – sagen können, das Land bitten können, die finanziellen Leistungen weiterhin zu erbringen, eventuell vielleicht sogar noch ein bisschen aufzustocken.

Es ist richtig, dass Sie sagen, dass in den Gesprächen im Mai mit den Grenzübergängen wohl ein Durchbruch erzielt worden ist. Wir haben als Unterausschuss des Europaausschusses, der sich gerade mit der EU-Osterweiterung beschäftigt, vor zehn Tagen eine gemeinsame Sitzung mit Abgeordneten aus Brandenburg gehabt und wir haben die Situation einmal verglichen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben das Gefühl, die Brandenburger sind weiter als wir. Wir haben mit den Grenzübergängen größere Schwierigkeiten. Ich kenne sie ja, wir brauchen also die Schwierigkeiten nicht alle zu wiederholen, und ich kenne auch die Hinderungsgründe, aber ich glaube, wir haben die Chance, die Polen wirksam zu drängen, noch wirksamer zu drängen, dass sie sich beeilen. Die Polen müssen – und ich sage das nicht sozusagen in ärgerlichem Ton oder so, aber man kann ja auch ruhig mal feststellen, dass die Polen 43 Kriterien erfüllen sollen, und sie brauchen überall, zu jedem Punkt auch unsere Zustimmung – sich auch

etwas mehr bewegen. Wir kennen die Grenzübergänge, wo es am drängendsten ist. Aber nehmen Sie so einen Grenzübergang wie Schwennenz. Das ist ein Fußgängerüberweg und an dem Fußgängerweg ist ein Graben, drei Meter breit, da kann keiner rüber, eine ganz klägliche Fußgängerbrücke, das ist alles. Und auch ein solcher Grenzübergang, der würde den Zugang zur Autobahn erleichtern und, und, und, und.

Dann, hohe Regierung, darf ich sagen, machen Sie nach Seite 41 eine Zusammenfassung. Entweder ist da den Mitarbeitern die Puste ausgegangen oder das hat jemand ganz anderes geschrieben. Diese Zusammenfassung ist ausgesprochen kläglich. Vorn steht viel mehr drin. Man soll nicht alles wiederholen, das ist schon richtig, aber – und das ist mein wesentlicher Kritikpunkt an der ganzen Geschichte – nicht eine Zusammenfassung nur dessen, was passiert ist, ist wichtig, sondern nun wir müssen doch auch ein bisschen nach vorne gucken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –  
Wolfgang Riemann, CDU: Genau.)

Und da hat der Bericht Mängel. Er sagt nur ganz allgemein: „wird diese Förderung in Zukunft fortsetzen“, „Landesregierung stellt ... Hilfen zur Verfügung“ – ja, das haben wir ja vorne alles gelesen – und sie sind der Auffassung, dass sich das Land auch hinsichtlich „der damit verbundenen Chancen ... auf einem guten Weg befindet“.

Meine Zeit ist abgelaufen, wird mir signalisiert.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der  
CDU und PDS – Harry Glawe, CDU:  
Nee, nee. – Dr. Gerhard Bartels, PDS:  
Nur die Redezeit, Herr Helmrich.)

Meine Redezeit ist abgelaufen, wenn Sie das so hören wollen.

Ich darf dann darauf verweisen, die Expertise, die der Arbeitsminister in Hamburg hat machen lassen, ist nicht schlecht. Man hat wahrscheinlich auch einen Haufen Geld dafür bezahlen müssen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU –  
Barbara Borchardt, PDS: So ist das heutzutage.)

Diese Expertise ist nicht schlecht und in dieser Expertise gibt es eine sehr konkrete und überschaubare Zahl von Maßnahmen, die vorgeschlagen werden. Diese Expertise wird als Literatur auch erwähnt, aber sie wird nicht ausgewertet. Wahrscheinlich hat man sich bei den Bearbeitern gesagt, verpflichten wir uns mal nicht zu zu viel, sagen wir mal nicht zu viel zu. Aber wir brauchen ...

(Wolfgang Riemann, CDU:  
Das wird daran gemessen werden.)

Jaja, jaja.

Wir brauchen aber politische Vorgaben der Regierung für das Handeln der nachgeordneten Behörden, ...

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Die paar Minuten sind aber schon rum.)

Ja, bin ja schon fast fertig.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS –  
Barbara Borchardt, PDS:  
Versprechen Sie nicht zu viel!)

... wir brauchen für die Landkreise,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Verbrauchen Sie nicht unsere kostbare Zeit, Herr Helmrich!)

für die Gemeinden Vorgaben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und diese Regierung sollte sich, wenn sie sich schon solche Expertisen machen lässt, wo drinsteht, was man alles machen müsste, auch ein bisschen davon selber aufs Papier schreiben. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist noch lange nicht abgelaufen, es war nur die Redezeit. Herzlichen Dank!

(Barbara Borchardt, PDS: Das haben wir ja auch gesagt.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Neumann von der Fraktion der PDS.

(Barbara Borchardt, PDS: Karsten, denk dran, was man in zehn Minuten sagen kann, sollte man auch in zehn Minuten sagen!)

**Karsten Neumann, PDS:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der uns vorliegende Bericht der Landesregierung ist der erste in Umsetzung des Beschlusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern aus dem Dezember letzten Jahres. Laut Auftrag des Landtages sollte der Bericht die Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den Beitrittskandidaten darstellen. Zum Zweiten sollte der Bericht aber auch dazu dienen, die Aktivitäten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns im Zuge einerseits der Beitrittsverhandlungen und andererseits der Beitrittsvorbereitungen diesseits und jenseits der noch bestehenden Grenze darzustellen.

Die Darstellung des ersten Teils ist meines Erachtens gleichermaßen für Laien und Fachleute in diesem wichtigen politischen Projekt Europa gut verständlich und im gebotenen Maße umfassend. Insgesamt möchte auch ich vorausschicken, dass dieser Bericht nicht nur sehr gut als Information der Abgeordneten geeignet ist, sondern auch für unsere gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden sollte (da teile ich die Auffassung nach einiger Qualifizierung).

Das Thema der Osterweiterung der EU und für uns insbesondere der Beitritt der Republik Polen zur Europäischen Union ist wohl geeignet, auch emotional diskutiert und unter Rückgriff auf alte Vorurteile geführt zu werden. Dem können und müssen gerade wir mit sachlicher und korrekter Information und mit einem entschlossenen Willen entgegenreten. Dieser Willen darf sich allerdings nicht in Erklärungen und Festtagsreden erschöpfen. Das Ja zur Europäischen Union muss getragen werden von der Erkenntnis ihrer friedenssichernden, solidarischen, ökologischen und wirtschaftlichen Bedeutung für die Menschen in den Mitgliedsländern und deren Nachbarn.

Zu Recht beginnt der Beschluss des Landtages mit dem Auftrag und der Feststellung, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern alles dafür tun wird, um insbesondere Polen auf dem Weg in die EU zu begleiten und zu unterstützen. Der heute vorgelegte Bericht macht deut-

lich, dieser Auftrag wurde und wird in die Tat umgesetzt. Der Bericht macht aber auch deutlich, dass sowohl die polnischen Partner als auch das Land Mecklenburg-Vorpommern noch einen gewaltigen Weg vor sich haben. Dies betrifft nicht nur die völlig offenen Fragen im Zusammenhang mit den bisher noch nicht verhandelten Kapiteln, sondern vor allem die Frage, mit welcher Geschwindigkeit die notwendigen Voraussetzungen für den Beitritt Polens auf beiden Seiten geschaffen werden.

Man mag meines Erachtens zu Recht daran zweifeln, dass die Europäische Union in ihrem institutionellen Gefüge, ihrer finanziellen Verfasstheit und vor allen Dingen ihrer demokratischen Struktur schon für den Beitritt weiterer Mitgliedsstaaten gewappnet ist. Spätestens mit dem Vorschlag Kommissar Verheugens für ein Ganzlandförderprogramm ist uns auch deutlich geworden, dass die Europäische Union nicht gewillt sein wird, auf den Stand der Vorbereitungen in Mecklenburg-Vorpommern Rücksicht zu nehmen. Die Frage, ob Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die neuen Bedingungen gerüstet sind, wird garantiert nicht über den Beitrittstermin Polens zur Europäischen Union entscheiden.

Ich sage das hier deshalb in einer vielleicht überzogenen Deutlichkeit, um klar zu machen, über den Stand der Vorbereitung unseres Bundeslandes auf den Beitritt Polens entscheiden allein wir, die Verantwortlichen in der Politik, in der Verwaltung und in der Wirtschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich die Chancen für das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Leben in unserem Bundesland mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union tatsächlich realisieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Bei aller Enttäuschung über die bisher durch die EU-Kommission verweigerte wirksame Hilfe: Jetzt müssen Bund und Länder wirksam einschreiten! Einige Ansätze haben wir dazu ja in dem Bericht schon gelesen. Aber wir sollten auch in dieser Diskussion deutlich benennen, dass eine Vielzahl der momentan diskutierten wirtschaftlichen Probleme in Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere in der Grenzregion nicht durch den bevorstehenden Beitritt Polens zur Europäischen Union ausgelöst werden, sondern der EU-Beitritt Polens die Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme sein kann. Begegnen wir also offensiv den berechtigten Ängsten in der Bevölkerung, sonst tun es die Nazis, wie vielfältig in Mecklenburg-Vorpommern und letzten Sonnabend in Frankfurt/Oder!

Spätestens seit dem Europaabkommen des Jahres 1993 ist klar, dass Polen Vollmitglied der Europäischen Union werden wird. Das heißt, wir haben mit Recht die Frage zu beantworten, ob wir denn in den vergangenen acht Jahren tatsächlich alles Mögliche und Machbare unternommen haben, um uns vorzubereiten.

Insofern möge man auch mir, ähnlich wie Herrn Helmrich, die Ungeduld verzeihen, mit der ich die im Bericht aufgezeigten Defizite verfolge. Der Bericht zeigt sehr deutlich den Nachholbedarf im Infrastrukturbereich, in der Landesplanung, in der Sprachenausbildung, in der Pflege kultureller und sozialer Beziehungen, im Abbau von Vorbehalten und Ängsten und in der Vermittlung von Kenntnissen über den Nachbarn auf. Es scheint aber auch Defizite in der Organisation dieses Prozesses innerhalb der Landesregierung zu geben, die dringend einer Klärung bedürfen.

Auch ich hätte mir – wie Herr Helmrich – mit dem Bericht einen klar aufgezeigten Arbeitsplan der Landesregierung gewünscht, um wenigstens einen Teil dieser Defizite bis zum 31.12.2003 zu beseitigen. Wenn der Bericht beispielsweise feststellt, dass die grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen, die noch ausbaufähige Orientierung von Unternehmen des Landes auf dem polnischen Markt oder die Verbreiterung des Angebotes des polnischen Sprachunterrichts heute noch Hemmnisse darstellen, würde mich schon die Antwort der Landesregierung hierauf interessieren.

Wenn der Bericht beispielsweise auf Seite 23 feststellt, dass die vom Landtag geforderte schnellstmögliche Abschaffung der von der deutschen Seite für die Beförderung von Personen und im Gelegenheitsverkehr erhobenen Umsatzsteuer als kaum durchsetzbar einzuschätzen ist, so kann dies meines Erachtens das Parlament nicht unkommentiert lassen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Dieses Thema spielt bei fast jedem Besuch in der polnischen Nachbarschaft durch Orchester, Jugendgruppen, Sportgruppen et cetera eine wichtige Rolle.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehr wahr.)

Soll es hier wirklich keine Lösung geben? Eine Richtlinie aus dem Jahr 1977 soll dies tatsächlich verhindern? Wenigstens hier kann das Parlament wohl zu Recht ein Signal erwarten

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und Herbert Helmrich, CDU)

und vielleicht auch mal den Sprung über den eigenen Schatten. Es sind eben oft auch und gerade die kleinen Dinge, die die öffentliche Meinung beeinflussen.

Wenn ich damit indirekt die Steuerbehörden kritisiere, möchte ich aber auch das positive persönliche Beispiel der Finanzamtsvorsteher ausdrücklich hervorheben, die zur Realisierung der Zusammenarbeit mit ihren polnischen Kollegen einen Polnischsprachkurs belegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –  
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:  
Doch nicht alles schlecht.)

Ja, genauso wie dieser Berichtsteil einen meiner persönlichen Vorbehalte beseitigt hat, räumt er auch mit anderen auf.

So waren im Jahr 2000 in Mecklenburg-Vorpommern 4.406 Saisonarbeitnehmer aus Polen in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Im Rahmen von Werkverträgen waren es ganze 40 Fälle. Durch die Arbeit der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft stehen inzwischen detaillierte Brancheninformationen für die kleinen und mittelständischen Unternehmen zur Verfügung, ein qualifiziertes Beratungsnetz entwickelt sich mit dem Haus der Wirtschaft in Stettin.

Die Konferenz Finanzen am Montag dieser Woche in Stettin – sie wurde hier schon erwähnt – war mit über 500 Teilnehmern und Foren in hoher Qualität ein voller Erfolg. Dass die sehr kurzfristigen Zusagen von 300 Teilnehmern die Organisatoren vor Schwierigkeiten gestellt haben, mag jeder dort verstanden haben. Auch hier konnten im direkten Gespräch Vorurteile beseitigt werden. So gibt es inzwischen über 40.000 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in Polen. Dabei sind es vor allem deut-

sche kleine und mittelständische Unternehmen, die in Polen aktiv sind. Knapp 80 Prozent der von der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft befragten Unternehmen wollen weiter investieren und expandieren.

Einen für mich persönlich besonders wichtigen Fakt aus dieser Untersuchung der Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft will ich hier zitieren: „Viel-fach wird angenommen, Polen sei deshalb so attraktiv, weil Löhne niedrig und Strom, Wasser, Gas und Grundstücke billig sind. Dies ist in dieser Form falsch. Eindeutiger Hauptgrund ist der Markt, die Chance, einen neuen Markt mit fast 40 Millionen Einwohnern erschließen zu können. Erst an zweiter Stelle der genannten Gründe folgt mit weitem Abstand das Argument niedriger Lohnkosten.“ Nur zum Vergleich wurde die gleiche Frage in einer Umfrage unter polnischen Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Und die Antworten ergaben genau das umgekehrte Bild. Also auch hier Vorurteile, die abgebaut werden können und müssen!

Ebenso wurde mit dem Vorurteil in der polnischen Öffentlichkeit aufgeräumt, deutsche Unternehmen würden nur die gebrauchten Maschinen aus Deutschland nach Polen verlagern. Die Umfrage beweist, 70 Prozent der Maschinen und Ausrüstungen sind Neuinvestitionen. Und im Übrigen wurden die in Polen tätigen Unternehmen befragt. Davon antworteten 64 Prozent, dass sie ihre Lage mit „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ einschätzen.

Ja, und eine Nachricht zum Schluss meiner Ausführungen für alle jetzt neugierig gewordenen Kolleginnen und Kollegen: Wenn Sie einen Besuch planen, der Zloty liegt inzwischen bei 1,90 DM und die Inflationsrate unter sechs Prozent.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir den Bericht heute für verfahrensmäßig erledigt erklären, bietet dieser genug Veranlassung für alle Ausschüsse des Landtages, sich ihrer Möglichkeiten und Aufgaben bewusst zu werden. Nicht erst mit dem Beschluss über die Zusammenarbeit mit dem Sejmik der Woiwodschaft Westpommern sind wir alle eine wichtige Verpflichtung gegenüber den polnischen Bürgerinnen und Bürgern und den Bürgerinnen und Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern eingegangen. Der Unterausschuss EU-Osterweiterung des Rechtsausschusses ist gewillt, diese Vereinbarung und dieses wichtige Zukunftsprojekt mit Leben zu erfüllen. Alle Ausschüsse des Landtages sind gut beraten, das Ihrige zur Lösung der noch bestehenden Probleme zu leisten, und zwar jetzt! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS  
und Herbert Helmrich, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Neumann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kuessner von der Fraktion der SPD.

**Hinrich Kuessner, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir können zum Glück wieder feststellen, dass wir eine große Übereinstimmung bei diesem Thema haben. Ich kann vieles von dem, was Herr Helmrich hier gesagt hat, nur unterstreichen und möchte gleich mal mit dem Angenehmen beginnen und mich auch bedanken für den Bericht der Landesregierung. Ich finde den Bericht sehr wichtig, dass wir uns auch einmal klar machen, wo wir stehen. Er ist aus meiner Sicht eine sehr gute Zusammenfassung.

Und worüber ich sehr froh bin, ist, dass wir in der Tat in der letzten Zeit bei den Kontakten ganz erheblich an Fahrt zugelegt haben. Das halte ich für sehr, sehr wichtig. Die Landesregierung hat hier Akzente gesetzt, die, glaube ich, auch in unser Land stark ausstrahlen. Man merkt das bei Besuchen, wo man immer mehr Unternehmen, aber auch Vertreter von anderen Institutionen in Polen trifft. Das ist auch eine Folge davon, dass die Landesregierung hinter diesen Kontakten steht und da selbst vorangeht.

Ich finde es auch sehr wichtig, dass diese Kontakte der Landesregierung nicht nur auf Polen beschränkt sind, sondern dass der Ministerpräsident in den Ostseeraum reist und Gruppen mitnimmt, denn wir müssen uns in der Tat viel stärker auf diese Region einstellen. Und das ist hier ja auch schon gesagt worden: Wenn wir jetzt die große politische Wetterlage sehen, dann erkennen wir alle nach den schlimmen Ereignissen in den USA, wie wichtig es ist, dass wir über unseren Tellerrand hinausarbeiten, hinausschauen und dieses betreiben.

Die Osterweiterung der Europäischen Union wird voraussichtlich nicht allzu lange auf sich warten lassen. Mit welchen Ländern, das werden wir sehen. Aber es gibt ja durchaus Bestrebungen, dass der erste Schritt vor der nächsten Wahl des Europäischen Parlamentes gemacht wird. Das heißt, das ist ein sehr begrenzter, überschaubarer Zeitraum. Und von daher denke ich schon, dass wir noch zulegen müssen. Das ist keine Kritik, sondern das ist etwas, was uns alle betrifft, dass dieser Schwerpunkt, den wir alle, Landesregierung, Parlament und viele andere, besonders im letzten Jahr gesetzt haben, dass wir hier nicht nachlassen, sondern dass wir das, wenn wir künftig diese Osterweiterung positiv nutzen wollen, noch verstärken müssen.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Man halte sich einmal vor Augen, was der Umzug von Bonn nach Berlin für Deutschland gebracht hat und für unsere Region. Es hat im Politischen eine Veränderung gebracht. Dass auf einmal bestimmte Strukturen, bestimmte Verantwortlichkeiten weiter östlich waren, das hat in Deutschland sehr viel verändert.

Die Europäische Union wird verändert durch die Osterweiterung und gerade auch durch den starken Blick auf Polen und baltische Staaten und vor ein paar Jahren die skandinavischen Staaten, die dazu gehören, wird sie noch nördlicher, noch östlicher. Das sind Chancen, dass auch Schwerpunkte in der europäischen Politik anders gesetzt werden können, und ich glaube, das sollten wir weiter verstärken.

Aus meiner Sicht ist ein ganz wichtiger Punkt, der auch vom Ministerpräsidenten angesprochen worden ist, die weitere Öffnung der Grenzen und die Verbesserung der Verkehrswege nach Polen. Den Grenzübergang Garz halte ich für sehr, sehr wichtig. Das Problem von Grenzregionen ist ja, dass sie sich wirtschaftlich nur äußerst schwer entwickeln können, wenn die entsprechende Grenze geschlossen ist. Die Durchlässigkeit der Grenze bietet aber gewaltige Entwicklungschancen, wie viele Beispiele in der Europäischen Union und in Deutschland zeigen. Und wir brauchen diese Öffnung der Grenzen vor der EU-Osterweiterung. Die Grenzen sind in unserer Region noch immer ein Hindernis. Es dauert zu lange, es ist zu umständlich. An dieser Stelle, denke ich, müssen wir weiterarbeiten. Herr Helmrich und andere haben die Probleme auch angesprochen. Das ist nicht nur unsere Ent-

scheidung oder gar nicht mal unsere Entscheidung, sondern diese Entscheidungen werden woanders getroffen. Und es sind auch die Probleme auf polnischer Seite angesprochen worden. Trotzdem, denke ich, dürfen wir hier überhaupt nicht nachlassen und müssen versuchen voranzukommen.

Ich finde es sehr gut, was im Bericht ja auch drin ist, dass die Usedomer Bäderbahn inzwischen weiter fährt. Und die Grenzüberschreitung, wenn meine Information richtig ist, wird ja kommen mit der Usedomer Bäderbahn, die dann bis nach Swinoujście fährt. Auch das ist ein Schritt der besseren und schnelleren und guten Kontakte. Und wenn diese Usedomer Bäderbahn im nächsten Jahr sogar bis Stralsund fährt, dann lassen sich polnische Kontakte auch noch viel weiter ins Hinterland mit einfachen Verkehrsmitteln verwirklichen. Ich denke, dieses Projekt sollten wir gerade im Interesse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verbessern.

(Beifall Ute Schildt, SPD)

Wo wir meines Erachtens in den Kontakten noch schneller werden müssen, das ist bei den Kontakten von jungen Menschen. Da gibt es gute Ansätze. Herr Helmrich hat von 22 Schulpartnerschaften gesprochen. Mir ist aufgeschrieben worden, dass wir inzwischen 30 haben, aber vielleicht haben wir eine andere Bezugsbasis, denn da sind auch die baltischen Staaten einbezogen. Doch das ist egal, 22 oder 30 sind nicht viele, das ist zu wenig. Auf der Ostseeanrainertagung der Parlamente haben junge Vertreter aus den baltischen Staaten und aus Deutschland gesagt, dass sie wissen, was sie wollen, und wie diese Kontakte zu gestalten sind.

Unter jungen Leuten gibt es ein hohes Interesse für mehr Kontakte, aber die finanziellen Voraussetzungen machen Probleme. Ich denke schon, dass wir zusammen überlegen müssen, wie wir dieses beschleunigen. Hier gibt es Vorschläge bis zu einem Jugendfonds. Es ist egal, wie es gemacht wird, wichtig ist, dass wir Voraussetzungen schaffen, dass auch junge Leute aus Polen und aus den baltischen Staaten, auch aus Russland, stärker Kontakte im Ausland aufnehmen können und dass unsere jungen Leute dorthin fahren. Sie werden bestimmen, wie diese Region später gestaltet wird, und darum sind diese Erlebnisse ganz wichtig. Wenn man in die Vergangenheit guckt, ist das eine Voraussetzung, wenn mir das richtig berichtet worden ist von der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Da sind junge Leute auch mit nach vorne marschiert.

Es passiert auf dem Gebiet viel und gerade die guten Erfahrungen, auch des Gymnasiums in Löcknitz, denke ich, sollten wir nutzen, auch die Erfahrungen unserer Lehrkräfte, die in Polen, Estland, Lettland und Litauen durchaus arbeiten. Diese Vermittler sollten wir nutzen, damit mehr den Weg über die Grenze gehen.

(Beifall Herbert Helmrich, CDU)

Es tun viele, aber es müssen mehr werden. Und an dieser Stelle meine Bitte auch an die Landesregierung, hier nicht nachzulassen und diese Aktivitäten weiterzuführen und zu verstärken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es geht nicht nur um die wirtschaftlichen Kontakte,

(Herbert Helmrich, CDU: Das ist ganz richtig.)

sondern wir wissen alle, dass es auch um die Angleichung der Standards geht. Ich bin am letzten Sonnabend eingeladen gewesen in einem polnischen Krankenhaus, da gibt es noch ganz viel zu tun. Auch hier müssen wir helfen, dass Kontakte geschlossen werden, dass Vertreter unserer Krankenhäuser noch mehr Kontakte schaffen und dass wir auch mithelfen, dass die Entwicklungen auf diesem Gebiet in Polen vorankommen. Das Zusammenleben der Menschen hängt von vielen kleinen und großen Dingen ab und darum dürfen wir nicht nur die Unternehmen im Blick haben, was ganz, ganz wichtig ist, sondern auch die vielen anderen Bereiche des Lebens.

Es gibt, und das zeigt der Bericht, wenn man ihn gründlich liest, ja zum Glück in vielen Institutionen inzwischen selbstverständliche Arbeitskontakte. Wir sind mit ein paar Abgeordneten kürzlich beim regionalen Planungsamt Vorpommern gewesen. Dort gibt es einen Mitarbeiter, der Polnisch spricht, der hervorragende Kontakte nach Polen hat und der grenzübergreifende Planungen macht. Wir haben gute Voraussetzungen auch in den Ministerien und in den Ämtern, die der Landesregierung nachgeordnet sind. Insofern, denke ich, sollten wir auch dieses in unserer Bevölkerung deutlicher machen, denn Ängste werden wir nur abbauen, wenn die Menschen erfahren, dass an diesen Problemen und der Angleichung dieser Unterschiede ernsthaft gearbeitet wird.

Grundsätzlich, denke ich, sind wir auf dem richtigen Weg. Wir sind inzwischen so gut im Gespräch, sowohl auf Landesregierungs- als auch auf Parlamentsseite, dass wir Schlussfolgerungen ziehen können, wo die nächsten Schritte zu tun sind. Die Aufforderung von Herrn Helmrich, dass wir dieses unter uns konkreter formulieren sollten, halte ich auch für wichtig, weil uns dann untereinander klar wird, wo Akzente zu setzen sind, denn alles werden wir nicht machen können, diese Kraft werden wir nicht haben. Aber wenn wir uns Zielsetzungen gemeinsam definieren – und ich denke, da sprechen wir grundsätzlich mit der Landesregierung hier im Parlament eine Sprache –, werden wir diese Schritte besser gestalten und hoffnungsvoller der europäischen Erweiterung Richtung Osten entgegenblicken können. Darum, finde ich, ist dies ein Politikbereich, in dem wir zum Glück an einem Strang ziehen. Inzwischen müssen wir auch nicht mehr ängstlich zurückblicken, sondern können unseren Leuten sagen: Helft mit, dann haben wir die Chance! Wir sind auf dem richtigen Weg, aber wir müssen mehr tun. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Kuessner.

Der Ministerpräsident hat noch mal ums Wort gebeten. Bitte, Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich gefreut, dass sich die Redner aller Fraktionen doch sehr gründlich mit dem Bericht beschäftigt haben. Und, Herr Abgeordneter Helmrich, ich freue mich natürlich, dass auch Sie den Bericht im Grundsatz positiv aufgenommen und einige freundliche Worte gefunden haben und auch meinen, dass das, was zur Landwirtschaft gesagt wird, doch recht ordentlich ist. Ich will aber auf einige Punkte, die genannt worden sind, doch noch einmal eingehen.

Sie haben zu Beginn, Herr Helmrich, diesen unterschiedlichen Lebensstandard erwähnt. Der ist natürlich da, aber ich glaube, die Unterschiede werden sich wesentlich schneller abbauen, als wir glauben. Es gibt heute schon auf den Werften in Polen in einigen Berufen Einkommen, die höher sind als die Einkommen in einigen Regionen Vorpommerns. Der Großraum Stettin wird eine erhebliche Anziehungskraft ausüben und für einige Bereiche unseres Bundeslandes, des Landesteiles Vorpommern, wird Stettin wieder die Rolle spielen, die es früher einmal gespielt hat. Es wird so etwas wie das natürliche Oberzentrum sein und wir können davon profitieren.

Um die Ängste der Menschen abzubauen, sollten wir ihnen sagen, dass es eine ganz klare Aussage der Kommission, eine ganz klare Aussage von Prodi auch auf einer Zusammenkunft mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten der Grenzländer zu Polen gibt, dass alle 43 Kapitel des *acquis communautaire* durchverhandelt werden müssen und dass es keinen rein politisch bedingten oder überhaupt keinen rein politisch bedingten Beitritt geben wird, denn das würde von vornherein vielleicht einen gewissen Zündstoff in sich bergen und wäre nicht gut für die weitere Mitgliedschaft. Das ist auch in Richtung polnischer Seite ziemlich klar gesagt worden.

Ich halte relativ wenig von dem, was Sie andeuteten im Zusammenhang mit den Grenzübergängen. Dort Verknüpfungen zu anderen Bereichen zu schaffen und damit zu drohen, vielleicht einige andere Kapitel nicht zu verhandeln, das, glaube ich, ist nicht der richtige Weg. Wir müssen den Polen sagen, dass Verbindungen zwischen den Menschen das Wichtigste sind. Ich kann Ihnen sagen, bei jeder Begegnung, sowohl mit den Woiwoden als auch mit dem Marschall, bei der Begegnung mit dem Außenminister und auch bei der kurzen Stippvisite des Bundeskanzlers in Stettin, wo es ein Gespräch mit dem polnischen Ministerpräsidenten gegeben hat, ist die Frage der Grenzübergänge sehr, sehr deutlich gemacht worden und nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ scheint die Bereitschaft zu wachsen. Die Polen weisen allerdings darauf hin, dass es vorwiegend finanzielle Gründe sind, die immer wieder dazu geführt haben, dass schon zugesagte Termine nicht eingehalten worden sind. Das sind Dinge, die die Außenpolitik betreffen. Es gibt den entsprechenden Notenaustausch mit den Polen und ich hoffe, dass wir da tatsächlich weiterkommen werden. Auf die Dinge, die wir mit der Bäderbahn vorhaben, hat der Landtagspräsident schon hingewiesen. Wir wollen dort auch nicht halten an der Grenze, wir wollen bis Swinemünde durchfahren.

Im Bereich der Sprachkompetenz, die hier angesprochen wurde, glaube ich, hat sich eine ganze Menge getan. Einmal, und das wurde von den Polen auch als wichtiges Zeichen gewertet, wird es positiv aufgenommen, dass der Lehrstuhl Polonistik in Greifswald wieder besetzt wird. Es ist positiv aufgenommen worden, dass in etlichen Schulen Polnisch die erste Fremdsprache ist. Und ich hatte auch auf das gemeinsame Ausbildungsprojekt hingewiesen. Ich muss allerdings sagen, dass man natürlich keinen zwingen kann, Polnisch zu lernen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schwere Sprache.)

Man trifft immer wieder noch auf Vorbehalte, was soll ich denn mit dem Polnischen, die Polen, die sollen Deutsch lernen. Wenn wir gegen diese Mentalität etwas angehen – ich glaube, das ist eine gemeinsame Aufgabe –, dann errei-

chen wir sehr viel. Denn wenn man die Sprache des Nachbarlandes einigermaßen verstehen kann, ist es von unerhörtem Vorteil, auch von wirtschaftlichem Vorteil, bei der Anbahnung von Wirtschaftsbeziehungen.

Den Jugendaustausch sehe ich als genauso wichtig an, wie er hier gesehen wurde. Auch da hat es Bemühungen gegeben, die Mittel für das deutsch-polnische Jugendwerk aufzustocken. Es ist leider zu dieser Aufstockung nicht gekommen, aber ich denke, auch da bedeutet es ein Bohren dicker Bretter.

In einem Punkt, Herr Helmrich, sehe ich das ein bisschen kritisch. Sie erwarten zu viele Anweisungen von oben, Vorgaben für die Landkreise. Nach allen Erfahrungen, die ich gemacht habe, sage ich, wir sollen sehr, sehr vorsichtig sein, da irgendwie etwas vorgeben zu wollen, gerade in Vorpommern. Ich glaube, das wäre eher ein Schuss, der nach hinten losgehen würde, Sie kennen das. Aber ich glaube, alle Abgeordneten selbst müssen ihre volle Überzeugungskraft aufbringen und sagen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dass auch Städtepartnerschaften mit polnischen Gemeinden attraktiv sein können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Koserow.)

Wir können sie nicht verordnen. Ich kannte einen Landrat – jetzt ist er nicht mehr Landrat –, der mir bei den Besuchen, die ich bei ihm gemacht habe, immer erst über seine Reisen nach Taiwan erzählt hat,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und damit war dann die ganze Zeit vergangen und wir kamen zu keinen anderen Themen mehr. Ich habe da diese Vorschläge gemacht, nicht immer so sehr in die Ferne zu denken. Sicherlich sind Verbindungen zu Taiwan auch wichtig, aber ich denke, man sollte auch in die Nähe schauen. Also nehmen wir uns alle selbst etwas in die Verantwortung. Als Abgeordnete leisten wir Aufklärungsarbeit. Versuchen wir, Schulen dazu zu bewegen, mehr Schulpartnerschaften abzuschließen, und appellieren wir an die Kommunalpolitiker, die Verbindungen zu unseren polnischen Nachbarn dadurch zu festigen, dass die Zahl der Städtepartnerschaften steigt. Im Übrigen kann ich hier nur sagen – und das werden alle bestätigen, die in Polen gewesen sind –, die Polen sind ausgezeichnete Gastgeber. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Ministerpräsident.

Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/2261 verfahrensmäßig für erledigt erklären?

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Bericht über die Situation von Gehörlosen, Schwerhörigen und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2098.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:  
Bericht über die Situation von Gehörlosen,  
Schwerhörigen und Ertaubten in  
Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 3/2098 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Sozialministerin Frau Dr. Bunge.

(Präsident Hinrich Kuessner  
übernimmt den Vorsitz.)

**Ministerin Dr. Martina Bunge:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Hörschädigungen sind im doppelten Sinne eine stille Behinderung. Nicht oder kaum sichtbar sind viele im tagtäglichen Leben beeinträchtigt. Für diese Menschen den gesellschaftlichen Raum für die chancengleiche Teilhabe barrierefrei zu gestalten, lässt sich nicht allein mit der Absenkung einer Schwelle oder dem Einbau eines Fahrstuhls realisieren. Von Hörschädigungen sind mehr betroffen, als offiziell erfasst. Auch jede und jeden von uns kann es vor allen Dingen ob der belasteten Umfeldbedingungen treffen. Vielleicht haben Sie dieser Tage die Pressemitteilung der Fördergemeinschaft „Gutes Hören“ zur Kenntnis genommen mit dem erstaunlichen Testergebnis in einem Landtag. Dort wurden bei über der Hälfte der Abgeordneten leichte bis mittelschwere Hörminderungen festgestellt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich bin gespannt, was bei dem Test am 30.09. in unserem Landtag herauskommt. Aus all dem gilt es, die Situation Hörschädigter zu beleuchten, um das Ausmaß in seiner Differenziertheit zu erfassen, um den Stand von Leistungen und Hilfen im Land darzustellen. Insofern bin ich dankbar, dass der Landtag die Landesregierung mit einem solchen Bericht beauftragt hat. Seit dem Sommer liegt Ihnen das Ergebnis vor. Ein Anfang wurde gemacht. Von rund 138.000 Inhaberinnen und Inhabern eines Schwerbehindertenausweises haben diesen rund 6.500 Menschen wegen einer Hörbehinderung mit einem Grad der Schwerbehinderung von 50 Prozent und mehr.

Menschen mit Behinderungen und insbesondere Menschen mit Hörbehinderungen stellen keine homogene Gruppe dar. Die behinderungsbedingten Beeinträchtigungen reichen in die verschiedensten Gebiete des tagtäglichen Lebens. So ging dann auch das Spektrum der zu erörternden Felder weit über den Ressortbereich des Sozialministeriums hinaus. Zur Erstellung des Berichts hat es daher Abstimmungen auf interministerieller Ebene gegeben, mit dem Bildungs- und Kulturressort, mit dem Umweltsort, mit dem Ressort Justiz, Arbeit und Bau. Fachbeiträge wurden aus diesen Häusern geliefert, sie sind in den Bericht eingeflossen.

Da die Grundzuständigkeit für die ambulante gesundheitliche und soziale Betreuung der Bevölkerung im Einklang mit dem Grundgesetz stehend nach der Kommunalverfassung den Kommunen obliegt, sind deren Aktivitäten in der Sache im Rahmen einer Erhebung ermittelt und einbezogen worden. Zugleich wurde den drei im Land tätigen Verbänden die Gelegenheit zur Darstellung ihrer Verbandsstrukturen und Verbandsaktivitäten eingeräumt. Ich bedanke mich hiermit bei allen, die mitgewirkt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Wesentliche Punkte des Berichts sind so die Realisierung des Versicherungsschutzes gemäß gesetzlicher Krankenversicherung, die Beförderung einer flächendeckenden Früherkennung, der überbetriebliche und betriebliche Arbeitsschutz, die Berufssituation und Arbeitsförderung von hörbehinderten Menschen, das Geflecht der behindertenspezifischen Beratung. Wünsche an wissenschaftliche Abhandlungen konnten von der Verwaltung nur sehr eingeschränkt erfüllt werden.

Die Situation beim Nachteilsausgleich für Menschen mit Hörbehinderungen hat sich in den letzten Jahren verbessert, was im Umkehrschluss natürlich nicht bedeutet, dass sämtliche Probleme als gelöst zu betrachten sind. Leider sind aber auch die Möglichkeiten der Landesregierung ob der vielfältigen Zuständigkeiten begrenzt. Sowohl Landes- als auch Bundesregierung arbeiten an der weiteren Umsetzung des Grundgesetzartikels 3 „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ So stockt zum Beispiel das Land mit dem Doppelhaushalt die Förderung von Gebärdendolmetschern auf. Das kürzlich in Kraft getretene SGB IX und das dieser Tage von der Bundesregierung vorgelegte Gleichstellungsgesetz werden die Bedingungen weiter verbessern.

Ein besonderes Anliegen war es uns und war es auch mir persönlich, den Präventionsmöglichkeiten und Aktivitäten relativ breiten Raum zu bieten. Wie kaum in einem anderen Bereich sind Hörschädigungen vermeidbar. Im Arbeits-, Umwelt-, Freizeitschutz sind neben den Institutionen auch wir alle gefragt. Betrachten wir daher den Bericht als Basis unser aller Wirken. Das Sozialministerium wird gemeinsam mit dem Integrationsförderrat Schlussfolgerungen ziehen. Ich sehe den Bericht als Basis für künftiges Handeln an. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat der Abgeordnete Herr Glawe von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Glawe.

**Harry Glawe, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht über die Situation von Gehörlosen, Schwerhörigen und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern liegt Ihnen vor.

(Andreas Bluhm, PDS: Richtig.)

Im März des Jahres 2000 hatte der Landtag auf Antrag der SPD und PDS dieses Berichtersuchen in Auftrag gegeben. Die Grundsätze sind bearbeitet, Begriffsbestimmungen definiert, auch allgemeine Rechtsgrundlagen sind aufgezeigt. Aber, meine Damen und Herren, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Aber ein bisschen loben, ein bisschen.)

Das war schon relativ viel Lob, das können Sie ja nicht bestreiten.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS –  
Barbara Borchardt, PDS: Man höre und staune!  
– Angelika Gramkow, PDS: Oh!  
– Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Aber, meine Damen und Herren, der Bericht bleibt weit hinter dem Auftrag des Landtages und hinter dem Auftrag von SPD und PDS, der Koalitionäre hier in diesem Landtag der letzten drei Jahre, zurück.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Frau Ministerin hat das, worum es ging, geschickt umschiff, das will ich ja durchaus zugeben. Sie hat nämlich darauf hingewiesen, dass eigentlich ein aktueller wissenschaftlicher Auftrag im Bereich der Hörgeschädigten für unser Land zu berücksichtigen ist.

(Ministerin Dr. Martina Bunge: Ja.)

Das bringt dieser Bericht letzten Endes nicht. Und deswegen will ich durchaus zustimmen, dass es ein Anfang ist.

Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass die Ministerien, die immerhin am 6. September 2000 schon darüber befunden haben, dass sie wissenschaftlich nicht vorgehen können oder wollen, das dann auch auf den Fachebenen dem Landtag mitgeteilt hätten. Das ist mir – jedenfalls bis heute zumindest – nicht zugestellt worden. Und deswegen meine ich schon, dass gerade die Koalitionäre eigentlich heute hier die Pflicht haben, sich ganz klar und eindeutig zu dem Auftrag dieses Berichtes zu äußern, denn der ist letzten Endes nicht erfüllt. 100 Seiten sind beschrieben. Die Elternverbände hörgeschädigter Kinder sind von diesem Bericht enttäuscht, das können Sie den Schreiben entnehmen, die auch die Ministerin zur Kenntnis bekommen hat. Nach unserer Meinung entspricht der Bericht nicht den Anforderungen, die durch den Landtag klar umrissen worden sind. Er ist oberflächlich, kaum logisch und Zusammenhänge sind oftmals fehlinterpretiert worden. Meine Damen und Herren, so, denke ich, kann man mit uns, mit dem Landtag, mit dem Etatgeber, nicht umgehen.

Sie haben 1998 – und da bitte ich Sie, das können Sie auch mal genau ansprechen – große Versprechungen abgegeben, gerade auch in diesem Bereich der betroffenen Menschen, der Gehörlosen und Ertaubten, eine eindeutige Besserung zum Guten vorzubereiten. Davon sind Sie eigentlich jetzt, denke ich, weit entfernt. Meine Damen und Herren, es reicht eben nicht aus, dass Sie in Ihrem Bericht viele Statistiken haben, viele Frühförderstellen aufzählen, Beratungsangebote aufzählen und damit eigentlich dem Leser suggerieren, im Land Mecklenburg-Vorpommern ist flächendeckend alles in Ordnung. Hilfs- und Betreuungssysteme für Hörgeschädigte sind vorhanden. Die Situation der Gehörlosen, Schwerhörigen und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern kann nicht dargestellt werden, solange die Folgen der Hörgeschädigten nicht differenziert betrachtet werden.

Ich möchte an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass das der Elternverband in besonderer Weise nochmals ausdrücklich in seinem Schreiben unterstrichen hat. Es ist eigentlich eine sehr harte Kritik, die die Verbände an der Arbeit und an diesem Bericht der Landesregierung üben. Man will ja nicht von vernichtender Kritik reden, aber zum Nachdenken sollten diese Schreiben schon anregen, denn – ich sage es noch mal – Sie als Koalition sind weit weg von Ihren Zielen, die Sie vor drei Jahren definiert haben.

Meine Damen und Herren! Wir müssen dazu kommen, primäre und sekundäre Auswirkungen der Beeinträchtigung des Hörvermögens und daraus abgeleitet die Problemlage der einzelnen Gruppen sowie der notwendigen Hilfen auf die Tagesordnung zu setzen. Wir müssen die Landesbauordnung so gestalten, dass Teilhabe Kommunikationsbehinderter gesichert wird. Wir brauchen studi-

enfördernde Dienste für Hörgeschädigte. Und, was ganz wichtig ist, womit man sich beschäftigen muss, ist der Erhalt der bestehenden Beratungsstellen für Hörgeschädigte. Die Einrichtung einer unabhängigen Prüfstelle für medizinisch notwendige Hörgeräte und die Patientenversorgung stehen ebenso auf der Tagesordnung wie die Situation im Bereich der Integration und der medizinischen Rehabilitation. Ein Rahmenplan zur Ausbildung der Kranken- und Altenpflege wird genauso eingefordert wie die Einbeziehung der Lebenssituation der älteren hörgeschädigten Generation. Das ist eine ganz wichtige Forderung, die wir hier als CDU noch mal unterstreichen wollen.

Alle diese Punkte wurden in Ihrem Bericht weitestgehend nicht erwähnt. Ich erwarte ja nicht, dass die Landesregierung alles aufgreift, aber Eckpunkte sind wichtig und Ecksäulen müssen behandelt werden. Man kann daran nicht vorbeidiskutieren und man kann sie letzten Endes in so einem Bericht, der ja sozusagen über ein Jahr lang gefertigt wurde, auch nicht ignorieren.

Meine Damen und Herren! Die Situation der Hörgeschädigten ist weiterhin unbefriedigend im Land Mecklenburg-Vorpommern. Sie sind aufgerufen, dieses zu ändern. Und wenn Berichte nicht reichen, dann müsste man vielleicht Arbeitsgruppen einsetzen, die intensiver an der Sache arbeiten. Ich sehe auch nicht ein, dass zwar das Sozialministerium federführend tätig ist, aber die anderen Ministerien sich weitestgehend herausgehalten haben. Ich denke, so können wir nicht weitermachen in Mecklenburg-Vorpommern, wenn wir über die Situation der Gehörlosen, Schwerhörigen und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern reden und darüber, wie wir deren Situation verbessern wollen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Bretschneider von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Frau Bretschneider.

**Sylvia Bretschneider, SPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschäftigen wir uns in dieser Legislaturperiode bereits zum wiederholten Male mit Fragen, die speziell Probleme von Menschen mit Hörschädigungen betreffen. Das ist aus meiner Sicht auch erforderlich, denn trotz aller Maßnahmen, die gerade in den vergangenen drei Jahren sowohl von Seiten des Bundes als auch von Seiten des Landes zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen insgesamt getroffen wurden – ich erinnere nur an die Änderung der Landesbauordnung oder an das momentan im Entwurf diskutierte Gleichstellungsgesetz –, besteht unseres Erachtens in diesem Bereich ein hoher Handlungsbedarf. Zudem – und daran sollte vielleicht auch in diesem Hohen Hause erinnert werden – wurde vor 100 Jahren, genau gesagt am 26. Mai 1901, auf einem Gottesdienst in Berlin der Grundstein für die Gründung des Deutschen Schwerhörigenbundes gelegt. Gegründet wurde die Selbsthilfegruppe im Übrigen von einer Frau, von Margarethe von Witzleben. 1940 schlossen sich dann verschiedene Selbsthilfegruppen zum Hephata-Bund zusammen und 1949 wurde der uns heute allen bekannte Deutsche Schwerhörigenbund gegründet.

Wie vor 100 Jahren hat der DSB sich zum Ziel gesetzt, die Belange und Forderungen der Schwerhörigen und Ertaubten durchzusetzen zu helfen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und es ist auch wichtig und richtig, dass die Menschen mit diesem Handicap – ob nun als ein-

zelne Person oder über Vereine oder Verbände wie dem DSB oder dem Gehörlosenverband oder dem Elternverband – sich zu Wort melden, denn leider muss man feststellen, dass die Menschen mit einer nicht sichtbaren und nicht sofort bemerkbaren Behinderung bei der Durchsetzung ihrer Forderungen noch mehr zu kämpfen haben als andere. Das trifft auch und gerade auf Menschen mit Hörbehinderungen zu.

Auf Wunsch der SPD-Fraktion haben die Koalitionsfraktionen deshalb die Unterrichtung auf die Tagesordnung gesetzt. Wir erachten die Situation von Gehörlosen, Schwerhörigen und Ertaubten in Mecklenburg-Vorpommern als zu wichtig, um den Bericht unbeachtet in der Schublade verschwinden zu lassen.

Nach einem Bericht des Magazins des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind mehr als 13 Millionen Bundesbürger hörbehindert. Das sind rund 16 Prozent der Bevölkerung. Davon gelten etwa 80.000 Menschen als gehörlos, das heißt, sie sind gehörlos geboren oder sie haben ihr Gehör bereits verloren, bevor sie sprechen gelernt haben. Fast doppelt so hoch ist die Zahl der spät Ertaubten, von den Schwerhörigen ganz zu schweigen.

Mit dem Berichtersuchen der Koalitionsfraktionen vom 1. März 2001 auf Drucksache 3/1134 war die Absicht verbunden, die aktuelle Situation der Menschen mit Hörschädigungen in Mecklenburg-Vorpommern einer genaueren Analyse zu unterziehen, damit einerseits zielgenauer und rechtzeitiger Ursachen von Hörschädigungen bekämpft und andererseits Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Betroffenen ergriffen werden können. Zudem sollten aktuell wissenschaftliche Untersuchungen zu den Ursachen, Folgen, Präventions- und Rehabilitationsmöglichkeiten berücksichtigt werden. In unseren damaligen Reden hatten wir darauf hingewiesen, wie bedeutsam uns Aufklärung und präventive Maßnahmen sind, um die Zunahme der Hörschädigungen vor allem bei jungen Menschen zu stoppen. Weiterhin hatten wir einen Schwerpunkt auf die Sicherung der gleichberechtigten Teilnahme schwerhöriger, gehörloser und ertaubter Menschen am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben gelegt. In der Begründung des Antrages hieß es deshalb: „Weiterhin soll der Bericht die Basis bieten, um weitere Verbesserungen für Präventionsmaßnahmen sowie die Integration Hörbehinderter in unserer Gesellschaft zu erreichen.“ Unter diesen Prämissen habe ich mir die Unterrichtung angeschaut.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei der Landesregierung und speziell beim Sozialministerium für die Erstellung des Berichtes bedanken, denn wir haben nun eine Vorlage, mit der wir arbeiten können. Die in den letzten Wochen vor allem im Sozialausschuss eingegangenen Stellungnahmen, zum Beispiel vom Gehörlosen Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V., vom Deutschen Schwerhörigenbund, Landesverband der Schwerhörigen und Ertaubten Mecklenburg-Vorpommern e. V. oder vom Elternverband hörgeschädigter Kinder Mecklenburg-Vorpommern e. V., machen dieses sehr deutlich. Beim Lesen der Stellungnahmen ist mir noch einmal bewusst geworden, wie kompliziert die Problematik eigentlich ist und wie wichtig deshalb auch die Beachtung der Belange von Gehörlosen, Schwerhörigen und Ertaubten in der jeweiligen Spezifik ist. Dass es sich letztlich bei der Entscheidung für oder gegen bestimmte Maßnahmen auch um

einen Interessenausgleich handelt, dürfte jedem klar sein. Beispiele hierfür sind die unterschiedlichen Stellungnahmen zur Gebärdensprache – darauf komme ich aber nachher noch einmal zurück – und zu den Cochlear Implantaten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, laut Inhaltsverzeichnis sollen neben Begriffsbestimmungen und Zahlenangaben sowie Angaben zu allgemeinen Rechtsgrundlagen einige Maßnahmebereiche wie zum Beispiel Integration, Prävention, Früherkennung oder medizinische Versorgung, Verständigung, Beratungsangebote, Dolmetscherdienste oder Maßnahmen zur Eingliederung in die Arbeitswelt dargestellt werden.

In der Vorbemerkung des Berichts ist zu lesen, dass der Bericht entgegen der Erwartung des Landtages wissenschaftlichen Ansprüchen nicht zu entsprechen vermag. Herr Glawe hat schon darauf hingewiesen. Es heißt in der Vorbemerkung des Berichts weiter, dass externe landesspezifische wissenschaftliche Untersuchungen nicht vorlagen. Uns war von Anfang an klar, dass der vorliegende Bericht nicht bis ins Letzte wissenschaftlichen Untersuchungen entsprechen kann. Dann hätten wir den Auftrag für ein Gutachten an ein wissenschaftliches Institut erteilen müssen. Jedoch sind wir schon davon ausgegangen, dass wissenschaftliche Ergebnisse mit einbezogen werden. Der Bericht bezieht sich allerdings ausschließlich auf Sekundärliteratur. Im Antrag der Koalitionsfraktionen wurde die Landesregierung aufgefordert, aktuelle wissenschaftliche Untersuchungen zu den Ursachen, Folgen, Präventions- und Rehabilitationsmöglichkeiten im Bereich der Hörschädigungen zu berücksichtigen. Es war nicht die Rede von externen landesspezifischen wissenschaftlichen Untersuchungen. Zu empfehlen wären nach einem Blick ins Internet beispielsweise die Forschungsberichte des BMA zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenz am Arbeitsplatz für schwerhörige und gehörlose Arbeitnehmer sowie zur Verbesserung der Sprecherfähigkeit durch Anwendung von Sprachfarbbildtransformation bei schwerhörigen und gehörlosen Jugendlichen, Forschungsberichte der Universität Halle, Wittenberg zur textoptimierten Prüfung, zur Sicherstellung der beruflichen Erstausbildung bei hör- und sprachbehinderten Menschen oder zur Zukunftssicherung hörbehinderter ArbeitnehmerInnen in kaufmännischen und technischen Berufen durch berufsfeldübergreifendes Lernen und, und, und – eine lange Liste.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erläuterungen beziehungsweise Bewertung der dürftig vorhandenen Zahlenangaben für Mecklenburg-Vorpommern hätten,

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

zumindest bezogen auf Tabelle 4 „Regionale Verteilung Schwerbehinderter nach der schwersten Behinderung/Oberkategorien (1999)“ auf Seite 11, die Frage aufwerfen müssen, inwiefern erfasste Hörbehinderungen mit vorhandenen Erfassungs- und Betreuungsangeboten korrespondieren und inwieweit lokale Bedingungen, beispielsweise Unterschiede zwischen Landkreis und kreisfreier Stadt, eine Rolle bezüglich der erfassten Fälle spielen.

Im Bereich der Integration wird im Bericht auf die Darstellung der Situation der Betroffenen verzichtet und auf die allgemeine Broschüre des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange Behinderter hingewiesen. In dieser Broschüre kann ich allerdings keine aktuellen Integra-

tionsinitiativen des Landes Mecklenburg-Vorpommern finden. Es ging allerdings auch um die Integration der Menschen mit Hörschädigungen und nicht um Menschen mit Behinderungen allgemein.

Bedauerlicherweise wurden keine Integrationsprojekte des Landes dargestellt. Zur Situation in integrativen Kindergärten unseres Bundeslandes erfährt man auf Seite 33 interessanterweise: „Gegebenenfalls kann eine Betreuung auch in integrativen Kindergärten erfolgen.“ Hier hätte vielleicht das Expertengespräch im Bildungsausschuss am 5. April 2001 weitergeholfen. Der Bereich der Integration in das allgemein bildende Bildungswesen wurde mit dem Hinweis auf die in Frage kommenden Paragraphen im Schulgesetz sowie die Angabe der Schülerzahlen an der Landesschule für Gehörlose Güstrow, der Landesschule für Schwerhörige Ludwigslust und im gemeinsamen Unterricht an den allgemein bildenden Schulen angesprochen. Sinnvoll wäre auch eine Problemdarstellung gewesen und es hätten sich sicherlich auch einige Worte zum geplanten und aus meiner Sicht bei entsprechender inhaltlicher und pädagogischer Umsetzung sehr sinnvollen Landesförderzentrum für Hörgeschädigte gelohnt, denn hier gibt es doch seit geraumer Zeit entsprechende Planungsschritte und Gespräche zwischen den Beteiligten, wie Schreiben an den Bildungsausschuss und an den Sozialausschuss des Landtages belegen.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Unter der Überschrift „Prävention“ finden wir Ausführungen zu Ursachen von Hörschädigungen und Präventionsmaßnahmen, allerdings in einem kaum zu differenzierenden Kontext. Auf das eigentliche Bindeglied, nämlich die Folgen für die Betroffenen, wird kaum eingegangen. Insofern werden dann auch konsequenterweise die Darstellung von Präventionsstrategien oder Projekten in unserem Bundesland nur kurz angerissen. Wir gehen jedenfalls davon aus, dass in diesem Hohen Hause allen bekannt ist, dass es Träger der Unfallversicherung gibt und was deren Aufgabe ist. Selbiges trifft auf die Krankenkassen, die staatlichen Gewerbeaufsichtsämter und die Ämter für Arbeitsschutz zu. Auch die Rechtsvorschriften und Verordnungen sowie Gesetze sind uns bekannt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Referentenentwurf des Bundes für ein Gleichstellungsgesetz für behinderte Menschen beinhaltet, dass die Gebärdensprache im Verwaltungsverfahren mit den Bundesbehörden anerkannt werden soll. Hierfür tragen die Behörden die Kosten. Das wird für die Betroffenen eine wesentliche Erleichterung darstellen. Wir dürfen aber nicht bei diesem Schritt stehen bleiben. In einem nächsten Schritt muss endlich die Gebärdensprache als eigenständige und vollwertige Sprache bundeseinheitlich anerkannt werden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Neben Informationen zum aktuellen Diskussionsstand auf Bundesebene wären Ausführungen über den Stand der Umsetzung unseres Landtagsantrages zur Anerkennung der Gebärdensprache auf Drucksache 3/1220 sehr hilfreich gewesen. Dabei wäre unter anderem auch von Interesse gewesen, welche Möglichkeiten der zweisprachigen Erziehung in den Sonderschulen und integrativen Schulen gesehen werden. Schulversuche laufen zum Beispiel in Hamburg und Niedersachsen.

In dem Bericht werden die umfangreichen Bemühungen des Bundes und des Landes zur beruflichen Einglie-

derung von Menschen mit Hörschädigungen dargestellt. Und hiermit meine ich sowohl die verschiedenen Angebote als auch die dafür bereitgestellten Mittel. Die Erstausbildung der hörgeschädigten Jugendlichen erfolgt vor allem in Leipzig und Husum. Jugendliche, die die Hochschulreife erwerben wollen, müssen dazu nach Essen. Erfreulich ist unter anderem in diesem Zusammenhang, dass nach dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2002/03 wegen des beabsichtigten Ausbaus des Dolmetscherdienstes der Zuschuss des Gehörlosenverbandes von ehemals 78.000 DM auf 133.000 Euro erhöht werden soll. Leider liegen, wie auf Seite 61 ausgeführt, zur Berufssituation hörbehinderter Erwerbstätiger keine Untersuchungen vor. Ebenso wenig kann der Arbeitslosenstatistik eine Differenzierung hinsichtlich der einzelnen Behinderungsarten entnommen werden. Warum eigentlich nicht? Beides sollte als Anregung aufgenommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Kürze der Zeit ist es leider nicht möglich, alle Punkte mit der erforderlichen Tiefgründigkeit zu besprechen. Der Bericht gibt eine Vielzahl von Hinweisen, denen nachgegangen werden sollte. Mit einer vernetzten Betrachtung der verschiedenen Bereiche ließen sich dann auch stringente Schlussfolgerungen, gekoppelt mit entsprechenden Handlungsoptionen zur Verbesserung der Situation der Betroffenen ableiten. Stichworte hierfür wären beispielsweise Neugeborenen-Screening, Anerkennung der Gebärdensprache, Barrierefreiheit, Hörgeräteversorgung und vieles mehr. Mit der vorliegenden Drucksache wurde eine, wenn auch recht dürftige Basis geschaffen, auf der weitergearbeitet werden kann und muss, um in der Praxis Verbesserungen für die Menschen mit Hörschädigungen zu erreichen. Dringend notwendig ist die enge Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden. Die sich nicht unwesentlich unterscheidende Einschätzung der Vor- und Nachteile von Cochlear Implantaten von Seiten der Landesregierung und von Seiten des Gehörlosen Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern e. V. ist nur ein Hinweis hierauf. Ursachen und Folgen der Hörschädigungen müssen differenziert betrachtet werden, um Bewertungen zur Situation von Menschen mit Hörschädigungen in unserem Bundesland und damit auch konkrete Entscheidungshilfen für die Politik zu erhalten. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Müller von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Müller.

**Irene Müller, PDS:** Werter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem uns vorliegenden Bericht zur Lage der Schwerhörigen, Gehörlosen und Ertaubten liegt uns gewiss eine Grundlage vor, wie meine Vorredner schon gesagt haben, um zu definieren, was weiter zu tun ist. Das Sozialministerium hat versucht, anhand von Gesetzesinitiativen, von bestehenden Gesetzen, von Förderpraxen, von bestimmten Aktivitäten aus dem Sozialministerium heraus Grundlagen darzustellen, die versucht wurden zu schaffen. Probleme wurden angerissen, leider nur angerissen, und das zeigt eigentlich schon, vor welchen Barrieren die Betroffenen stehen, nämlich dass Fragen der Betroffenen ganz einfach nicht beantwortet werden, und das leider schon seit geraumer Zeit.

Ich habe meine Rede in verschiedene Unterpunkte gegliedert. Ich lasse jetzt einige davon aus, weil Frau Bretschneider über diese schon sehr exakt und ausführlich berichtet hat. Zu einigen Dingen muss ich aber noch einige Ausführungen machen.

Erstens. Wenn ich über die Lage einer Menschengruppe berichten muss, werte Landesregierung, dann reicht es nicht aus, einem Ministerium die Federführung zu übergeben. Dann sind eigentlich alle Ministerien gleichlautend gefordert, sich einzubringen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Frau Bretschneider sagte schon, dass die Zuarbeit von den anderen Ministerien mehr als dürftig war. Das kann ich nur unterstreichen.

(Sylvia Bretschneider, SPD:  
Das habe ich nicht gesagt.)

Zweitens. Wie sieht es wirklich aus mit Schule und Ausbildung für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche? Ja, das Schulgesetz besagt, dass die integrative Beschulung sein darf und kann. Praxis: Eltern sind immer wieder genötigt, Anträge zu stellen, damit ihre Kinder, die die Regelschule besuchen und schwerhörig sind, auch die nötige Hilfe und Unterstützung bekommen. Wir fordern seit langem die Ausbildung von Unterstützungslehrern, die an die Regelschulen gehen und dem dortigen pädagogischen Personal Hilfe geben bei ihrer pädagogischen Arbeit. Es ist nach wie vor nicht durchdacht.

Wie sieht es aus mit unseren beiden Landesschulen? Gerade die beiden Landesschulen sind dazu da, unsere gehörlosen und schwerhörigen Kinder zu befähigen, im gesellschaftlichen Leben Fuß zu fassen, die physischen und psychischen Belastungen zu ertragen, zu bewältigen und ihr Leben meistern zu können. Dazu werden aber Fachkräfte gebraucht, die das auch auf jeden Fall vermitteln können. Es sollte, denke ich mir, überhaupt nicht die Frage stehen, ob ein Lehrer an einer Gehörlosenschule – egal, welches Fach er unterrichtet – der Gebärdensprache mächtig sein muss. Natürlich, denn die Gebärdensprache ist nun mal die Kommunikationsform, die Gehörlose und auch Schwerhörige, wenn sie sie denn wollen, auch nutzen können müssen. Dazu gehört es, dass ihre engsten Partnerinnen und Partner – und das sind an einer Schule für Hörgeschädigte ja nun mal Lehrerinnen und Lehrer – diese Sprache auch beherrschen.

Wie es bei der Ausbildung aussieht, hat Frau Bretschneider schon gesagt. Wir haben es nicht geschafft, im Land Mecklenburg-Vorpommern den sonderpädagogischen Förderungsbedarf so zu gestalten, dass unsere Kinder und Jugendlichen oder dann unsere Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch wirklich im Land Mecklenburg-Vorpommern bleiben können, um eine Berufsausbildung zu erhalten. Das ist schlimm, aber, ich denke, zu bewältigen.

Wie sieht es aus mit der Anzahl der arbeitslosen Schwerhörigen und Gehörlosen in unserem Land? Dringend – dringend! – muss die Statistik dahin gehend unterteilt werden, dass wir wissen, welche Behinderungsgruppen Arbeitslose in welchen Zahlen darstellen, denn nur dann können irgendwelche spezifischen Förderinstrumente auch wirken, wenn wir wissen, wo, wie und für wen sie wirken sollen. Und da sollten wir auch keine Scheu davor haben, Förderinstrumente, die sich nicht bewährt haben, abzuschaffen.

Wie sieht es aus mit der Fähigkeit hörgeschädigter Menschen, wirklich am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen? Ganz konkret: Wie sieht es aus mit der Möglichkeit, bestimmte Sitzplätze in Theatern, Kinos und so weiter und so fort wirklich mit Hörhilfen auszugestalten und die Sitze auch so anzubringen, dass das visuelle Aufnehmen für Hörgeschädigte wirklich optimal möglich ist? Denn gerade das ist ja der Punkt, mit dem Hörgeschädigte viele Beeinträchtigungen aufgrund der Hörbehinderung kompensieren können, dass sie eben zusehen können, und zwar uneingeschränkt zusehen können.

Die Aufzählung von Frühförderstellen, das haben Frau Bretschneider und auch Herr Glawe schon gesagt, ist gewiss interessant, aber gerade für unsere Hörbehinderten ist es eben nicht so, dass Frühförderung in Frühförderstellen wirklich flächendeckend möglich ist. Dazu gehört, dass das Personal dementsprechend ausgebildet ist. Und ich denke mir, das könnte auch ein Beispiel dafür werden, wie Zusammenarbeit zwischen Schulen und Frühförderstätten, sprich zwischen Bildungs- und Kultusministerium und Sozialministerium, gestaltet werden kann, nämlich dass übergreifend die Möglichkeit besteht, dass die dementsprechend ausgebildeten Fachkräfte da und dort ihr Können einbringen können, also wie gesagt ein lohnendes Feld.

Leider sind die älteren Hörgeschädigten in diesem Bericht überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Und es reicht einfach nicht, sich einzubilden, dass ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen auch älteren Bürgern zum Beispiel bei der Bewältigung ihres täglichen Lebens hilft. Wir und auch die betroffenen Vereine und Verbände haben schon mehrmals darauf hingewiesen, dass Rehabilitationsmaßnahmen für ältere Bürger zum Beispiel bei der Handhabung ihrer Hörgeräte eine unwahrscheinlich wichtige Angelegenheit sind. Ich betone hier noch einmal das, was die Vertreterinnen und Vertreter unserer Selbsthilfegruppen schon seit Jahren sagen. Gerade in dem Punkt Hörgeräte haben wir das Problem, dass eben die pauschale Behandlung der Krankenkassen, was die Bezahlung und Zuzahlung von Hörgeräten betrifft, nicht ausreicht. Es geht den Gehörlosen und Schwerhörigen nicht um eine maximale Ausstattung mit Hörgeräten – das wird unterstellt –, es geht um die optimale Ausstattung mit Hörgeräten, also um die Ausstattung mit Hörgeräten, mit denen der Betroffene wirklich umgehen kann, die er bewältigen kann, die ihn zufrieden machen und wirklich eine bessere Lebenssituation bringen, weil er eben besser versteht. Hörgeräte, die einfach bezuschusst werden von der AOK oder einer anderen Krankenkasse, weil sie eben in dem Bereich des Betrages liegen, den man sich da vorstellt, sind, wenn sie falsch verordnet sind, falsche Investitionen, falsche Investitionen für den Betroffenen und falsche Investitionen für die Krankenkasse. Die betroffenen Verbände und Vereine haben sich schon des Öfteren auf den verschiedensten Ebenen dafür stark gemacht, sie haben ausdrücklich ihre Hilfe bei der Bewältigung dieses Problems angeboten. Ich bitte die Beteiligten des Sozialministeriums, bei den Gesprächen mit den Krankenkassen die Bürgerinnen und Bürger, die es betrifft und die sich in der Selbsthilfe auch derart kompetent fühlen, mit an den Tisch zu nehmen. Noch einmal: Hörbehinderte möchten für sich handhabbare Hörgeräte und nicht das maximale unbedingt, denn es ist sehr individuell einzuschätzen, wer was wie braucht.

Ein Wort noch zur sozialen Rehabilitation: Es gibt natürlich auch unter Hörgeschädigten spät Ertaubte, spät ge-

hörlos Gewordene. Wie sieht das Angebot der Rehabilitation, der beruflichen und sozialen Rehabilitation für Hörbehinderte in Mecklenburg-Vorpommern aus? Traurig, kann ich nur sagen. Angebote im Berufsförderwerk Stralsund werden nur punktuell gemacht und zeitlich begrenzt. Zeitlich begrenzt, damit meine ich, dass nicht ständig Angebote für Hörbehinderte da sind, sondern in verschiedenen Zeiten ab und an mal. Wir haben hier in Schwerin Salo + Partner, die seit mehreren Jahren regelmäßig ein- oder zweijährige Umschulungen anbieten. Aber, meine Damen und Herren, wir stehen da vor dem Grundsatz „Rehabilitation kommt vor Berentung“. Und bei den Zahlen, die ich jetzt nicht wiederhole, die uns ja genannt wurden, von Menschen mit Hörbeeinträchtigungen, da gebe ich Ihnen Brief und Siegel, dass die punktuellen Angebote in Stralsund und hier in Schwerin nicht reichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ein Wort noch zur Gebärdensprache und zu unseren Dolmetschern. Es ist gewiss hervorragend, dass wir in dieser kurzen Zeit die Dolmetscherangelegenheit auf diese Art und Weise lösen können, wie sie im Moment gelöst ist, aber unsere Gebärdensprachdolmetscher sollen Mittler sein zwischen den hörenden und den nicht hörenden Menschen. Wie sieht es wirklich aus? Gebärdensprachdolmetscher müssen gleichzeitig Sozialarbeiter sein, müssen gleichzeitig Juristen sein, müssen gleichzeitig Behördenangestellte sein. Und warum?

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Ganz einfach deshalb, weil es nicht einmal die Reha-Beauftragten der Arbeitsämter für nötig halten, dass wenigstens einer darunter ist, der die Gebärdensprache kann. Es ist einfach nicht möglich, dort zu vermitteln, dass die Gebärdensprache als Kommunikationsmittel natürlich in diese Ämter und Einrichtungen gehört. Und auch in jeder öffentlichen Einrichtung und in jedem Amt, in jeder Behörde sollte wenigstens eine Person sein – nur eine Person! –, die der Gebärdensprache mächtig ist. So schwer ist es doch nun wirklich nicht. Und ich möchte mal nachfragen, wie unser Innenminister wohl reagiert, wenn er aufgrund der Anerkennung der Gebärdensprache als Form der deutschen Sprache ab sofort jeden Gang eines Gehörlosen oder hochgradig Hörbehinderten mit seinem Dolmetscher zu einem Amt bezahlen muss, denn der Dolmetscher, meine Damen und Herren, wird von unseren Gehörlosen und von den Schwerhörigen aus der eigenen Tasche bezahlt. Er muss ja irgendwie leben können. Es ist unabhängig von bestimmten Angeboten, die gemacht werden, die dann das Sozialministerium fordert. In dem Moment, wo ich ganz privat meinen Gebärdendolmetscher brauche zur Bewältigung des täglichen Lebens, zahle ich, und zwar richtig Geld. Und es gibt keine Mehraufwandsentschädigung für Gehörlose in unserem Land.

Weiteres Problem, die psychotherapeutische Betreuung: Hier brauchen wir, werte Frau Bunge, unbedingt Ihre Hilfe und Unterstützung. Es gibt nun mal psychotherapeutische Behandlungen, die müssen – das geht ganz einfach nicht anders – ohne Sichtkontakt mit den betroffenen Patienten durchgeführt werden. Sie werden sich vorstellen können von der Logik her, dass ohne Sichtkontakt bei einem Gehörlosen andere Behandlungsmethoden verlangt werden, als sie allgemein üblich sind. Leider sperren sich die Krankenkassen mit aller Kraft und aller Gewalt, alternative Behandlungsmethoden, die zugegeben noch nicht die Lobby haben in Deutschland, aber sehr

wohl vorhanden sind und sehr wohl anerkannt sind, auch wenn es Länder sind um Deutschland herum – können Sie ja auch mal schlau sein, denke ich mir –, anzuerkennen und zu bezahlen. Es gibt auch gehörlose Menschen, die psychotherapeutische Betreuung brauchen. Dann muss die aber so gestaltet sein, dass sie auch angewandt werden kann. Und wie gesagt, ohne Sichtkontakt ist das nun mal schwierig bei Gehörlosen.

Noch ein ganz besonderes Problem, auf das Frau Bretschneider auch schon hinwies und das langsam, aber sicher sehr traurig macht und auch fast frustriert: Wir brauchen im Land Mecklenburg-Vorpommern ein modernes Förderzentrum für Hörbehinderte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dieses moderne Förderzentrum besteht schon seit nunmehr etlichen Jahren als Konzept und ich bitte, dass davon abgegangen wird, nur Finanzrelevanzen sprechen zu lassen. Im Hinterkopf sage ich da, dass in Güstrow um Himmels willen diese Gebäude nicht leer werden dürfen, denn dann hat die Kommune beziehungsweise das Land große leer stehende Häuser. Es geht ganz einfach nicht vom wissenschaftlichen Standpunkt aus, dass die Zusammenführung der Gehörlosen- und Schwerhörigenschule derart passiert: alles nach Güstrow, alles in diese Schule – wird schon klappen. Meine Damen und Herren, das klappt nicht. Wir haben heutzutage ganz einfach den Anspruch einer umfassenden – einer umfassenden! – Bildung und Beschulung und dazu gehören viel mehr Dinge als nur die Fächer, die wir in der Schule kennen. Dazu gehört auch die Sprachpflege, dazu gehört auch das Hörenlernen und Verstehenlernen, dazu gehören auch psychische und physische Betreuungen. Das muss in einem solchen Hörzentrum zumindest Stück für Stück möglich sein. Ich verstehe voll und ganz, dass wir als Land Mecklenburg-Vorpommern nicht sofort die Millionen zur Verfügung haben, die zum Aufbau eines solch modernen Hörzentrums notwendig sind. Aber ich verstehe nicht, werter Herr Kauffold, dass man sich nicht wenigstens die Mühe macht, das Ziel modernes Hörzentrum in Angriff zu nehmen, scheinbarweise die Jahresringe zu machen, in

denen wir es eben bringen können, und demzufolge zu diesem Ziel hinarbeiten.

**Präsident Hinrich Kuessner:** Frau Müller, ich muss Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Irene Müller, PDS:** Ja. Danke.

Es wird für uns hier viel teurer, wenn wir hinterher feststellen, dass wir irgendwo was hinzu- und anbauen müssen.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Bericht ist ein Lehrbeispiel dafür, dass Behindertenpolitik eben nicht Sache des Sozialministeriums ist, und andere Ministerien arbeiten schnell mal ein paar Zahlen von Hörbehinderten, die bei ihnen wohl aufgetaucht sind, zu. Behindertenpolitik geht in alle Lebensbereiche hinein, demzufolge in alle Politikfelder. Aus diesem Grunde muss solch eine Arbeit von allen gleichmäßig gemacht werden, mit gleicher Konsequenz und Hingabe. Demzufolge ist der Bericht eine Basis, aber nicht das, was wir haben wollten. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

**Präsident Hinrich Kuessner:** Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/2098 verfahrensmäßig für erledigt erklären? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Freitag, den 21. September 2001, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 19.31 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick, Lorenz Caffier, Claus Gerloff, Friedbert Grams, Helmut Holter, Dr. Henning Klostermann, Dr. Klaus-Michael Körner, Beate Mahr, Bärbel Nehring-Kleedehn, Angelika Peters und Birgit Schwebs.

## Alphabetisches Namensverzeichnis

**der Abgeordneten, die an der Nachwahl  
eines Schriftführers des Landtages teilgenommen haben**  
– Drucksache 3/2272 –

1. Albrecht, Nils	CDU	30. Monegel, Hannelore	SPD
2. Backhaus, Till	SPD	31. Müller, Detlef	SPD
3. Dr. Bartels, Gerhard	PDS	32. Müller, Heinz	SPD
4. Baunach, Norbert	SPD	33. Müller, Irene	PDS
5. Dr. Beckmann, Christian	CDU	34. Muth, Caterina	PDS
6. Beyer, Heidemarie	SPD	35. Neumann, Karsten	PDS
7. Bluhm, Andreas	PDS	36. Nitz, Thomas	CDU
8. Bollinger, Hermann	CDU	37. Nolte, Georg	CDU
9. Böttger, Gerd	PDS	38. Polzin, Heike	SPD
10. Borchardt, Barbara	PDS	39. Prachtl, Rainer	CDU
11. Borchert, Rudolf	SPD	40. Prehn, Lieselotte	PDS
12. Dr. Born, Ulrich	CDU	41. Rehberg, Eckhardt	CDU
13. Brauer, Lutz	CDU	42. Riemann, Wolfgang	CDU
14. Bretschneider, Sylvia	SPD	43. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
15. Dr. Bunge, Martina	PDS	44. Dr. Reißmann, Manfred	SPD
16. Dankert, Reinhard	SPD	45. Ritter, Peter	PDS
17. Friese, Siegfried	SPD	46. Schädel, Monty	PDS
18. Glawe, Harry	CDU	47. Schier, Klaus	SPD
19. Gramkow, Angelika	PDS	48. Schildt, Ute	SPD
20. Holznagel, Renate	CDU	49. Schlotmann, Volker	SPD
21. Dr. Jäger, Armin	CDU	50. Schnoor, Steffie	CDU
22. Kassner, Kerstin	PDS	51. Dr. Schoenenburg, Arnold	PDS
23. Keler, Sigrid	SPD	52. Schulz, Gabriele	PDS
24. Koburger, Annegrit	PDS	53. Dr. Seemann, Margret	SPD
25. Koplín, Torsten	PDS	54. Skrzepski, Gesine	CDU
26. Kreuzer, Götz	PDS	55. Thomas, Reinhardt	CDU
27. Krumbholz, Bodo	SPD	56. Dr. Timm, Gottfried	SPD
28. Kuessner, Hinrich	SPD	57. Vierkant, Jörg	CDU
29. Markhoff, Dieter	CDU		